Widerstand
1933–1945

BERLIN

Hans-Rainer Sandvoß

Widerstand in Steglitz und Zehlendorf

Erläuterung des Titelbildes: Martin Niemöller und Otto Dibelius (1945)

Widerstand 1933–1945

Steglitz und Zehlendorf

BERLIN

Inhalt

		Seite
Vorwort		5
Einleitung		7
1. Kapitel	**Bekennende Kirche** Eine erzwungene Opposition – Die erste Verhaftung – Der Kern der Berliner Opposition – Eine illegale Organisation wird notwendig – Pastoren und Laien – Massenverhaftung von Pfarrern – Schauprozeß gegen Dibelius – Niemöller vor Gericht – Pfarrer Heydens Kampf gegen die Judenverfolgung – Friedrich Flemmings Brief gegen den Krieg – Bekenntnisgemeinde Lankwitz – Pfarrer v. Lutzki vor dem Sondergericht – Opfer in letzter Stunde: F. J. Perels und Dr. Koch – Gottesdienst in Dahlem 1945	13
2. Kapitel	**Sozialdemokraten gegen Gewalt und Diktatur** Reichsbanner in Bereitschaft – Die letzten Monate der Republik – SPD sendet vom Wannsee – Gruppe „Humane Technokratie" – Solidarität und Illegalität – Gestapospitzel meldet Gniffke – Adolf Grimme – Ernst von Harnack – Julius Leber und seine Freunde	54
3. Kapitel	**Vom Kampf kleiner Gruppen** Sozialistische Arbeiterpartei – „Roter Stoßtrupp" – „Neu Beginnen"	78
4. Kapitel	**Oppositionelle Gewerkschaftler** Spitzenfunktionäre in Haft – „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition" – Illegale Metallarbeiter – Christliche Gewerkschaftler – Beteiligung am 20. Juli 1944	87
5. Kapitel	**Konservative Gegner des Nationalsozialismus** Opfer des „Röhm-Putsches" – Schüsse in Lichterfelde – Oberst Wagner	97

6. Kapitel **Bürgerlicher Widerstand** 101

Liberale Politiker – Beim Solf-Kreis – Ein Kreis in der Mittwochsgesellschaft

7. Kapitel **Wissenschaftler und Künstler** 111

Nobelpreisträger von Laue – Schauspieler Paul Hörbiger – Vom Schicksal „verbrannter Dichter" – Selbstmord in Nikolassee

8. Kapitel **Katholiken und Quäker** 119

Oppositionelle Laien und Priester – Ein Brief aus dem KZ – Beim „Hilfswerk" – Familie Halle

9. Kapitel **Frauen in der Illegalität** 128

Else Nieviera – Lilo Herrmann – Senta Maria Klatt – Die „beiden Mariannen"

10. Kapitel **Jugend gegen Zwang und Drill** 132

Bei den „Roten Kämpfern" – Jugend der Bekennenden Kirche

11. Kapitel **Kreisauer Kreis** 137

Grundsätze und Teilnehmer – Bei Graf Yorck in Lichterfelde – Graf Moltke – Adam von Trott zu Solz – Hans-Bernd von Haeften – Carl-Dietrich von Trotha – Adolf Reichwein – Opfer der Gruppe

12. Kapitel **Militärs als Verschwörer** 148

Freiherr von Hammerstein – Generaloberst Beck – Graf Stauffenberg – Beteiligte und Mitwisser des 20. Juli 1944 – die Generäle Olbricht und Fellgiebel – Graf von der Schulenburg

13. Kapitel **Kommunistischer Widerstand** 167

Arbeiterfamilie Pampuch – Mord am Kilometerberg – Kammergericht gegen Dahlemer KPD – Straßen- und Betriebszellen – „Rote Kapelle" funkt – Eine Todesnachricht aus dem KZ

14. Kapitel **Häftlinge wehren sich** 183

KZ-Außenlager in Lichterfelde – Häftlinge arbeiten illegal – Reaktionen aus der Bevölkerung

15. Kapitel **Hilfe für Verfolgte** 188

Geplanter Massenmord an Juden – „Unbesungene Helden" – Gemüsefrau Zech – Bäckermeister Hillmann – Ein Helferkreis aus Dahlem – „Onkel Emil" (Steglitz)

16. Kapitel **Widerstand und Verfolgung am Kriegsende** 197

„Rote Wehrwölfe" – Eine NEIN-Aktion – Die Toten der Markusschule – Der erhängte Soldat – „Endkampf" in Wannsee

Gedenktafeln - Ehrungen - Gräber 201

Literatur 205

Abkürzungen - Bildnachweise 209

Personenregister 210

Straßenverzeichnis 217

Vorwort

Nachdem in der ersten Veröffentlichung zum Widerstand in Berlin der Arbeiterbezirk Wedding behandelt wurde, ist die zweite Broschüre Steglitz und Zehlendorf gewidmet, wozu damals auch Kleinmachnow rechnete, das heute zum DDR-Bezirk Potsdam gehört.

Im Südwesten Berlins haben wichtige Ereignisse des Kirchenkampfes, des Kreisauer Kreises und der Opposition bürgerlicher und militärischer Gruppen stattgefunden. Da es in diesen Bereichen des Widerstandes ebenso wie bei dem der Arbeiterbewegung enge Querverbindungen gab, sind beide Bezirke in einem Heft zusammengefaßt worden.

Über bedeutende Persönlichkeiten der deutschen Opposition, die im Südwesten Berlins gewohnt haben, und die berühmte Dahlemer Gemeinde gibt es zwar mittlerweile eine ansehnliche Literatur, jedoch soll hier darüber hinaus auch der Frauen und Männer des Widerstandes gedacht werden, die weitgehend unbekannt sind.

Dadurch entstand eine recht umfangreiche Arbeit, die aber so gegliedert ist, daß man zur Lektüre einzelne Kapitel gesondert herausgreifen kann. Die Reihenfolge der Kapitel entspricht dabei keiner Wertung.

Um trotz vieler Details und Namen die Lebendigkeit in der Darstellung aufrechtzuerhalten, war ich bemüht, möglichst historisch-chronologisch vorzugehen. Damit die sehr faktenreiche Zusammenstellung lesbar bleibt, wurde auf einen detaillierten Anmerkungsteil verzichtet; alle Angaben können aber belegt werden.

Bei Anschriften sind durchgehend die alten Straßennamen und Hausnummern angegeben, Veränderungen (soweit bekannt) erscheinen in Klammern.

Die Grundlage für diese Arbeit bildeten wissenschaftliche Veröffentlichungen, Prozeßunterlagen, Biographien, Erinnerungen, alte Adreßbücher und besonders die Auskünfte zahlreicher Zeitzeugen. Dank ihrer Hilfe konnte diese Broschüre entstehen. In einigen Fällen schlossen ihre Berichte Lücken in der Forschung.

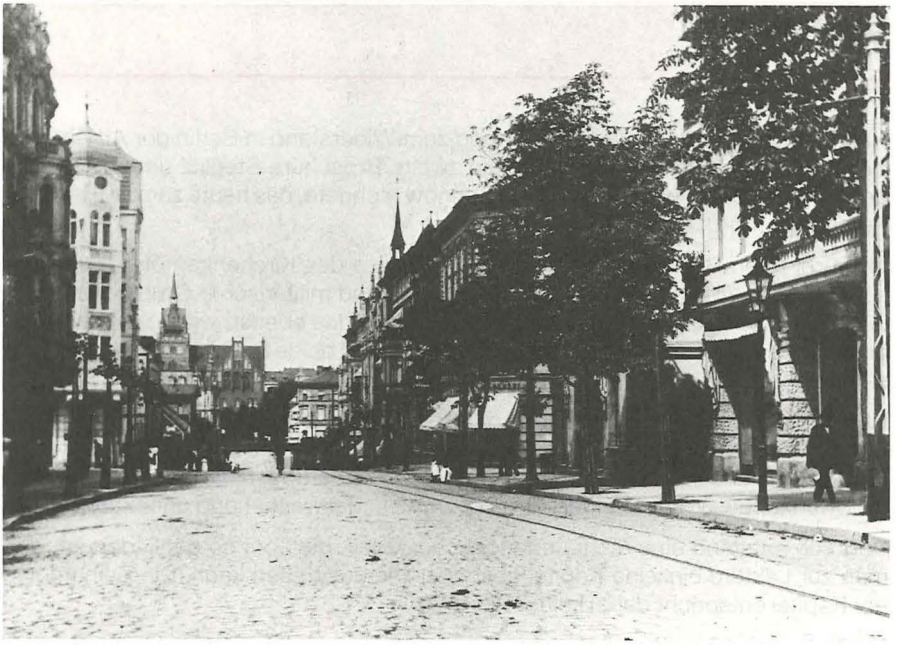
Ich danke den Bezirksverwaltungen von Steglitz und Zehlendorf sowie mehreren Kirchengemeinden, dem Landesarchiv Berlin, dem Evangelischen Zentralarchiv, dem Bischöflichen Ordinariat, Frau Stephani und Herrn Professor H. Hurwitz (FU Berlin) für ihre Unterstützung.

Anna Sabine Halle und Burkhard Zimmermann empfahlen viele Zeitzeugen.

Für Anregungen, Kritik und weitere Hinweise bin ich jederzeit dankbar.

Hans-Rainer Sandvoß

(Abschluß des Manuskripts Oktober 1985)



Steglitz, Albrechtstraße

Zehlendorf, Waldhüterpfad

Einleitung

Im Südwesten unserer Stadt liegen der 10. und der 12. Berliner Verwaltungsbezirk: Zehlendorf und Steglitz. Zur Zeit der Weimarer Republik galten sie als klassische bürgerliche Gebiete mit rechtsliberaler bis nationalkonservativer politischer Tendenz.

Durch ihre Randlage und die relativ dünne Besiedlung von Zehlendorf, Lankwitz und Lichterfelde-Süd war diesen Stadtteilen – fernab vom Regierungszentrum – lange Zeit ein beschauliches Dasein beschert. Als es 1927 am Bahnhof Lichterfelde-Ost zu einem Überfall von 600 SA-Männern auf 23 kommunistische Arbeiter kam, erhielt man jedoch ein frühes Warnzeichen auf die auch hier drohenden Auseinandersetzungen.

Der Südwesten Berlins umfaßte neben ausgedehnten Naherholungsgebieten, Grünflächen und Gewässern ausgesprochen exklusive Wohngegenden und Villenviertel für den gehobenen Wohnbedarf. Daneben gab es aber auch einige preiswerte Siedlungen und Mietquartiere, so daß die Bevölkerung keineswegs homogen zusammengesetzt war. In Dahlem, Schlachtensee, Lankwitz (Komponistenviertel), am Fichtenberg oder auf der „Millionärsinsel" Schwanenwerder lebten zum Teil sehr vermögende Familien und Eigentümer. Dem Lichterfelder Villenviertel haftete noch etwas Kleinstädtisches an; hier wohnten viele Offiziere, Akademiker und höhere Beamte. Die traditionsreiche Hauptkadettenanstalt (Finckensteinallee) gab dem Gebiet ein entsprechendes Gepräge, denn besonders in diesem Teil der Stadt lebte eine Schicht von Staatsdienern und Militärs, die zu den tragenden Stützen des untergegangenen Kaiserreichs gezählt hatte.

Anders dagegen die moderne Zehlendorfer Waldhaussiedlung. Die heutige Onkel-Tom-Siedlung brachte ab 1927 durch den Zuzug von Facharbeitern, Intellektuellen und Gewerkschaftsfunktionären eine soziale – und nicht zuletzt bei Wahlen wirksame – Veränderung, die in Zehlendorf keineswegs ungeteilte Zustimmung fand.

Der Kernbereich von Steglitz (Albrecht- und Schloßstraße) war damals noch am engsten mit der Großstadt Berlin verbunden. In seinem nördlichen Teil (Schildhornstraße und Bismarckstraße) wohnte man in Zwei- bis Dreizimmerwohnungen für Berliner Verhältnisse recht „gut". Es gab aber auch einige „Arme-Leute-Ecken", etwa die Körnerstraße, wo die Kommunisten über einen gewissen Einfluß verfügten. Dagegen zählte man im Bereich der Kaiser-Wilhelm-Straße in Lankwitz unter Facharbeitern und Handwerkern zahlreiche Anhänger der sozialdemokratischen Partei. Im dichtbesiedelten Steglitzer Kern hatte sie mit über 1.200 Mitgliedern die größte SPD-Abteilung im Südwesten Berlins.

Die erheblich angewachsene Bevölkerung von Zehlendorf ist heute in ihrer sozialen Zusammensetzung weit gemischter. Steglitz hat in Lankwitz und Lichterfelde-Süd nach dem Krieg große Neubaukomplexe errichtet, wodurch ebenfalls die sozialen Trennlinien insgesamt viel geringer geworden sind.

Vor allem aber zeichnet beide modernen Großstadtbezirke aus, daß totalitäre und antidemokratische Gruppierungen bei den Wählern keine Chancen haben. Das war am Ende der Weimarer Republik ganz anders:

Wer wählte Hitler?

Der Soziologe Richard F. Hamilton hat in einer 1982 erschienenen Untersuchung über das Wahlverhalten in deutschen Großstädten („Who voted for Hitler?") darauf aufmerksam gemacht, daß die NSDAP zwischen 1930–1932 in den besseren Wohngegenden und vornehmen Villenvierteln des besitzenden und gebildeten Bürgertums erheblich besser abschnitt als in den Stadtteilen der sozial Schwächeren und der einfachen Arbeiterkreise. (Freilich lebte in den Großstädten damals nur etwa 30 % der Bevölkerung. Die eigentliche Hochburg der NSDAP lag weniger hier als in den Klein- und Mittelstädten in protestantischen Gebieten.)

Tatsächlich erzielte die NS-Bewegung in Zehlendorf, einem eher großbürgerlichen Bezirk, regelmäßige Anteile, die über dem Durchschnitt der Reichshauptstadt lagen. Steglitz galt sogar als Berliner „Spitzenreiter". Dies mag ein Blick auf die Wahlstatistik erhärten:

NSDAP-Stimmen in %	1928	1930	März 1932	Juli 1932	Nov. 1932
Zehlendorf	1,8	17,7	29,8	36,4	29,4
Steglitz	2,9	23,3	35,2	42,1	36,1
Berlin	1,6	14,6	23,0	28,6	26,0

Trotzdem wäre es vorschnell, Steglitz und Zehlendorf pauschal zu ehemaligen „Nazi-Bezirken" zu erklären. Besonders das gehobene bürgerliche Zehlendorf war eine Hochburg der konservativen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei (DVP). In Dahlem war ein eher liberales Publikum zuhause, nicht zuletzt aufgrund der zahlreichen hier wohnenden Intellektuellen und Künstler.

Zutreffend ist aber, daß in beiden Bezirken über 50 % der Wähler am Ende der Weimarer Republik Parteien und Gruppierungen des „rechten" politischen Spektrums unterstützten, die eindeutig antidemokratisch eingestellt waren. Hierzu zählte nicht allein die NSDAP. Die DNVP – später die „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" – wollte die Rückkehr zur Monarchie. 1931 gingen NSDAP und DNVP ein Bündnis zum Sturz der Republik ein: die sogenannte „Harzburger Front".

Ein Blick in die Chronik der Stadt bestätigt den Wissenschaftler Hamilton in der Gesamtperspektive insofern, als die NSDAP tatsächlich in den bürgerlichen Bezirken Berlins mehr Erfolg erzielte als in den klassischen Arbeitervierteln des Nordens und Ostens. Von Spandau abgesehen – das eine Sonderentwicklung hatte – erzielte die NS-Bewegung in Steglitz besonders gute Ergebnisse.

Im angrenzenden Friedenau (Schöneberg) mit einem überwiegenden konservativen Bevölkerungsanteil des mittleren kaisertreuen Beamtentums gelangen ebenfalls starke Einbrüche, so daß auch dort bald die Hälfte der Bevölkerung positiv zum Nationalsozialismus stand. (Der Berliner NS-Führer Goebbels wohnte zeitweise in der Fregestraße, an einem Schnittpunkt beider Stadtteile.)

Doch selbst der Gesamtbezirk Steglitz (mit Lichterfelde, Südende und Lankwitz) wies örtliche Abweichungen auf, die sich auch auf dem Höhepunkt der NS-Wahlerfolge, im Juli 1932, zeigten:

NSDAP-Stimmen in Steglitz Juli 1932		
Bezirk:	42,1	(Berlin: 28,6)
Steglitz:	44,3	
Lichterfelde:	39,5	
Südende:	41,4	
Lankwitz:	38,8	

Eine Hochburg der NSDAP

Im Südwesten Berlins war es demnach besonders der Steglitzer Bezirkskern um die Albrecht- und Schloßstraße – dem sozialen Milieu Friedenaus verwandt –, in dem die NSDAP eine starke Verankerung erreichte. Zeitungsberichten und Erinnerungen zufolge ereigneten sich in diesem Bereich immer wieder Gewalttaten von Seiten der SA gegenüber Gegnern von der politischen Linken und der demokratischen Mitte; aber auch Unbeteiligte waren davon betroffen.

In der Ringstraße 28 befand sich eines der ältesten Berliner SS-Sturmlokale, in der Südender Doellestraße 72–74 (heute Sembritzkistraße) der – wahrscheinlich – früheste SA-Stützpunkt.

An der Albrecht-/Ecke Heesestraße lag die „braune Eisdiele". Hier häuften sich Schlägereien und bewaffnete Auseinandersetzungen. Die zentrale Versammlungsstätte „Albrechtshof" (Albrecht-Ecke Schloßstraße) geriet mehrmals zu einem Ort von Saalschlachten. Schon 1931 - und erst recht danach – standen Angehörige der überparteilichen Republikschutztruppe „Reichsbanner" sowie die Organisationen der Arbeiterbewegung weitgehend auf verlorenem Posten (Seite 57 und 168).

Der Feststellung des obengenannten Wahlanalytikers Hamilton, der Gesamtbezirk Steglitz sei der „oberen Mittelschicht" zuzurechnen, kann so pauschal nicht zugestimmt werden. Aussagen von Zeitzeugen und ein Blick in die alten Berliner Adreßbücher – die Straßenverzeichnisse mit Namens- und Berufsangaben aufweisen – lassen beispielsweise für die zentrale Albrechtstraße eine weniger gehobene Zusammensetzung erkennen, nämlich bürgerliche Kreise mit einem gewissen Wohlstand: mittlere Staatsbedienstete, Bahn- und Bankbeamte, Lehrer, Pensionäre, viele Kaufleute und Selbständige und einige Militärs. (Höhere Beamte und zahlreiche Offiziere waren dagegen viel eher in Lichterfelde beheimatet.)

Zeitzeugen, danach befragt, wo sie die ersten Nazi-Fahnen wahrnahmen, nannten spontan die Albrechtstraße, einige Beobachter verwiesen auch auf Angestelltensiedlungen wie die der GEHAG in Lankwitz.

Hier lebten Wählerschichten, die von Massenarbeitslosigkeit und Hunger längst nicht so stark betroffen waren, wie es in den Arbeitervierteln der Fall war. Dennoch fühlten sie sich von diesem „Schicksal" aber sehr bedroht. Staatsbedienstete und Pensionäre bekamen die Auswirkungen der sozial sehr harten Sparpolitik von

Reichskanzler Brüning (1930–1932) wohl zu spüren; kleine und mittlere Geschäftsleute litten ebenfalls unter der allgemeinen wirtschaftlichen Depression.

Die Angst vor dem drohenden Untergang wurde von der NSDAP bewußt geschürt, die gleichzeitig ihren Führer Adolf Hitler als Retter anbot.

Bei ihrem Kampf um die politische Macht verstand es die NS-Bewegung sehr geschickt, neben der Droh- und Gewaltgebärde auch die Propaganda einzusetzen, um große Wählerschichten zu gewinnen. (Mit den Stimmen aus den kleinen Villenvierteln wäre die NSDAP wohl kaum Massenpartei geworden.) Bedenkenlos wurde „allen alles" versprochen. Der Berliner Gauleiter Goebbels beherrschte dieses „Handwerk" besonders gut. Im „roten" Wedding warb er mit Parolen aus dem Vokabular der „Linken": „Zusammenbruch des bürgerlichen Klassenstaates". Bei der Bevölkerung im bürgerlichen Südwesten wählte man ganz andere Symbole und kam auch mit anderen Werbern. Hier, wo viele Menschen der Monarchie und der Großmachtrolle Deutschlands nachtrauerten, „wo eine Uniform, noch etwas wert war" – so mehrere Zeitzeugen –, wurde ein Repräsentant für die NSDAP aktiv, der an die „gute, alte Zeit" erinnerte – und sei es nur durch den Namen:

Prinz August-Wilhelm von Preußen,

ein Sohn des letzten deutschen Kaisers, nun Mitglied des preußischen Landtages für die NSDAP.

Er und seine Partei lieferten den kleinen und mittleren Angestellten und Beamten, den Kaufleuten und Selbständigen auch den (erdachten) Sündenbock allen Unglücks: ‚den' Juden.

Dessen angebliche Herrschaft mittels der Banken, müsse durch die „Brechung der Zinsknechtschaft" beseitigt werden. Große Warenhäuser (Wertheim, Tietz) sollten als „lästige Konkurrenten" ebenso ausgeschaltet werden, wie jüdische Rechtsanwälte und Ärzte.

Neben Deklassierten und früheren Nichtwählern – besonders in Steglitz stieg die Wahlbeteiligung 1932/33 um 20.000! – schaffte es die Hitlerbewegung offensichtlich erfolgreich, auch im kleinen und mittleren Bürgertum viele Anhänger zu werben. Trotzdem darf nicht übersehen werden, daß es selbst im Lager der Monarchisten Kräfte gab, die warnten (Seite 99f.).

Bei gehobenen bürgerlichen Schichten überwog wohl eher die Distanz zum leicht primitiven Gebaren der Nationalsozialisten. Dies stand einem Bündnis rechtskonservativer Kreise aber 1933 nicht im Wege. Man glaubte zunächst, Hitler und seine Bewegung „zähmen" zu können, und bemerkte zu spät, daß er die politische Alleinherrschaft erkämpfte (Seite 97f.).

Bei der schon nicht mehr freien Reichstagswahl am 5. März 1933 errang die NSDAP im Reich 43,9% (in Berlin 34,6%), die DNVP 8% (in Berlin 11%). Im Südwesten Berlins:

	NSDAP	Kampffront Schwarz-Weiß-Rot	SPD	KPD
Zehlendorf	34,6	21,3	14,0	7,0
Steglitz	41,1	17,9	12,9	9,6
Wedding	22,6	5,7	19,9	34,1

Als ein halbes Jahr später – unter den Bedingungen der Diktatur – darüber „abgestimmt" wurde, ob Deutschland aus dem Völkerbund austreten sollte, kam dafür in Berlin aus dem bürgerlichen Südwesten die größte Zustimmung:

„Volksabstimmung" vom 12. November 1933		
Berlin	„Ja"	88,6%
Zehlendorf	„Ja"	94,3%
Steglitz	„Ja"	94,3%
Wedding	„Ja"	84,1%

Die Weimarer Republik hatte nur wenige ruhige Jahre erlebt, und Deutschland war ein Land, dem eine lange demokratische Tradition fehlte, die als Bollwerk gegen die Diktatur hätte dienen können. Mehrere Persönlichkeiten, die in der folgenden Darstellung als Gegner des Nationalsozialismus vorgestellt werden, haben zunächst Hitler gewählt. Pastor Niemöller zum Beispiel hat sich selbstkritisch dazu bekannt.

Erst die Erfahrungen mit der NS-Diktatur als einem totalitären System, das keinen Freiraum gewährte, auch nicht den des bekennenden Glaubens, führte dazu, daß Vertreter unterschiedlicher Schichten und politischer Orientierung einander positiv wahrnahmen.

Eine alte Lichterfelder Bürgerin:

„Es darf überhaupt nicht darum herumgemogelt werden, das Bürgertum stand zu 90% bei Hitler.
Das ist auch kein Wunder, denn es hatte kein Zuhause: Die Geldentwertung, Arbeitslosigkeit, der unglückliche Versailler Vertrag – alles war so dunkel.
Die Arbeiterschaft, die ich nicht kennengelernt habe, hatte in ihrer alten Tradition Rückhalt; sie hatte, glaube ich, auch gute Führer."

Vor 1933 hätten sich ein Generaloberst Beck (Seite 150 ff.) und ein Gewerkschaftsführer Leuschner (Seite 87) schwer zusammengefunden. Auch der „rechte" Sozialdemokrat Leber (Seite 74 ff.) und der rigorose Jungkommunist Saefkow (Seite 180 f.) hätten keine gemeinsame Sprache gehabt. (Zumal die KPD die Sozialdemokraten als angebliche „Sozialfaschisten" ebenso hart bekämpfte wie die ganze Weimarer Republik.)

Gewalt und Unterdrückung, der Massenmord an den Juden und nicht zuletzt Krieg und Zerstörung bewirkten, daß man aufeinander zuging.

Der 20. Juli 1944 symbolisierte so auch das Ende eines langen, bitteren Lernprozesses: Noch einmal sollten die Menschen- und Freiheitsrechte in Deutschland nicht kampflos preisgegeben werden.

St. Annen-Kirche in Dahlem

Bekennende Kirche

„Deutsche Christen" greifen nach der Kirche

Die Spaltung der Evangelischen Kirche und deren Folge, die Herausbildung der oppositionellen „Bekennenden Kirche", begann durch die Offensive des Nationalsozialismus. Im Sommer 1932 – seit zwei Jahren ging die NS-Bewegung zunehmend gestärkt aus politischen Wahlgängen hervor – trat eine Gruppierung sogenannter „Deutscher Christen" (DC) an die Öffentlichkeit, die den Nazismus und den evangelischen Glauben auf einen Nenner bringen wollte. Auf Anhieb erhielt sie im November 1932 (bei den Wahlen innerhalb der preußischen Landeskirche) ein Drittel der Sitze.

Auch dieser schnelle Erfolg wird Hitler und seine Bewegung in der Einschätzung bestärkt haben, aus diesem Teil der Gesellschaft sei keine Opposition zu erwarten und es werde den DC schon gelingen, durch Unterwanderung eine „nationalsozialistische Staatskirche" zu schaffen. Denn die in ihrer Mehrheit eher national-konservativ eingestellte Evangelische Kirche Deutschlands schien ihre Sympathie weit mehr bei Monarchie und Militär als bei Republik und Pazifismus zu haben.

Eine erzwungene Opposition

Trotzdem erwuchs gerade auch aus diesem Milieu eine oppositionelle Strömung, die (zunächst) zwar nichts gegen die Abschaffung der Demokratie hatte, wohl aber viel gegen das „Hineinregieren in die Kirche".

Im Mai 1933 bildete sich – noch widersprüchlich, tastend und kompromißbereit – eine erste oppositionelle Gruppe: die „Jungreformatorische Bewegung". Neben dem jungen Berliner Privatdozenten Dietrich Bonhoeffer und seinem Kollegen Künneth zählten die Pfarrer Lilje, Niemöller und Jacobi zu den Anhängern. Doch gerade bei Bonhoeffer wuchs – so vermittelt es sein Biograph Eberhard Bethge – bereits die Einsicht, daß es der Opposition wohl kaum genügen dürfte, von den DC abgesetzte Kirchenführer in die alten Positionen zurückzubringen. Vielmehr müßte eine „neue Kirche" entstehen. Doch daran dachte zunächst kaum jemand. Die politischen Ereignisse im Jahr der „Machtergreifung" (1933) übten aber eine derartige Sogwirkung aus, daß auch der innerkirchliche Streit zunehmend an Radi-

Dietrich Bonhoeffer

kalität gewann. Aber Tempo und Tiefe des Konflikts hatten eher das rüde und machtgierige Vorgehen der DC zum Motor als die Kampfentschlossenheit und Klarheit der Opposition.

Selbst ein Otto Dibelius, dessen herausragende Rolle im Kirchenkampf (S. 31f.) außer Zweifel steht und der später Hilfsaktionen für verfolgte Juden unterstützte (S. 192), schrieb noch am 21. Juli 1933 an den Evangelischen Oberkirchenrat, der ihn ‚beurlaubt' hatte:

„Ich bin als deutscher Student Mitglied des Vereins deutscher Studenten geworden und habe schon während meiner Studentenzeit im Kampf gegen Judentum und Sozialdemokratie gestanden."

Für den Juli 1933 waren im Reich Kirchenwahlen angesetzt. Eine wachsende Opposition, die in den offiziellen Gremien der Kirche nur eine Minderheit stellte, begann, sich den DC zu widersetzen.

Die erste Verhaftung: Pfarrer Großmann (Steglitz)

Der Monat Juli 1933 begann mit der ersten Verhaftung (am 2.7.) eines oppositionellen Geistlichen: Pfarrer Otto Großmann von der Steglitzer Markus-Gemeinde, den man während des Gottesdienstes festnahm. Erstmals wurden nun Gemeinden zur Fürbitte aufgerufen, so durch Pfarrer Jacobi (Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche) und die drei Dahlemer Pfarrer Müller, Röhricht und Niemöller. Großmanns Festnahme durch ein SA-Kommando rief äußerste Unruhe hervor, die sich schnell ausbreitete. Eine Protestnote „Groß-Berlin Pfarrer" verzeichnete 106 Unterschriften.

Unterstützt vom NS-Regime, entwickelten die Deutschen Christen fieberhafte Aktivitäten, um über die Wahlen in den kirchlichen Gremien die Macht an sich zu reißen. So sollten Massentrauungen von SA-Leuten an der Basis der Kirche die Gemeindeverhältnisse radikal verändern. Tatsächlich siegten die DC (fast) überall mit großem Vorsprung. Insgesamt erhielten sie mehr als 70% der Stimmen und triumphierten über ihre Gegner von der Liste „Evangelium und Kirche". (Den Namen ‚Evangelische Kirche' zu tragen war ihnen verboten worden!)

Ein Kirchenkreis im Südwesten Berlins

Lichterfelde, Tietzenweg 130
Wohnung von Max Diestel, Superintendent (Kirchenkreisvorsteher)

In Berlin gelang es besonders in der Dahlemer Gemeinde (einem sehr vornehmen Villenviertel) durch den energischen Einsatz der dort wirkenden drei oppositionellen Pfarrer (Niemöller, Müller, Röhricht), das Bewußtsein der Gemeindemitglieder so stark zu beeinflussen, daß die DC nur 1046 Stimmen bekamen und ihre Gegner 1447.

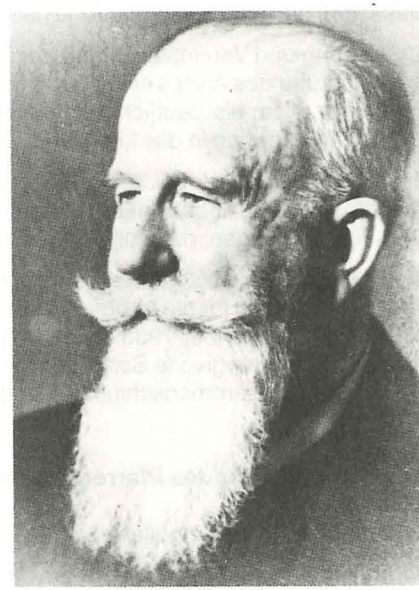
Auch in Lichterfelde und in Steglitz waren zahlreiche oppositionelle Pfarrer in die Offensive gegangen. Grüneisen und Praetorius (Johannes-Kirche, Lichterfelde) hatten die – noch 1932 getrennten – liberalen und konservativen Kräfte zu einer Liste vereinigen können und den hier sehr angesehenen Generaloberst Heye geschickt als Spitzenkandidat gewonnen. Aber selbst in Lichterfelde, wo doch viele Militärs mit ihren Familien lebten, errangen die DC die Mehrheit.

Susanne Dress, geb. Bonhoeffer, erinnert sich an die Auseinandersetzungen in Lichterfelde:

„Pfarrer Praetorius schickte mich in das Büro „Evangelium und Kirche" (Kreuzberg, Alte Jakobstraße, Hinterhof, 3 Treppen). Zwei Tage lang half ich, Flugblätter für die Wahl zu drucken. Ohne Erlaubnis für Vervielfältigung arbeiteten wir dort mit einem Handrollapparat. Den ersten Stoß für Lichterfelde brachte ich dann in unser Pfarrbüro. Dort bekamen die Helfer die unerlaubten Flugblätter für ihren Verteilerbereich. Für mich waren es die Straße ‚Unter den Eichen' und die angrenzenden acht Wohnblocks. Aus Sicherheitsgründen mußte man beim Verteilen nur oben im Haus beginnen und nichts mehr einstecken, wenn sich eine Tür öffnete. In einem kleinen Café Ecke Fabeckstraße holten wir Nachschub.
Unseren Leuten geschah nichts, aber man hörte von kurzen Inhaftierungen. Wir glaubten auch an einen Wahlsieg, denn kein uns bekannter Wähler wollte DC wählen. Aber am Abend vor der Wahl sprach Hitler im Radio seine Wünsche aus, und ganze SA-Kompanien gaben ihre Stimmen ab. Der ‚evangelische Normalverbraucher' war zu Hause geblieben."

Trotzdem sollten die DC nur einen halben Sieg davontragen, denn in Lichterfelde standen von zehn Pfarrern acht und in Steglitz von zwölf Pfarrern zehn gegen sie. In kirchlichen Gremien sorgten sie dafür, daß sich die Waage doch eher zugunsten der Opposition neigte, und sei es, daß sich eine Beschlußunfähigkeit ergab. Doch die Absetzung von Pfarrer Wendland (Markus-Gemeinde) durch die oberste Kirchenbehörde konnte 1934 trotz einer Klage nicht verhindert werden.

Der Berliner Kirchenkreis Kölln-Land I, der die Gemeinden Dahlem, Zehlendorf, Steglitz und Lichterfelde umfaßte, galt weit über Berlin hinaus als größter geschlossener Kirchenkreis der Bekennenden Kirche. An der Spitze stand mit Superintendent Diestel (Paulus-Kirche) offiziell ein Mann, der umsichtig und



Superintendent Diestel

klug auch für die kirchliche Opposition wirkte (Seite 24 und 31). Zu Beginn des Kirchenkampfes (1933/34) wurde er von der Kirchenbehörde seiner Funktion als Superintendent enthoben, dann jedoch wieder eingesetzt.

Aus einem Schreiben der Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg vom April 1934:

„Ich halte auch die Enthebung des Superintendenten Diestel von seinem Ephoralamt* für dringend erforderlich, zumal er nichts dagegen unternommen hat, daß sein Kirchenkreis der eigentliche Sitz des Widerstandes des Pfarrernotbundes gegen die Kirchenleitung wurde und daß das Gemeindeblatt seiner eigenen Gemeinde Lichterfelde monatelang im Sinne dieses Widerstandes geleitet wurde."

* Kirchliches Aufsichtsamt, d. Verf.

So günstig die Verhältnisse auch im Berliner Südwesten gewesen sein mochten, innerhalb der Stadt sah es anders aus. Bereits im August 1933 unterlag der Charlottenburger Pfarrer Jacobi – der spätere Kopf der Berliner Bekenntniskirche – auf der Berliner Synode (Kirchendelegiertenversammlung) mit seinen Anhängern.

Der Arierparagraph führt zum Bruch

Aufgrund des überwältigenden Sieges der DC in nahezu allen Gremien versuchten diese nun, die evangelische Kirche nach ihren Grundsätzen zu bestimmen:

- Straffung und Vereinheitlichung der zersplitterten kirchlichen Organisation,
- Einrichtung des Amtes eines Reichsbischofs (nach dem Führerprinzip)
- und vor allem als deutlichster Ausdruck der NS-Ideologie: die Einführung des Arierparagraphen in das kirchliche Mitarbeiterverhältnis.

Besonders diese Diskriminierung (getaufter) evangelischer Christen jüdischer Herkunft führte zum Bruch innerhalb der Kirche, denn sie stand dem christlichen Grundsatz entgegen, daß vor Gott alle Menschen gleich sind.

Am 5. September 1933 führte die „braune" Synode der preußischen Landeskirche (APU = Abkürzung für die Altpreußische Union) den Arierparagraphen ein. Bald darauf, am 21. September 1933, riefen der Dahlemer Pastor Niemöller sowie u.a. der ebenfalls sehr energische Schöneberger Pfarrer von Rabenau (Zwölf-Apostel-Gemeinde) zum Zusammenschluß der Opposition im *Pfarrernotbund* auf.

Gründung und Sitz des Pfarrernotbundes

Dahlem, Pfarrhaus Niemöller

Da im Amtszimmer Niemöllers eine Abhöranlage installiert worden war, soll die Gründung des Pfarrernotbundes in der Küchennische des Dahlemer Pfarrhauses

beschlossen worden sein. Unter den sieben anwesenden Personen war neben Niemöller, Müller und Scharf auch Pfarrer Jahn aus Steglitz. Eine dem Gründungsaufruf beigefügte Verpflichtungserklärung entstand auf dem Wannsee, an Bord der Jacht eines Marinefreundes von Martin Niemöller. (Er war im I. Weltkrieg U-Boot-Kommandant gewesen.) Hauptaufgabe des Bundes – dessen Mitglieder regelmäßige Monatsbeiträge entrichteten – war es, die vom Arierparagraph betroffenen Amtsbrüder finanziell zu unterstützen.

Die Leitung des Bundes lag in den Händen eines Bruderrates mit Niemöller an der Spitze. Ihm zur Seite standen Hermine Hermes (Organisation) und Franz Hildebrandt, der die Geschäftsleitung innehatte. (Als ‚Nichtarier' mußte er 1937 – auch als Folge einer Verhaftung – emigrieren.)

Im Frühjahr 1934 zählte der Notbund 7036 Mitglieder bei einer Gesamtzahl der Pfarrer im aktiven Dienst von 18.842. Bis Kriegsende hielt sich ein Mitgliederstamm von etwa 5000 Personen.

Der Kern der Berliner Opposition

Im September 1933 wandte sich der Pfarrernotbund mit 2000 Unterschriften gegen die Einführung des Arierparagraphen an die („braune") Nationalsynode zu Wittenberg, die (später) den früheren Wehrkreispfarrer Müller zum Reichsbischof wählte. In der Protestnote mit 22 Berliner Namen findet man neben dem Privatdozenten Bonhoeffer, den Pfarrern Jacobi (Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche), Hitzigrath (Moabit) und Figur (Prenzlauer Berg) auffällig viele Geistliche aus dem Südwesten Berlins:

Niemöller, Müller	Dahlem (St. Annen-Kirche, Jesus-Christus-Kirche)
Hildebrand	Lichterfelde (Martin-Luther-Kirche)
Praetorius	Lichterfelde (Johannes-Kirche)
Petersen	Lichterfelde (Paulus-Kirche)
Messow, Wendland	Steglitz (Markus-Kirche)
Moldaenke	Steglitz (Matthäus-Kirche)

DC-Kundgebung im Sportpalast

Am 13. November 1933 kam es im Berliner Sportpalast zu einer aufsehenerregenden Veranstaltung der DC. Als Zielscheibe bewußter Verhöhnung hatte man das Alte Testament gewählt. Man sprach vom „Rabbi" Paulus und wollte einen „heldischen" Jesus. Der Hauptredner forderte „... die Befreiung von allem Undeutschen im Gottesdienst ... und die Befreiung vom Alten Testament mit seiner jüdischen Lohnmoral, von diesen Viehhändler- und Zuhältergeschichten..."

Diese Worte wirkten auch auf mild gestimmte Gegner wie ein Keulenschlag. In den Gemeinden brach offener Protest aus. Die sich streitenden Gruppen innerhalb der Kirche trieben nun immer mehr auf eine endgültige Trennung zu.

Zitate aus einer DC-Kundgebung in den ‚Lichterfelder Festsälen' am 27.11.1933

Der Redner bemerkt eingangs, daß die Vorgänge im Reich ein „Kinderspiel" seien gegen die Ereignisse in Lichterfelde und beginnt dann, über einzelne oppositionelle Pfarrer herzuziehen:

„Ich bedaure, daß die christlichsten aller Pfarrer heute nicht hier sind, ..."
(Zwischenruf: ‚Die sitzen im Johannesgemeindesaal' – Gelächter)

Über Pfarrer Bergemann: – Giesendorf –	„Er hat bewußt die Absicht gehabt, nicht an Hitler zu glauben" und „Jedes Bibelwort war eine Beleidigung, jedes Bibelwort eine Backpfeife für uns."
Über Pfarrer Grüneisen: – Johannesgemeinde –	Zwischenrufer „Warum nicht Oranienburg?"*
Über Pfarrer Petersen: – Paulusgemeinde –	„Er pfuscht dem Herrgott ins Handwerk" und – da Petersen einem DC-Pfarrer nicht die Hand gab – „Was ist er? Kein Christ! Er ist ein Pharisäer!"
Über Pfarrer Praetorius: – Johannesgemeinde –	(er hatte sich ironisch über „Rasse" und „Volk" geäußert) „Ist das ein Deutscher?" Pfui-Rufe und Zurufe wie „Nein" und „Jude" ertönen.

* Konzentrationslager Oranienburg, d. Verf.

Pfarrer Praetorius

Am Vorabend des Reformationstages sprach der geistige Kopf der Opposition, der Bonner Theologe Karl Barth, in der Singakademie (Unter den Linden) zu zahlreichen Anhängern und gab ihrem Engagement weiteren Auftrieb. Doch nicht wenigen DC-Gegnern galt Barths Position als zu ‚sozialistisch', ja überhaupt zu politisch!

Schon im November 1933 erschien Barths Vortrag („Reformation als Entscheidung") in gedruckter Fassung.

Das Jahr der Spaltung

Besonders dramatisch gerieten die ersten Wochen des neuen Jahres 1934. An Niemöllers Pfarrhaus explodierte eine Bombe, Pfarrer Jacobi wurde von SA überfallen und mißhandelt. Er galt ihnen als „Nichtarier". Reichsbischof Müller, der zuvor bereits die Auflösung der evangelischen Jugendverbände erreicht hatte, setzte den – kurzzeitig suspendierten – Arierparagraphen wieder in Kraft und erließ einen „Maulkorbbeschluß", um die Opposition zum Schweigen zu bringen.

Auf einer Protestkundgebung gegen diese Maßnahmen des Reichsbischofs sang eine im Berliner Dom versammelte große Gemeinde trotzig das kämpferische Reformationslied „Ein feste Burg ist unser Gott!". Am 25. Januar 1934 sollte auf Anregung des deutschnationalen Finanzministers v. Krosigk (Dahlem) ein Gespräch bei Hitler stattfinden, um zur Beruhigung der Verhältnisse beizutragen. Doch das Gegenteil wurde erreicht. Martin Niemöllers offensives und kritisches Auftreten hinterließ beim NSDAP-Führer einen tiefen Stachel der Verwundung. (Jahre später rächte sich der Diktator mit der Einlieferung Niemöllers ins KZ.)

Noch am selben Tag dieses gescheiterten Befriedungsversuches wurde der Dahlemer Pastor suspendiert. Abgesehen davon, daß Niemöller sich über diese Maßnahme hinwegsetzte, predigte statt seiner „ein anderer Niemöller": Franz Hildebrandt, ein enger Freund Bonhoeffers und ein entschlossener Mann der Opposition.

Seit Januar 1934 fanden ‚freie Synoden' in jenen Kirchengebieten statt, in denen die DC die Kirchenleitung besetzt hatte. Man nannte sie deshalb „zerstörte Kirchen".

1. Bekenntnissynode (Barmen)

Vom 29. bis 31. Mai 1934 tagte in Barmen erstmals im Reichsmaßstab die einheitlich auftretende Opposition, darunter Repräsentanten aus intakten Landeskirchen und – durch die DC Mehrheit dort – ‚zerstörten' Kirchengebieten. (Gerade deren Vertreter waren in ihrer Haltung weit radikaler und wenig kompromißbereit.) Barmen vollzog theologisch den ‚geistigen' Bruch mit den DC. Konsequent wurde einige Monate später, auf der zweiten Bekenntnissynode (Dahlem), eine eigene Organisation gebildet. Den DC sprach man ab, rechtmäßige Kirche zu sein!

In Barmen (v.l.n.r.):
Hildebrandt, Niemöller, Müller

Auch in Berlin wurde versucht, die Ergebnisse von Barmen umzusetzen. In großen Bekenntnisgottesdiensten wurden die Barmer Thesen verkündet, so in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche durch Pfarrer Jacobi. Doch schon die schriftliche Verbreitung oppositioneller Ansichten stieß auf Gegenwehr: Eine

von Pastor v. Bodelschwingh u.a. unterzeichnete, an den Reichsbischof Müller gerichtete Rücktrittsforderung war in einer Auflage von 20.000 Stück nach Berlin gekommen. In Jacobis Geschäftsstelle – wo die Fäden der Berliner Opposition zusammenliefen – kam es zu einem bewaffneten Überfall, der als „Schlacht in der Achenbachstraße" (heute Lietzenburger Straße) in die Chronik des Berliner Kirchenkampfes einging.

2. Bekenntnissynode (Dahlem)

Dahlemer Gemeinde-Haus

Am 19. und 20. Oktober 1934 tagte im Dahlemer Gemeinde-Haus die zweite große Bekenntnissynode. Unter Verkündung des kirchlichen Notrechts betrachtete sich die BK als *die* eigentliche Repräsentantin der evangelischen Kirche, die anderen waren ‚Nicht-Kirche'. Ein bis auf die Gemeindeebene reichender Apparat wurde nun geschaffen. An der Spitze der jeweiligen Gremien standen Bruderräte. Der Reichsbruderrat wählte schließlich die Kirchenleitung. Die Mitgliedschaft in der Bekennenden Kirche dokumentierte die sogenannte „Rote Karte", sie allein berechtigte zur Anwesenheit bei den entsprechenden Versammlungen.

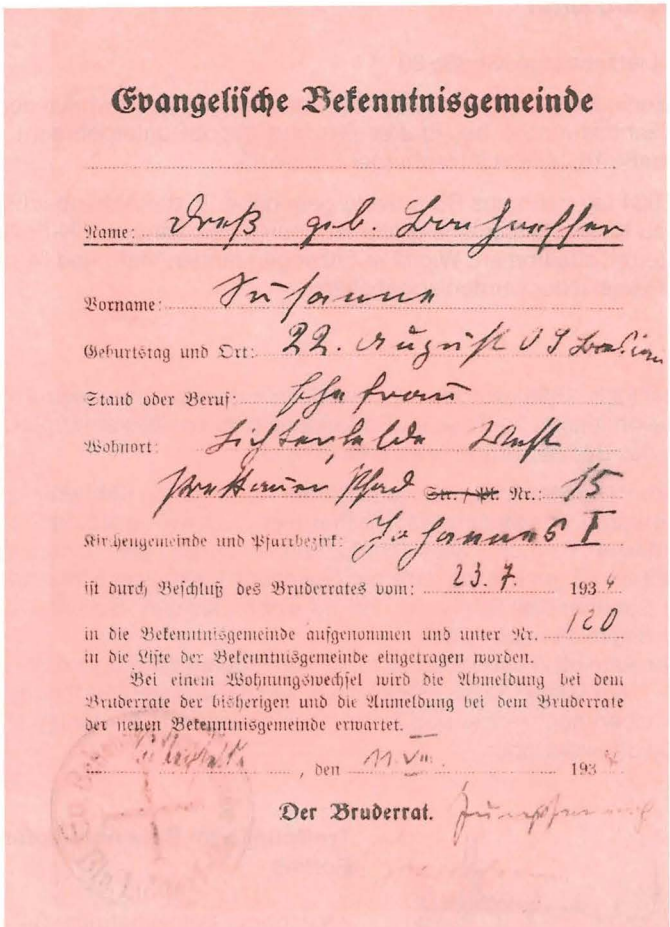
1934 traten Unterschiede innerhalb der Bekennenden Kirche noch nicht so stark in den Vordergrund: Nicht zwischen Berlinern und Brandenburgern und erst recht nicht im sehr komplexen Verhältnis zu den kompromißbereiten „intakten" Landeskirchen, mit denen man sich später wieder entzweite (siehe Seite 29f.).

Die Aufbruchsstimmung der Barmer und Dahlemer Synoden und besonders die als einigende Kraft wirkenden Gegenmaßnahmen der DC banden die unterschiedlichen Temperamente und Positionen noch zusammen. Bezeichnenderweise hatte die Barmer Synode aber mit Rücksicht auf die lutherischen Bischöfe (Süddeutschlands) ein deutliches Wort zur „Judenfrage" unterlassen.

Eine illegale Organisation wird notwenig

Am 31. Oktober 1934 fanden sich in zehn großen Sälen der Stadt Berlin rund 30.000 Menschen zu Reformationsfeiern der BK zusammen. Im Gegensatz zu den DC durfte sich aber die kirchliche Opposition lediglich zu geschlossenen Veranstaltungen treffen. Die größte und eindruckvollste Kundgebung war im Berliner Zoo. Hier sprach neben Pfarrer Petersen (Lichterfelde) und Pastor Niemöller auch der organisatorische Leiter der Berliner Bekenntniskirche, der sehr aktive Pfarrer Kurtz (Schöneberg). Bald darauf (am 7.12.1934) wurde der BK die Anmietung außerkirchlicher Stätten für Veranstaltungen verboten. Damit war sie auf jene Gemeindeebenen verwiesen, in denen sie die Geschäftsführung und Verwaltung in den Händen hatte. Doch gab es von diesen in Berlin nur wenige; damit war die BK in ihrer praktischen Arbeit sehr behindert. (So wich manche BK-Gemeinde ohne eigenen Pfarrer auf Privatwohnungen aus.)

Auch der Versuch, durch schriftliche Erklärungen auf isolierte Anhänger einzuwirken und ein einigendes Band zu schaffen, wurde zunehmend eingeschränkt, schließlich verboten.



Evangelische Bekenntnisgemeinde

Name: Dreß geb. Bonhoeffer

Vorname: Susanne

Geburtstag und Ort: 22. August 09 Breslau

Stand oder Beruf: Ehefrau

Wohnort: Lichterfelde West

Prettauer Pfad ~~Str. / Pl.~~ Nr.: 15

Kirchengemeinde und Pfarrbezirk: Johannes I

ist durch Beschluß des Bruderrates vom: 23. 7. 1934

in die Bekenntnisgemeinde aufgenommen und unter Nr. 120 in die Liste der Bekenntnisgemeinde eingetragen worden.

Bei einem Wohnungswechsel wird die Abmeldung bei dem Bruderrate der bisherigen und die Anmeldung bei dem Bruderrate der neuen Bekenntnisgemeinde erwartet.

[illegible], den 11. VIII. 1934

Der Bruderrat. [illegible]

Rote Karte von Susanne Dress, geb. Bonhoeffer

In den Büros und Geschäftsstellen der BK – so im Pfarrhaus Niemöllers – mußten deshalb Vervielfältigungsapparate aufgestellt werden. Unter ständiger Gefahr von Hausdurchsuchungen der Gestapo wurden dort in aller Eile Verlautbarungen der BK abgezogen. Nach Informationen aus den Gemeinden stellte man auch Fürbittlisten mit den Namen verhafteter Pfarrer und Laien zusammen und verbreitete sie illegal.

Beim Berliner Bruderrat

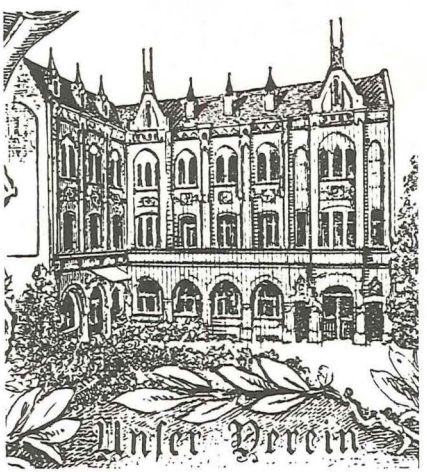
Wilmersdorf, Lietzenburger Straße 39

Die zentrale Berliner Geschäftsstelle der BK war zunächst im Pfarrhaus der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche bei Pfarrer Gerhard Jacobi untergebracht (damals Achenbachstraße 18, heute Lietzenburger Straße 39).

Seit Winter 1934 lag dann das Büro direkt gegenüber in der Achenbachstraße 3. Dort hatte Frau Käthe Baltzer eine große Wohnung. Hier kam die BK-Leitung, der Berliner Bruderrat, zusammen. Wichtige Sitzungen fanden statt, und illegale Prüfungen junger Geistlicher wurden abgehalten.

Frau Baltzer (geb. 1894) wurde in der Zeit des Kirchenkampfes wiederholt inhaftiert, davon einmal 14 Tage im Polizeigefängnis am Alexanderplatz. Die Sekretärin des Berliner Bruderrates erinnert sich:

„Von unserem Büro aus bekamen jene Pfarrer, die für ihren Kirchenkreis verantwortlich waren, das Material für ihre Pfarreien, z. B. Kanzelabkündigungen oder Fürbittlisten. Es mußte alles schnell, sehr verborgen geschehen. Unterlagen schafften wir auch in die ganz nahegelegene Eislebener Straße [4] zum vertrauten Buchhändler Streisand und zu einem ‚kleinen' Schuster. Diese Stellen wurden nicht beobachtet.
Die Gestapo kam oft in unser Büro. Einmal waren gerade Prüfungen der „Jungen Brüder", der Vikare. Doch glücklicherweise hatte unsere Wohnung zwei Aufgänge, einen nach vorne und einen nach hinten zum Gartenhaus. Dort konnte man oft entweichen."



Wilhelmstraße 34

Treffpunkt der Bekenntnispfarrer Berlins

Kreuzberg, Wilhelmstraße 34 (gegenüber der Einmündung der Anhalter Straße), Haus des ‚Christlichen Vereins Junger Männer'

Einer jener Pfarrer, die zu Käthe Baltzer kamen, war Fritz Figur von der Segenskirche, Prenzlauer Berg. Vertrauensmann seines Nordberliner Kirchenkreises war Dr. Wiese. In seinem Auftrag holte Pfarrer Figur das illegale Material ab.

Fritz Figur (geb. 1904) – nach dem Krieg Superintendent des Kreises Berlin-Oberspree – berichtet noch von einer anderen wichtigen Stätte:

„Anfangs tagten wir Berliner Bekenntnispfarrer noch bei Jacobi. Danach war es über viele Jahre das CVJM-Haus in der Wilhelmstraße 34 in Kreuzberg, dicht bei der berüchtigten Gestapo (Prinz-Albrecht-Straße).
60, ja manchmal 80 Pfarrer kamen hier zusammen, denn es gab ja immer wichtige Informationen. Jacobi leitete die Sitzung. Besonders gefielen mir Martin Niemöllers mündliche „Berichte zur Lage", die den jeweiligen Stand der Auseinandersetzung widerspiegelten. Was wir hier hörten, wurde dann an andere Bekenntnispfarrer und Gemeindemitglieder weitergegeben."

Bei ihren Versammlungen im CVJM-Haus waren die Pfarrer nicht immer „allein". Manchmal wurden sie heimlich von der Gestapo überwacht.

Aus einem Spitzelbericht der Geheimen Staatspolizei (19.6.1937):

„Die Bodentür wurde durch Krim.-Ass.-Anw. a. Pr. A... gesichert. Ich selbst beobachtete den Saal durch eine Deckenöffnung. Gegen 8.45 Uhr erschienen die Pfarrer. Unter ihnen wurde Pfarrer Praetorius und Pfarrer Niemöller erkannt. Weitere Pfarrer konnten wegen der schlechten Sicht nicht erkannt werden. Es befanden sich ca. 50 Geistliche und 2 Frauen im Saal."

Doch die Spitzel wurden bemerkt. Niemöller schickte Hilfsprediger Rudolf Kühn und Vikar Wolf-Dieter Zimmermann nach oben, um nachzusehen.

Unterschlupf im Burckhardthaus

Dahlem, Burckhardthaus, Friedbergstraße 27 (heute: Rudeloffweg)

Das Büro der preußischen Bekenntniskirche war bis März 1937 an einem Ort beheimatet, der für sich allein schon eine Stätte des geistigen Widerstandes war. Im Dahlemer Burckhardthaus wurde an zentraler Stelle die Ausbildung der Gemeindehelferinnen für die Jugendarbeit der evangelischen Kirche vorgenommen. Den antinazistischen Geist dieser Institution spiegeln Dozenten aus den Reihen der Bekennenden Kirche oder Persönlichkeiten wie Elly Heuss, die Staatsbürgerkunde lehrte, wider. Zahllose Frauen, die auf Gemeindeebene einen wichtigen Teil der oppositionellen Arbeit leisteten, gingen aus diesem Haus hervor.

Die Verantwortlichen – Pfarrer Otto Riethmüller und Oberin Hulda Zarnack – nahmen ein zusätzliches Risiko auf sich, als sie es der preußischen Bekenntniskirche zeitweilig ermöglichten, die Geschäftsstelle der Kirchenleitung hier unterzubringen. Die Gestapo stellte sich oft ein.

Pastoren und Laien im Bruderrat

Steglitz, Klingsorstraße 3 – Reg.Rat Kurt Siehe
Wannsee, Endestraße 2 – Gutsbesitzer Wilhelm von Arnim-Lützlow

Mitglieder der einzelnen Bruderräte und Leitungskörperschaften waren neben engagierten Bekenntnispfarrern auch Laien. Sie stellten ebenfalls einen Teil der Synodalen.

Im Berliner Bruderrat (Stand 1936) amtierten u.a. Präses Jacobi als Vorsitzender, Dr. Wiese (Referat Finanzen), der Spandauer Superintendent Albertz (verantwortlich für das wichtige und gefahrvolle illegale Prüfungswesen), der Lichterfelder Superintendent Diestel (Referat Gemeindebeamte), der Moabiter Pfarrer Hitzigrath (Referat Studenten/Stellv. des Präses), der Zehlendorfer Siedlungspfarrer Dr. Hans Böhm (Kollekten) – er war auch Mitglied der 2. Vorläufigen Kirchenleitung –, der Lichterfelder Pfarrer Praetorius (Presse/Schriftwechsel), der Schöneberger Pfarrer v. Rabenau (Gemeindeaufbau) und Missionsdirektor Knak (Referat Volksmission) vom Friedrichshain. Ihnen zur Seite standen (u.a.) als Laien: Justizrat Dr. Hahn, der Historiker Dr. Michael (Reinickendorf), der Lichterfelder Buchhändler und Verleger Warneck, Assessor Clauder, ebenfalls Lichterfelder, und der Steglitzer Regierungsrat (!) Siehe. Besonders dieser Mann – ein häufiger Delegierter auf Bekenntnissynoden – unterstützte in den ersten Jahren des Kirchenkampfes erfolgreich mehrere Prozesse der BK.

Einige Laien trugen (nicht allein beruflich) oft ein erheblich höheres Risiko als die meisten Pfarrer, die durch ihr Amt noch einen gewissen Schutz genossen. Die wichtige und verantwortungsvolle Funktion der Laien zeigte sich ganz besonders beim Brandenburger Bruderrat. Dort wirkten mit von Arnim-Lützlow (1879–1943) und von Arnim-Kröchlendorff (1878–1947) zwei Persönlichkeiten, die dank guter Verbindungen zu anderen Gutsbesitzern auf dem Lande zahlreichen jungen Brüdern ein Pfarramt beschaffen konnten. Durch dieses Patronatsrecht (Berufungsrecht) wurde so manche Not gemildert.

Der Kirchenhistoriker und frühere Bekenntnispfarrer Walter Wendland lobt besonders den Gutsbesitzer von Arnim-Lützlow als einen kompromißlosen Kämpfer und unbestechlichen Charakter, der insgesamt fünfmal inhaftiert wurde.

Rechts oben: von Arnim-Lützlow

März 1935: Massenverhaftung von Bekenntnispfarrern

Im März 1935 tagte erneut eine Bekenntnissynode im Dahlemer Gemeinde-Haus. Es war die zweite Tagung der preußischen Landeskirche. Bei dieser Zusammenkunft nahm man in einem „Wort an die Gemeinden" auch sehr deutlich Stellung gegen das rassisch-völkische Neuheidentum.

Die preußische Bekenntniskirche hatte geplant, am Sonntag, dem 17. März 1935, mit einer scharfen Kanzelabkündigung gegen die Nazi-Ideologie vor die Öffentlichkeit zu treten.

Doch ausgerechnet für dieses Wochenende hatte Hitler die Bekanntmachung der allgemeinen Wehrpflicht beschlossen! Die BK (Preußens) war nicht bereit, ihr Vorhaben zurückzuziehen.

Daraufhin setzte eine große Verhaftungsaktion ein, die schon in der Nacht zuvor begann und in deren Folge in Preußen 715 Pfarrer inhaftiert wurden. In Berlin sollen 130 Geistliche festgenommen worden sein, das bedeutete fast alle Aktiven. (Pfarrer Dr. Böhm sperrte man ins Spritzenhaus!)

Pfarrer Martin Gern – damals als junger Theologiestudent engagiert für die Sache der BK – berichtet aus Lichterfelde:

„Ich ging am Sonntag 5 Minuten vor 10 Uhr zur Johannes-Kirche (Ringstraße). Besucher kamen mir entgegen und sagten: „Der Gottesdienst fällt aus!". Es waren Ängstliche. Ich bewegte sie, wieder zurückzugehen.
Ein Bruderratsmitglied teilte mit, daß Pfarrer Praetorius gestern verhaftet worden sei, Pfarrer Grüneisen wurde im Haus festgehalten. Nach dieser Information sprach das Bruderratsmitglied ein Gebet für die Pfarrer.

Am Sonntag darauf verlas man die BK-Erklärung dann doch. Der Staat hatte es nicht verhindern können, daß gegen die ‚Überfremdung der Kirche' protestiert wurde, obwohl viele Pfarrer verhaftet worden waren. So wurde nach Einführung der Wehrpflicht in unseren Kirchen nicht gejubelt."

September 1935: Bekenntnissynode in Steglitz

Steglitz, Markus-Gemeinde,
Albrechtstraße 81/82 – Gedenktafel

Ein halbes Jahr darauf tagte die 3. Bekenntnissynode der preußischen Landeskirche. Durch Vermittlung der dort wirkenden Pfarrer Klamroth und Messow fand sie in der Steglitzer Markus-Gemeinde statt. Bei dieser Zusammenkunft war auch ein Bevollmächtigter des Reichsministers für kirchliche Angelegenheiten als Kontrolleur zugegen.

Die Synode richtete die Bitte an den Staat, von Zwangsmaßnahmen abzusehen, die den finanziellen Bereich betrafen, und beklagte Gehaltskürzungen, Absetzun-

gen, Amtsenthebungen und Inhaftierungen von Bekenntnispfarrern. Von besonderer Brisanz war auch eine von Marga Meusel erarbeitete und durch Martin Albertz der Synode übergebene Zusammenstellung „Zur Lage der deutschen Nichtarier" (abgeschlossen kurz vor dem Erlaß der antijüdischen „Nürnberger Gesetze"). Diese Dokumentation war natürlich hochexplosiv. Wie würde sich die Synode dazu verhalten? In Sorge hatte der Dahlemer Hilfsprediger Franz Hildebrandt seinen Freund Bonhoeffer alarmiert, der versuchte, Einfluß zu nehmen.

Pfarrer Günther Keusch erinnert sich daran:

„Um die BK-Synode in Sachen Judenverfolgung unter Druck zu setzen, waren wir, eine Gruppe von BK-Vikaren des Bonhoefferschen Predigerseminars, bei dieser Tagung als „pressure group" aufgetreten. Trotzdem fiel der Beschluß gegen die Judenverfolgung dürftig aus. Die Synode fand keine scharfen Worte, sondern ging diplomatisch vor. Das „Problem" wurde an die Bruderräte „abgegeben". Angesichts der umfangreichen Informationen, die der Synode vorlagen, war es ein bedauerlicher Beschluß. Die Kirche sah im Kirchenkampf in erster Linie einen Angriff auf sich selbst.
Auch später stand Bonhoeffer, als er wegen politischen Widerstandes inhaftiert wurde, nie auf einer Fürbittliste."

(1943 findet dann die 12. preußische Bekenntnissynode deutliche Worte gegen die Judenverfolgung und Euthanasie.)

Der Kampf um die Kollekten

Die zunehmende Ungeduld des NS-Staates mit der kirchlichen Opposition, deren Wirken sich trotz offensichtlicher Zurückhaltung in außerkirchlichen Fragen als ewiger Stachel erwies, drückte sich auch im Bereich des ‚Kollektenkampfes' aus.

Aus diesem Anlaß kam es 1935–1936 immer häufiger zu Verhaftungen und Übergriffen. Die namentliche Hervorhebung der Betroffenen (Geistliche und Laien) in den Fürbittgebeten an den darauffolgenden Sonntagen nahm darum oft eine geraume Zeit des Gottesdienstes in Anspruch.

Die BK war geradezu gezwungen, ein eigenes Finanzgebaren zu entwickeln, um gesammelte Spenden ihrer Gemeinden jenen Gremien zukommen zu lassen, für die die Opfer erbracht wurden. Gerade die „Jungen Brüder" (Vikare und Hilfsprediger), die oft der Motor der illegalen Arbeit waren, mußten erhebliche finanzielle Einschränkungen auf sich nehmen. Auch sie bedurften der Unterstützung.

Hunderte von Pastoren der BK stellten unter Beweis, daß sie nicht aus finanziellen Gründen ihren Beruf ergriffen hatten. Eine große Schar mußte mit nicht mehr als 150 Mark im Monat auskommen. An ein steigendes Gehalt, ein ansehnliches Pfarrhaus und Pensionsanspruch war überhaupt nicht zu denken.

Die Offizialkirche war sich nicht zu schade, im Kampf um die Kollekten auf die „Hilfe" des NS-Staates zurückzugreifen. Deren Spitzel, ohnehin häufige „Gäste" in den Bekenntnisgottesdiensten, versuchten immer wieder, die Kollekten zu beschlagnahmen. Neben Mut gehörte viel Geschick dazu, die gerade eingesammelten Gelder schnell wegzuschaffen.

Die Kirchliche Hochschule wird illegal

Steglitz, Paulsenstraße 55 – Ausbildungsstätte
Spandau, Brückenstraße 1 (heute Stresowstraße) – Prüfungsamt (Büro)

Aufgrund der Beschlüsse der Bekenntnissynode von Dahlem, in deren Folge ein eigenes kirchliches Gefüge der BK entstand, mußte auch der Ausbildungsapparat neu organisiert werden. Am 1. November 1935 wurden deshalb die Kirchlichen Hochschulen in Berlin und Elberfeld eröffnet und sofort verboten, desgleichen der Eröffnungsgottesdienst in der Jesus-Christus-Kirche (Dahlem). So mußte gezwungenermaßen auch hier der Weg der Illegalität gewählt werden. Bis zur Zerschlagung 1941 (siehe Seite 48) führte man den Ausbildungs- und Prüfungsbereich heimlich durch. Häufig unterrichteten die Lehrkräfte der von Hans Asmussen geleiteten Berliner Kirchlichen Hochschule – darunter der angesehene Theologe Günther Dehn – in Privatwohnungen, BK-Geschäftsstellen, Pfarrhäusern oder in der freien Natur, als Familienausflug getarnt. (In der Steglitzer Paulsenstraße 55 war eine häufige Lehrstätte die Wohnung von Ottonie Blanck, einer ehrenamtlichen Gemeindehelferin Niemöllers.)

Das *Prüfungswesen* lag in den Händen des sehr couragierten Spandauer Superintendenten Martin Albertz. Er war geradezu das Idol vieler „Junger Brüder". Albertz' Frau Marianne – genannt „Mutter Albertz" – kümmerte sich aufopfernd um Verhaftete und ihre Familien.

Berliner und Brandenburger trennen sich

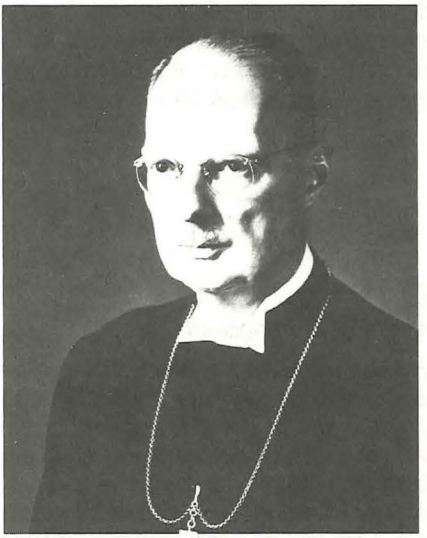
Dahlem, St. Annen-Kirche

Die Existenz verschiedener BK-Geschäftsstellen in Berlin:

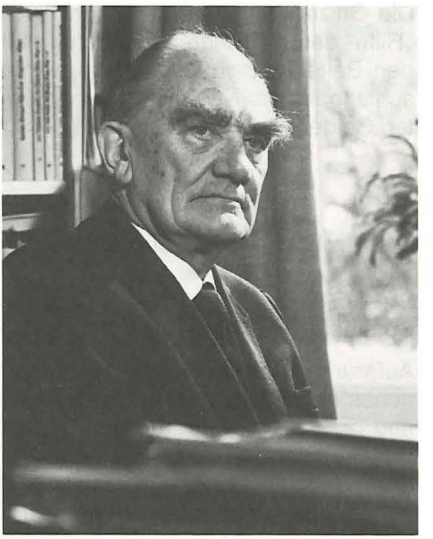
- des preußischen Bruderrates (APU)
- des Brandenburger Bruderrates
- des Berliner Bruderrates

war nicht allein Ausdruck organisatorischer Vielfalt und starker Aktivitäten, sondern auch ein Hinweis auf unterschiedliche Tendenzen oppositionellen Verhaltens.

Ab Oktober 1935 gingen die Brandenburger – nun getrennt von den Berlinern – ihre eigenen Wege. Die konstituierende Sitzung der Brandenburger Synode fand bezeichnenderweise in der Dahlemer St. Annen-Kirche, der Wirkungsstätte Niemöllers, statt. Die Synode war noch nicht beendet, als die Gestapo erschien und Jacobi und Scharf zum Verhör abholte.



Gerhard Jacobi



Kurt Scharf

Im Gegensatz zum eher vorsichtigen Berliner Bruderrat um den diplomatisch-zurückhaltenden Präses Jacobi war Präses Scharfs Brandenburger Gruppe weit radikaler im Auftreten gegenüber dem Nationalsozialismus und viel weniger kompromißbereit im Verhältnis zu den Pfarrern „außerhalb" der BK (DC und sogenannte „Neutrale"). An der Seite Kurt Scharfs standen nicht allein die Pfarrer Heinrich Vogel, Günther Harder, Günter Jacob sowie die Laien von Arnim-Kröchlendorff und von Arnim-Lützlow, sondern auch der abgesetzte Generalsuperintendent Otto Dibelius. Der Konservative hatte zwar seine theologischen Differenzen mit den jungen „Radikalen", die wiederum seinen eher autoritären Führungsstil ablehnten, aber er war ein entschlossener Gegner des Nationalsozialismus.

Der Konflikt zwischen Berlinern und Brandenburgern mag sich zum Teil daraus ergeben haben, daß in der Mark Brandenburg mehr jüngere Pfarrer wirkten, während Berlin eher die Szene der 40- bis 50jährigen war. Vom Generationsunterschied (und Temperament) einmal abgesehen, hatte es die Bekenntniskirche im ländlichen Bereich der Mark Brandenburg offensichtlich schwerer, war dort die Absprache komplizierter, die Isolation größer. Während sich der NS-Staat in der Reichshauptstadt mehr zurückhielt, wurde in abgelegenen Bereichen schneller und härter durchgegriffen. Gerade im Kollektenkampf gab es dort weit mehr Verhaftete als in Berlin.

Jedenfalls hielt eine Minderheit der Berliner Bekenntnispfarrer wie Niemöller (Dahlem) oder Dibelius (Lichterfelde) mehr zu den Brandenburgern. Umgekehrt stießen Niemöllers offensive, ja provokative Reden und Handlungen nur bei wenigen Berliner Pfarrern auf Gegenliebe. Man nannte die Radikalen – und Gleichgesinnten im Reich – nach Niemöllers Wirkungsstätte „die Dahlemiten".

Nach der Trennung (1935) schufen sich die konflikterprobten Brandenburger ihre eigene Geschäftsstelle in Berlin. Es waren wechselnde Stationen in Kreuzberg.

Die langjährige Mitarbeiterin – auch der späteren Bischöfe Dibelius und Scharf –, Frau Senta Maria Klatt aus Steglitz, erinnert sich:

„Unsere Brandenburger Geschäftsstelle war zeitweise in der Alexandrinenstraße 101. Als dieser Ort „versiegelt" wurde, kam sie in die Saarlandstraße. Dann, als auch dort „versiegelt" wurde, war es das „Café Angst" in der Lindenstraße, gegenüber dem Konsistorium*. Es war nunmehr ein „Notbüro". Ich saß und trank etliche Tassen Kaffee, währenddessen kamen Pfarrer aus der Provinz und berichteten. Was sie mir angaben, notierte ich. Dies und von Präses Scharf diktierte Texte tippte ich dann zu Hause für die ‚Rundschreiben'."

* Oberste Landeskirchenbehörde Berlin-Brandenburg, d. Verf.

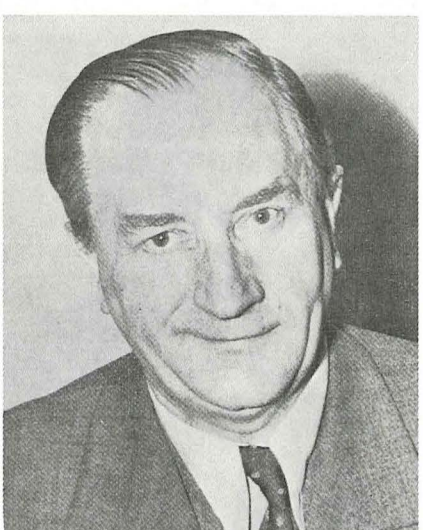
Die „Rundbriefe" der BK in Berlin und Brandenburg – verantwortlich: Pfarrer Praetorius – kamen in einer Auflage von 50.000 Exemplaren heraus und wurden von der Gestapo scharf überwacht.

Konzessionen und Einbindungsversuche

Zehlendorf, Schädestraße 8 – Wohnung von Dr. Hans Böhm, Sprecher der BK

Durch das Beharren der BK zunehmend nervös geworden, beauftragte Hitler den Reichskirchenminister Kerrl, an dieser „Front" für Ruhe zu sorgen. Mit Datum vom 3.10.1935 wurden sogenannte Kirchenausschüsse eingerichtet. In ihnen sollten alle Richtungen (also BK, DC und „Neutrale") vertreten sein. Geschickt wurde für dieses Vorhaben der alte Superintendent Zöllner – ein Bekenntnismann – eingespannt.

Doch aufgrund der Dahlemer Beschlüsse betrachtete sich die BK als *die* rechtmäßige Kirche und die andere Seite als ‚Nicht-Kirche'. Der Sprecher der BK – und Zehlendorfer Siedlungspfarrer – Dr. Hans Böhm lehnte deshalb anläßlich einer Zusammenkunft mit Kirchenminister Kerrl diese Form der Zusammenarbeit konsequent ab. Kerrl duldete keinen Widerspruch, sondern verlangte Gehorsam!



Hans Böhm

Wegen dieses Problems kam es zum tiefen Bruch innerhalb der Bekennenden Kirche. Auf der letzten Reichsbekenntnissynode (Bad Oeynhausen, Februar 1936) trat die alte Kirchenleitung zurück. Der Reichsbruderrat wählte eine kampfentschlossenere und nicht kompromiß-

bereite 2. Vorläufige Leitung (V.L.) unter dem Vorsitz von Pfarrer Fritz Müller aus Dahlem, Dr. Hans Böhm – damals noch Mitglied der NSDAP – und Martin Albertz.

Besonders die intakten Kirchen Süddeutschlands (wie Württemberg) hatten sich für eine Arbeit in den Kirchenausschüssen ausgesprochen. Der radikale Flügel der BK dagegen – die preußische BK, die Brandenburger um Scharf und die Niemöllersche Richtung („Dahlemiten") – lehnte das strikt ab.

Von diesem Zeitpunkt an hagelte es Amtsenthebungen, Rede- und Schreibverbote sowie Ausweisungen unliebsamer Pfarrer aus ihren Heimatgemeinden. Besonders im Jahr 1937 gab es erhebliche Auseinandersetzungen.

Protest gegen die Diktatur/Der erste Märtyrer

Dahlem, Friedbergstraße 11 (heute: Rudeloffweg) – Sitz der 2. Vorläufigen Leitung der BK

Die 2. Vorl. Ltg. der Bekennenden Kirche geriet bald nach ihrer Bildung in einen schweren Konflikt mit dem NS-Staat. Mit einer von Müller (Dahlem), Dr. Böhm (Zehlendorf) u.a. unterzeichneten Denkschrift an Hitler bezog sie mutig Stellung gegen

die Entchristlichung des Volkes,
die Einrichtung der Gestapo,
die Konzentrationslager,
die Willkür und Rechtsverfälschung und nicht zuletzt gegen
die Verfolgung der Juden und Andersdenkenden.

Die vorzeitige Veröffentlichung dieser Denkschrift im Ausland (am 23. Juli 1936) führte zu einem großen Skandal, in dessen Folge man auch wieder die Bruderratsbüros durchsuchte. Die Denkschrift wurde in gekürzter Form als Kanzelabkündigung trotzdem verlesen.

Friedrich Weissler

Landgerichtsdirektor i.R. Friedrich Weissler, ein sehr mutiger und couragierter Mann, war juristischer Mitarbeiter in der Kanzlei der Vorl. Ltg. Unter seiner verantwortlichen Tätigkeit entstand im Mai diese Denkschrift. Er leitete auch (geheim) den offiziell verbotenen Pressedienst der BK. Am 3. Oktober 1936 wurde er verhaftet und im Februar 1937 mit den Mitarbeitern seines Pressedienstes ins KZ Sachsenhausen verschleppt. Dort kam er in Einzelhaft und wurde sechs Tage und Nächte von SS-Leuten gefoltert. Schließlich trampelten sie ihn zu Tode.
Dieser erste Märtyrer der Bekennenden Kirche war ein getaufter Jude.

Grüber ergreift die Initiative

Lichterfelde, Gemeindehaus der Martin-Luther-Gemeinde (Hortensienstraße)

Als sich die Auswirkungen der antijüdischen Nürnberger Gesetze (1935) verstärkten, unterbreitete im Spätsommer 1936 der Kaulsdorfer Pastor Heinrich Grüber (in Pfarrer Hildebrands Gemeindehaus) einer Gruppe führender Kirchenpolitiker den Vorschlag, eine Hilfsstelle für evangelische Rassenverfolgte zu bilden. Bei dieser Besprechung waren F. Justus Perels (juristischer Berater der preußischen BK-Leitung), Superintendent Albertz und der Superintendent des südwestlichen Kirchenkreises Diestel anwesend. Diestels internationale Kontakte (Seite 42) waren für die Auswanderungshilfe sehr wichtig, darüber hinaus übergab er hohe Geldbeträge.

Grübers Idee – später bekam er von der Spitze der BK einen offiziellen Auftrag – nahm bald darauf konkrete Gestalt an. Im Herbst 1936 wurde das „Büro Pfarrer Grüber" gebildet. Es arbeitete eng mit der „Reichsvertretung der Juden" (Dr. Leo Baeck und Ministerialrat Otto Hirsch) zusammen und konnte Tausenden zur Auswanderung verhelfen. Im Februar 1939 wurde das Büro von der Oranienburger Straße 20 (Bezirk Mitte) in die Nähe des Berliner Schlosses verlegt. In einem alten Patrizierhaus (‚An der Stechbahn') konnte die viele Leben rettende Tätigkeit fortgesetzt werden. Im Dezember 1940 wurde Grüber verhaftet und schließlich (bis 1943) ins KZ gesperrt. Bald darauf wurde auch das Büro geschlossen. Der Leiter der seelsorgerischen Abteilung, Bekenntnispfarrer Werner Sylten, kam ebenfalls ins Konzentrationslager. Er wurde vermutlich am 26. August 1942 vergast.

„Schauprozeß" gegen Generalsuperintendent Dibelius (1937)

Lichterfelde, Brüderstraße 5 – Wohnung von Otto Dibelius

Der erfahrene Kirchenpolitiker und Seelsorger Otto Dibelius war 1933 als junger Generalsuperintendent der Kurmark vom Staatskommissar für alle Landeskirchen Preußens abgesetzt worden.

Wiederholt trat er den DC in öffentlichen Ansprachen und schriftlichen Äußerungen entgegen. Zunächst war er für den Brandenburger und später für den Preußischen Bruderrat aktiv tätig. Bis zum Reise- und Redeverbot wirkte er als herausragender Sprecher und Prediger.

1936/37 mehrten sich Beleidigungs- und Verleumdungsprozesse der BK-Pfarrer gegen Nationalsozialisten und DC-„Kollegen". (Martin Niemöller führte 17 solcher Prozesse.)

Von zentraler Bedeutung für die Auseinandersetzungen wurde ein Heimtückeverfahren gegen Dibelius, das der Kirchenminister Kerrl in der Hoffnung anstrengte, damit einen Schauprozeß zu inszenieren. Den Anlaß dazu gab ein offener Brief Dibelius' („Der Schleier ist zerrissen"), in dem Kerrls Äußerung, die Gottessohnschaft Jesu sei eine „Nebensächlichkeit", angegriffen wurde. Am 2. August geriet Dibelius in Haft.

Vor Gericht bestritt Kerrl unter Eid (!), die umstrittene Aussage gemacht zu haben. Dibelius trat mit überzeugender Souveränität und in der ihm eigenen, unnachahmlichen Art auf.

Während der Verhandlung gab es folgenden Dialog:

Kerrl: „Herr Generalsuperintendent, warum exponieren Sie sich eigentlich unnötig? Sie sind doch gar nicht mehr im Dienst?“
Dibelius: „Herr Minister, ein Christ ist niemals außer Dienst.“

Otto Dibelius

Die Richter zogen sich mit der Begründung aus der Affäre, über Kerrls inkriminierte Äußerung läge kein Protokoll vor. Am 6. August 1937 wurde Dibelius freigesprochen. Auch Kerrls Ansinnen, seinen Gegner ins KZ zu bringen, scheiterte.

Otto Dibelius setzte seinen Weg fort. Bis zuletzt gehörte er der Führung der preußischen Bekenntniskirche an. Über Bonhoeffer wurde er Mitwisser vom Vorhaben der Verschwörer. Zu Admiral Canaris (siehe Seite 161 f.) besaß er eigene Kontakte.

(Seiner eigenen Aussage zufolge ist ihm der wirkliche Charakter des NS-Regimes erst klar geworden, als er im Krieg von Euthanasie und Judenmord erfuhr.)

Verschärfter Terror gegen die Bekenntniskirche

Im Jahr der Ermordung des Justitiars der BK, Friedrich Weissler, im KZ Sachsenhausen (19. Februar 1937) mußte die engagierte kirchliche Opposition weitere schwere Schläge verkraften. Dem Regime wurden die Auseinandersetzungen mit dem nicht kompromißbereiten Teil der BK offensichtlich zuviel – im Jahr der Olympiade (1936) hatte man sich noch zurückgehalten.

Am 9. Juni 1937 erfolgte das staatliche Verbot, eigene Kollekten einzusammeln. Man hoffte, damit die oppositionelle Kirche auch finanziell „auszutrocknen“. (Besonders in Spandau wurden BK-Pfarrer mehrere Wochen eingesperrt.) Zwei Monate darauf (29. August 1937) wurde der BK verboten, eigene kirchliche Ausbildungsstätten für den Pfarrernachwuchs zu unterhalten. Doch in der Illegalität setzte man die Prüfungen bis Frühjahr 1941 fort (siehe Seite 48).

BK-Büro in der Drakestraße versiegelt

Lichterfelde, Drakestraße 32 – Büro des Bruderrates der BK Preußens

Seit Pfingsten 1937 war die Gestapo in Berlin wiederholt und konzentriert gegen Einrichtungen der BK vorgegangen, darunter gegen das Büro der Altpreußischen Union (APU) in Lichterfelde. Mitarbeiter wurden festgenommen, Geschäftsräume durchsucht. Die Verhaftungswelle setzte sich am 14. Juni fort und erfaßte fast die gesamte Spitze der preußischen Bekenntniskirche, darunter aus Berlin (Südwest): Wilhelm Niesel, auf dessen Schultern ein wichtiger Teil der Arbeit ruhte, die Juristen Hermann Ehlers und F. Justus Perels sowie Wilhelm von Arnim-Lützlow.

Ein Vorfall wird den Staat damals besonders provoziert haben: Am 3. Juni 1937 erklärte der preußische Bruderrat, daß daran festgehalten werde, Namen Ausgetretener – darunter Nazi-„Größen"! – von der Kanzel herab zu nennen, obwohl es der Innenminister unter Strafandrohung verboten hatte.

Bekenntnispfarrer Wulf Thiel – nach dem Krieg Superintendent von Wilmersdorf – erinnert sich an die Gestapo-Aktion:

„Zusammen mit Dr. Hammelsbeck wirkte ich damals im katechetischen Seminar der BK. Wir unterrichteten „illegale" Vikare. Ausbildungsstätte war das vom verfolgten Pfarrer Lokies geleitete Gossner Missions-Haus (Friedenau). Unsere Arbeit unterstand dem Büro in der Drakestraße. Es wurde von der Umgebung bespitzelt. Bei den Nazis, die erst vieles beobachteten, ging es schubweise mit der Auflösung. Nach der Schließung landete ich im Polizeigefängnis (Dircksenstraße) in einem Käfig, wo ich nicht aufrecht stehen konnte." (Nach der Entlassung vertrat Thiel weiterhin den alten BK-Pfarrer Stosch in Wannsee. Dr. Hammelsbeck wurde illegaler Pfarrer in Werder.)

Hermann Ehlers eingesperrt

Steglitz, Poschingerstraße 6

Zu den Verhafteten gehörte am 23. Juni 1937 auch Hermann Ehlers. Wie Otto Dibelius kam auch der Steglitzer Jurist Ehlers aus einem national-konservativen Milieu. Er stand vor 1933 dem monarchistischen Gedanken näher als der Republik von Weimar, doch war er von Anbeginn Anti-Nazi und kämpfte in vorderster Linie.

Er wirkte lieber an der Auflösung des „Bundes Deutscher Bibelkreise" mit, als die NS-konforme „Gleichschaltung" zuzulassen. Bis zum Verbot (1938) formte er die „Jungwacht", eine Zeitschrift der evangelischen Jugend. Der vitale und energiegeladene Mann engagierte sich als Jurist für den Altpreußischen Bruderrat, gab aber darüber hinaus in zahlreichen Einzelfällen Gemeinden und Pfarreien Rechtsberatung. Auch dem Steglitzer Bruderrat gehörte er an und leitete in seinem Heimatbezirk die Schülerbibelkreise. Zahlreiche Hausdurchsuchungen mußte er über sich ergehen lassen. Schließlich erfolgte seine Verhaftung. Doch das Gericht sprach ihn

Christliche Jugendgruppe mit H. Ehlers (l.) und F. J. Perels (r.)

am 2.7.1937 frei, andere Bruderratsmitglieder (von Arnim, Niesel) bekamen Geldstrafen.

1939 erhielt Dr. Ehlers – nachdem ihm früher schon von der Steglitzer Bezirksverwaltung gekündigt worden war – die Entlassung aus dem juristischen Staatsdienst, da er es konsequent ablehnte, seine Tätigkeit für die BK aufzugeben.

Pastor Niemöller verhaftet (1937)

Dahlem, St. Annen-Kirche

Jahrelang lieferten Spitzel Berichte über Niemöller ab, so zum Beispiel über Predigten vom 21. Juni 1936 (Zehlendorfer Paulus-Kirche) und 30. Januar 1937 (St. Annen-Kirche).

Spitzelbericht vom 30. Januar 1937:

„Pastor Niemöller ging am Anfang seiner Predigt mit einer beispiellosen Frechheit auf die letzten vier Jahre ein...
Es war eine Schande, daß am Tage der nationalen Erhebung, ... dieser Pastor N. sich erlaubte, Gifte der Zersetzung und Gemeinheiten um sich zu spritzen."

Ein heimlicher Mitschnitt der Gestapo vom 7. April 1937 hielt eine der letzten Dahlemer Predigten fest:

Martin Niemöller in der St. Annen-Kirche:

„Das ist unsere Last, daß wir unausgesetzt „Strolche", „Volksfeinde" und „Landesverräter" genannt werden – und können uns nicht wehren. Das macht das Leiden der Gefangenen und Ausgewiesenen so bitter, daß der Tenor dieser Stimmen immer wieder ist: „Sie müßten gezüchtigt, sie müßten unschädlich gemacht werden, zum Schutz von Volk und Staat."
Wir lehnen es um der Wahrhaftigkeit und um der Ehrlichkeit willen ab, auch nur andeutungsweise von Vergehen und Schuld der Leute zu reden, die vergebens auf einen richterlichen Urteilsspruch nach dem für alle Volksgenossen geltenden Recht warten."

Noch am 28. Juni 1937 gestaltete der Pastor in der überfüllten Jesus-Christus-Kirche einen seiner „Offenen Abende", an dem er über die Lage und den Auftrag der Kirche sprach.

Wenige Tage darauf, am 1. Juli 1937, erschienen zwei Beamte vor 9.00 Uhr im Pfarrhaus und nahmen ihn fest.

Eine Gemeinde steht zu ihrem Pfarrer

Als sich die Nachricht verbreitete, daß es diesmal keine „übliche" Kurzhaft war, ging ein Ruck der Solidarisierung durch die BK-Gemeinden, allen voran in Dahlem. Niemöller wurde zu *dem* Symbol des Kirchenkampfes:
Vielerorts hielt man am Sonntag darauf große Bittgottesdienste ab, so in der Zwölf-Apostel-Kirche (Schöneberg) durch Pfarrer Kurtz und in Dahlem durch Otto Dibelius.

Eine dort vom Dahlemer Bruderratsvorsitzenden Ludwig Bartning verlesene (und verfaßte) Ehrenerklärung für Niemöller erbrachte 1500 Unterschriften. Deren Weiterleitung an den Reichsjustizminister konnte die Gestapo auch nicht durch mehrtägige Inhaftierung Bartnings verhindern.

Die Gemeinde stand zu ihrem Pastor. Jahrelang hatte er im überfüllten Gemeindehaus jeden zweiten Montag an „Offenen Abenden" Bibel- und Katechismusunterricht erteilt und – von Spitzeln unbeeindruckt – über den Stand des Kirchenkampfes berichtet. Seine Haltung schulte viele Menschen.

Seit Beginn der Festnahme Niemöllers wurden in Dahlem Abend für Abend Bittgottesdienste abgehalten. Acht Jahre lang hielt eine Gemeinde namentliche Fürbitte für alle, die um des Evangeliums willen litten. (Als aber Dietrich Bonhoeffer 1943 wegen seiner Teilnahme am politischen Widerstand eingesperrt wurde, erschien sein Name nicht.)

Besonders diese Fürbitte überwachte die Gestapo. Doch auch der aufmerksame Dahlemer Kirchendiener Arnold und seine Frau hatten inzwischen einen Blick für „Scharfe" und „Schläfer".

Zentrale Aktionen der BK

Während Niemöller in Untersuchungshaft saß, wurde im Gefängnis ein außergewöhnlich starker Posteingang registriert: Bildpostkarten mit dem Konterfei Niemöllers trafen aus allen Himmelsrichtungen ein.

Aus sehr vielen Gemeinden des Reiches erfolgte deutlicher Widerspruch. Rund 50 Abordnungen aus allen Teilen Deutschlands, darunter Bergarbeiter von der Ruhr, Fischer von den Meeresküsten, wandten sich protestierend an staatliche Stellen. Pommersche Bauern und Gutsbesitzer, die nach Berlin gezogen waren, mußten tagelange Haft im Polizeigefängnis (Alexanderplatz) erdulden.

Bildpostkarte mit Niemöller

Massenverhaftung von Gläubigen

Die Berliner BK setzte damals zentrale Bittgottesdienste an. Der erste war für die Dahlemer Jesus-Christus-Kirche geplant. Zur Teilnahme daran warb man auch in der Mark Brandenburg. Doch am Abend zuvor erfolgte ein Verbot.

Aber das Regime hatte sich verrechnet, die Gläubigen ließen sich nicht einschüchtern. Am Sonntagnachmittag strömten Scharen engagierter Christen zum angesagten Ort. Nach Augenzeugenberichten sollen es Tausende gewesen sein. Sie fanden den Platz vor der Kirche von der Polizei abgeriegelt, die gegen die Choräle singende Menge vorging und vergeblich versuchte, sie abzudrängen.

Aus einem schriftlichen Bericht von Pfarrer Kurtz:

„Da rollten dann Lastwagen auf Lastwagen heran und wahllos werden mehrere hundert Menschen verhaftet, auf die Wagen geworfen... und ... zum Alexanderplatz gebracht... Die nicht verhafteten Massen verteilten sich in die Lichterfelder und Steglitzer Kirchen und hielten dort bis spät in den Abend hinein Abendmahlsgottesdienste ab."

Niemöller vor Gericht

Trotz allen Protestes kam Niemöller nicht frei.

Am 7. Februar 1938 begann vor dem Moabiter Sondergericht der Prozeß. Die Anklage lautete: Kanzelmißbrauch, Vergehen gegen das Heimtückegesetz und Aufforderung zum Ungehorsam gegen staatliche Anordnungen.

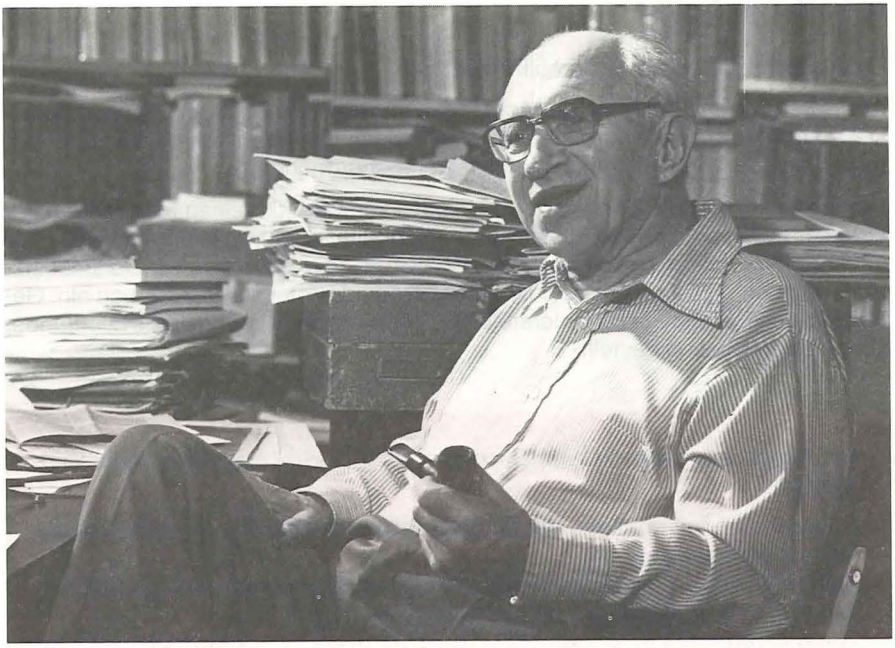
Der unermüdliche BK-Rechtsanwalt Holstein kämpfte für seinen Mandanten, unterstützt durch die Kollegen Justizrat Dr. Hahn und Dr. Koch (siehe Seite 51). Sie und ihre Mitarbeiter wurden bewacht und bespitzelt. Als Zeugen vor Gericht setzten sich auch Ministerialdirektor Brandenburg und Professor Sauerbruch ein. Generaloberst Freiherr von Hammerstein (S. 148f.) hatte sich ebenfalls als Leumundszeuge zur Verfügung gestellt.

Ein Augenzeugenbericht von Superintendent Diestel sagt über Niemöllers Haltung:

„Für den Zuhörer entstand der Eindruck, daß der eigentliche Verhandlungsführer der Angeklagte war ...
Seine Verteidigung war bestimmt durch seinen Kampf gegen die Deutschen Christen und nicht gegen die Staatsgewalt als solche. ...
Tag um Tag rundete sich das Bild von einer unerschrockenen Verteidigung kirchlicher Rechte und Pflichten gegenüber den Ungeschicklichkeiten und Böswilligkeiten staatlicher Funktionäre, die an das Heiligste im Volke rührten."

Schließlich erfolgte am 2. März 1938 das Urteil: 7 Monate Festungshaft und 2000,– Mark Geldstrafe. Die Strafe war durch die Untersuchungshaft verbüßt. Niemöller konnte als freier Mann entlassen werden.

Doch es gab nicht nur Richter, sondern auch die politische Polizei! Als sich das große Portal der Haftanstalt Moabit öffnete, mußten die wartenden Freunde erschüttert erleben, wie Niemöller in geschlossener Limousine abtransportiert wurde. Die Gestapo überführte ihn ins KZ. Dort blieb er bis zur Befreiung 1945 als „persönlicher Gefangener des Führers". Er symbolisierte für viele Menschen die von der Diktatur gepeinigte Kirche.



Helmut Gollwitzer

Pfarrer Gollwitzer über die Entwicklung der Dahlemer Gemeinde:

„Am Tag seiner Einlieferung ins KZ habe ich auf Bitten Niemöllers die Pfarrstelle übernommen. Bis zum 3. September 1940, als ich dann selber ausgewiesen wurde....
Seit Niemöllers Verhaftung hatte sich eine sehr selbständige Gemeinde gebildet. Es war ein Exempel dessen, was wir uns vorgestellt hatten: Nicht eine vom Staat abhängige Gemeinde und darum auch den Wünschen des Staates widerstehende Gemeinde. Viele der Leute des 20. Juli 1944 kamen aus dieser Gemeinde. Sie hat auch Vorbildliches in der Judenhilfe geleistet."

Kirchlicher Protest gegen die Kriegsgefahr (1938)

Dahlem, Drygalskistraße 5 – Wohnung von Fritz Müller, Vorsitzender der V.L.

Nicht nur innenpolitisch wehte ein rauher Wind. 1938 offenbarte sich die Eroberungssucht des Nationalsozialismus immer unverhüllter. Schon begann er mit der Zerschlagung der Tschechoslowakei. Als der Einmarsch deutscher Truppen nach Böhmen bevorstand, setzte die Vorl. Ltg. der BK einen besonderen Buß- und Gebetsgottesdienst für den 30. September 1938 an. Eine von Hans Asmussen deutlich formulierte Gebetsliturgie sollte das Volk zur ernsten Besinnung vor Gott aufru-

fen. Der Wunsch wurde geäußert, das deutsche Volk vor einem unrechten Krieg zu bewahren. Auch für die vom Einmarsch betroffenen Gebiete sollte gebetet werden.

Die Empörung über diese Aktion war sehr groß. Nicht allein in „nationalen Kreisen" oder der „offiziellen" Kirche, sondern auch in Teilen der Bekennenden Kirche! Wenn das „Münchner Abkommen" den Kriegsausbruch zunächst auch hinausschob, blieb das Vorhaben der 2. Vorl. Ltg. für ihre Gegner doch ein ungeheurer Vorgang.

Die verantwortlichen Männer der Vorl. Ltg. – darunter Müller, Böhm und Albertz – wurden verfolgt, ihre Gehälter gesperrt. Der Vorsitzende der Kirchenleitung Fritz Müller erhielt ein Disziplinarverfahren und wurde von der Offizialkirche amtsenthoben. Albertz und Böhm ereilte dasselbe Schicksal.

Pfarrer Heydens Kampf gegen die Judenverfolgung

Zehlendorf, Paulus-Kirche

Der Zehlendorfer Pfarrer Walter Heyden (1905–1980) trat jahrelang – auch von der Kanzel aus – dem Ungeist des Antisemitismus entgegen. Er gehörte nicht der Bekennenden Kirche an. (Für diese wirkten die Zehlendorfer Pfarrer Paulus Müller und Ernst Geß.) Im 1. Weltkrieg war er ausgezeichnet worden, weil seine Befehlsverweigerung(!) zu umsichtiger und erfolgreicher Gefechtsführung beigetragen und ein schweres Fiasko verhindert hatte.

Auch nach 1933 bewies er Mut und Menschlichkeit. Das vulgäre Nazi-Blatt „Stürmer" prangerte Heyden wiederholt an, weil er öffentlichen NS-Angriffen auf das Alte Testament („ein grauenhaftes Spiegelbild des jüdischen Volkes") entgegengetreten war. Im Zehlendorfer Rathaus hing ein Pamphlet gegen ihn aus.

1936 verlor er einen Posten in der obersten Landeskirchenbehörde, da er den Hitlergruß demonstrativ verweigert hatte.

Heydens Kampfansage an die DC- und NS-„Weltanschauung" machte auch nicht halt vor der Kritik an der berüchtigten „Kristallnacht" (9./10. November 1938), die selbst sehr vielen Bekenntnispfarrern die Sprache nahm – ausgenommen Gollwitzer in Dahlem.

Heyden handelte im Sinne des Bonhoeffer-Wortes: „Nur wer für die Juden schreit, darf gregorianisch singen".

Walter Heyden

Aus der Adventspredigt von Pfarrer Heyden. 3. Advent, 11. Dezember 1938:

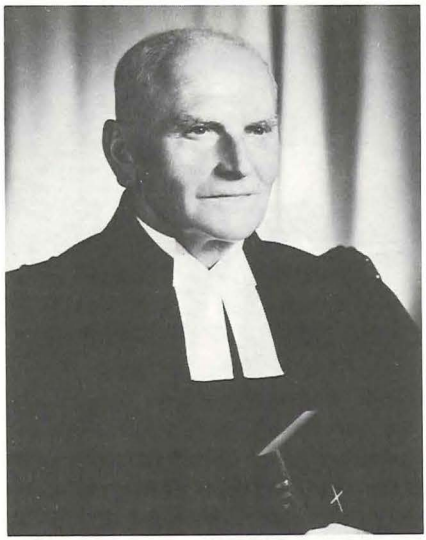
„... als vor wenigen Wochen in unserem Deutschland, von ruchloser Hand angezündet, Gotteshäuser in Flammen standen, da brannte uns allen auf quälendem Herzen die Frage: Wo ist nun Gott? Warum greift Gott hier nicht ein? Warum schweigt Gott zu alledem? Welch' furchtbares Fanal für unser Land, das Land der Reformation! Dürfen wir von der inneren Not, in die wir durch jenes furchtbare Geschehen in den jetzigen Adventswochen geraten sind, in die Menschen gekommen [sind], die mit uns in der gleichen Schicksalsgemeinschaft leben, hier im Gotteshaus schweigen?"

Heyden protestierte nicht allein in deutlichen Worten gegen die Judenverfolgung. Einige Zeit darauf rettete auf seine Bitte hin Admiral Canaris 13 jüdische Einwohner (des Zehlendorfer Pfarrbezirkes) aus KZ-Lagern. Per Diplomatenbahn wurden sie nach Madrid geschickt und kamen von dort über Umwege nach England.
Canaris war es auch, der Heyden vor einem ins Telefon eingebauten Mikrophon warnte und der ihn aus der Haft am Alexanderplatz rettete.

Die letzten Bekenntnissynoden vor dem Krieg

Nikolassee, Kirche (Gedenktafel)

Zwischen Sommer 1938 und Mai 1939 gab es im Südwesten Berlins noch drei Tagungen der BK Preußens (APU).



Karl Wiese

Ein zentraler Ort der Zusammenkunft war dabei die Gemeinde Nikolassee. (Schon 1934 fand hier der Kurmärkische Kirchentag mit 600 Teilnehmern statt, der von der Gestapo aufgelöst wurde.)

Seit 1937 war Dr. Wiese Inhaber der Pfarrstelle. Der promovierte Volkswirt amtierte auch als Schatzmeister des Berliner Bruderrates. (Zweimal wurde er in Haft genommen, darunter sechs Wochen Polizeigefängnis am Alexanderplatz.)

An seiner Wirkungsstätte tagte der Bruderrat. Im Gemeindehaus gab es illegale Prüfungen. Während das Pfarrhaus durchsucht wurde, diente selbst der Kirchturm als Versteck für Finanzunterlagen der BK. In dieser Gemeinde konnten Synoden abgehalten werden.

Die *6. Bekenntnissynode* der APU (in Nikolassee und Steglitz) quälte sich besonders mit der – später fallengelassenen – Forderung des Staates, anläßlich des Führergeburtstages einen Treueeid auf Hitler zu leisten. Während die erste Tagung (Nikolassee, 10.–13. Juni 1938) dies in der vorgesehenen Form ablehnte, erkannte die zweite Tagung (Steglitz, 31. Juli 1938) die Forderung an, bat aber um Fristverlängerung, da noch nicht alle Klarheit gewonnen hätten. Aus dem Basler Exil erhob daraufhin der Theologe Karl Barth den Vorwurf, die BK hätte sich durch ihre Bereitwilligkeit, den Eid auf einen Mann zu leisten, der die persönliche Verantwortung für die Überführung Niemöllers ins KZ trug, kompromittiert.

Die *7. Bekenntnissynode* der APU fand vom 29.–31. Januar 1939 wiederum in Nikolassee statt. (Weil man den Tagungsort verschweigen wollte, hieß sie Epiphanias-Synode.)

Die Kirchenversammlung der BK erklärte, sich das Amt der Kirchenleitung nicht nehmen zu lassen. Ihre vordringliche Aufgabe sei es, für die richtige Verkündigung zu sorgen, sich von falscher Lehre zu scheiden und sich damit von der staatskirchlichen Behörde zu distanzieren. Das vom Staat als illegal angesehene eigene Prüfungswesen der BK wurde als das allein legitime betrachtet.

Die Epiphanias-Synode (1939) sprach auch die Gemeinden insgesamt an:

„Der Kampf um die evangelische Kirche währt nun schon mehr als sechs Jahre. Es handelt sich in diesem Kampf nach wie vor um das eine: daß in unserer Kirche das Evangelium von Jesus Christus, dem gekreuzigten und auferstandenen Heiland, gelten soll und daß die Kirche diese Botschaft und keine andere dem deutschen Volke frei und offen verkünden soll."

Im Zentrum der *8. Synode der preußischen BK* in Steglitz (21. Mai 1939) stand die Verurteilung der „Godesberger Erklärung". In ihr hatten „deutschchristliche" und nationalkirchliche Landeskirchenführer erklärt, der Nationalsozialismus stelle die Vollendung des Werkes Martin Luthers dar. Der christliche Glaube stehe in einem nicht zu überbrückenden religiösen Gegensatz zum Judentum.

Die BK-Synode trat dem leidenschaftlich entgegen.

Ein evangelischer Christ verweigert den Wehrdienst

Völlig auf sich allein gestellt und in einem gewissen Sinne stellvertretend für die gesamte evangelische Kirche, verweigerte ein engagierter Pazifist aus Gewissensgründen den Dienst mit der Waffe: Dr. Hermann Stöhr.

Im März 1939 lehnte er die Aufforderung des Wehrbezirkskommandos Stettin ab, sich zu Wehrübungen bereit zu erklären. Er wollte stattdessen Ersatz-Arbeitsdienst leisten. Dadurch geriet er in die tödlichen Mühlen der NS-Justiz.

Während er zur Vorbereitung seines Prozesses in Untersuchungshaft saß, nannte keine Fürbittliste der BK (der altpreußischen Union) je seinen Namen. So wie auch keine Synode jemals das Problem der Wehrdienstverweigerung ansprach.

Es war Berlins dienstältester Superintendent, der 67jährige Max Diestel (Seite 14ff.), der sich für den Pazifisten einsetzte.

Diestel wirkte seit 1931 auch als geschäftsführender Vorsitzender der „Deutschen Vereinigung des Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen", einer Organisation, die zuletzt wohl nur noch auf dem Papier bestand. Max Diestel richtete ein gutachterliches Schreiben an das Gericht, in dem er anregte, Stöhr als Krankenpfleger im Sanitätsdienst zu verwenden.

Darin schrieb Max Diestel auch:

„Als alter Soldat bin ich ganz anderer Meinung als Dr. Stöhr, aber als Christ fühle ich mich verpflichtet, den ‚Schwachen im Glauben aufzuhelfen'. Außerdem aber kenne ich einigermaßen die Stimmung im Ausland uns gegenüber."

Diese ‚halbe' Distanzierung von Stöhr mag eher taktischer Natur gewesen sein, um seinem Eintreten mehr Gewicht zu geben, trotzdem blieb sein Schreiben – so auch Stöhrs Biograph Eberhard Röhm: – ein mutiger Schritt.

Hermann Stöhr hielt an seiner Entscheidung kompromißlos fest. Das Reichskriegsgericht verurteilte ihn zum Tode. Noch bis in seine letzten Tage blieb er mit Max Diestel in Verbindung. Am 21. Juni 1940 wurde der Pazifist in Plötzensee hingerichtet.

Im selben Jahr versuchte die Oberste Kirchenbehörde, Diestel frühzeitig zu pensionieren. Doch seine Verbindungen zu höheren militärischen Kreisen haben – nach Auskunft der Tochter Gudrun D. – entscheidend dabei mitgewirkt, daß die ‚Kaltstellung' wieder rückgängig gemacht wurde.
(Und es war dann wiederum auch Max Diestel, der sich im September 1941 für den inhaftierten Superint. Wolfgang Staemmler – Sachsen – einsetzte.)

Kriegsausbruch – die BK schweigt

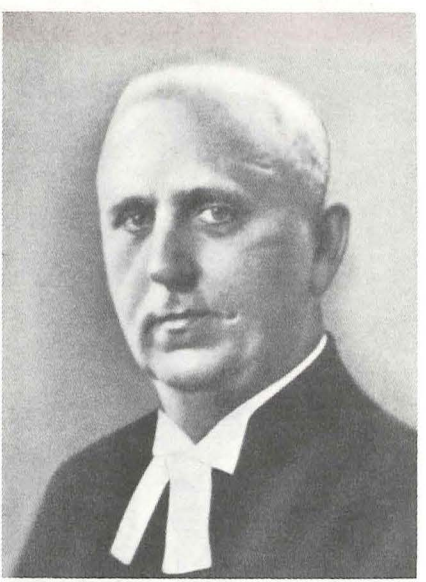
Im September 1939 kam der von vielen Deutschen befürchtete Kriegsausbruch. Hatte im Jahr zuvor die Vorl. Ltg. der BK noch durch eine gesonderte Gebetsliturgie ihr Wort gegen den Krieg erhoben, unterblieb diesmal ein offener Protest. Das Schweigen der Bekennenden Kirche zum Ausbruch des Krieges – wie zuvor angesichts des Judenpogroms im November 1938 – heben Kritiker der Bekennenden Kirche hervor.

Kurt Scharf – damals Vorsitzender des Brandenburger Bruderrates – führte in einem Fernsehinterview rückblickend aus:

„– Wir hätten gleich 1933 Arm in Arm mit den Juden auf dem Kurfürstendamm gegen die Rassengesetzgebung protestieren müssen...
– Wir haben auch versagt, weil wir 1939 nicht zur Kriegsdienstverweigerung aufgerufen haben. Die Adventisten, Zeugen Jehovas, die Anhänger des Internationalen Versöhnungsbundes haben uns tief beschämt. Auch die Mennoniten.
– Wir haben es damals nicht gewagt – im Blick auf die junge Mannschaft [der BK] –, sie durch einen solchen Aufruf unter die Guillotine zu liefern. Die Bruderräte hatten so viel innere Autorität: Die jungen Hilfsprediger und Vikare der BK hätten einen solchen Aufruf befolgt. Wir hatten nicht den Mut dazu gehabt."

Gewiß wäre ein Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung nicht auf geschlossene Zustimmung bei der Gesamtheit der Bekennenden Kirche gestoßen, denn viele BK-Pfarrer waren sehr national geprägt und alles andere als Antimilitaristen. (Martin Niemöller bat aus der Haft um seine Verwendung im Wehrdienst.) Waren nicht schon die Auseinandersetzungen um die Gebetsliturgie (1938) – Seite 38f. – bezeichnend gewesen? Nicht nur das NS-Regime sprach damals von Landes- und Volksverrat! Fritz Müller, Vorsitzender der Vorl. Ltg. der BK, war einer der wenigen, die den Bittgottesdienst trotz des Münchner Abkommens hielten. Das stieß auch auf Protest innerhalb der BK, so bei den Bischöfen Wurm und Meiser (Vertreter ‚intakter' Landeskirchen).

Nach der Entlassung Müllers aus dem Kirchendienst (siehe Seite 39) verweigerte ihm auch der Dahlemer Gemeindekirchenrat die „Amtsausübung" in seiner alten Gemeinde!
(Er wurde im Krieg Gräberoffizier. Seinen frühen Tod an der Ostfront sahen seine Freunde als Giftmord an.)



Fritz Müller

Pfarrer Flemmings Brief gegen den Krieg (1939)

Steglitz, Markus-Kirche

Obwohl die Leitung der Bekenntniskirche zum Ausbruch des Krieges schwieg, gab es an der Basis doch einzelne Pfarrer, die sich offen an die Gemeinden wandten, so etwa Friedrich Flemming (1894–1971), der seit 1937 an der Steglitzer Markus-Kirche wirkte.

Von zwölf Pfarrern der Gesamtgemeinde Steglitz standen zehn zur Bekenntniskirche. Darunter Klamroth und Messow (Markus-Kirche), Jahn, David und Zippel (Lukas-Kirche) und Moldaenke (Matthäus-Kirche). Kurzhaft und Hausarrest brachten sie nicht von ihrem Weg ab.

Die Gemeindehelferin Frl. Kusserow wirkte ebenfalls entschieden für die BK und geriet deshalb für einige Wochen in Haft. 1937 stand ihr Name auf Fürbittlisten.

Friedrich Flemming, eine kämpferische Persönlichkeit, hatte, bevor er an die Markus-Gemeinde kam, bereits eine konfliktreiche Zeit in Münster hinter sich. Zweimal war er in Westfalen abgesetzt worden. In Berlin fand er über Hermann Ehlers engen Kontakt zum Lankwitzer Pfarrer Ehrich (siehe Seite 46f.), einem verwandten Naturell.

Flemming wollte den Ausbruch des Krieges nicht kommentarlos hinnehmen, sondern äußerte Kritik. In einem engagierten Brief an seine Gemeindemitglieder bezeichnete er den Krieg als eine schwere Heimsuchung und als ein Unrecht:

„Das ist das erste, was uns der Herr durch den Krieg sagen will: ‚Wir sind abtrünnig geworden und gehorchen nicht der Stimme des Herrn.' ... Der Herr will uns durch sein Gericht zu Buße und Glauben bringen."

Friedrich Flemming

Diese Zeilen übergab ein Beamter des Kirchenministeriums der Gestapo. Daraufhin nahm sie Flemming am 5. Oktober 1939 fest. (15 Tage später enthob ihn die Offizialkirche seines Amtes.) Es stand sehr ernst um den Pfarrer, dem KZ drohte, ja ein Todesurteil. Verschiedene Persönlichkeiten setzten sich für ihn ein, so Oberstleutnant Groscurth (Abwehr) und Pfarrer Scharf. Zu Weihnachten 1939 wurde Flemming aus schwerer Haft entlassen und sofort aus Berlin ausgewiesen. Auch diese Entscheidung konnte später rückgängig gemacht werden. (Friedrich Flemming, der sich mutig für verfolgte jüdische Mitbürger einsetzte, diente seiner Gemeinde bis 1964.)

Einberufungen und Ausweisungen:

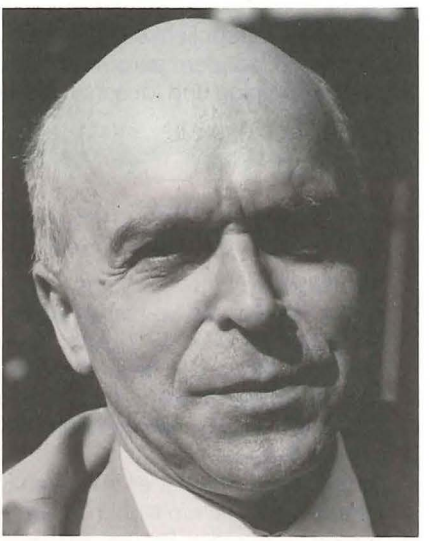
Lichterfelde, Gardeschützenweg 126 – Wohnung Niesel
Lichterfelde, Ringstraße 36 – Wohnung Praetorius

Der Krieg brachte auch für die Arbeit der Bekenntniskirche sehr gravierende Veränderungen. Sie bezogen sich nicht allein auf viele zur Wehrmacht einberufene „Junge Brüder", deren treibende Kraft nun verlorenging, sondern betrafen auch und gerade wichtige Männer der Führung.

Die Einberufung von Fritz Müller (Dahlem), der auch als Vorsitzender des preußischen Bruderrates wirkte, war ein empfindlicher Verlust. Als psychologisch und politisch schwerwiegend erwies sich auch, daß Martin Niemöller in einem Brief an seine Frau den Kirchenaustritt erklärte und die Absicht äußerte, zum römisch-katholischen Glauben überzutreten. In der Abgeschiedenheit des KZ erschien ihm die BK nicht konsequent genug.

Im Februar 1940 wurden die Büros des Brandenburger und des Berliner Bruderrates durchsucht, die Mitarbeiter festgesetzt und verhört (darunter Senta Maria Klatt).

Vom Rat der preußischen BK blieb Wilhelm Niesel – der insgesamt achtmal im Gefängnis saß – fast fünf Wochen inhaftiert; ihm drohte KZ. Am 3. Mai 1940 wies man ihn aus Berlin aus. Das gleiche Schicksal ereilte den Lichterfelder Pfarrer Praetorius (Johannes-Gemeinde), der nach der Freiwilligmeldung Gerhard Jacobis (1939) als Vorsitzender des Berliner Bruderrates tätig war. Nun mußte er Berlin verlassen und erhielt Reichsredeverbot. Ebenso erging es im September 1940 auch Pfarrer Gollwitzer (Dahlem), der bald darauf zur Wehrmacht kam.



Wilhelm Niesel

Durch Niesels Ausweisung war auch die Spitze der preußischen BK – so z. B. Dibelius und Ehlers – gezwungen, ihre Zusammenkünfte außerhalb Berlins abzuhalten. Bis Mai 1941 waren sie wöchentlich in Nowawes bei Potsdam (später nur noch monatlich an anderen Orten). Besonders der altpreußische Bruderrat blieb, allen Belastungen trotzend, bis zum Schluß kompromißlos.

Bekenntnisgemeinde Lankwitz

Lankwitz, Dreifaltigkeitskirche und Dorfkirche (Alt-Lankwitz)

Außerhalb des südwestlichen Kirchenkreises Kölln-Land I, aber bezirklich in Steglitz, liegt der Ortsteil Lankwitz.

Diese evangelische Gemeinde gehörte zum Kirchenkreis Kölln-Land II, der über Tempelhof auch nach Neukölln reichte und fest in den Händen der DC war. Ihnen trat für die Bekenntniskirche besonders ein Mann entgegen, den Zeitzeugen als einen der energischsten und entschiedensten Pfarrer bezeichnen.

Seit 1924 wirkte Johannes Ehrich (1892–1972) in Lankwitz. Im Weltkrieg verwundet und ausgezeichnet, entsprach dieser preußisch-konservative Mann dem deutschnationalen Milieu seiner Gemeinde. In der Lankwitzer Villengegend, aus der zahlreiche Kirchgänger kamen, wohnten viele ehemalige Offiziere mit ihren Familien, darunter mehrere Christen jüdischer Herkunft.

Ehrichs Gehorsam gegenüber dem Wort Gottes und seine Pflichtauffassung ließen in der Frage des Kirchenkampfes nur ein entschiedenes Ja oder Nein zu. Finanzielle „Angebote" der Offizialkirche wies er zurück.

Seine starke Persönlichkeit setzte sich nicht allein gegenüber dem DC-„Kollegen" Branig durch, sondern sorgte auch für eine feste BK-Gemeinde. Zu den Steglitzer Pfarrern Flemming und Messow (Markus-Kirche) hielt er engen Kontakt.

Der geradlinigen Haltung wegen mußte Ehrich häufig Hausdurchsuchungen und Verfolgung erdulden. Seine Töchter erinnern sich:

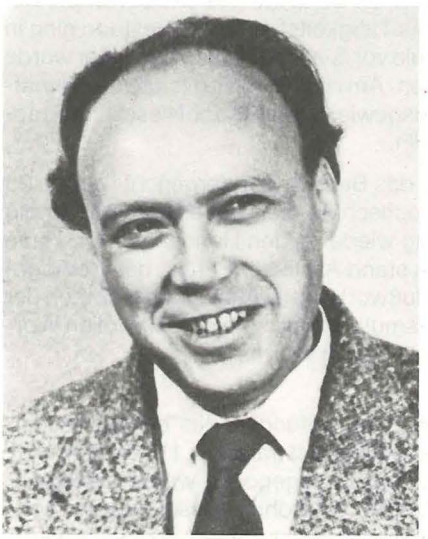
„Die Gestapo hatte ihn oft beim Wickel. Sein Hausarrest gehörte zu unserem Alltag, ebenso die Spitzel im Gottesdienst. Einmal standen 200 uniformierte SA-Leute auf dem Kirchplatz. Sie wollten ihn holen. Trotz seiner Kriegsverwundung (Bein) konnte er durch den Gemeindegarten über den Zaun flüchten. Wir Kinder wurden in Lichtenrade untergebracht.
Wenn ihm die Kirchen versperrt waren, wich er in ein Notquartier aus: Lehmanns Festsäle.
Ganze Tage mußte er manchmal zum Verhör in die berüchtigte Prinz-Albrecht-Straße, nicht nur nach dem 20. Juli 1944. So erhielt er auch eine Vorladung wegen des Predigttextes: ‚Niemand kann zwei Herren dienen' (Matthäus 6,24). Dies wurde bewußt falsch als „Aufwiegelung gegen den Führer" bezeichnet.
Zum Schluß eines besonders schikanösen Verhörs wurde er mit den Worten entlassen: ‚Herr Pfarrer, sie sind uns viel zu gerissen, aber wir kriegen sie noch'."

Bezahlt von der Bekenntnisgemeinde, stand ihm die Offizierstochter Friedel Schulze als Gemeindehelferin zur Seite. Beim jüdischen Oberst Wolf wurde illegales Material der BK aufbewahrt. Die tapferen Vikare Kahn und Kühn mußten eben-

falls in Kurzhaft (beide fielen später im Krieg). Auch zwei „einfache" Gemeindemitglieder nahmen für ihren Glauben Leiden auf sich. Bekenntnischrist Polzin kam mit gebrochenen Fingern von der Gestapo zurück, auch der Rollstuhlfahrer Pohle berichtete von Mißhandlungen. Beide waren (von DC) denunziert worden.

Rassenverfolgte Gemeindemitglieder fanden im Pfarrhaus Nahrung und menschliche Wärme. Vor ihrem ‚Abtransport' wurde versucht, Beistand und Trost zu geben.

Johannes Ehrich ▶



Walter Dress

Schutz im Pfarrhaus Dress

Dahlem, Helfferichstraße 18
(heute: Bernadottestraße)

Während die täglichen Dahlemer Fürbittgottesdienste viele illegale Hilfsprediger und Berliner Bekenntnispfarrer (Gollwitzer, Petersen, Dr. Böhm, von Rabenau) abhielten, predigten bei den sonntäglichen Hauptgottesdiensten dagegen vor allem die festangestellten Dahlemer Pfarrer Röhricht und Walter Dress. Beide Männer waren grundverschieden. Für Röhricht war der Kirchenkampf seit Errichtung der Kirchenausschüsse (1935) – Seite 29 – beendet.

Walter Dress – seit 1938 in der Gemeinde tätig – war als Hochschullehrer von den Nazis entlassen worden. Wegen seiner Lehrtätigkeit an der illegalen kirchlichen Hochschule drohte ihm 1941 eine zweijährige Haftstrafe. Aber man ließ die Anklage fallen.

In seinem Dahlemer Pfarrhaus – in dem von Niemöller wohnte nach wie vor dessen Familie – kamen auch Regimegegner zusammen, so aus dem Kreis der Lufthansa der Schwager Klaus Bonhoeffer oder auch der Diplomat Hans-Bernd von Haeften, ein aktives Mitglied der Dahlemer Gemeinde. (Beide wurden später hingerichtet.)

Verfolgte jüdische Mitbürger, die der alte jüdische Arzt Dr. Rosenstein weitervermittelte, fanden im Pfarrhaus bei Susanne Dress, geb. Bonhoeffer, Schutz und Verpflegung. Aus Sicherheitsgründen mußten sie ihre Quartiere aber immer wieder wechseln. Gerade auch im Pfarrhaus Dress gab es häufige Hausdurchsuchungen der Gestapo.

(1945 wirkte Susanne Dress durch Gründung des „Dahlemer Hilfswerks" aktiv daran mit, die schwere Not der Nachkriegszeit zu lindern.)

Staatsterror gegen BK-Einrichtungen (1941)

Pfarrer Grübers Hilfsstelle für evangelische Rassenverfolgte war von der SS 1940 aufgelöst worden. Zwei verantwortliche Geistliche (Grüber und Sylten) verschleppte man ins KZ.

Dagegen konnte sich die von der Vikarin Hunsche (Steglitz) geleitete nichtarisch-christliche Schule noch bis ins Jahr 1943 hinein halten. Schließlich wurde auch sie zwangsweise geschlossen.

Auch in einem anderen wichtigen Bereich traf die Bekenntniskirche ein empfindlicher Schlag und legte damit ein bedeutendes Tätigkeitsfeld lahm. Gestapo ging in Berlin gegen die illegale kirchliche Hochschule vor (siehe Seite 27). Als erster wurde am 6. Mai 1941 Martin Albertz festgenommen. Am nächsten Tag folgte die Verhaftung weiterer elf Männer und Frauen. Die ausgewiesenen Pfarrer Niesel und Praetorius brachte die Gestapo zurück nach Berlin.

Im Dezember (12.–22.12.1941) verhandelte das Berliner Sondergericht I gegen 23 Dozenten und Mitarbeiter der Kirchlichen Hochschule. Der große Saal war ständig gefüllt. Die Verteidigung der Angeklagten lag wieder in den Händen von Dr. Hahn und zwei weiteren Kollegen. Ihnen zur Seite stand Assessor Perels, der die Angeklagten fast wöchentlich besuchte. Das Schlußwort für alle Angeklagten sprach der Leiter der Kirchlichen Hochschule, Pastor Asmussen, mit so eindrucksvollen Worten, daß eine Zuhörerin rühmte: „Er war wie Luther in Worms".
Das Gerichtsurteil fiel relativ milde aus.

Die Hauptlast trug der Leiter des Theologischen Prüfungsamtes der BK (Berlin-Brandenburg) Martin Albertz. Er erhielt eine Gefängnisstrafe von 1½ Jahren. Kürzere Haftstrafen, die durch die Untersuchungshaft abgegolten waren, bekamen: Hans Asmussen und die Pfarrer Harder, Vogel, Dr. Böhm, Niesel, Lokies, Moldaenke sowie aus dem Kreis der Mitarbeiterinnen Barbara Thiele (vom Burckhardthaus), Grete Michels (Albertz' Gehilfin) und Sarah Arnheim. Geldstrafen erhielten

das Ehepaar Schröder, Marianne Albertz (alle aus Spandau) und die Steglitzerin Ottonie Blanck (1899–1976), in deren Wohnung häufig unterrichtet worden war.

Danach ruhte der Lehrbetrieb bis zur Befreiung von der Diktatur.

Pfarrer von Lutzki vor dem Sondergericht (1942)

Lichterfelde-Ost, Petrus-Gemeinde

Gustav von Lutzki war seit 1927 Pfarrer in Lichterfelde und von Anbeginn Mitglied der BK. Wie seine Lichterfelder Kollegen (Seite 18) Praetorius und Grüneisen (Johannes-Kirche), Petersen und Diestel (Paulus-Kirche) sowie Bergemann (Giesendorf) zählte er zu den sehr aktiven Kräften. Ein Gegenspieler war der ‚wilde' DC-Pfarrer Koch. (Weil er forderte, die BK-Pfarrer mit Jauche zu übergießen, nannte man ihn „Jauche-Koch".)

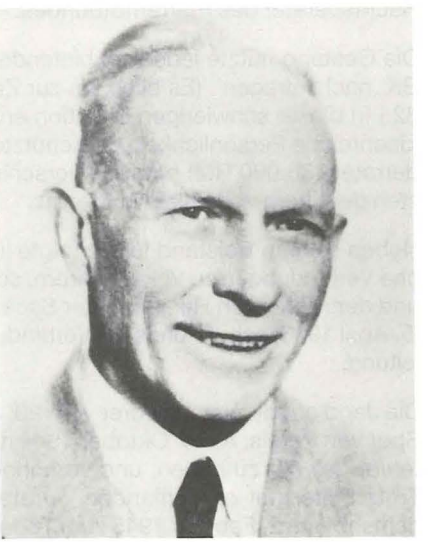
Ab 1937 war auch Pfarrer Baltzer an der Petrus-Gemeinde. Er hatte zuvor engagiert beim Magdeburger Bruderrat gewirkt. Da er während des Krieges Soldat wurde, ruhte die Verantwortung fast allein auf von Lutzkis Schultern. Dem Regime war er bereits unangenehm aufgefallen: 1935 verwarnte ihn der Generalstaatsanwalt beim Landgericht wegen kritisch-abfälliger Äußerungen über den Reichsinnenminister.

Sehr ernst wurde seine Lage durch eine Denunziation aus dem Konfirmandenkreis im Oktober 1941. Sie führte zu seiner Verhaftung am 20. Januar 1942. Ein halbes Jahr darauf verhandelte das Berliner Sondergericht III gegen den Pfarrer.

Man legte ihm folgende Äußerungen zur Last:

- Niemöller sei eingesperrt worden, obwohl ihn das Gericht als freien Mann entlassen hatte;
- der Feldzug gegen Rußland sei kein Verteidigungs-, sondern ein Angriffs- und Eroberungskrieg;
- der NS-Film „Ich klage an" spreche sich für die Tötung schwerstkranker Menschen aus (Euthanasie);
- Juden seien auch Menschen, der Zwang, einen Stern zu tragen, sei ‚nicht schön'.

Da er mit diesen Worten Mißtrauen gegen den Staat und die oberste Führung „in die Herzen seiner jugendlichen Zuhörer" gesät hatte, erhielt er (am 27. Juli 1942) eine zweijährige Gefängnisstrafe, die er in Tegel absaß.



Gustav von Lutzki

Die Gemeindehelferin Fräulein Grete Hengelvoß erhielt 1942 von Lutzkis Brief zur Adventszeit als Kassiber aus Tegel:

„‚Er hat mich gesandt, zu verkünden den Gefangenen die Freiheit' (Jes. 61,1). Was Gefangenschaft und was Freiheit ist, muß man an sich selbst erlebt haben, um Größe und Tiefe der Verheißung dieses Adventsspruches zu verstehen: Das Kind, dem alle Engel dienen, bringt Licht in alle Dunkelheit und Trost und Frieden in alle Zellen, hinter alle Schlösser und Riegel, und – wer wäre nicht irgendwie Gefangener, Unfreier, Gehemmter? ..."

(Gustav von Lutzki kehrte später in seine Gemeinde zurück und diente ihr bis 1955.)

Bruderratsmitglied F. J. Perels (Abb. siehe Seite 34)

Lichterfelde, Viktoriastraße 4a

Nachdem das Bruderratsmitglied Dr. Ehlers 1941 zur Luftwaffe einberufen worden war, blieben von der Spitze der preußischen Bekenntniskirche nur noch sehr wenige Mitglieder in Berlin. Darunter war Assessor Friedrich Justus Perels, ein engagierter und umsichtiger Jurist, Anwaltsassistent von Rechtsanwalt Holstein und Rechtsberater des Pfarrernotbundes.

Die Gestapo nutzte jede sich bietende Gelegenheit, um im Büro der preußischen BK ‚nachzufragen'. (Es blieb bis zur Zerstörung im März 1944 in der Drakestraße 32.) In dieser schwierigen Situation erwies sich Perels wieder als geschickte und ideenreiche Persönlichkeit. So schützte er auch die finanziellen Reserven des Bruderrates (30.000 RM) mit Hilfe verschiedener Verstecke, darunter die Blumenkästen der Eltern von Ehlers in Steglitz.

Neben seinem Beistand für verfolgte jüdische Mitbürger unterhielt Perels zahlreiche Verbindungen zu Verschwörern, so zu der ihm verwandten Familie Bonhoeffer und dem Obersten Heeresrichter Sack. Nach der Verhaftung Dietrich Bonhoeffers (5. April 1943) schuf Perels die Verbindung zwischen ihm und der illegalen Kirchenleitung.

Die Jagd auf die Verschwörer vom 20. Juli 1944 brachte die Gestapo auch auf die Spur von Perels. Am 5. Oktober 1944 nahm sie ihn fest. Man warf ihm vor, vom Attentat gewußt zu haben, und verhöhnte ihn als „Justitiar" der Bekenntniskirche. Trotz Folter hat er niemanden verraten. Schließlich verurteilte ihn der Volksgerichtshof am 2. Februar 1945 zum Tode. Noch kurz vor der Kapitulation ist F. J. Perels erschossen worden. Sein Vater Ernst Perels (Weddigenweg 64) kam allein aus Gründen der Sippenhaft ins KZ. Er starb an den erlittenen Strapazen.

Dr. Koch erschossen

Hans Koch

Nikolassee, Burgunder Straße 2a

Rechtsanwalt Dr. Hans Koch war Mitglied der Bekenntnisgemeinde von Nikolassee. 1937 gehörte er dem Anwaltskollektiv an, das Martin Niemöller vor Gericht verteidigte. Nachdem der Pfarrer ins KZ gesperrt worden war, kämpfte Dr. Koch (vergeblich) um die Freilassung.

Schutz gewährte er auch anderen verfolgten Menschen, darunter einem jüdischen Firmeninhaber, der sich gegen die bevorstehende Enteignung wehrte. Dieses juristischen Beistands wegen sperrte man ihn wochenlang ins Gefängnis.

Hans Koch besaß darüber hinaus Verbindungen zu aktiven Kreisen der Verschwörung des 20. Juli 1944. In einer Regierung Goerdeler wäre er Kandidat für den wichtigen Posten des Reichsgerichtspräsidenten gewesen.

Nach dem Scheitern des Anschlages wurde der Reserveoffizier (Rüstungsamt) mit seiner Frau Annemarie verhaftet. Beim Verhör mußte er schlimme Mißhandlungen erleiden. Kurz vor der Kapitulation erschoß ihn ein Kommando des SD (Sicherheitsdienstes) auf der Straße vor einem Keller. Es war die Nacht vom 23. auf den 24. April 1945.

Hanns Lilje verhaftet

Lichterfelde, Hortensienstraße 34

Nach der Ausweisung von Praetorius war mit dem Hannoveraner Dr. Lilje für einige Zeit ein Mann an der Johannes-Kirche tätig, der zu den Mitwissern der Verschwörung zählte.

Der Generalsekretär des lutherischen Weltkonvents, dessen Organisation in Distanz zu radikalen Kräften des Kirchenkampfes stand, geriet nach dem 20. Juli 1944 in Gestapohaft. Der Volksgerichtshof (VGH) verurteilte ihn am 18. Januar 1945 zu vier Jahren Gefängnis wegen Nichtanzeige des flüchtigen Goerdeler, nach dem öffentlich gefahndet worden war. Lilje hatte den Unterschlupf Suchenden nicht gemeldet. An den Händen gefesselt, wohnte der Pfarrer auch anderen Verhandlungen vor dem VGH als Zeuge bei, so gegen den Sozialdemokraten Haubach (am 23. Januar 1945 hingerichtet). Erst zum Kriegsende kam Dr. Lilje frei. (Nach 1945 wirkte Dr. Lilje als Landesbischof in Hannover.)

Opfer in der letzten Stunde

Der in Berlin seit 1943 besonders schlimm wütende Bombenkrieg und der irrsinnige Terror der Nazis brachten die illegale Arbeit der Kirche fast völlig zum Erliegen: Ausweisungen, Redeverbote, Unterrichtsverbote, eingesperrte Kollektensammler, versiegelte oder zerbombte Büros, Menschen auf der Flucht und Suche nach Ersatzquartieren. Man versuchte nur noch durchzuhalten bis zum Beginn einer neuen Ordnung.

In den letzten Tagen, ja Stunden, riß das Nazi-Regime noch zwei große Persönlichkeiten der Bekenntniskirche mit in den Untergang: Dietrich Bonhoeffer wurde am 9. April im KZ Flossenbürg umgebracht. Friedrich Justus Perels holte die SS mit einer Gruppe von Häftlingen aus dem Moabiter Gefängnis (Lehrter Straße). In der Nacht vom 22. auf den 23. April 1945 erschossen sie ihn.

Dr. Böhm überlebt

Das Berliner Bruderratsmitglied, der Zehlendorfer Pfarrer Dr. Hans Böhm, konnte diesem Vernichtungsfeldzug gerade noch entgehen. Nach dem 20. Juli war er wegen Fluchthilfe (für Gisevius und Nebe) in die berüchtigte Prinz-Albrecht-Straße verschleppt worden. (Es war seine vierte Haft!) Der kriegsverwundete Mann (beinamputiert) zog sich dort bleibende gesundheitliche Schäden zu. Dem Bericht der Tochter zufolge kam er im April 1945 frei und konnte sich nach Zehlendorf durchschlagen, wo ihn Pfarrer Dilschneider betreute. Über 100 Menschen strömten zusammen, als sie erfuhren: „Hans Böhm lebt".

Neubeginn: Gottesdienst in Dahlem

Das Ende von Krieg und Diktatur begrüßten vielerorts auch die Kirchengemeinden, darunter die traditionsreiche Dahlemer.

In der Zusammensetzung der Bevölkerung dort hatte sich inzwischen vieles verändert. Prominente Nazis waren „verschwunden" oder durch Selbstmord aus dem Leben geschieden. Andere Villenbesitzer hatten sich nach West- und Süddeutschland abgesetzt. In ihre Quartiere zogen nun zahllose Flüchtlingsfamilien.

Zu diesen neuen und alten Mitgliedern der Dahlemer Gemeinde sprach Pfarrer Dress in der St. Annen-Kirche. Es wird berichtet, man habe nie mehr solch glückliche, dankbare, fromme und lebendige Gemeinde erlebt wie in den ersten Gottesdiensten nach der Befreiung. Wie in vielen anderen Kirchen wurde in Dahlem statt des Kollektengeldes eine Scheibe Brot gegeben, angesichts des Hungers damals ein wirkliches Opfer.

Walter Dress' erster Predigttext war die Jesajastelle:

„Tröstet, tröstet mein Volk, redet mit Jerusalem freundlich, und sagt ihr, daß ihre Knechtschaft ein Ende hat."

Ämter der Überlebenden nach 1945

Martin Albertz	(1883–1956)	Professor für reformierte Theologie und das Neue Testament in Berlin
Hans Asmussen	(1898–1968)	1945–48 Präsident der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche Deutschlands 1948–1955 Propst von Kiel
Hans Böhm	(1899–1962)	1945–1959 Propst von Berlin, Oberkonsistorialrat im Konsistorium Berlin-Brandenburg
Otto Dibelius	(1880–1967)	1945–1966 Vorsitzender der Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg mit der Amtsbezeichnung Bischof
Max Diestel	(1872–1949)	Generalsuperintendent in Berlin
Walter Dress	(1906–1979)	Lehrbeauftragter für Kirchengeschichte in Berlin
Hermann Ehlers	(1904–1954)	1945 Oberkirchenrat in Oldenburg 1949 Bundestagsabgeordneter (CDU) 1950–54 Präsident des Deutschen Bundestages
Helmut Gollwitzer	(geb. 1908)	Professor für Syst. Theologie in Berlin
Heinrich Grüber	(1891–1975)	1949–1958 Bevollmächtigter des Rates der EKD bei der Regierung der DDR
Gerhard Jacobi	(1891–1971)	Generalsuperintendent von Berlin (West) 1954–1967 Bischof von Oldenburg
Martin Niemöller	(1892–1984)	1947–1964 Kirchenpräsident von Hessen und Nassau
Wilhelm Niesel	(geb. 1903)	Präsident des Ref. Weltbundes. Ab 1951 Prof. in Wuppertal
Willi Praetorius	(1884–1973)	1942–1954 Pfarrer in Düsseldorf
Kurt Scharf	(geb. 1902)	1967 Bischof von Berlin-Brandenburg 1973–1976 Bischof der Region West

Sozialdemokraten gegen Gewalt und Diktatur

„Berlin bleibt rot!“

Die letzten Jahre der Weimarer Republik hatten für die SPD ganz im Zeichen des Bemühens um die Erhaltung der demokratischen Verfassung gestanden. Um die Machtergreifung der NSDAP zu verhindern, war die Sozialdemokratie bereit gewesen, die sozial sehr harte Politik des Reichskanzlers und Zentrumspolitikers Heinrich Brüning durch Tolerierung parlamentarisch abzusichern (1930–1932). Dies führte zu Wählerverlusten, meist zugunsten der KPD, und zu innerparteilichen Auseinandersetzungen: 1931 spaltete sich ein Teil des linken Parteiflügels ab und bildete die (einflußlose) Sozialistische Arbeiterpartei (siehe Seite 78f.).

In ihrem Kampf um den Bestand der Republik sah sich die SPD zuletzt fast völlig auf sich allein gestellt: Gemäßigte bürgerliche Parteien – mit Ausnahme des katholischen Zentrums – verloren ihre Anhängerschaft größtenteils an die antidemokratisch-nationalsozialistische Rechte. (Eine Minderheit ging zur SPD.) Doch auch die KPD bot sich trotz allem „Antifaschismus“ – samt blutigen Schlachten mit der SA – nicht als Bündnispartei an. Die Kommunisten kämpften nicht für die Republik, sondern für Rätediktatur und „Sowjet-Deutschland“. Ihr Hauptfeind war die als „sozialfaschistisch“ diffamierte SPD.

Plakat der SPD

Immer mehr Berliner Arbeitslose strömten als Wähler und als Aktive zur KPD. Nicht wenige von ihnen blickten mit Neid, ja Haß, auf qualifizierte Facharbeiter und öffentlich Bedienstete (BEWAG, GASAG, Arbeitsämter, Bezirksverwaltung), die noch in Lohn und Brot standen und zur SPD hielten.

Die Sozialdemokratie setzte trotz verzweifelter, hitziger Massenstimmung und zunehmender Gewalttätigkeit auf den Straßen (besonders der Innenstadt) weiterhin auf die Macht des Parlamentarismus und auf den Glauben an Vernunft und politische Aufklärung. Sie hielt daran selbst in Zeiten, in denen der Parlamentarismus durch die extreme Linke und Rechte blockiert wurde und die Regierung nur noch mit Notverordnungen arbeitete, fest. „Außerparlamentarische Experimente“ lehnte die SPD strikt ab.

Im November 1932 (Reichstagswahl) wurde die KPD mit 31 % stärkste Berliner Partei, die Sozialdemokraten erzielten 23,3 %.

Als Parole für eine der letzten Massenkundgebungen der SPD verkündete ihr Zentralorgan „Vorwärts": „Berlin bleibt rot!"

Reichsbanner in Bereitschaft

Lankwitz, Frobenstraße 15.17 – Wohnung Arthur Neidhardts (Berliner Gauführer)

Zur Sicherung von Versammlungen und Demonstrationen hielt sich die 1924 in Magdeburg gegründete Republikschutztruppe „Reichsbanner Schwarz Rot Gold" bereit.

Sie galt als überparteilich, denn auch liberaldemokratische Kreise und Zentrumsanhänger wirkten mit. Doch in der Industriemetropole Berlin stellten die sozialdemokratischen Arbeiter das weithin größte Kontingent der Aktiven.

An der Spitze der Berliner Organisation stand mit Arthur Neidhardt (SPD) – mehrfach kriegsverwundet – ein sehr entschlossener, energischer Republikaner.

Man verfügte in Berlin bis zur Beseitigung der preußischen Regierung Braun-Severing (20. Juli 1932) über gute Beziehungen zur Polizeiführung. Der Kommandeur der Berliner Schutzpolizei Magnus Heimannsberg (SPD) – ein Idol vieler Polizisten – war ebenso wie zahlreiche einfache Polizeibeamte Reichsbannermitglied. Auch Polizeimajor Karl Heinrich (SPD) aus Spandau zählte zu den zuverlässigsten Männern. Sie standen zur Verteidigung der Republik bereit.

Otto Melcher (Zehlendorf), ein Mann der „Basis", berichtet:

„Wir hatten uns regelrecht auf den Bürgerkrieg vorbereitet: Felddienst, Geländeübung, Häuserkampf wurde gelehrt und geübt. Zur Berliner Polizeiführung gab es gute Kontakte. Wir hatten Freunde dort. Auch manch einfacher Polizist von der Straße war Reichsbannermitglied. Es war verabredet, daß wir uns am „Tag X" zum Polizeipräsidium (Alexanderplatz) durchschlagen sollten, um dort bewaffnet zu werden."

Aber Berlin war nicht typisch für die Verhältnisse in Deutschland, und selbst in der Reichshauptstadt sah es nicht überall so rosig aus: Verglichen mit den Reichsbannerhochburgen in den Arbeiterbezirken (etwa Friedrichshain) hatte es das Reichsbanner im bürgerlichen Südwesten zuletzt (1931/32) immer schwerer, sich zu behaupten. Eine positive Ausnahme bildete die Fischtal-Siedlung in Zehlendorf; besonders schlimm stand es dagegen um Steglitz.

Spandau, ein aktives Reichsbannerzentrum, hatte etwa 400 Mitglieder, real standen (Zeitzeugen zufolge) 120 Mann ‚kampfbereit'. In Steglitz gab es um 100 Reichsbanner, die Größe der tatsächlichen Kernmannschaft lag weit darunter.

Steglitzer Reichsbanner

Steglitz, Ahornstraße 15a – Lokal Schellhase (Treffpunkt)

Leiter des Steglitzer Reichsbanners war der (kriegsverwundete) Wilhelm Bogischatt. Der zweite Mann hieß Gallert. „Er war der Unteroffizier, der uns immer kommandierte" (H. Hochschild). Ihnen zur Seite standen die sehr aktiven Kameradschaftsführer der Ortsteile Lankwitz (Hans Grimm) und Lichterfelde (Ernst Jeremias). Foto oben: Grimm (x) und Jeremias (xx).

Nachrichtenführer – ausgerüstet mit Motorrad und Beiwagen – war der Steglitzer Helmut Hochschild (geb. 1909). Er erinnert sich:

„Wir hatten damals auch viel Ärger mit dem SA-‚Mordsturm' 33 (Charlottenburg), der gelegentlich in unserem Bezirk sein Unwesen trieb. Bei einer der zahlreichen Auseinandersetzungen kam einer unserer Kameraden ums Leben.

Zum Schutz von Veranstaltungen, Umzügen und als Gegenwehr bildeten wir ein „Rollkommando" – ein vermögender Genosse spendierte dafür einen Lastwagen. Am Wochenende hielten wir uns immer in Bereitschaft. Stützpunkt war eine Steglitzer Laube.
Wir waren ungefähr sieben Mann."

In den besseren und abgelegenen Wohngegenden Lichterfelde und Lankwitz (wie auch in Dahlem und Schlachtensee) soll es damals eher ruhig gewesen sein, obwohl SA-Männer vom Sturmlokal Oberhofer Weg (Lichterfelde) heimkehrenden Kundgebungsteilnehmern gelegentlich auflauerten.

Konzentriert waren die Auseinandersetzungen in dem belebten (zentralen) Bereich von Albrecht- und Schloßstraße. Durch die Albrechtstraße gingen häufig Demonstrationszüge zum Rathaus Steglitz.

An die Kämpfe in dieser Gegend erinnert sich Ernst Froebel, damals Mitglied der Steglitzer Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ):

„Reichsbanner wollte 1932 die Albrecht- und Schloßstraße ‚zurückerobern'. Aber wir setzten uns nicht durch, denn die SA drosch ganz schön. Einer ihrer Treffpunkte war die ‚braune Eisdiele" (Albrecht-Ecke Heesestraße).
Ich weiß noch, in der Albrechtstraße (nähe S-Bahn) kämpften einmal vier SAJ-'ler gegen einen Hünen von SA-Mann. Er hatte eine Nilpferdpeitsche, an deren Ende Stahlkugeln hingen. Der Kerl beherrschte den ganzen Umkreis.
Als Sozialisten waren wir doch ganz anders eingestellt. (Eines unserer Lieder sagte: ‚Der Mensch ist gut'.) Wir konnten einfach einem Andersdenkenden nicht ins Gesicht schlagen! Darum war die SA dem Reichsbanner überlegen. Diese Nazis waren besser organisiert und brutaler; zahlenmäßig stärker waren sie oft gar nicht."

Die rote Fischtal-Siedlung

Onkel-Tom-Siedlung – Treffpunkt Café Sommerfeld (heute: „Eierkuchen")

Als eine wirkliche Bastion gegen die SA erwies sich bis 1933 ein moderner Wohnbereich in Zehlendorf, der 1927 erbaute südliche Abschnitt der Waldsiedlung, auch Fischtal genannt (nach dem U-Bahnbau ‚Onkel-Tom-Siedlung'). Die als ‚Neujerusalem' und ‚Tuschkasten-Siedlung' diffamierte Ecke blieb durch zahlreiche sozialistische Familien, die hier als Eigentümer und Mieter lebten, recht widerstandsfähig.

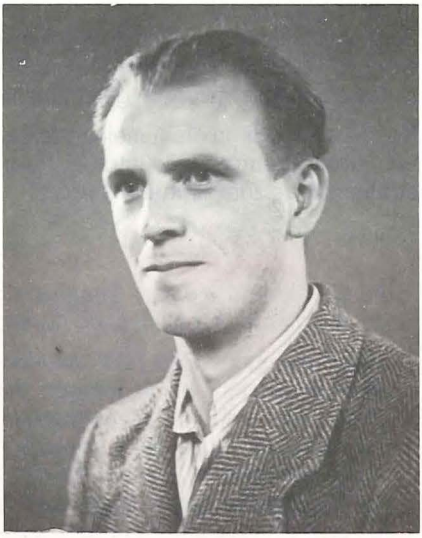
Zeitzeugen bezeichnen die Brüder Erich und Otto Melcher als tragende Kräfte dieser Reichsbannergruppe.

Der Zimmermann Otto Melcher (geb. 1912) erinnert sich:

„Die Nazis hatten große Furcht vor uns und vor der ganzen Siedlung. SA traute sich nur in Gruppen rein. Oft bezogen sie Dresche.

Wir waren 25 feste Reichsbannermänner – fast alle Handwerker – und hatten eine Abwehrfront auf die Beine gestellt. Bei Umzügen und Veranstaltungen brachten wir es auf 100 Mann. In unserer Siedlung hat die SA bis 1933 nie richtig Fuß gefaßt, denn wir haben uns gegen sie gestemmt."

Erich Melcher



Otto Melcher

20. Juli 1932

Als am 20. Juli 1932 das rechtskonservative Reichskabinett Papen die preußische Landesregierung Braun-Severing (SPD) durch einen Staatsstreich davonjagte, lehnten vor allem die Gewerkschaften einen Aufruf zum Streik oder gar bewaffnete Gegenwehr ab. Für einen Kampf gegen die Reichswehr erschien ihnen das republikanische Lager von vornherein als Verlierer. In aussichtsloser Lage wollte man kein Blut vergießen. Kampfbereite Anhänger wurden auf die Zukunft vertröstet: Das Zeichen zum „Losschlagen" käme im rechten Augenblick.

Diese Haltung stieß auch in der Reichshauptstadt auf Protest. Berlins Reichsbannerführer Neidhardt forderte den Einsatz der „Eisernen Front" zur Abwehr des Staatsstreiches. Die Polizeiführung (Grzesinski, Heimannsberg) stand zum Handeln bereit, wartete aber vergeblich auf die entscheidenden Befehle von Innenminister Severing. Allein psychologisch wirkte das kampflose Kapitulieren – so verantwortungsbewußt die Gründe auch waren – verheerend auf die einsatzbereite, opferwillige Anhängerschaft.

Die Erinnerung an diesen Vorgang ist in Reichsbannerkreisen noch heute sehr lebendig. Aus Zehlendorf und Steglitz wird berichtet:

Otto Melcher:

„Wir waren in Bereitschaft und glaubten, es geht los. Aber es tat sich nichts. Einer der in unserer Siedlung wohnenden Gewerkschaftsfunktionäre sagte damals zu mir: ‚Macht bloß nicht solchen Mist. Wenn es los geht, drücken wir auf den Knopf, und es ist Generalstreik!'
Aber es waren die Nazis, die dann auf den Knopf drückten. Diese Gewerkschaftler wußten doch gar nicht mehr, was auf den Straßen Berlins, an der Basis, los ist.
Es waren abgehobene Funktionäre.
Wir haben dann auch gebrochen mit diesen Leuten.
Unsere Widerstandsgruppe „Roter Stoßtrupp"* fühlte sich nur noch dem „Banner der Arbeit" verpflichtet."

* Siehe Seite 80f.

Auch im zentralen Steglitzer SPD- und Reichsbannerlokal „Schellhase" (Ahornstraße 15a) hatte man ungeduldig gewartet.

Ein Teilnehmer erinnert sich:

„Die Genossen waren spontan zusammengekommen. (Telefon hatte damals fast keiner!) Alle warteten. ‚Dies' könne doch in Berlin nicht passieren, wo im Polizeipräsidium SPD-Genossen saßen! Ich höre noch die aufgeregten Fragen: ‚Was macht Berlin?' – ‚Was macht die Lindenstraße?'* – Aber nichts geschah!"

* Lindenstraße 3, Kreuzberg: damals Sitz des SPD-Parteivorstandes, d. Verf.

Die letzten Monate der Republik

Ortsteil Lankwitz

Von dem sehr aktiven Kameradschaftsführer in Lankwitz, Hans Grimm, einem Schriftsetzer, konnten die jüngeren Reichsbanner (wie Auchter, Pohl) nur mit Mühe besänftigt werden. „Jungs, Augen geradeaus!" – wurde befohlen. Auch hier war man für den bewaffneten Einsatz ausgebildet worden. In ihrem Versammlungslokal „Lehmanns Festsäle" (Seydlitz-Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße) hatten sie Schießübungen unternommen.

Betty Grimm berichtet von den letzten Monaten des Jahres 1932:

„In der Seydlitzstraße und in den Nebenstraßen prägten die Männer mit einem großen Stempel und roter Farbe:

Wer Hitler wählt, wählt Krieg

Als es hieß: „Die Nazis marschieren auf Berlin", häuften sich die Einsätze. Wir haben in unserer Lankwitzer Wohnung ein Nachtlager für die Genossen hergerichtet. Die Männer sind mit Motorrädern die Grenze nach Mariendorf und Marienfelde abgefahren, um zu sehen, ob sich etwas bewegt."

Noch einmal atmete man auf, als die NSDAP im November 1932 eine schwere Niederlage bei der Reichstagswahl erlitt und in eine Krise geriet. Aber diese vermutlich letzte Chance blieb ungenutzt: Ende Januar 1933 wurde Hitler zum Reichskanzler ernannt.

Jagd auf Reichsbanner

Bereits im Februar 1933 brach der Terror der Nazis (nun ausgerüstet mit staatlicher Gewalt) über die Arbeiterbewegung herein. Alles geriet in Auflösung.

Auf die Aktiven des Reichsbanners wurde Jagd gemacht: Der Gauführer Berlins, Neidhardt, mußte emigrieren. Wegen drohender Geiselnahme folgte ihm seine

Rollkommando des Reichsbanners: H. Hochschild (x)

Ehefrau. Auch dem Lankwitzer Reichsbannerleiter Grimm war die SA auf den Fersen. (Sein Stellvertreter Auchter saß bereits!) Grimm tauchte bei Freunden unter, war ständig auf der Flucht. Ihm und anderen drohte die Verschleppung. Als ein berüchtigter Ort galt zeitweise die „Grüne Linde" in Alt-Lankwitz. SA mißhandelte hier Menschen – darunter Dr. Levi, ein jüdischer Arzt aus der Gallwitzallee. Betty Grimm wurde von ihrem Mann aus einem Versteck benachrichtigt: „Verbrenne alle Fahnen. Hier ist der Teufel los!" – Auf dem Rathausvorplatz in Steglitz wurden Fahnen der Republik, der SPD und Berge von Büchern verbrannt.

Grimms Lankwitzer Kamerad Karl Pohl wechselte den Bezirk und schloß sich in Spandau der Widerstandsgruppe von Karl Heinrich an. (Später geriet er deswegen ins Zuchthaus.)

Auch der Nachrichtenführer des Steglitzer Reichsbanners Hochschild mußte untertauchen, da SA hinter ihm her war. Seiner hochschwangeren Frau setzten sie die Pistole auf den Bauch, sie sollte sein Versteck verraten. Wie andere Freunde zog er es vor, den Stadtteil zu verlassen. Aber der Kontakt zu treuen Kameraden blieb; so lasen sie in der Dahlemer Straße 79 (heute Tietzenweg) den illegalen „Vorwärts".

In der Zehlendorfer Fischtal-Siedlung wurden viele Menschen aus ihren Wohnungen hinausgeworfen, indem man ihnen die Mietverhältnisse kündigte. In diese setzte man zur Kontrolle dann Nazis. Mehrere jüdische Sozialdemokraten emigrierten. Reichsbanner versenkten ihre Waffen im Verbindungsgraben Grunewaldsee – Krumme Lanke.

Ernst Jeremias (SPD), Lichterfelder SAJ-Leiter und bekannter Reichsbannerfunktionär, war als Jude besonderer Verfolgung ausgesetzt. Lange führte er ein illegales Leben. SAJ-Freunde wie Hilde Fienz und Paula Hennig trafen ihn gelegentlich auf der Ringbahn. Häufig fand er Schutz in der Wohnung (und Laube) von Lieschen Wenzel aus der Lankwitzer SAJ. Schließlich wurde er von der Gestapo gefangen und 1944 im KZ ermordet. (Foto Seite 56.)

Vom Ende einer Massenpartei

Der gefahrvolle Weg dieser Reichsbanneraktivisten war durchaus nicht typisch für „normale Parteimitglieder". Vor dem Verbot der SPD (22. Juni 1933) setzte eine ganz andere Fluchtbewegung ein. Der Reichstagsabgeordnete Kurt Schumacher analysierte damals, die Partei sei „wie atomisiert". Zeitzeugen berichten eher deprimierende Eindrücke. Die Ingenieurin Ira Rischowski, damals bereits ein geheimes Mitglied von „Neu Beginnen" (siehe Seite 82ff.), beschreibt die Stimmung an der Lichterfelder Parteibasis: „passiv und furchterfüllt". Schlossermeister Max Heininger, dem SPD-Kassierer von Zehlendorf-Mitte, wurde zum Schluß immer häufiger die Tür vor der Nase zugeschlagen. („Raus, wir wollen nichts wissen".)

Der Parteikassierer von Nikolassee und Schlachtensee (‚Butzlaf') konnte Hitlers „Machtergreifung" seelisch nicht verkraften. Er wurde irrsinnig. (Noch später sorgte er für Aufregung, wenn er auf der Straße ‚strammstand' und Fremde grüßte: „Verbeugung, Herr General!") Der Lehrer Alfred Zettl (geb. 1899), Gründungsmitglied der SPD-Abteilung in Fischtal, verbrannte 1933 ganze Stapel eingesammelter Parteibücher, die sein Abteilungsvorsitzender aus Angst nicht mehr aufbewahren

wollte. Auch der Lankwitzer SPD-Kassierer Georg Wilhelm übergab zahlreiche bei ihm lagernde Parteibücher den Flammen.

Hilde Fienz (jetzt Schwaiger) war Werbebezirksleiterin der SAJ vom Teltow-Kanal (Steglitz/Zehlendorf). Sie berichtet von ihrer Enttäuschung über die damaligen Anpassungstendenzen, weshalb sie den Kontakt zu vielen abbrach. Ihre Vorsicht war nur zu berechtigt. Kein geringerer als der Steglitzer SPD-Vorsitzende Karl Palmer betätigte sich jahrelang als Zuträger der Gestapo. (Schließlich ließ er sich für Geld auf einen Spionagedienst ein und begann ein Doppelspiel. Der Volksgerichtshof verurteilte ihn und den früheren Lankwitzer Reichsbanner A. 1940 zum Tode.)

Die „Solidargemeinschaft" einer Minderheit

Das Jahr 1933 wurde für gesinnungstreue Sozialdemokraten nicht nur in politischer Hinsicht ein tiefer Einschnitt. Die Zerschlagung der Demokratie, das Verbot ihrer Partei und die „Säuberung" des Staatsapparates samt Schulbereich und öffentlichen Betrieben beraubte viele ihrer Arbeit und Existenz. Häufig war man gezwungen, wieder von unten anzufangen.

Da viele von ihnen politisch „bekannt" waren, erhielten diese Arbeitslosen erst recht keine Arbeit, es sei denn um den Preis der Anpassung (was einige taten). Mancher schlug sich mit Kleinhandel durch die Zeit. So eröffneten die Eltern des aktiven Reichsbanners Aussner ein Papierwarengeschäft, der ehemalige Zehlendorfer Stadtverordnete Draemert betrieb am U-Bahnhof Krumme Lanke eine Erfrischungsbude, die zu einem heimlichen Treffpunkt Berliner Sozialdemokraten wurde.

Nur eine Minderheit der fast 100 000 Mitglieder zählenden SPD Groß-Berlins ging in den aktiven Widerstand, indem sie etwa illegales Material verbreitete. Doch viele ehemalige Funktionäre und Sympathisanten bewiesen Gesinnungstreue dadurch, daß sie untereinander Kontakt hielten. Die Bande ihrer gemeinsamen Herkunft aus der Arbeiterjugend, der SPD-Abteilung, dem Reichsbanner, der Gewerkschaft oder dem Arbeitersport erwiesen sich häufig als sehr stark. Die verschiedenen Zirkel waren durch zahlreiche Querverbindungen verknüpft. Bei großen Konzerten und Beerdigungen verfolgter Sozialdemokraten strömten dann mehrere tausend Anhänger in Berlin zusammen. Sie wollten demonstrieren: Die Partei lebt!

Wieder andere verweigerten sich dem NS-Rummel, gaben keine Spenden, grüßten „normal" und lehnten NS-Symbole ab. Bereits dies war riskant. Georg Wilhelm, Kassierer der Lankwitzer SPD-Abteilung, und seine Frau Dora wohnten am Thaliaweg: „Wir fielen vor 1933 auf, weil wir Schwarz-Rot-Gold flaggten, nach 1933, weil wir keine Nazi-Fahne raushingen."

Verfolgung von Arbeitersportlern

Lichterfelde, Schönhauser Straße 17a – Fritz Wildung (1872–1954)

Nach dem Verbot der Partei wurden auch in Berlin führende Mitglieder der Parteispitze – einschließlich mehrerer Parteisekretäre und zahlreicher Berliner Stadtverordneten – festgenommen, darunter auch der Mitbegründer der Arbeitersportbewegung Fritz Wildung. Er wirkte bei der SPD als Geschäftsführer der „Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege". Der prominente Sozialdemokrat verlor durch die Zerstörung der Demokratie die Grundlage seiner Arbeit. Die Nazis buhlten um seine Mitwirkung im „Reichsbund für Leibesübungen". Doch das lehnte er konsequent ab. Er wurde 1933 für kurze Zeit eingesperrt und mußte sich danach in Abständen bei der Polizei melden.

Die früheren Anhänger der einst eine Million Mitglieder zählenden sozialdemokratischen Arbeitersportbewegung gingen unterschiedliche Wege. So wurde auch versucht, durch Neugründungen die alten Kontakte zu erhalten.

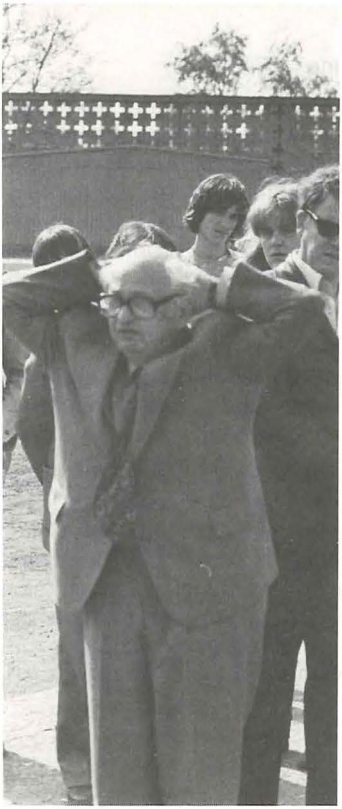
Frühere Arbeiterjugendleiter wie Hilde Fienz (Steglitz/Zehlendorf) und Erich Rode (Tempelhof) organisierten als „Märkische Wasserwanderer" unbeobachtete Treffs bei Teltow. Auch im „Deutschen Kanuverband" sammelten sich junge Anti-Nazis. Ehemalige Mitglieder des Arbeitersportvereins „Vorwärts Zehlendorf" besorgten sich die Lizenz für einen Sportverein unter unpolitischer Flagge. Es sprach sich herum: bei Steglitzer Freunden, die dann hinzustießen, aber leider auch bei der „Gegenseite". Der Sportvereinsvorsitzende mußte mehrmals zur Gestapo zum Verhör, denn die Mitglieder aus anderen Bezirken fielen auf. Als der Krieg ausbrach, zerfiel die Gruppe nach und nach.

SPD sendet vom Wannsee

Aus Eichkamp und Halensee kam eine Gruppe junger Sozialdemokraten und Reichsbanner um Alfred Nau (Hauptverbindungsmann der illegalen Berliner SPD zum Exil-Parteivorstand in Prag). Sie wählten die ausgedehnten Berliner Gewässer als Ausgangspunkt illegaler Arbeit.

Herbert Braun (1906–1982) berichtet:

„Von einem Club mieteten wir uns ein Motorboot. In der Bordküche plazierten wir einen – selbst hergestellten – Sender, mit einer Reichweite von fünf bis sechs Kilometern.
Nach den Worten „Achtung! Achtung!" erfolgten Informationen über Verhaftungen. Unsere Fahrstrecke ging vom Wannsee bis nach Tegel, denn unser Aufenthaltsort mußte immer gewechselt werden.
Ebenfalls zur Tarnung lagen an Deck unsere Mädels in Badeanzügen und grüßten Vorbeisegelnde mit „Heil Hitler".
Am hinteren Teil des Bootes hing eine große Hakenkreuzfahne."



Herbert Braun demonstriert den „Sachsengruß"

Die Gruppe flog Ende 1934 durch Denunziation einer Beteiligten auf. Herbert Braun wurde vom Kammergericht zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt (vermutlich in einem der frühen Massenprozesse gegen Berliner Sozialdemokraten). Alfred Nau blieb bis 1936 im Untersuchungsgefängnis. Nach Verbüßung der Haft in Tegel verschleppte man den „Nicht-Arier" Herbert Braun ins KZ Sachsenhausen. Dort erlebte er als Augenzeuge die schlimmen Mißhandlungen und Morde durch den „Eisernen Gustav", den „Pistolen-Schubert" und den Schläger Bugdalle.

Am 22. Dezember 1938 kam er frei. Unter der Bedingung, innerhalb von 48 Stunden auszuwandern, konnten sich damals (einige) Juden, die Visa und Fahrkarten vorlegten, aus der Haft retten. Herbert Braun landete schließlich in Shanghai.
(Nach 1945: Mitarbeiter der Landesbildstelle und engagiert bei der „Liga für Menschenrechte".)

Gruppe „Humane Technokratie"

Den Tarnnamen „Bund für humane Technokratie" trug eine andere – über dreißig Personen umfassende – sozialdemokratische Initiative. „Beschlossen auf dem 1. Bundestag am 1. September 1933 in Berlin" – heißt es in der Satzung.

Um den Leiter der Gruppe, den früheren (mecklenburgischen) Abgeordneten Paul Franz (SPD), kamen Sozialisten und Demokraten aus verschiedenen Teilen der Stadt zusammen. Sie trafen sich zu Vorträgen im „Alten Askanier" in Kreuzberg, Anhalter Straße 11.

„Die Technik soll menschenfreundlich sein" gibt die Satzung als Ziel an. Man gab eine eigene Zeitschrift heraus (Preis 30 Pfennig). Sie informierte in einer regelmäßigen Rubrik über „Erfindungen und Erfinder". In Grundsatzartikeln pries man die Idee der Planwirtschaft und verurteilte die „Profitwirtschaft des Kapitalismus". So schrieb Ingenieur G. Schwarz in Heft 4 (Dezember 1933) unter dem Titel „Technokratische Planung": „Die Erfahrung beweist also, daß Technokratie und Profitwirt-

schaft unvereinbare Gegensätze sind." Zur „Begründung" stützten sich die Artikelschreiber auch auf einzelne Forderungen des NSDAP-Programms.

Doch ganz so harmlos, wie sich die (offiziell genehmigte) Gruppe gab, war sie wohl doch nicht. Schließlich flog sie durch Vernachlässigung der gebotenen Sicherheit am 23. Januar 1935 auf.

Hel mut Mattis (geb. 1905) – nach dem Krieg Steglitzer Bürgermeister (SPD) – erinnert sich:

„Eines Tages wurde die Versammlung mitten in einer Rede aufgelöst. Der Vortragende war (glaube ich) Arno Scholz.
Als er ausführte, daß eigenartigerweise – zitierend – die Regierung „Friedrich den Großen" als „Sozialisten" bezeichne, erhob ein unter uns Sitzender das Wort:
„Hier ist die Gestapo, erheben Sie sich von Ihren Plätzen. Werfen Sie nichts weg. Kommen Sie mit."
Kurz darauf erschien ein Schwung SS (die in der Nähe ihren Sitz hatte) und nahm uns mit. In der Prinz-Albrecht-Straße geschah dann die dort „übliche" Behandlung: Stöße, Tritte, Ohrfeigen."

33 Menschen wurden im Januar 1935 in die Prinz-Albrecht-Straße 8 (Gestapo) verschleppt. Sie kamen aus allen Teilen der Stadt (darunter viele Reinickendorfer und Kreuzberger). Die meisten wurden bald wieder entlassen. Dem Lankwitzer Mattis – vermutlich nicht nur ihm – raubte man zudem die gesamte Bibliothek.

Wegen des Verdachts der „Neugründung einer politischen Partei" hielt man andere länger fest, darunter den Journalisten Kurt Funk, verantwortlicher Redakteur der ‚Zeitschrift' des Bundes.

Der frühere Steglitzer Sozialdemokrat Kurt Funk (geb. 1900) erinnert sich:

„Ich wurde ins KZ am Columbiadamm gesperrt und dort nachts im Dunkeln verprügelt.
Beim Verhör in der Prinz-Albrecht-Straße berief ich mich darauf, daß der Bund – wie die Satzung zeige – nicht gegen die Regierung gerichtet sei.

Nach ca. 14 Tagen entließ man mich. Der Bund wurde aufgelöst. Der Leiter der Gruppe, Paul Franz, machte irgendwie weiter. Doch er wurde beobachtet, und man nahm ihn erneut fest. Er kam in den letzten Kriegstagen (vermutlich beim Bombenangriff) ums Leben."

Ein Zehlendorfer Kreis um Hermine David

Lankwitz, Mozartstraße 22 – Treffpunkt

Hermine David, Witwe eines bekannten Reichstagsabgeordneten, organisierte monatliche Treffen von Frauen aus dem sozialdemokratischen Umfeld in Zehlendorf. Entsprechend der sozialen Struktur des Bezirkes kamen sie sowohl aus begüterten Kreisen (wie Lore Reichenbach und Margarete Levinsohn) als auch aus einfachen Schichten, wie etwa Martha Klase, die früher die „Kinderfreunde" mitbetreute.

Eine größere Begegnung der Gruppe war ein Familientreffen am 1. Mai 1934 im Lokal „Mutter Mochow" (Potsdamer Chaussee). Gelegentlich anwesend waren prominente weibliche Persönlichkeiten der illegalen Berliner Partei, darunter die einstige SPD-Frauensekretärin Käthe Kern (1900–1985).

Als Frau David am Kriegsanfang nach Lankwitz zog, stießen Elly Heuss und Annedore Leber zum Kreis, ebenso wichtige Männer des sozialistischen Widerstandes wie Wilhelm Leuschner und Ludwig Schwamb.

Lotteriegeschäft Oske

Zehlendorf, Teltower Damm 33 (1. Etage)

Ein zentraler Ort der illegalen Zehlendorfer SPD war das Lotteriegeschäft von Erna Oske. Hier konnten Sozialdemokraten unverdächtig zusammenkommen, Material und Nachrichten empfangen und hinterlassen. Es war eine Anlaufstelle für Kuriere, Untergetauchte fanden Hilfe.

Bernhard Zander

Eng verbunden mit Erna Oske und dieser Stätte war Bernhard Zander, ein bekannter Mann der Zehlendorfer SPD. Der frühere Leiter der „Kinderfreunde" verlor 1933 durch die Nazis seinen Arbeitsplatz als Landesinspektor. Er zählte zu einem kleinen Kreis treuer „Genossen" wie Martha Klase, Fritz Ficius, Max Heininger, Gerhard Aussner und die Brüder Fehlberg und Melcher. Sie hielten engen Kontakt, unter ihnen kursierte illegales Material, und man besuchte die großen Solidaritätsveranstaltungen der unterdrückten Partei, die als „Sängerfeste" getarnt in der „Neuen Welt" (Neukölln) stattfanden.

Nachdem im April 1936 ein Kreis Illegaler hochgegangen war, fielen bei der Gestapo Namen aus Zehlendorf. Die Brüder Melcher und Bernhard Zander wur-

den in die Prinz-Albrecht-Straße verschleppt und waren hochnotpeinlichen ‚Verhören' unterworfen. Besonders Erich Melcher mußte zittern, denn es war nach dem Verfahren gegen den „Roten Stoßtrupp" (siehe Seite 80f.) bereits seine zweite Festnahme. Er wurde heftig geschlagen und mußte viel erleiden. Mit eindringlichen Verwarnungen kamen sie dann alle wieder frei. Doch sollten sie noch einmal „auffallen", drohte KZ!

Wilhelm Nemack

Verbreitung von Untergrundmaterial

Lankwitz, Kaulbachstraße 47 – Wilhelm Nemack
Zehlendorf, Chausseestraße 15 – Ehepaar Schröder

Illegale Schriften des Prager Exilvorstandes der SPD gelangten über verschiedene Kanäle (Kuriere, Deckadressen) auch in den Südwesten Berlins.

In Kleinmachnow (Bürgerhaussiedlung) saß ein wichtiger Verbindungsmann Sta...(?), der Material nach Zehlendorf weitergab. Später trat Fritz Ficius an seine Stelle. Auch Max Heininger fuhr in die CSR und brachte Untergrundschriften mit. Der Lankwitzer Wilh. Nemack und der Lichterfelder Ewald Wolter sorgten in ‚ihren' Gebieten für die Verbreitung. Meistens war es eine kleinformatige Ausgabe des „Vorwärts", die dann durch die Hände gesinnungsgetreuer Sozialdemokraten ging. Der Architekt Nemack mußte für 1½ Jahre ins Gefängnis, da ein Mann, der dem „Gestapoverhör" nicht standhielt, Nemacks Namen genannt hatte. Sein Schweigen dagegen rettete mehrere Steglitzer Sozialdemokraten vor der Festnahme. Ganz besonders aktiv waren die Wannseer Heinz und Hildegard Schröder. Heinz Schröder (geb. 1910) stammte aus einer bekannten Lichterfelder SPD-Familie. Das Ehepaar Schröder und ein kleiner Kreis von Freunden – aus dem ehemaligen Reichstagswahlkreis Teltow – nahmen über illegal tätige sächsische Sozialdemokraten (Erzgebirge) Kontakt nach Prag auf und besorgten dort vom sozialdemokratischen Exilvorstand Untergrundschriften der SPD. Diese wurden dann von ihnen im Süden Berlins verbreitet.

Der Haftbefehl hebt über die Gruppe hervor:

„Diese Druckschriften mit durchweg hetzerischem Inhalt sollen die ständige Verbindung zwischen den Mitgliedern innerhalb Deutschlands aufrecht erhalten und sie in ihrem Festhalten an den gemeinsamen Bestrebungen bestärken.
Der geheimen Übernahme dieser Schriften auf dem Wege über die deutsch-tschechoslowakische Grenze und der zweckentsprechenden Verteilung unter die ihnen bekannten Anhänger der SPD auch in ihrem geheimen Bestand war die besondere Tätigkeit der Beschuldigten gewidmet. Außerdem wirkten sie mit bei der Übermittlung von Briefen in Geheimschrift und Funktionsmaterial an in der Tschechoslowakei weilende Emigranten."

Nachdem in Sachsen Fritz Neubert (SPD) mit vielen Freunden festgenommen worden war, kam die Gestapo auch auf die Spur der Berliner Verbindungsgruppe. Am 7. April 1936 verhaftete man das Ehepaar Schröder, den zoologischen Händler Curt Ganswindt, den Tischler Willy Rennau und den Schmied Otto Schulter.

Das Verfahren gegen Curt Ganswindt wurde abgetrennt. Dieser alte Steglitzer Sozialist und Anhänger der Freidenker-Bewegung („Gemeinschaft proletarischer Freidenker") hatte mehreren politisch und rassisch Verfolgten zur Flucht verholfen. Im Prozeß erreichte er einen Freispruch, hatte aber bereits eine lange Untersuchungshaft hinter sich. Der 1896 geborene Ganswindt: „Die 13 Monate in oft strenger Einzelhaft hatten mir genügt. Meine Zoohandlung in Steglitz hatte ich unter Druck billig verkaufen müssen."

Das Berliner Kammergericht verurteilte Rennau und Schröder zu je 2 Jahren und 3 Monaten Zuchthaus. Frau Schröder erhielt 1½ Jahre Gefängnis. Beide Männer mußten später (1942) noch ins Strafbataillon 999. Willy Rennau, Sohn eines Gewerkschaftssekretärs, kam im Krieg ums Leben.

Heinz Schröder ist heute Vorsitzender der VVN in Berlin (West).

Wilhelm Skubich und sein Kreis

Steglitz, Ringstraße 7

Einer der aktivsten Widerstandskämpfer aus den Reihen der Steglitzer SPD war der frühere Bezirksverordnete und Vorsitzende der mit über 1200 Mitgliedern größten Steglitzer SPD-Abteilung (Nr. 82), Wilhelm Skubich (1887–1966).

Der Dreher und Gewerkschaftler (Metallarbeiterverband) kannte sehr viele Steglitzer Sozialdemokraten. Mit den Gesinnungsleuten hielt er nach dem Verbot der Partei regen Kontakt. Darüber hinaus bildete er um sich einen Freundeskreis, der auch politisch diskutierte. Man traf sich zu Ausflügen am 1. Mai (Arbeiterfeiertag) und unternahm Geldsammlungen und Hilfsaktionen für die Familien Inhaftierter. Dem Kreis gehörten an: der frühere Stadtverordnete Otto Klose (Schildhornstraße 5), der Jurist Dr. Melsheimer, der Angestellte Willi Freier (Lankwitz) sowie Hans Rohrbeck, Ernst Seitz und ein gewisser Hardegen.

Gertrud und Wilhelm Skubich

Sie erfuhren von der Hinrichtung des ehemaligen Steglitzer Parteivorsitzenden Palmer und glaubten an untadeliges Verhalten. („Wenn alles zusammenbricht, nennen wir den Düppel-Platz in Palmer-Platz um".) Aber sie irrten sich (Seite 62).

Den ersten Kontakt zur Gestapo bekam Skubich, als er in seiner Firma wegen antinazistischer Äußerungen von einem Arbeiter denunziert wurde. Ein paar Tage wurde er strengen Verhören unterworfen, doch die Firma Windhoff hielt zu ihrem früheren Betriebsrat.

Ein anderes Ereignis hätte ihm aber fast das Leben gekostet. Gertrud Skubich kam aus einer alten sozialdemokratischen Familie in Thüringen. Sie hielt immer noch Kontakt zu den Freunden dort, darunter zu dem Reichstagsabgeordneten Paul Voigt. Fast drei Jahre (1936–1939) hatte man ihn ins KZ Buchenwald gesperrt. Als im Frühsommer 1944 erneut nach ihm gesucht wurde, floh er nach Berlin.

Max Urich, zentrale Figur der illegal arbeitenden Metallgewerkschaftler, half ihm, und es half auch Familie Skubich. Als diese gerade auf Urlaub in Thüringen war, flog alles auf. Sie wurden dort bei der Mutter am 6. August 1944 verhaftet, desgleichen die Mutter, die Schwester und ein Neffe. Letztere ließ man später wieder frei, aber in Haft blieben bis zum Schluß das Ehepaar Skubich und ihre Tochter.

Paul Voigt wurde im Dezember 1944 in Berlin von der Gestapo ermordet. Viele andere Verhaftete in Thüringen mußten schwere Foltern erleiden.

Die Anklage gegen Skubich lautete auf Hoch- und Landesverrat. Der Tod des Volksgerichtshofvorsitzenden Freisler und kriegszerstörte Bahnverbindungen verhinderten den Prozeß. Im April 1945 kam die Befreiung durch amerikanische Truppen in Thüringen.

(W. Skubich wurde Kreisvorsitzender der Steglitzer SPD. Mit einer Minderheit war er für die Vereinigung mit der KPD, desgleichen Dr. Melsheimer. Unter Hilde Benjamin wurde der Jurist ein gefürchteter Mann im Justizapparat der DDR.)

Gestapospitzel „S18“ meldet Gniffke

Zehlendorf, Ithweg 16

Der frühere Reichsbannerführer und Angestelltengewerkschaftler Erich Gniffke (1895–1964) hielt sich seit Mai 1933 in Berlin auf. Zwei Jahre später erwarb er von der Kohlenherdfabrik „Heibacko“ das Alleinvertretungsrecht für Deutschland und baute von Berlin aus ein Netz von Verkaufsstellen in vielen Großstädten auf. Dies ermöglichte ihm unauffällig häufiges Reisen und gab zudem verfolgten Sozialdemokraten ein berufliches Unterkommen. Zu ihnen zählte Gniffkes Freund aus der Braunschweiger Zeit, Otto Grotewohl, der nun in der Berliner Verkaufszentrale Bülowstraße 11 (Schöneberg) tätig war.

Erich Gniffke gehörte zu jener Gruppe führender Sozialdemokraten Berlins, die nicht allein untereinander engen Kontakt hielten, sondern auch zur „Basis“ der unterdrückten Partei. (Der Gestapoagent „S18“ – vermutlich saß er in Gniffkes Zentrale – berichtete darüber eifrig und sachkundig.)

Gefördert von sozialdemokratischer Parteiprominenz – wie Gniffke oder dem ehemaligen Berliner SPD-Vorsitzenden Franz Künstler – organisierten die „Berliner Liederfreunde 1879“ Konzerte mit bis zu 6000 Gästen. Alle Karten dafür waren numeriert und wurden über bekannte Genossen und ehemalige Funktionäre (siehe Seite 66) verteilt.

Im Mai 1938 löste Gestapo die „Liederfreunde“ auf. Im August des gleichen Jahres verhaftete man 18 führende Berliner Sozialdemokraten, unter ihnen Künstler und Gniffke. Gestützt auf die Aussagen des Gestapoagenten „S18“ versuchte das NS-Regime, einen Prozeß wegen angeblicher Gründung einer „Freiheitspartei“ (siehe Seite 102) herbeizuführen. Doch das Vorhaben scheiterte, denn die „Beweise“ waren zu dünn.

Nach einigen Monaten KZ-Haft kam Gniffke wieder frei.
(Nach Kriegsende unterstützte er die Vereinigung von SPD und KPD zur SED. Enttäuscht floh er 1948 aus der SBZ.)

Adolf Grimme – ein religiöser Sozialist

Zehlendorf, Langendreeschstraße 5b
(Kleinmachnow)

Adolf Grimme (1889–1963) wirkte nach praktischer Tätigkeit im Schuldienst als führender sozialdemokratischer Bildungs- und Kulturpolitiker.
Der religiöse Sozialist und Schulreformer war von 1929–1930 Vizepräsident des Provinzialschulkollegiums von Berlin-Brandenburg und danach in der Preußischen Landesregierung Otto Brauns Minister für Wissenschaft, Kunst und Bildung. Durch den Staatsstreich Papens am 20. Juli 1932 (siehe Seite 58) verlor er dieses Amt.

Nach Errichtung der braunen Diktatur unterhielt er vielfältige Kontakte zu antinazistischen Intellektuellen. Ein Kreis, der sich eher philosophischen oder literarischen Themen widmete, kam regelmäßig an wechselnden Orten zusammen. Jedesmal hielt einer der Teilnehmer einen Vortrag. Der frühere Oberschulrat Deiters wählte zum Beispiel ein Thema aus der Französischen Revolution. Grimme, der sich mit

der Auslegung des Johannes-Evangeliums beschäftigte, sprach über „religiösen Sozialismus".

Von diesem Thema berichtete auch Susanne Suhr (Witwe des ehemaligen Regierenden Bürgermeisters): Führende Vertreter der unterdrückten Angestelltenbewegung wie Dr. Otto Suhr und Bernhard Göring kamen mit Freunden aus dem Kreis „Religiöser Sozialisten" zusammen, etwa Pastor Fuchs. (Der Gewerkschaftler Göring wirkte übrigens bis 1933 auch im Bundesvorstand dieser Gruppe.) Man traf sich regelmäßig an wechselnden Orten, häufig aber in Tempelhof bei Friedel Jahn (bis 1933 Direktor der Arbeiterbank.)
Pfarrer Fuchs berichtete später, durch diesen Zirkel vom geplanten Anschlag auf Hitler informiert worden zu sein.

Doch 1944 war Adolf Grimme längst der Gruppe entrissen. Dies lag an jenen Verbindungen, die zum Dramatiker Günther Weisenborn und zum früheren Studienkollegen Adam Kuckhoff bestanden und auf die sich seine Widerstandstätigkeit hauptsächlich stützte. Mit Dr. Arvid Harnack, Referent im Reichswirtschaftsministerium, war er ebenfalls bekannt. Von dessen Mitwirkung in der oppositionellen „Roten Kapelle" (ein Gestapobegriff) oder gar von Spionage (Seite 176ff.) wußte Grimme nichts.

Am 11. Oktober 1942 wurde er festgenommen. Bei der Hausdurchsuchung fand die Gestapo ein (von Dr. Harnack verfaßtes) Flugblatt.

Adolf Grimme

Josefine Grimme berichtet:

„Mein Mann selbst hat, wie er mir erzählte, zwei oder drei Flugblätter verfaßt, die auch gedruckt und verteilt wurden. Das ist dann aber in seinem Prozeß 1942 nicht herausgekommen. Es hätte ihm wohl das Leben gekostet. Bei der Verhaftung und Haussuchung wurde aber ein anderes Flugblatt gefunden, das die Aufforderung, Hitler zu stürzen, enthielt."

Vor dem Reichskriegsgericht beantragte der Anklagevertreter gegen ihn die Todesstrafe. Grimme, der sich sehr eindrucksvoll verteidigt haben soll, wurde „wegen Nichtanzeige eines Vorhabens des Hochverrats" Anfang Februar 1943 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Er kam in die Zuchthäuser Luckau und Fuhlsbüttel.

(Nach 1945: Kultusminister von Niedersachsen, danach Generaldirektor des NWDR.)

Ernst von Harnack

Zehlendorf, Am Fischtal 8

Ernst von Harnack (1888–1945), Aristokrat und Sozialdemokrat, unternahm wichtige Schritte, um bürgerliche und sozialistische Regimegegner zusammenzuführen.

Der Sohn eines bekannten Kirchenhistorikers war bereits durch Papens Staatsstreich (20. Juli 1932) aus dem Amt als Regierungspräsident von Merseburg gejagt worden. Das NS-Regime zeigte sich erst recht nicht bereit, den angesehenen Verwaltungsfachmann und von starkem Gerechtigkeitssinn geprägten Demokraten im Staatsapparat wirken zu lassen.

Seine Bemühungen, nach den Tätern des bei der berüchtigten „Köpenicker Blutwoche" (Juni 1933) viehisch ermordeten Reichsbannerführers Johannes Stelling (SPD) zu suchen, brachten ihm eine mehrwöchige Haftstrafe ein. Ebenso vereitelte ein faktisches Verbot den Versuch, die reichen beruflichen Erfahrungen durch das Buch „Die Praxis der öffentlichen Verwaltung" (1936) zu verbreiten.

Ernst von Harnack

Der kulturell umfassend gebildete Mann war zu unterschiedlichsten beruflichen Tätigkeiten gezwungen. So arbeitete er mehrere Monate in einer Fabrik und verdingte sich als Vertreter im Tuchhandel.

Von Harnack zählte zu jenen Sozialdemokraten, die sahen, daß die gebliebene Kraft der alten Arbeiterbewegung (allein) nicht ausreichte, um die Diktatur zu beseitigen. Besonders der Politiker Julius Leber und der Gewerkschaftsführer Leuschner unterstützten Harnacks Initiative, ein enges Bündnis sozialdemokratischer und bürgerlicher Anti-Nazis zu schaffen.

Harnacks Grundidee: „Die Opposition muß ihr Spinnennetz durch das gesamte Räderwerk des Regimes spinnen und zur gleichen Zeit versuchen, die Verbindung mit dem Ausland herzustellen."

Bereits im Winter 1938/39 trafen sich bei v. Harnack Leber und Leuschner mit oppositionellen bürgerlichen Persönlichkeiten – wie Klaus Bonhoeffer – und berieten Möglichkeiten zum Umsturz.
Doch angesichts Hitlers außenpolitischer Erfolge (und militärischer Siege) sanken die Chancen, ihn zu stürzen.

Ernste zusätzliche Gefahr braute sich im Herbst 1942 zusammen, als der Cousin Arvid Harnack – Kopf einer kommunistischen Widerstandsgruppe – im „Verhör" mehrmals nach dem verwandten Sozialdemokraten befragt wurde. Arvid Harnack (später wurde er hingerichtet) ließ den Cousin deshalb warnen.

Am 20. Juli 1944 fuhr Ernst von Harnack nach Berlin; unterwegs erfuhr er vom Scheitern der Verschwörung. Trotz eigener Gefährdung setzte er sich für verfolgte Menschen ein, darunter die in Sippenhaft genommenen Kinder Lebers.

Schließlich geriet er im September in Haft. Desgleichen Pfarrer Rackwitz, ein religiöser Sozialist, der dem flüchtenden Harnack beigestanden hatte. Vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt, richtete man Ernst von Harnack am 3. März 1945 hin.

Eine seiner letzten Nachrichten war: „Das Entscheidende ist nicht, daß man sein Ziel erreicht, sondern daß man den richtigen Weg geht."

Gustav Dahrendorf: Ein Freund Julius Lebers

Zehlendorf, Süntelsteig 28

Der Kaufmann Gustav Dahrendorf (1901–1954) kam aus einer alten Hamburger Arbeiterfamilie, war Redakteur des „Hamburger Echos", wirkte als Abgeordneter der Hamburger Bürgerschaft und (seit November 1932) als Reichstagsabgeordneter.

Die Zerschlagung der Republik beendete auch Dahrendorfs bisherige Laufbahn. Im März 1933 wurde er das erste Mal verhaftet („Schutzhaft") und dann im Juni erneut. Nach der Entlassung aus dem KZ war er gezwungen, sich eine neue Existenz aufzubauen. Er fand sie als Geschäftsführer großer Kohlenhandelsgesellschaften in Berlin, Nürnberg und München.

Er nutzte seine beruflichen Reisen, um illegale politische Verbindungen aufrechtzuerhalten. So traf er sich mit Leuschner, dem sozialdemokratischen, und Habermann, dem christlichen Gewerkschaftsführer. Besonders engen Kontakt hatte er zu seinem Freund Julius Leber, dem er ein unpolitisches berufliches Auskommen zu schaffen versuchte.

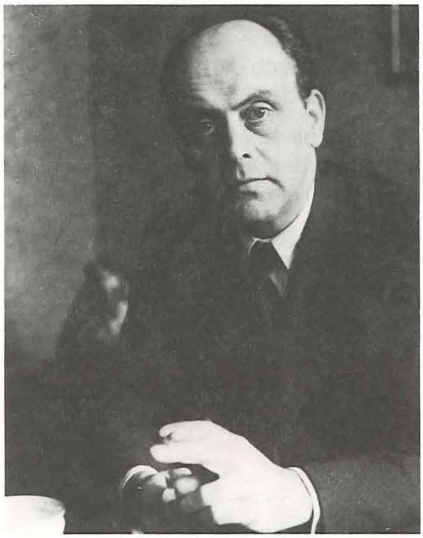
Später berichtete er über den ersten Besuch (1937) beim KZ-Entlassenen:

„Ich meinte, Julius Leber informieren zu müssen. Er lächelte! Er war besser informiert als ich, der ich in der zweifelhaften ›Freiheit‹ des Dritten Reiches lebte."

Beide Männer blieben eng verbunden. Dahrendorf: „Ich wußte nicht alles, was er tat, aber manches, was auch mich anging".

Nach dem Scheitern des 20. Juli 1944 wurde Dahrendorf in Buckow – bei seiner evakuierten Familie – verhaftet. Die Gestapo hatte erfahren, daß es Überlegungen der Verschwörer gab, Dahrendorf zum kommissarischen Hamburger Bürgermeister zu machen.

Während der Untersuchungshaft lag er dem Gewerkschaftler Leuschner (SPD) gegenüber, der fast jeden Tag beim Gestapo„verhör" blutig geschlagen wurde. Von August bis September 1944 sperrte man Dahrendorf – mit Leber, Maaß und Haubach – ins KZ Ravensbrück.



Gustav Dahrendorf

Am 20. Oktober 1944 lief ein Schauprozeß des Volksgerichtshofes gegen ihn und die Sozialdemokraten Prof. Reichwein, Dr. Leber und den Gewerkschaftler Maaß. Nur Dahrendorf kam mit dem Leben davon. Als Minderbelasteter zu sieben Jahren Haft verurteilt, sperrte man ihn ins Zuchthaus Brandenburg. Dort wurde er am 27. April 1945 befreit.

(Im folgenden Jahr wirkte er als Gegner der Vereinigung von KPD und SPD, kehrte aber bald – 1946 – nach Hamburg zurück, wo er in der Konsumgenossenschaftsbewegung arbeitete.)

Julius Leber

Zehlendorf, Eisvogelweg 71 – Wohnhaus der Familie Leber

Der Politiker Julius Leber zählt zu den herausragendsten Persönlichkeiten, nicht allein des sozialdemokratischen, sondern des ganzen deutschen Widerstandes.

Im Elsaß geboren, hatte sich Leber 1914 freiwillig als Soldat gemeldet und war mit kurzen Unterbrechungen bis zum Schluß Kriegsteilnehmer. Auch nach der Errichtung der ersten deutschen Republik blieb er zunächst beim Militär. Als Reichswehrangehöriger trat er 1920 jenen Kräften entgegen, die mit einem rechtsextremen Putsch („Kapp-Lüttwitz") die Demokratie zerschlagen wollten.

Bald darauf verließ er die Reichswehr und promovierte noch zum Jahresende 1920 zum Dr. rer. pol.
Seit 1921 wirkte er in Lübeck. Die Tätigkeit als Chefredakteur einer sozialistischen Zeitung, als Abgeordneter der Bürgerschaft und das herausragende politische Talent ließen ihn schnell zur beherrschenden Figur innerhalb der Arbeiterschaft der

Hansestadt werden. Von 1924–1933 vertrat er den Wahlkreis Mecklenburg-Lübeck. In der SPD-Reichstagsfraktion zählte er wie Kurt Schumacher und Carlo Mierendorff zu jener Gruppe drängender Reformsozialisten, die für eine kämpferische Politik der Partei stritten.
Das von Arbeitslosigkeit und Hunger geprägte Los der Arbeiterschaft lag Leber ebenso am Herzen wie die Verteidigung der Republik gegen links- und rechtsextreme Kräfte.
In der Nacht zum 1. Februar 1933 – Hitler war seit kurzem Reichskanzler – überfielen mehrere SA-Männer Leber. Nur der Einsatz eines Reichsbannerkameraden rettete ihn. Wegen dieses Zwischenfalls geriet er für zwei Wochen in Haft. Auch durch den Druck der Lübecker Arbeiterschaft kam er frei.

Am 23. März 1933 wurde er dann vor Beginn einer Reichstagssitzung verhaftet. Er blieb viele Jahre eingesperrt. Weder Gefängnis – darunter ein Jahr Dunkelhaft – noch die Konzentrationslager Esterwegen (Moor) und Sachsenhausen konnten Julius Leber von seinem politischen Weg abbringen. Doch diese Zeit großen persönlichen Leidens hatte ihn geprägt und gezeichnet.

Am 5. Mai 1937 entließ man Leber aus dem KZ. Er zog nach Berlin. Der Freund Gustav Dahrendorf vermittelte ihm eine Arbeitsstelle. Leber konnte sich an der Kohlenfirma Bruno Meyer Nachf. (Schöneberg) beteiligen. Trotz Bespitzelung knüpfte Leber vorsichtig seine Kontakte. Sie gingen zunächst zu Freunden der unterdrückten Partei, erweiterten sich aber zunehmend.

Der Liberale Theodor Heuss, ein ehemaliger Reichstagskollege Lebers, besuchte ihn in der Schöneberger Arbeitsstätte:

„Die zwei kleineren Zimmer in dem fragwürdigen Häuschen, nahe bei dem Bahnhof Schöneberg, zwischen den Kohlenbergen der Firma Bruno Meyer Nachf., waren eine rechte Verschwörerbude. Manchmal klingelte es an der äußeren Tür, und Leber mußte dann wohl in dem vorderen Raum, um einen Kunden zu vertrösten. Aber in der Hinterstube, auf verhockten Sesseln, hatte die politische Leidenschaft ihre Herberge, verachtender Haß und brennende Liebe. Im November 1943, als ich von meinem Heidelberger Asyl zum letzten Male bei ihm war, fieberte er vor Ungeduld – ich müsse sehen, meinte er, alle vier, sechs Wochen einmal in Berlin zu sein..."

Leber verhielt sich bei der Suche nach Gesinnungsfreunden sehr vorsichtig. Es war auch geboten, denn die Gefahr war sehr groß. (Wolfgang Strich, ein früherer Nachbar, berichtet, daß die Gestapo seine Familie damals aufgefordert hätte, alle Autonummern vor Lebers Haus zu notieren.) Selbst gesinnungstreue Sozialdemokraten der Zehlendorfer ‚Basis' wußten von Leber nur, daß er Kohlenhändler war.

Gute Freunde wie Gustav Dahrendorf oder Karl König – ein abgeurteilter Widerstandskämpfer aus den Reihen des „Roten Stoßtrupps" (siehe Seite 81) – waren Lebers enge Vertraute. Am Zinsweiler Weg 12 (bei Dr. Bohner) kam er mit bedeutenden sozialdemokratischen Regimegegnern zusammen, unter ihnen Haubach, Mierendorff und Reichwein.

Durch Ernst von Harnack entstanden die ersten Querverbindungen zu Oppositionellen anderer politischer und sozialer Kreise (Seite 72). Seiner Biographin zufolge stieß der Lübecker Arbeiterführer aber erst spät zum aktiven Verschwörerkreis. Enge Kontakte setzten im Herbst 1943 ein. Neben Adam von Trott kam er sich besonders mit dem jungen von der Schulenburg (Seite 165) nahe – wie Leber, ein Mann der Praxis, mit Abneigung gegenüber politischem Theoretisieren.
Mehrere Mitglieder des Kreisauer Kreise (Seite 137ff.) waren enge Freunde von Julius Leber, und schließlich kam es Ende 1943 auch zur wichtigen Begegnung mit Oberst Stauffenberg.

Die Kontakte zu Militärs fielen Julius Leber nicht schwer. Die einst begonnene Offizierslaufbahn und die Tätigkeit als Wehrexperte der SPD (vor 1933) ermöglichten ihm – im Gegensatz zur „alten SPD" – ein unverkrampftes Verhalten. Leber wußte, darin dem Gewerkschaftsführer Leuschner gleich: Ohne die Hilfe der Generale und eine ‚Revolution von oben' war die NS-Diktatur nicht zu brechen.

Besonders eng gestalteten sich die Beziehungen zum vorwärtsdrängenden Stauffenberg. Um mit den Worten der Gräfin Yorck zu sprechen: „Da ist wirklich ein Funke übergesprungen". (Es sei dahingestellt, ob Lebers sozialistische Prinzipien oder seine große Ausstrahlung als „Tatmensch" den Ausschlag gaben.) Wäre es nach Stauffenberg gegangen, wäre Leber nicht Kandidat für das Innenministerium gewesen, sondern für das Reichskanzleramt.

Julius Leber

Als Julius Leber mit Adolf Reichwein (siehe Seite 146) erkunden wollte, wie die Kommunisten sich im Falle des Staatsstreichs verhalten würden, geriet er dabei auch an einen gefährlichen Spitzel in der KPD. Dieser verriet die zweite Begegnung mit Anton Saefkow, dem Nationalkommunisten und Führer der illegalen KPD.

Besonders die Verhaftung Lebers, des kenntnisreichen Freundes, wirkte Anfang Juli 1944 wie elektrisierend auf Stauffenbergs Umsturzvorbereitungen. Julius Leber wurde von der Gestapo schwer mißhandelt, aber er hielt der Folter stand. Als der Volksgerichtshof gegen den Sozialdemokraten verhandelte, titulierte der Gerichtspräsident Freisler den Angeklagten ironisch als „Lenin der deutschen Arbeiterbewegung". Auch nach dem Todesurteil ließ die Gestapo nicht von ihm ab.

Selbst die Familie Lebers (Frau Annedore und die Kinder) war von August bis Oktober 1944 in Sippenhaft genommen worden.

Jemand, der dem Schweigen Lebers viel verdankte, war der Zehlendorfer Dr. Herbert Antoine (SPD) vom Zinsweiler Weg 23. Der Rundfunkpionier war 1933 von den Nazis aus dem Amt gejagt worden.

Er erinnert sich:

„Über einen ehemaligen Kollegen von der „Deutschen Welle", Dr. Bohner, lernte ich Julius Leber kennen. Wir unterhielten uns über meine frühere Tätigkeit beim Rundfunk. Ich bekam von Leber den Auftrag, ‚für den Fall der Fälle' mich mit Fachkenntnissen bereitzuhalten. Auch sollte ich schon überlegen, wen man in die entscheidenden Führungsfunktionen bringen sollte."

Aus dem Munde Annedore Lebers erfuhr Dr. Antoine dann später Julius Lebers Grußbotschaft: „Er hoffe, seinen Zehlendorfer Freunden einen großen Dienst erwiesen zu haben, ihre Namen nicht genannt zu haben".

Am 5. Januar 1945 richtete man Leber in Plötzensee hin.

„Für eine so gute und gerechte Sache ist der Einsatz des eigenen Lebens der angemessene Preis. Wir haben getan, was in unserer Macht gestanden hat. Es ist nicht unser Verschulden, daß alles so und nicht anders ausgegangen ist."

Julius Leber

(Nach dem Ende des Krieges und der Gewaltherrschaft wirkten Annedore Leber und Dr. Antoine lange Zeit als wichtige Mandatsträger der Zehlendorfer SPD und Dr. Bohner für die Zehlendorfer CDU.)

Vom Kampf kleiner Gruppen

Sozialistische Arbeiterpartei

Die kleine „Sozialistische Arbeiterpartei" (SAP) war eine Abspaltung eines Teiles des linken SPD-Flügels aus dem Jahre 1931. Sie sammelte viele oppositionelle Sozialdemokraten, die die Kompromißpolitik gegenüber den bürgerlichen Parteien ablehnten. In Berlin waren es vornehmlich junge Leute aus den Reihen der Arbeiterjugend und sozialistische Intellektuelle.

Diesem Kreis schloß sich eine kleine Gruppe früherer Kommunisten an, die der dogmatischen, von Moskau abhängigen KPD den Rücken zugekehrt hatten. Zu ihnen gehörte unter anderen Paul Frölich (1884–1953).

Paul Frölich

Steglitz, Poschingerstraße 42 (bei Wolfstein)

Der Mitbegründer der KPD und Kampfgefährte Rosa Luxemburgs gehörte dem Reichstag von 1921–1924 und 1928–1930 an. Er zählte zu den herausragenden Vertretern der innerparteilichen Opposition gegen ultralinke Kräfte. 1924 gemaßregelt, betraute man den ‚rechten' (gemäßigten) Kommunisten mit der Herausgabe der Werke Rosa Luxemburgs. 1928 schloß man ihn aus der KPD aus. (Die von ihm mitbegründete Kommunistische Partei Opposition verließ er, da sie sich noch Illusionen über die Sowjetunion machte.)

Paul Frölich

In der SAP wurde er einer der führenden Politiker und verfaßte die Schrift „Was will die SAP?". Auf dem illegalen Reichsparteitag im März 1933 wieder in den Vorstand gewählt, beauftragte man ihn mit der Aufnahme von Auslandsverbindungen. Dabei geriet er Ende März 1933 in Haft und kam bis zum Jahresende ins KZ Lichtenburg. Nach der Freilassung emigrierte Paul Frölich. (Im Exil veröffentlichte er 1939 die erste Rosa Luxemburg-Biographie.)

Mit ihm verließ seine Gefährtin Rosi Wolfstein (geb. 1888) Deutschland. Sie war eine eigenständige politische Persönlichkeit, gehörte zeitweise dem KPD-Vorstand an sowie dem preußischen Landtag. Später ging sie politisch den gleichen Weg wie ihr späterer Mann und wirkte für einen demokratischen Sozialismus.

(Beide wurden nach 1945 Mitglieder der SPD.)

Hans Seigewasser

Steglitz, Buggestraße 31

Hans Seigewasser (1905–1979) war in den späten 20er Jahren die führende Kraft der circa 500 Berliner Jungsozialisten (SPD-Jugendorganisation für die 18- bis 25jährigen). Er gehörte auch deren Reichsleitung an. Spätestens seit 1925 standen sie dem linken Parteiflügel nahe und beschäftigten sich viel mit sozialistischer Theorie. Die häufigen innerparteilichen Auseinandersetzungen uferten zuletzt so aus, daß es in Berlin 1930 zu einer Schlägerei zwischen dem „Ordnerdienst" der ‚linken' Jungsozialisten und dem ‚rechten' Reichsbanner kam. Kurz darauf löste die Berliner SPD diese Jugendorganisation auf.

Ihr früherer Vorsitzender Seigewasser war Mitbegründer der SAP, näherte sich aber schon bald der KPD an. Zusammen mit seiner engeren Anhängerschaft (aus den Bezirken Charlottenburg, Steglitz und Zehlendorf) wurde er deshalb „ausgeschlossen". Für die KPD leistete er im Rahmen der „Roten Hilfe" Widerstand. Schon 1934 verhaftet, blieb er bis Kriegsende im Zuchthaus und im KZ eingesperrt. Besonders schlimm geriet das letzte halbe Jahr seiner Haftzeit: Wegen illegaler Arbeit im KZ Sachsenhausen mußte er mit einem Straftransport ins KZ Mauthausen. Nach schweren Monaten dort kam im Mai 1945 die Befreiung. (Nach 1945: Langjähriger DDR-Staatssekretär für Kirchenfragen.)

Haft für Steglitzer und Zehlendorfer

Anders als Seigewasser blieben viele frühere junge Kampfgefährten der SAP treu und verbreiteten ihr Untergrundmaterial. Doch schon Ende 1933 wurde die Berliner SAP von einer großen Verhaftungswelle erfaßt. Zu den Verfolgten gehörte Frau I. Fuchs vom Steglitzer Immenweg 15c, die erst zur Gestapo und dann ins Frauengefängnis kam.

Der Schüler Wolfgang Bötzer (Hauptstraße 58) und seine Schwester Erika zählten zu den vierundzwanzig Angeklagten in einem großen Volksgerichtshofprozeß. W. Bötzer wurde freigesprochen. Seine Schwester verstarb bald darauf an den Folgen eines Lungenleidens, das sie sich in der Haft zugezogen hatte.

Eine Untergrundschrift der SAP erinnerte an sie.

Im Zusammenhang mit einem anderen Verfahren geriet später auch Curt Ganswindt von der Steglitzer SAP über ein Jahr lang in Haft (siehe Seite 68).

Neue Opfer der Gestapo

Eine der Angeklagten im grossen Berliner SAP-Prozess (November-Dezember 1934), die etwa zwanzigjährige Sozialpflegerin Genossin *Erika Bötzer*, ist jetzt an den Folgen eines Lungenleidens, das sie sich während ihrer Haft zugezogen hatte, gestorben. So morden die deutschen Gefängnisse mit ihrer völlig unzureichenden Verpflegung, ihren überbelegten Räumen, de. ganz ungenügenden Bewegung in frischer Luft junge, hoffnungsvolle Menschen! Erika Bötzer, die ein tapferes Mitglied des SJV war, wird von uns nicht vergessen werden. Wir ehren ihr Andenken, indem wir mit verstärkter Kraft gegen den deutschen Faschismus und für die Befreiung aller proletarischen Gefangenen kämpfen!

Aus einer illegalen SAP-Schrift

Der „Rote Stoßtrupp“

Der „Rote Stoßtrupp“ war eine der ersten illegalen Organisationen und entstand nach dem 20. Juli 1932 (siehe Seite 58f.). Enttäuschte Anhänger des Reichsbanners, die der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führung Passivität vorwarfen, bildeten eine Untergrundgruppe, die sich nur noch der „Roten Fahne des Sozialismus“ verpflichtet fühlte.

Man sammelte frühere Aktive der SPD und KPD, um eine „Einheitsfront“ der Arbeiter gegen den Faschismus zu bilden und alle Kräfte im Volk gegen den NS-Staat zusammenzufassen. Im Mittelpunkt der Arbeit standen zunächst Herstellung und Vertrieb einer illegalen Zeitung, die den gleichen Namen wie die Gruppe trug und in mehreren 10.000 Exemplaren verbreitet wurde (im Südwesten Berlins durch die Brüder Melcher und Gerhard Aussner).

Die Nummer 14 (vom 21. Juli 1933) bemerkt:

„... Wir brauchen eine Kampftruppe, deren organisatorische und politische Maßnahmen völlig den jetzt unter dem Faschismus gegebenen Verhältnissen angepaßt sind, die ihre besten Kräfte nicht leichtfertig aufs Spiel setzt, sondern sie zusammenhält und sie schult, sie schlagfertig und kampfbereit macht für den Tag, da der Einsatz sich lohnt...“

Franz Hering

Zehlendorf, Im Kieferngrund 9

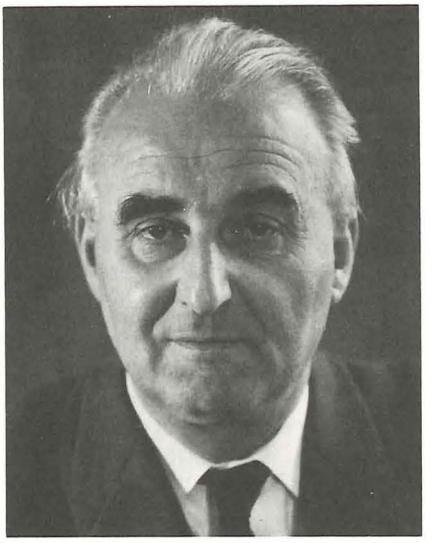
Franz Hering gehörte (neben Rudolf Küstermeier und Curt Bley) zu den Begründern des „Roten Stoßtrupps“ und saß in der Leitung, dem „Roten Stab“. Als am 2. Mai 1933 die Gewerkschaften zerschlagen und ihre Spitzenfunktionäre verschleppt wurden, geriet Dr. Hering mit seinem Chef Fritz Tarnow (Holzarbeiterverband) in Haft. Nach seiner Freilassung, Juli 1933, emigrierte Hering.

Verhaftungswelle

Nur fünf Monate danach, im November 1933, flog der „Stoßtrupp“ auf. 240 Personen wurden verhaftet, darunter Erich Melcher aus der Fischtal-Siedlung. Allein in Berlin wurden 150 Menschen angeklagt. Im Volksgerichtshofprozeß gegen den „Roten Stab“ gab es hohe Freiheitsstrafen. Küstermeier bekam zehn Jahre Zuchthaus.

Zu den im Kammergerichtsverfahren freigesprochenen Angeklagten gehörte auch der Zimmerer Erich Melcher, allerdings hatte er ein dreiviertel Jahr hinter Gittern gesessen. Ebenfalls freigesprochen wegen Mangels an Beweisen wurde Werner Rüdiger vom Prenzlauer Berg. Nach der Entlassung aus der Untersuchungshaft besuchte er die Familien Inhaftierter und leistete viel solidarische Hilfe. Zeitzeugen bezeichnen ihn als „Klammer zu allen Berliner Bezirken“.

Karl Zinn



Karl König

Karl Zinn

Lankwitz, Gluckweg 48

Der Bankkaufmann und Student Karl Zinn war eine der tragenden Säulen des „Stoßtrupps". Freunde rühmten seine Menschlichkeit und das starke Verantwortungsgefühl. Am 27. August 1934 verurteilte ihn der VGH zu sieben Jahren Zuchthaus. Dank der Bemühungen seiner Braut erhielt er nach 5½ Jahren verbüßter Haft Strafaufschub. Bei einer Berliner Firma fand er eine Betätigung als Prokurist, durfte aber die Stadt nicht verlassen. Doch über Karl König erhielt er wieder Kontakt zu Illegalen. Zuletzt wohnte er (zusammen mit König) in Lankwitz. Durch die Folgen eines Bombenangriffs kam Karl Zinn am 23./24. August 1943 ums Leben.

Karl König

Zinns Mitangeklagter aus dem Kreis des „Roten Stabes", der sozialistische Student Karl König, wurde Ende 1936 nach dreijähriger Haft aus Tegel entlassen. Aus Sicherheitsgründen hielt er sich zunächst zurück. Mitte 1941 schloß er sich dem Widerstandskreis in Zehlendorf um von Harnack und Leber an (siehe Seite 74ff). Besonders zur Familie Leber entstand ein enges freundschaftliches Verhältnis.

Wie viele andere politisch Vorbestrafte mußte König 1942 ins Strafbataillon 999. Erst 1949 kehrte er aus russischer Kriegsgefangenschaft zurück.
(Von 1965–1975 wirkte er als Berliner Wirtschaftssenator (SPD).)

Neu Beginnen

Die geheime Organisation

Um den marxistischen Theoretiker Walter Löwenheim bildete sich seit 1929 in Berlin eine geheime Gruppe, die zunächst nur „Org" genannt wurde. Mit einer scharfsinnigen Analyse zog sie eine kritische Bilanz über die Entwicklungstendenzen der Zeit: Im (internationalen) Faschismus wurde eine große Gefahr gesehen, der die Arbeiterbewegung nicht gewachsen schien. Die (Deutschland) drohende totalitäre Zukunft könnte weder die auf Wahlen fixierte „reformistische" SPD noch die von Moskau abhängige, dogmatische KPD verhindern.

Löwenheim und einige Freunde sammelten mit konspirativen Methoden zuverlässige und qualifizierte Mitarbeiter. Sie wurden geistig – im Sinne der Gedanken Löwenheims – geschult und mit den Methoden illegaler Arbeit vertraut gemacht. Ihr Auftrag war es, zunächst innerhalb der Arbeiterorganisationen für ein einheitliches Vorgehen zu wirken. Doch die Gruppe war viel zu klein, und ihre Anhänger saßen zudem nicht in den Schaltzentralen der Apparate.

Anfang 1933 umfaßte die „Org" rund 100 Personen, hinzu kamen etwa 200 Sympathisanten an der Peripherie. Es fällt auf, daß ein besonders hoher Anteil der Aktiven aus den Kreisen der linken jüdischen Intelligenz kam.

„Neu beginnen!"

Mitten in den Schrecken der ersten Monate des Hitler-Regimes erregte Löwenheims Schrift „Neu beginnen!" (September 1933) unter Sozialisten erhebliches Aufsehen. Im Ausland gedruckt und verbreitet, gelangte eine getarnte Ausgabe auch in den deutschen Untergrund und wanderte durch die Hände vieler Suchender. Im Gegensatz zu den meisten Zeitgenossen rechneten der Autor und seine Gruppe mit einer längeren terroristischen Herrschaft des Faschismus.

Statt sich in waghalsigen Widerstandsaktionen zu verschleißen, zog es dieser elitäre Kreis vor, qualifizierte Kräfte für eine Erneuerung der Arbeiterbewegung zu sammeln und bereitzuhalten. Untereinander oft nur durch Decknamen bekannt, trafen sie sich in kleinen Gruppen, um die politische Situation zu analysieren. Darüber hinaus sammelten sie Informationen über die Stimmung in den Betrieben, über Rüstungsanstrengungen und die Entwicklung der Gesellschaft, um ein möglichst realistisches Bild von den Zuständen in Deutschland zu erlangen.

H. Hellmann – damals Mitglied der Berliner Leitung – berichtet:

„Untergruppen sammelten Berichte über Vorgänge in Betrieben und Einheiten der NS-Organisationen. Kontaktleute gaben sie zur Spitze weiter. Die(se) setzte eine Redaktionskommission ein: 1 Politischer Funktionär, 3 Journalisten und 1 hochqualifizierter Ingenieur...

[Es bestand] die Aufgabe, monatlich einen für die Publikation oder private Weitergabe im Ausland bestimmten Lagebericht abzufassen. Er wurde dann entweder mikrophotographiert oder auf hauchdünnes Seidenpapier maschinengeschrieben. Entscheidende Namen verschlüsselte man; mit vom Chemiker entwickelter synthetischer Tinte wurde der Schlüssel gesondert zwischen die Zeilen harmloser Briefe gesetzt. Kuriere beförderten die Schriftstücke in ihr Ärmelfutter eingenäht."

Aktive und Aktivitäten

Zehlendorf, Am Fischtal 28a – Treffpunkt der Berliner NB-Leitung (bei Schleiter)

Im Südwesten Berlins wirkten zahlreiche Mitglieder von „Neu Beginnen". Der Steglitzer Jurist Dr. Ehrmann – vom Immenweg 15c – war sehr aktiv in der Organisation der illegalen Arbeit, doch er geriet schon früh in die Hände der Gestapo. Vom November 1933 bis zum Frühjahr 1934 hielt sie ihn in „Schutzhaft". Versehentlich aus dem KZ Oranienburg entlassen, nutzte er die Chance zur sofortigen Flucht ins Exil. Als ihn die Gestapo am nächsten Tag holen wollte, war er längst untergetaucht.

Gerald Jeremias (Lichterfelde) wurde bereits im Mai 1933 verhaftet und blieb sechs Monate eingesperrt, darunter im KZ Brandenburg. Schon bald nach seiner Entlassung setzte er die Untergrundarbeit wieder fort. Um der drohenden Wiederverhaftung zu entgehen, mußte er Anfang 1937 emigrieren. Sein Bruder Ernst (siehe Seite 61) wurde später ein Opfer des Terrors.

Die Diplom-Ingenieurin Ira Rischowski (Zehlendorf, Schädestraße 6a) arbeitete in der „Org" als Sekretärin in der Zentrale („Kreis" genannt) und war enge Mitarbeiterin von Löwenheim („Kurt Berger" genannt).

Ira Rischowski (geb. 1899) berichtet:

„In der „Org" wurde ich bald eine Art Hilfssekretärin des „Kreises". Insbesondere hatte ich die Aufgabe, Briefe für das Ausland zu chiffrieren... Die Chiffre war von Kurt Berger erdacht worden und es war mir möglich gewesen, eine kleine Verbesserung zuzufügen. ... Zunächst wurden diese Arbeiten in den Wohnungen der beteiligten Genossen vorgenommen, aber schließlich wurde ein Büro aufgemacht... Im „Ingenieur Büro West"* wurde auch ein Teil des Buches „Neu Beginnen" geschrieben. Kurt Berger – später „Miles" genannt, als Verfasser des Buches – diktierte direkt in die Maschine, und wir drei Mädels wechselten uns ab. Auch bei sich zu Hause diktierte er anderen Genossen, so daß eine ganze Reihe von „Org"-Mitgliedern an der Produktion des Buches beteiligt waren."

* Prager Straße 22. Später war das NB-Büro am Potsdamer Platz (Columbus-Haus), d. Verf.

Ira Rischowski

Henry Hellmann

Ihr Ehemann, Ingenieur Bruno Karthäuser, hatte gelegentlich geschäftlich in der Sowjetunion zu tun. Seine Berichte über die dortigen Zustände waren wertvolle Beiträge zur Kritik der „Org" an der kommunistischen Bewegung. Im Herbst 1935 geriet Frau Rischowski in Polizeihaft, kam aber wieder frei. Da die Gruppe annahm, daß ihre Mitarbeiterin weiter beobachtet wurde, erhielt sie die Anweisung, Deutschland zu verlassen. (Sie lebt noch heute in London.)

Der Lichterfelder Henry Hellmann (früher: Heinrich Jakubowicz) gehörte der Berliner „Org"-Leitung an, die sich u.a. Am Fischtal 28a in Zehlendorf traf. Unter den Teilnehmern waren Eberhard Wiskow und Franz Schleiter, die – wie Hellmann – zu den frühesten und engsten Vertrauten Löwenheims zählten.

(Beide hatten in den 20er Jahren einen der KPD nahestehenden national-ökonomischen Informationsdienst herausgegeben.)

Mitte 1933 nahm Hellmann Kontakt zu Dr. Havemann vom Institut für physikalische Chemie in Dahlem auf. Der linke Intellektuelle sprach mit Hellmann über die allgemeine politische Entwicklung und die möglichen Chancen praktischer Anti-Nazi Arbeit. Der Physiker berichtete auch über ‚Kurpfuscherei' nazistischer Wissenschaftler sowie über die Entwicklung einer – vom ‚jüdischen Einfluß gereinigten' – „Deutschen Physik" (Seite 111).

In Lichterfelde lebte auch Bernd Anselm Rahmer. Er war aus der kommunistischen Studentenfraktion („Kostufra") hervorgegangen. Rahmer galt wie Schleiter und Wiskow als äußerst sachkundig in Fragen der Volkswirtschaft.

NB spaltet sich

1934 reifte bei Löwenheim die Überzeugung, daß weitere illegale Arbeit sinnlos sei, denn die Diktatur hatte sich sehr verfestigt. Ein tiefer Schock für Regimegegner war auch die Saarabstimmung im Januar 1935, als 90,5 % der Wähler für (den Anschluß an) Hitler-Deutschland votierten.

Der Begründer der „Org" hielt es angesichts dieser Entwicklung für wirksamer, zu emigrieren und im Ausland gegen den Faschismus tätig zu werden. Doch gegen die Absicht, die Gruppe zu liquidieren, regte sich eine Opposition. Sie wurde getragen von Karl Frank (Kopf der NB-Auslandsleitung), dem Theoretiker Richard Löwenthal und Werner Peuke, einem erfahrenen Arbeiterfunktionär.

Nach getrennten Zusammenkünften von NB-Mitgliedern wurde Löwenheim („die alte Leitung") für abgesetzt erklärt. Mit zahlreichen Anhängern verließ er Deutschland, unter ihnen die Gefährten Wiskow, Schleiter und Hellmann.

Kurz darauf gelang der Gestapo ein empfindlicher Schlag gegen die Illegalen. Den Zugriff erleichterten aufgefundene geheime Aufzeichnungen der Löwenheim-Gruppe, die in einem Koffer verpackt im Müggelsee versenkt worden waren.

In drei Berliner Prozessen wurden 1936/37 insgesamt 36 Personen angeklagt, darunter der Lichterfelder Harry Wohlgemuth, Gärtner im Botanischen Garten. Das Gericht verhängte mehrjährige Gefängnis- und Zuchthausstrafen, wobei die aus der KPD hervorgegangenen NB'ler in der Regel empfindlicher bestraft wurden als die ehemaligen Sozialdemokraten.

Oskar Umrath

Dahlem, Vogelsang 2

Trotz Emigration und zahlreicher Verhaftungen hatte sich eine Restgruppe von NB gehalten. (In Berlin Ende 1936 etwa 30 Personen.) Die jungen Berliner Sozialisten Kurt Schmidt und Fritz Erler, Pfarrer Erich Kürschner und der Wissenschaftler Oskar Umrath bildeten zuletzt die Leitung für das Reich.

Oskar Umrath kam aus einer begüterten Familie. Der Vater, ein Sozialdemokrat, hatte bei Osram eine leitende Stellung. Als Sohn einer jüdischen Mutter konnte Oskar Umrath 1933 sein Studium nicht fortsetzen, Ende 1934 erwarb er seinen Doktor darum in Bern (Schweiz).

Für die Widerstandsgruppe „Neu Beginnen" analysierte er die Finanz- und Wirtschaftspolitik des NS-Regimes. Er wirkte an der Schrift „5 Jahre Nationalsozialismus" mit, die der Aufklärung in- und ausländischer Kreise diente.

Zuvor hatte NB versucht, die Isolierung der wenigen Getreuen zu durchbrechen. Durch die Vermittlung sozialistischer Exil-Kreise, als deren Kurier Peter Bergmann mehrmals nach Deutschland einreiste, wurden Kontakte zur Gruppe „Deutsche Volksfront" geknüpft. Sie war Ende 1936 von ehemaligen Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) gegründet worden. (Kurt Schmidt stieß im Januar 1937 hinzu.) Beide illegalen Kreise entwickelten eine „Zehn-Punkte-Erklärung".

Erika Plettl – Tochter eines Gewerkschaftsführers (siehe Seite 89) – war die Sekretärin der NB-Leitung:

„Kurt Schmidt diktierte mir in einer Tempelhofer Wohnung Berichte für das Ausland. Es waren optisch verkleinerte Texte, die zu Paul Hertz nach Prag geschmuggelt wurden.*
Fritz Erler diktierte mir in Dahlem (bei Umrath) die Zehn-Punkte-Erklärung."

* Hertz war der Vertrauensmann von „Neu Beginnen" beim Exil-Vorstand der SPD in Prag, d. Verf.

In dieser Erklärung forderten die Widerstandskämpfer:

- Sturz und Vernichtung der Diktatur;
- Recht und Gerechtigkeit;
- Freiheitsrechte;
- Demokratische Selbstregierung;
- Einstellung des Wettrüstens;
- Verständigung mit allen Völkern, besonders mit Frankreich;
- Beseitigung der Not und Arbeitslosigkeit;
- Inflationsbekämpfung/40-Stunden-Woche;
- Aufhebung der Zwangswirtschaft, Einziehung des Großgrundbesitzes;
- Verstaatlichung wichtiger Industriezweige sowie der Banken.

Durch schriftliche Verbreitung dieser Erklärung wurden die sonst üblichen Sicherheitsmaßnahmen vernachlässigt. Im Herbst 1938 gelang der Gestapo der entscheidende Schlag gegen die NB-Spitze und die Gruppe „Deutsche Volksfront". Unter den über zwanzig Verhafteten waren aus dem Südwesten Berlins neben Umrath (dessen Bruder fliehen konnte) der Zehlendorfer Sozialdemokrat Ludwig Diederich. Der Adressenverleger stammte aus einer angesehenen SPD-Familie, die Mutter war Stadtverordnete und Fürsorgerin. 1933 hatten die Nazis sie inhaftiert.

Im Volksgerichtshofprozeß (1939) gegen die NB-Spitze wurden hohe Zuchthausstrafen verhängt. Oskar Umrath erhielt mit fünf Jahren Haft zwar die niedrigste Strafe, doch der Eingekerkerte erkrankte schwer. Am 6. März 1943 verstarb er an den Folgen der Haft.

Oskar Umrath

Oppositionelle Gewerkschaftler

Spitzenfunktionäre in Haft

Zehlendorf, Boeckelweg 1a (heute: Gilgestraße)	– Theodor Leipart
Lichterfelde, Margaretenstraße 22b	– Fritz Tarnow
Zehlendorf, Riemeisterstraße 106	– Peter Grassmann

Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler (30. Januar 1933) gab der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), Leipart, die Parole aus: „Organisation – nicht Demonstration: das ist die Parole".

In den nun folgenden Monaten versuchte die Mehrheit der Gewerkschaftsspitze zunächst durch Stillhalten, dann durch Anpassung an die Hitler-Regierung, dem Verbot ihrer Organisation zu entgehen. Doch alle national getönten Erklärungen und Reden sowie ein Aufruf, an Hitlers Maifeier teilzunehmen, konnten den Untergang nicht aufhalten. Viele Gewerkschaftsmitglieder waren von dieser Politik ihrer Führung tief deprimiert. Am 2. Mai 1933 wurden die Gewerkschaftshäuser von SA besetzt und die ADGB-Leitung festgenommen. Der Vorsitzende Leipart (1867–1947), sein Stellvertreter Grassmann (1873–1939) sowie die Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften, darunter Fritz Tarnow (1880–1951), gerieten in „Schutzhaft".

In der Haft wurde dem – im Juni festgenommenen – Vorstandsmitglied Leuschner (SPD) die Gewerkschaftsführung anvertraut. Leipart war völlig zusammengebrochen. Mit Leuschner rückte ein Mann ins Zentrum, der bereits im April 1933 mit liberalen und christlichen Gewerkschaftlern (Erkelenz, Kaiser) über eine Vereinheitlichung der zersplitterten Richtungsgewerkschaften verhandelt hatte.

Diese Einheitsidee wurde besonders im Widerstand stark hervorgehoben (siehe Seite 92).

Bis Juni 1934 erduldete Leuschner Gefängnis und KZ. Andere Gewerkschaftler waren bereits nach einer oder mehreren Woche(n) freigekommen. Sie lebten danach eher zurückgezogen. Fritz Tarnow, Leiter des Holzarbeiterverbandes, emigrierte nach monatelanger Haft. Er löste später (1938) Heinrich Schliestedt als Führer der gewerkschaftlichen Emigration ab. Über die Familie getarnt, hielt er Kontakt zu oppositionellen Kollegen in Berlin.

Anton Erkelenz

Zehlendorf, Teichstraße 20 (heute: Leo-Baeck-Straße)

Anton Erkelenz wirkte von 1902 bis 1933 als Sekretär im Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsverein, einer parteipolitisch und religiös neutralen (kleinen) Organisation.
Ursprünglich Mitglied einer liberalen Partei trat Erkelenz unter der Drohung des heraufziehenden Nazismus 1932 der SPD bei.

Anton Erkelenz

Er unterstützte im Juli 1932 und im Februar 1933 den „dringenden Appell" einer sozialistischen Gruppierung, bei den bevorstehenden Wahlen (wenigstens) eine gemeinsame Listenverbindung von SPD und KPD zustande zu bringen, um die NS-Diktatur zu verhindern.

Obwohl Erkelenz nach der Zerschlagung der Gewerkschaften eher zurückgezogen in seinem Zehlendorfer Haus lebte, hielt er doch Kontakt zu Ernst Lemmer (dem früheren Generalsekretär der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften), zu gesinnungstreuen Freunden der Zehlendorfer SPD und besonders zu Julius Leber nach dessen Entlassung aus dem KZ.

Am Ende des Krieges sah (auch) Anton Erkelenz dem Vordringen sowjetischer Truppen mit widerstreitenden Gefühlen entgegen. Nur einen Tag nach ihrem Einmarsch (25. April 1945) fand man Erkelenz im Garten ermordet auf.

Helene Gehse

Steglitz, Akazienstraße 1

Helene Gehse (1902–1983) arbeitete bis 1933 als Referentin im „Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände" unter Hermann Maaß. Als 1933 auch diese Organisation „gleichgeschaltet" wurde, blieb sie – auf Bitten des entlassenen Geschäftsführers Maaß – im Apparat. Sie unterstand nun dem „Reichsjugendführer" von Schirach, für den sie sich als Übersetzerin betätigte. Für ihre Freunde aus dem illegalen gewerkschaftlichen Widerstand (Leuschner und sein enger Mitarbeiter Maaß) wurde sie dadurch zu einer wichtigen Nachrichtenquelle. In den 40er Jahren übermittelte sie Informationen über die Verschleppung und Ermordung der Juden. (Nach 1945: Chefübersetzerin des DGB, SPD-Abgeordnete.)

Schneidermeister Thierfelder

Lankwitz, Emmichstraße 6

Cäsar Thierfelder (geb. 1886) wirkte bis 1933 als Redakteur des Bekleidungsarbeiterverbandes. Nach dem Verbot dieser Organisation wurde seine Lankwitzer Schneiderstube über mehrere Jahre die zentrale Anlaufstelle für Informationen und

Kontakte illegal tätiger Kollegen der früheren Gewerkschaft. Anläßlich der jährlichen Rundfunkausstellung kam ein vertrauter Kreis von Freunden aus dem Reich zusammen; zuletzt im Juni 1936 in Lankwitz. Man stand auch in Kontakt zu Martin Plettl, dem Präsidenten des Internationalen Verbandes der Bekleidungsarbeiter, der im Exil wirkte. Darüber hinaus bestand zwischen Thierfelder und Leuschner eine lockere Verbindung.

Dem Journalisten Fritz Sänger (1901–1984) zufolge, der bis zum Verbot (1933) als Sekretär des Preußischen Lehrervereins tätig war, wirkte Thierfelder auch noch in anderer Form gegen das NS-Regime: Von ihm eingerichtete „Kurse für Zuschneider" dienten in Wirklichkeit der Schulung in praktischer Untergrundarbeit.

Im Januar 1937 nahm die Gestapo Thierfelder fest. Ein Jahr darauf verurteilte ihn das Berliner Kammergericht zu drei Jahren Zuchthaus. Mitangeklagt waren noch drei weitere ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre. Cäsar Thierfelder saß seine Strafe im Zuchthaus Brandenburg ab. Der Gewerkschaftsflügel der Verschwörung vom 20. Juli 1944 hatte Thierfelder in seine Überlegungen fest eingeplant.
(Er soll 1950 in Weimar verstorben sein.)

„Revolutionäre Gewerkschaftsopposition" (RGO)

Lankwitz, Berlin-Lübecker Maschinenfabrik A.G. (Charlottenstraße)

Alfred Klees (geb. 1913), ein ehemaliger Arbeiter, der in diesem Betrieb von 1934–1935 tätig war, berichtet vom Widerstand einer kommunistischen Gruppe um Max Knaack und Georg Einbrodt. Sie stand in der Tradition der früheren „Revolutionären Gewerkschaftsopposition" der KPD.

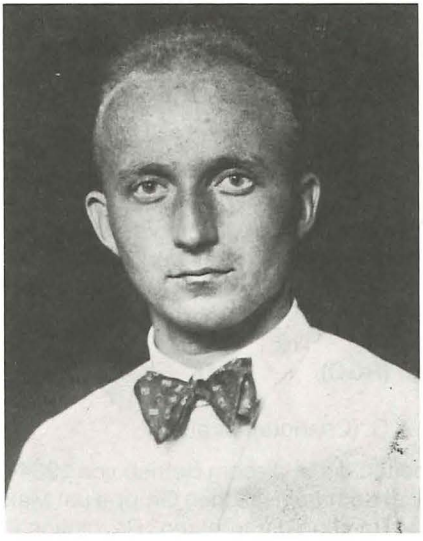
Der Lankwitzer Betrieb fabrizierte Knebeldolche für die SA und SS. Im Keller lagerten gut verpackte Maschinen. Sie stammten noch aus der Zeit des Ersten Weltkrieges, als hier Maschinengewehre und Pistolen hergestellt wurden. Aufgrund des Versailler Friedensvertrages (1919) mußte diese Produktion zunächst eingestellt werden. Im Zeichen der Hitlerschen Aufrüstungspolitik sollten die im Keller lagernden Teile verladen und verlagert werden. Die illegale Gruppe übte Sabotage, unter anderem durch die Zerstörung der Ölleitungen der Maschinen. (Daneben sammelte man Geld für die „Internationale Arbeiterhilfe" und verkaufte Propagandamaterial der KPD.)

Max Knaack wurde später Soldat. Als Krüppel kam er von der Front zurück. (Sein Bruder Ernst Knaack wurde im Alter von 30 Jahren wegen kommunistischen Widerstandes hingerichtet.)

Illegale Metallarbeiter

Zehlendorf, Kreiselgeräte GmbH und „Zeiss-Ikon" (Goerzallee)

Der damalige Zehlendorfer Rüstungsbetrieb „Kreiselgeräte" war von 1933–1937 die Arbeitsstätte des Widerstandskämpfers Walter Uhlmann.



Walter Uhlmann

Er gehörte der illegalen Reichsleitung der KPO (Kommunistische Partei Opposition) an, einer gemäßigten – „rechten" – Abspaltung der KPD aus dem Jahre 1928.

Hauptsächlich Uhlmanns Initiative war es zu verdanken, daß sich 1934 in Berlin eine überparteiliche gewerkschaftliche Widerstandsgruppe bildete, die starke und erfolgreiche Aktivitäten entfaltete.

An der Spitze wirkte ein fünfköpfiges Berliner „Aktionskomitee". Diese ehemaligen Mitglieder des Metallarbeiterverbandes kamen aus der KPD, KPO und SPD. Unter ihnen der Mechaniker Bruno Kurze von „Kreiselgeräte".

Mit Flugblättern und einer illegalen Zeitung („Der Metallarbeiter") versuchte die Widerstandsgruppe, auf die größtenteils deprimierte und durch Terror eingeschüchterte Arbeiterschaft einzuwirken.

Der Metallarbeiter

Organ des Aktions Ausschuss

Gruppe Metall

Das Ja aus dem Käfig.

Die Terrorwahlen sind vorüber. Die faschistische Regierung hat ihre "Volksabstimmung", die der faschistischen Diktatur und ihren braunen Banden bescheinigt, dass sie im "Namen der Mehrheit" die Kapitalsoffensive gegen die werktätigen Massen fortführen, die Werktätigen terrorisieren, die Arbeiter und Kleinbürger ausplündern, den Industriellen, Junkern und Finanzhyänen ihren Profit und ihr Wohlleben sichern können.

Frei gewählte Betriebsräte gab es unter der NS-Diktatur nicht. Statt dessen pries die sogenannte Deutsche Arbeitsfront (DAF) betriebliche „Vertrauensräte" an. Politisch bewußte Arbeiter lehnten es ab, für die Liste zu kandidieren.

In mehreren Berliner Betrieben bemühte sich auch die Metallarbeitergruppe, die Arbeiterschaft so weit aufzuklären, daß sie dem Betrugsmanöver der DAF eine Absage erteilte. Bei Zeiss-Ikon war Max Klamm der Vertrauensmann der Illegalen, bei Kreiselgeräte neben Uhlmann und Kurze auch der Dreher Hans Trost.

Ein Flugblatt des Jahres 1935 informierte über die erfolgreiche Arbeit der Widerstandsgruppe und die Pleite des Regimes bei den „Vertrauenswahlen".

In den beiden Betrieben aus der Zehlendorfer Goerzallee lautete das Ergebnis:

Kreiselgeräte

Beschäftigte ca. 500
Ungültige Stimmen ca. 160
Nein-Stimmen ca. 60

Zeiss-Ikon

Beschäftigte ca. 1200
Ungültige Stimmen ca. 400

(Zum Vergleich: 1934 waren es 9 ungültige Stimmen bzw. Nein-Stimmen gewesen.)

Ähnliche Ergebnisse in diesen und anderen Berliner Betrieben (sowie im Reich) führten dazu, daß eine derartige Befragungsaktion nie mehr durchgeführt wurde. Die Blamage war für die Nazis doch zu groß.

Die illegale Metallarbeitergruppe setzte ihre Untergrundarbeit fort. Es gelang, ihre illegale Zeitung in immer mehr Berliner Betriebe einzuschleusen. Erst im Dezember 1936 traten bei Kreiselgeräte die letzten fünf Kollegen der „Deutschen Arbeitsfront" bei, so lange hatten sie sich widersetzen können.

Walter Uhlmann (geb. 1904):
„Im Februar 1937 war für mich die Arbeit zu Ende. Die Gestapo verhaftete mich im Betrieb. Daß die Gruppe weiterarbeitete, hörte ich später: Die Kosten für meinen Wahlverteidiger im Prozeß vor dem Volksgerichtshof hatten die Kollegen der gewerkschaftlichen Widerstandsgruppen bei Kreiselgeräte und Goerz aufgebracht."

Im Prozeß gegen die Reichsleitung der KPO erhielt der Gewerkschaftler Uhlmann eine Haftstrafe von acht Jahren. Er kam ins Zuchthaus Brandenburg und gehörte auch dort zu denen, die illegal aktiv waren.

(1953 Flucht aus der DDR. Bis 1969 Redakteur bei der IG-Metall.)

Christliche Gewerkschaftsbewegung/Zentrum

Dahlem, Unter den Eichen 78/79 – Treffpunkt christlicher Gewerkschaftler

In Berlin bildete sich nach 1933 ein kleiner, sehr aktiver Kreis von Persönlichkeiten, die aus der unterdrückten christlichen Gewerkschaftsbewegung und der christlich-orientierten Zentrumspartei kamen. An der Spitze dieser Bewegung wirkte der Gewerkschafter Jakob Kaiser, dessen Unterhalt und illegale Arbeit von Freunden aus den Reihen der christlichen Arbeiterbewegung finanziert wurde.
(Rund 600 Männer und Frauen standen untereinander in informeller Verbindung.)

Jakob Kaiser war ihr anerkannter Sprecher. Seine besonderen Stützen in Berlin bildeten neben Dr. Elfriede Nebgen, Albert Voß, vormals Jugendführer der christlichen Gewerkschaften, und Mina Amann, ehemals deren Frauenreferentin. Voß richtete in Berlin-Mitte (Rosenthaler Straße 65) ein Zigarrengeschäft ein, das zu einer unauffälligen Umschlagstelle für Nachrichten wurde.

Nach der Entlassung Wilhelm Leuschners (SPD) aus dem KZ Lichtenburg 1934 nahm Kaiser zu ihm, dem ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), Kontakt auf. Es entwickelte sich ein intensives politisches und freundschaftliches Verhältnis zwischen beiden, die nun regelmäßig bei Kaiser in Wilmersdorf (Wittelsbacherstraße 28/28a) zusammenkamen.

Max Habermann

Lichterfelde, Ostpreußendamm 51

Zum christlichen und zum sozialistischen Gewerkschaftsführer stieß 1935 Max Habermann, ein führender Vertreter des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes (DHV). Der konservative evangelische Christ war sich mit den beiden anderen völlig darin einig, daß es in Zukunft nur noch eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung und keine zersplitterten Richtungsgewerkschaften wie in der Weimarer Republik geben dürfte. Man war der Überzeugung, daß Hitler, hätte er eine geschlossene Arbeiterschaft gegen sich gehabt, vermutlich nicht an die Macht gekommen wäre.

Die drei Gewerkschaftsführer (Leuschner, Kaiser, Habermann), die sich 1935 geeinigt hatten, begannen über ihren Freundeskreis hinaus, Kontakte zu oppositionellen Militärs aufzunehmen. Generaloberst Heye vermittelte Denkschriften der Gewerkschaftler. Doch besonders zu Generaloberst von Hammerstein entwickelte Kaiser ein enges Vertrauensverhältnis. Aber von Hammersteins couragierte Haltung war nicht typisch für die höhere Generalität.

Auch von Hammerstein beklagte sich gegenüber Kaiser wiederholt bitter über die ‚Rückgraterweichung' mancher Generale, doch Generaloberst Beck betrachtete er voller Hochachtung. Zu ihm entwickelten die christlichen Gewerkschaftler bald fruchtbare Verbindungen. Dies wurde auch dadurch erleichtert, daß Habermann nur wenige Häuser entfernt von Beck in Lichterfelde wohnte.

Max Habermann

Josef Wirmer

Lichterfelde, Dürerstraße 17

Seit 1936 gesellte sich zum Kreis um Kaiser und Habermann mit Rechtsanwalt Dr. Josef Wirmer ein Katholik sozial-fortschrittlicher Haltung.

Besonders diesem früheren Zentrumspolitiker und geschickten Juristen war es zu verdanken, daß (1939) eine Einigung bürgerlich-konservativer Kräfte um Carl Goerdeler mit dem sozialistisch-gewerkschaftlichen Lager zustande kam. In Wirmers Lichterfelder Wohnung (Holbeinstraße 56, dann Dürerstraße 17) kam es zu häufigen Begegnungen.

Ebenfalls Billigung fand die gewerkschaftliche Einigungsidee beim früheren Generalsekretär der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, Ernst Lemmer. Er lebte politisch eher zurückgezogen in Kleinmachnow, unterhielt aber informelle Verbindungen.

Ein vertrauter Mitarbeiter der christlichen Gewerkschaftler, aber kein ständiger Gast bei Kaiser, war auch der frühere Zentrumspolitiker und Rechtsanwalt Otto Lenz aus Dahlem, ein Freund Josef Wirmers.

Wie zu diesen Männern knüpften die Gewerkschaftsführer ein breites Kontaktnetz zu regimekritischen Sozialdemokraten. Zu ihnen zählten der ehemalige SPD-Reichstagsabgeordnete Albert Südekum in Zehlendorf und Theodor Leipart (Zehlendorf). Dessen Rat wurde eingeholt, unabhängig von seiner wenig überzeugenden Rolle im Jahre 1933 (siehe Seite 87).

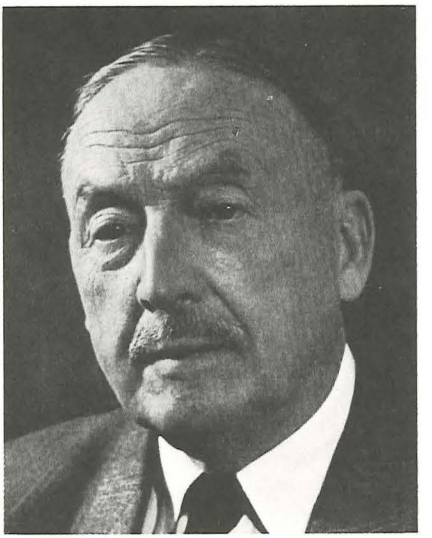
Jakob Kaisers Verbindungen gingen weit über Berlin hinaus, besonders ins Rheinland und nach Westfalen, den eigentlichen Hochburgen der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Andreas Hermes

Lichterfelde, Herwarthstraße 16

Nach Ausbruch des Krieges erhielt die Berliner Gruppe Unterstützung von einer anderen engagierten Persönlichkeit: Andreas Hermes.

Der führende Zentrumspolitiker und frühere Minister hatte das Hitlerregime von Anbeginn bekämpft und war ihm öffentlich entgegengetreten. Als Präsident der Bauernvereinigung widersetzte er sich 1933 mit Gewalt (mehrfach) dem Versuch, die Hakenkreuzfahne auf dem Haus der Bauernvereinigung zu hissen. Desgleichen protestierte er als Präsident der Bauernvereine und der landwirtschaftlichen Genossenschaften öffentlich gegen Hitlers Agrarpolitik.



Andreas Hermes

Am sogenannten „Tag von Potsdam" (21. März 1933), als die Hitlerbewegung ihr angebliches Bündnis mit dem „alten Preußen" (symbolisiert durch Hindenburg) feierte, griff die Gestapo nach Hermes. Fünf Monate lang hielt man ihn im Gefängnis (Moabit) fest. Danach verließ er Deutschland und arbeitete von 1936 bis 1939 als Wirtschafts- und Finanzberater der Regierung von Columbien. Der Kriegsausbruch überraschte ihn in Europa. Hermes nahm intensive Verbindungen zu Männern der christlichen Gewerkschaftsbewegung auf, darunter Nikolaus Groß (Köln), Heinrich Körner (Bonn) und Jakob Kaiser, der auch die Kontakte zu Kreisen der Verschwörung knüpfte.

Einigung mit Goerdeler

Ende 1941 entstand eine enge Arbeitsgemeinschaft der drei Gewerkschaftsführer (Leuschner, Kaiser, Habermann) sowie Josef Wirmers mit Carl Goerdeler. Bernhard Letterhaus und Nikolaus Groß von der illegalen katholischen Arbeiterbewegung (KAB) stießen 1942 zu ihnen.

Die Zusammenarbeit gestaltete sich nicht problemlos, denn Goerdelers rechtskonservative Freunde wie Popitz, Schacht und auch Gisevius trafen bei den Gewerkschaftlern auf erhebliche Vorbehalte.

Auch zum „Kreisauer Kreis" (siehe Seite 137) war das Verhältnis nicht ungetrübt. Dort sah beispielsweise der Jesuitenpater Delp besorgt auf den Einfluß des „reaktionären" Goerdeler. Umgekehrt lehnten manche „Kreisauer" (wie Moltke) ein Attentat auf Hitler ab. Die Gewerkschaftler Kaiser und Leuschner waren aber dafür.

Politische Mitwirkung am Staatsstreich

Rechtsanwalt Wirmer und Jakob Kaiser wirkten an der Liste jener ‚politischen Beauftragten' mit, die im Falle des Staatsstreiches („Walküre-Aktion") in den Wehrkreisen an die Seite oppositioneller Militärs treten sollten.

In Vorbereitung des Umsturzes gab es mehrere Entwürfe für eine zukünftige Regierung. Wichtige Beratungen fanden dazu in Wirmers Büro (Behrenstraße 23) statt.

Er selbst war weithin akzeptiert für den Posten des Reichsjustizministers. Der Gewerkschaftler Habermann brachte aus den Reihen seiner früheren deutschnationalen Partei den ehemaligen Reichstagsabgeordneten Paul Lejeune-Jung als Wirtschaftsminister ins Gespräch. Der Kandidat stieß auch bei Leuschner (SPD) auf Zustimmung, denn Lejeune-Jung stand planwirtschaftlichen Maßnahmen, darunter der Sozialisierung von Schlüsselindustrien, positiv gegenüber.
Andreas Hermes schlug man für das Landwirtschafts- oder Ernährungsministerium vor.

Bei einigen umstritten war Goerdelers Kandidatur für das Reichskanzleramt. Stauffenberg stand ihm distanziert gegenüber und hätte Leber (SPD) vorgezogen. Als Jakob Kaiser den Offizier in Wannsee besuchte, hörte der Gewerkschaftler (Frau Kaiser-Nebgen zufolge) die Mahnung:

„Herr Kaiser, es darf aber nicht zu einer Restauration kommen!"

Auf der Flucht

Nach dem Scheitern des 20. Juli 1944 tauchten Kaiser, Wirmer und Habermann unter, mal war es ein Lagerraum am Kurfürstendamm, dann die Wohnung von Voß in Tempelhof (Eschwegering 7) oder die von Knoblauch (Unter den Eichen 78/79). Doch aus dieser Dreiergruppe konnte sich letztlich allein Jakob Kaiser retten.

Andreas Hermes überlebt

Am 22. Juli 1944 wurde der einstige Bauernführer Andreas Hermes in seinem Versteck am Bodensee aufgespürt. Man klagte ihn des Hoch- und Landesverrats an, am 11. Januar 1945 erfolgte das Todesurteil. Aber es wurde nicht vollstreckt.

Frau Hermes schaffte es, in geheimer Verbindung mit ihrem Mann zu bleiben. Unter Mitwirkung mehrerer Freunde gelang es, durch wiederholte Anträge die Urteilsvollstreckung hinauszuschieben (Seite 131).

Zuletzt war er im Zellengefängnis Lehrter Straße untergebracht, wo der Kalfaktor Theo Baensch ihm und anderen menschlichen Beistand gab. Noch am 23. April 1945 (1 Uhr früh) holten SS-Männer 22 politische Häftlinge aus diesem Gefängnis und erschossen sie auf einem nahegelegenen Gelände.

Andreas Hermes und sein Freund Theodor Steltzer (Kreisauer-Kreis) kamen frei.

Wie Jakob Kaiser zählte Hermes zu den führenden Gründungspolitikern der CDU. Kaiser (1888–1961) wirkte später als Bundesminister, Hermes (1878–1964) als Bauernverbandspräsident.

Gefängnishaft für Otto Lenz

Dahlem, Schweinfurthstraße 60

Rechtsanwalt und Landgerichtsdirektor a.D. Dr. Lenz, der über die Mitarbeit im christlichen Gewerkschaftskreis hinaus von 1942 bis 1943 mehrere Unterhaltungen mit Goerdeler und Leuschner geführt hatte, geriet ebenfalls in Haft. Einige Verschwörer wollten den begabten Juristen gerne als Staatssekretär (Reichskanzlei) in einer Regierung Goerdeler haben. Wegen der engen Verbindungen zu Wirmer und anderen Widerstandskämpfern belastet, verurteilte der VGH Lenz wegen Verletzung der Anzeigepflicht zu vier Jahren Zuchthaus.

(Nach 1945 wirkte er als Staatssekretär unter Bundeskanzler Adenauer.)

Josef Wirmer vor dem Volksgerichtshof

Am 7. und 8. September 1944 verhandelte der VGH unter Freisler gegen Goerdeler, Leuschner, von Hassell, Lejeune-Jung und Josef Wirmer. Alle erhielten das Todesurteil.

Das unabänderliche Schicksal vor Augen, trat Rechtsanwalt Wirmer dem unflätig tobenden Freisler selbstbewußt und kaltblütig entgegen: „Wenn ich hänge, Herr Präsident, habe nicht ich die Angst, sondern Sie."

Am 8. September richtete man Josef Wirmer in Plötzensee hin.

Max Habermann †

Ein tragisches Ende fand der christliche Gewerkschaftsführer Max Habermann. Bis zur Ausbombung der Wohnung hatte er bei Freunden in Bielefeld im Verborgenen leben können.
Danach irrte er tagelang umher. Beim Versuch, zu seiner Frau zurückzukehren, geriet er in die Hände der Gestapo.
Um seine Bielefelder Freunde unter der Folter nicht zu verraten, nahm er sich in der Haft am 30. Oktober 1944 das Leben.

Konservative Gegner des Nationalsozialismus

Herbert von Bose – Opfer des 30. Juni 1934

Lichterfelde, Neuchateller Straße 8

Der Hauptmann a.D. und Oberregierungsrat von Bose war Pressereferent des Vizekanzlers Franz von Papen. Besonders von Bose zählte zu jenen Konservativen, die sich 1934 Hitlers Absicht entgegenstellten, Alleinherrscher in Deutschland zu werden.

Während Hitler durch den zusehends sich verschlechternden Gesundheitszustand des 86jährigen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg im Juni 1934 einen baldigen Machtzuwachs erhoffte, wuchs bei konservativen Gegnern die Angst vor einer Gleichschaltung Deutschlands. Noch hinderten die auf Hindenburg eingeschworenen Generäle der Reichswehr Hitler an der totalen Machtübernahme. Aber der Tod des Reichspräsidenten war zu erwarten.

Papens Berater Edgar Jung, ein antidemokratischer, rechtskonservativer Intellektueller, äußerte damals:

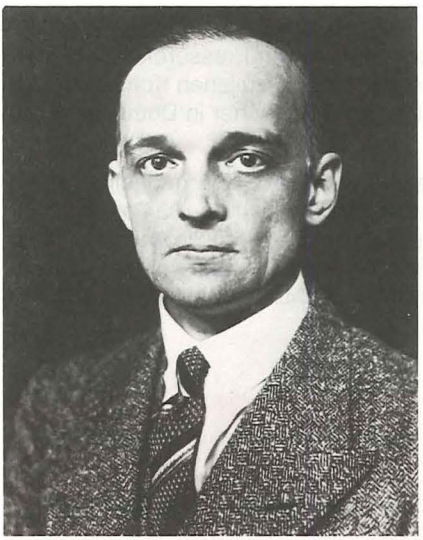
„Wir sind mit dafür verantwortlich, daß ‚dieser Kerl' [Hitler] an die Macht gekommen ist; wir müssen ihn wieder beseitigen."

Beide Mitarbeiter des Vizekanzlers, von Bose und Jung, verfaßten Papens Anklagerede vom 18. Juni 1934. In der Universität von Marburg sprach er unter dem Beifall der Studenten (unter anderem) gegen „Terrormethoden in der Domäne des Rechts".
Dieser Text, der die „Entartung des Regimes" geißelte, wanderte durch viele Hände.
Die Rede war von den Verfassern als bewußte Provokation gedacht. Sie hofften auf einen (bewaffneten) Zusammenstoß von Reichswehr und SA.
Die damals schwelende SA-Krise sollte zur „Zähmung" Hitlers ausgenutzt werden. Es war von Boses Idee, daß die Reichswehr den Belagerungszustand über das Reich verhängte und Hitler eine Kabinettsumbildung abnötigte, die geachtete Konservative (Exkanzler Brüning, Oberbürgermeister Goerdeler, General von Fritsch) aufnähme.

Für diesen Plan versuchte von Bose, einige dem Regime gegenüber kritisch eingestellte Generäle, wie von Rundstedt und von Witzleben, zu gewinnen. Auch den ehemaligen Reichskanzler von Schleicher und dessen engsten Mitarbeiter General von Bredow sprach er an.

Hitler fürchtete mit Recht, daß eine von konservativen Gegnern angestrebte Wiedereinführung der Monarchie ihn um die Erbschaft der Macht des Reichspräsiden-

ten von Hindenburgs bringen würde. Auch die SA stand Hitler auf diesem Weg entgegen. Im Jahr der „Machtergreifung" (1933) war sie mit brutalem Terror gegen Arbeiter, Intellektuelle und Juden vorgegangen. Nun verlangte sie ihren Anteil an der ‚Beute': mehr militärische Macht im Staat. Doch Hitler wußte, die Reichswehr würde ihm die Nachfolge Hindenburgs nur überlassen, wenn er die SA entmachtete.



Herbert von Bose

Mit einem blutigen Schlag entledigte er sich am 30. Juni 1934 seiner Konkurrenten. Ein angeblich drohender Putsch der SA („Röhm-Putsch") diente als Vorwand, führende SA-Männer zu ermorden. Aber auch konservative Gegner Hitlers und der NSDAP wurden Opfer der Terrorwelle, darunter Erich Klausener (Leiter der katholischen Aktion), General von Schleicher, seine Frau, sein Vertrauter von Bredow und die Papen-Mitarbeiter Edgar Jung und Herbert von Bose. Jung erschoß man in Lichterfelde, von Bose in seinem Büro im Regierungsviertel (Wilhelmstraße).

Mord in Lichterfelde

Frühere Hauptkadettenanstalt (heute: Andrews-Barracks der US-Truppen), Finckensteinallee

Ein Zentrum des Terrors am 30. Juni waren die traditionsreichen Kasernen der Lichterfelder Hauptkadettenanstalt (von 1875–1920 Ausbildungsstätte des preußischen Offizierskorps).

Hier war der Sitz der „Leibstandarte Adolf Hitler" und anderer Formationen der SS. Hauptsächlich aus ihren Reihen kamen die Fänger und Mörder. Per Flugzeug oder mit dem Auto nach Berlin gebracht, wurden mehrere SA-Führer nach Lichterfelde verschleppt. Auf dem Kasernenhof an einer Mauer hinter der Leichenhalle (Finckensteinallee Ecke Baseler Straße) fanden sie den Tod. Unter ihnen der Berliner SA-Führer Karl Ernst, der ganz in der Nähe mit seiner Mutter in Lichterfelde wohnte.

An damalige Verhaftungen erinnert sich Eugen Schippert von der Polizeigruppe West:
„Der Berliner SA-Gruppenführer Ernst hatte am Teufelsberg ein großes Heerlager. Zwar stand die SA bewaffnet da, aber wir haben sie handstreichartig genommen. Ernst wurde andernorts gesondert abtransportiert."

In den Kasernen der Reichswehr soll damals gejubelt worden sein, weil man einen lästigen Konkurrenten (die SA) los war. Aber unter den Opfern des Terrors waren auch zwei Generäle. Dazu schwieg das Militär. (Ausnahme: v. Hammerstein, Seite 148).

In der bis dahin ruhigen Villengegend Lichterfelde schienen die Morde nicht wirkungslos geblieben zu sein. Zu viele Menschen waren Ohrenzeugen gewesen. An jenem 30. Juni 1934, einem Sonntag, hatten Erwachsene und Kinder selbst auf einem lärmenden Rummelplatz das Peitschen der Schüsse vernommen.

Die vorher nicht geringe Zuneigung zum Hitler-Regime in diesem von vielen Offizieren und Beamten bewohnten Stadtteil nahm nun ab. Das Grab des in Babelsberg ermordeten Generals von Schleicher auf dem Lichterfelder Parkfriedhof blieb eine dauernde Mahnung an die Bluttat des 30. Juni 1934.

Es gab noch andere Zeugen der Erschießungen. Franz Swakowski, damals Polizeileutnant, waren Blutreste an Trittbrettern von Gerätefahrzeugen der Polizei aufgefallen:

„Auf meine Frage, ob es von einem Unfall stamme, erhielt ich nur zögernd Antwort: ‚Wir mußten die Leichen der Erschossenen aus der Lichterfelder Kaserne zum Krematorium Wilmersdorf abtransportieren. Dabei blieb viel Blut im und am Fahrzeug'."

Oberst Siegfried Wagner

Lichterfelde, Weddigenweg 56 (bei Mildebrath)

Siegfried Wagner (1881–1944) stammte aus einer preußisch-konservativen, bürgerlichen Familie. Am Ersten Weltkrieg war er als Major beteiligt gewesen.

Von 1928 bis zur Auflösung 1933 wirkte er als ‚Bundeskanzler' des soldatischen Traditionsvereins „Stahlhelm". Diese Gruppierung lehnte den Versailler Friedensvertrag mit seinen Abrüstungsbestimmungen ebenso strikt ab wie die ganze Weimarer Republik. Ihr Ziel war es, die Monarchie wieder einzuführen.

Schließlich fanden sich diese Rechtskonservativen in der „Harzburger Front" (1931) mit dem Nationalsozialismus in einem Bündnis zum Sturz der Republik. Siegfried Wagner lehnte das Zusammengehen mit der NSDAP ab. Für ihn taugte die Führungsschicht der Nazis nichts, Hitler nannte er einen „Rattenkönig". Doch

Siegfried Wagner

Wagner konnte sich gegen die Mehrheit um den Stahlhelmführer Seldte nicht durchsetzen. Als sich der Stahlhelm 1933 auflöste, wehrte sich Wagner so sehr dagegen, daß man ihn mit Waffengewalt aus dem Amt holen mußte.

Besonders aufgewühlt hatte ihn nach Aussagen der Familie die vom Offizierskorps schweigend hingenommene Ermordung General von Schleichers (1934). Darüber und über die Reichstagsbrandstiftung (1933) sammelte er Material, das die Nazis sehr stark belastete und das als Beweismaterial vor Gericht gedacht war.

Beruflich arbeitete Wagner zunächst im Potsdamer Archiv, dann im Oberkommando des Heeres (Bendlerblock). Er hatte dort intensive Kontakte zu Offizieren seiner Generation und zu den jüngeren wie Graf Stauffenberg. In die Vorhaben der Verschwörer war Wagner eingeweiht, er war bereit, sich zu opfern.

Nach dem Scheitern des Aufstandes wollte er der Verhaftung durch einen Selbstmordversuch entgehen, um nicht aussagen zu müssen. Den Schwerverletzten verschleppte man von Potsdam ins KZ Sachsenhausen. Er wurde „verhört". Unter ungeklärten Umständen ist er dort im Juli 1944 verstorben.
In den Akten der Nazis soll über ihn gestanden haben: „Nicht zu bestechen".

Bürgerlicher Widerstand

Liberale Politiker

Zwar gab es nicht sehr viele liberale Widerstandsgruppen, aber dennoch bestanden zwischen früheren Anhängern der kleinen liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) – zuletzt „Deutsche Staatspartei" genannt – informelle Kontakte und lockere Gesprächskreise.

Später weiteten sich die Verbindungen ins sozialistisch-gewerkschaftliche und oppositionell-bürgerliche Lager aus. Durch die frühere gemeinsame Tätigkeit im Reichstag, in der Kommunalpolitik oder in den Reihen der Republikschutzorganisation „Reichsbanner" waren diese Querverbindungen möglich.

Ernst Lemmer

Zehlendorf, Hohe Kiefer 13 (Kleinmachnow)

Ernst Lemmer (1898–1970) war einst jüngster Abgeordneter (DDP) des Deutschen Reichstages. Er berichtet in seinen Erinnerungen, daß die liberalen Politiker wegen der totalen Bedeutungslosigkeit ihrer früheren Partei (nach 1933) im großen und ganzen in Ruhe gelassen wurden. Darum spricht er von „geistigen Widerstandsnestern" und verweist auf die Treffen ehemaliger Mitglieder der liberalen Reichstagsfraktion beim Jute-Industriellen Weber in der Charlottenburger Mommsenstraße oder beim früheren Finanzminister Dietrich, der in Berlin zeitweise einen ‚politischen Salon' unterhielt.

Darüber hinaus kannte Ernst Lemmer aus seiner ehemaligen Reichsbannertätigkeit und der Arbeit im gewerkschaftlichen Bereich viele aktive Oppositionelle. Er selbst lebte allerdings in Kleinmachnow bewußt zurückgezogen.

(Nach 1945: Mitbegründer der Ost-CDU/1956–1965 Bundesminister.)

Ferdinand Friedensburg

Nikolassee, Hoiruper Straße 14a

Auch Ferdinand Friedensburg (1886–1972), von 1925–1927 Polizeivizepräsident von Berlin und danach Regierungspräsident in Kassel, wählte den Weg der „inneren Emigration". Der Liberale (DDP) war 1933 von den Nazis amtsenthoben worden und lebte danach zurückgezogen als Privatgelehrter.

Mit Oppositionellen wie Ernst von Harnack (SPD), General Thomas und dem Diplomaten Otto Kiep stand er in näherer Verbindung. Obwohl (seinen Lebenserinnerungen zufolge) an aktiver Opposition selbst nicht beteiligt, ließ ihn das NS-Regime nicht in Ruhe. 1935 hatte er eine mehrmonatige Haft zu erdulden und mußte sich 1941 eines Sondergerichtsverfahrens wegen Heimtücke erwehren. Schließlich er-

hielt der Verfasser wissenschaftlicher Werke über Wirtschaftsfragen 1941 Publikationsverbot. Ab Februar 1945 kam er erneut in Gestapohaft.

(1946–1951 Bürgermeister von Berlin, CDU).

Ferdinand Friedensburg

Hermann Luppe

Zehlendorf, Elsestraße 2 (heute Schmarjestraße)

Bis 1933 wirkte der liberale Politiker (DDP) fast dreizehn Jahre als Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg.

Die Nazis setzten diesen verdienten Kommunalpolitiker ab und sperrten ihn in „Schutzhaft". Dadurch wollten sie ihn zum freiwilligen Rücktritt (ohne Pensionsanspruch) zwingen. Aber er blieb standhaft. Im April 1933 wieder entlassen, mußte er aus Nürnberg und Bayern wegziehen.

Doch auch in Berlin, seinem nächsten Aufenthaltsort, schikanierte ihn das Regime weiter. In drei Straf- und einem Disziplinarverfahren versuchte man, ihm Amtsmißbrauch vorzuwerfen, aber das Ansinnen scheiterte.

1938 kam Dr. Luppe erneut für drei Monate hinter Gitter. Eine Grabrede für einen jüdischen Freund und Kontakte zu demokratischen Politikern der Weimarer Republik – abfällig „Systempolitiker" genannt – wurden ihm zur Last gelegt. Wegen angeblicher Verbindung zur „Deutschen Freiheitspartei" (siehe Seite 70) strengte man gegen ihn sowie den ehemaligen SPD-Reichstagsabgeordneten Dr. Albert Südekum (Zehlendorf-Mitte) und den Steglitzer Georg Werner ein Volksgerichtshofverfahren an.

Da diesem Kreis nichts Näheres nachgewiesen werden konnte, wurde das Verfahren im März 1939 wieder eingestellt. Hermann Luppe wies man nun auch noch aus Berlin aus.

Schließlich zog er in seine Vaterstadt Kiel, wo er erneut von den Nazis bespitzelt wurde. Am 3. April 1945 fiel er mit seiner Frau einem Luftangriff zum Opfer.

Ernst Strassmann

Südende, Steglitzer Straße 27 (heute Steglitzer Damm)

Der Jurist Ernst Strassmann (1897–1958) stammte aus einer kommunalpolitisch aktiven Familie. (Der Berliner Stadtälteste und Stadtverordnetenvorsteher Wolfgang Strassmann war einer seiner Vorfahren.) Er gilt als kompromißloser Demokrat.

Als liberaler Politiker und Landgerichtsrat hatte er 1931 einen Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch herausgebracht. Schon vorher waren von ihm Veröffentlichungen in seiner Eigenschaft als Mitglied des Reichsbundvorstandes demokratischer Jugendverbände erschienen. Nach 1933 gehörte er an führender Stelle einem Kreis um den liberalen jüdischen Kaufmann Dr. Hans Robinsohn an. Der Hamburger hatte eine (vorwiegend geistig aktive) Gruppe liberaler und sozialdemokratischer Regimegegner gebildet, unter ihnen Thomas Dehler, Fritz Elsas und Ernst Strassmann. Die Männer machten sich (ähnlich wie der Kreisauer Kreis) Gedanken über die zukünftige Gestaltung Deutschlands. Im Mittelpunkt ihrer Überlegungen stand der demokratische Rechtsstaat. Sie versuchten, ein Netz von vertrauenswürdigen Mitarbeitern aufzubauen. Darüber hinaus hatten sie Verbindungen zum Führer illegaler Reichsbannerkreise, Theo Haubach, und dem Leipziger Oberbürgermeister Goerdeler.

Obwohl Dr. Robinsohn im Dezember 1938 emigrieren mußte, hielt er weiterhin diese Kontakte aufrecht. So konnte er Ende 1939 aus Berlin vom bevorstehenden Angriff Hitlers auf den Westen erfahren und leitete die Informationen über Hamburger Freunde an die englische Gesandtschaft weiter.

Da Ernst Strassmanns Verbindungen zu aktiven Widerstandskreisen der Gestapo 1942 bekannt wurden, nahm man ihn fest. Erst am 21. April 1945 kam er nach langer „Schutzhaft" frei.

(Nach 1945: Vorstandsmitglied der BEWAG und Sozialdemokrat. Maßgeblich am Wiederaufbau beteiligt.)

Ernst Strassmann

Paul Zarbock

Lankwitz, Kaiser-Wilhelm-Straße 118

Auf die illegale Propagandatätigkeit eines früheren Mitglieds der DDP verweisen die geheimen Berichte der Staatspolizeileitstelle (Berlin).

Der 1886 geborene Lankwitzer Amtsrat Paul Zarbock verbreitete – der genannten Quelle zufolge – von Juli 1941 bis Juni 1942 (Festnahme) eine größere Anzahl von Postkarten, in denen er das NS-Regime angriff sowie „grobe Beleidigungen des Führers und seiner Mitarbeiter" äußerte. Darüber hinaus unterstrich er auf herausgerissenen Buchseiten einzelne Buchstaben, die „staatsfeindliche Parolen" ergaben, und brachte sie danach in Umlauf.

Einer seiner Texte lautete:

„Hitler ist kein Heil, sondern ein Fluch,
er hat den Krieg auf dem Gewissen. Er ist
ein Verbrecher; Himmler ist auch einer."

Nach Abschluß der Ermittlungen wurde Paul Zarbock dem Richter vorgeführt. Man verurteilte ihn zu einer Zuchthausstrafe, die er bis zur Befreiung im Zuchthaus Brandenburg absaß.
Paul Zarbock verstarb 1949 an den Folgen der durchlittenen Haft.

Theodor Heuss

Lichterfelde, Kamillenstraße 3

Dicht am Botanischen Garten wohnte bis 1943 der angesehene liberale Politiker und politische Publizist Dr. Theodor Heuss (1884–1963), der nach dem Kriege als erstes Staatsoberhaupt der Bundesrepublik amtierte.

Der geborene Württemberger wirkte von 1920 bis zu seinem Lehrverbot (1933) als Dozent an der Berliner Hochschule für Politik. Außerdem war er viele Jahre als Reichstagsabgeordneter der DDP bzw. Staatspartei tätig. In öffentlichen Reden und warnenden Schriften („Hitlers Weg", 1932) trat er der NS-Bewegung wiederholt entgegen.

1933 beugte er sich der Mehrheit seiner Parlamentsfraktion, die wie alle bürgerlichen Parteien Hitlers „Ermächtigungsgesetz" zustimmte. (Die KPD war bereits unterdrückt, die SPD stimmte als einzige Partei dagegen.)

Nach einem Publikationsverbot fand Heuss' Tätigkeit in der Öffentlichkeit ihr Ende. So war es besonders Elly Heuss-Knapp zu verdanken, daß die Familie finanziell durch die Belastungen der Zeit kam.

Theodor Heuss wurde (unter einem Pseudonym) ständiger Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung". Daneben widmete er sich intensiv der Erarbeitung größerer biographischer Werke, so etwa über den Liberalen Friedrich Naumann.

Heuss' Lichterfelder Heim war eine Begegnungsstätte für viele Menschen, die sich um Deutschland sorgten und darüber Gedanken austauschen wollten. Er selbst

hielt zahlreiche Kontakte zu sehr aktiven Männern der Opposition wie Julius Leber und Otto Dibelius. Besonders enge freundschaftliche Beziehungen bestanden zum früheren liberalen Berliner Bürgermeister Fritz Elsas, der nur zwei Straßen entfernt wohnte.

Ernst Ludwig Heuss

Nachdem Theodor Heuss Berlin im August 1943 verlassen hatte und nach Süddeutschland gezogen war, versammelte sein Sohn Dr. Ernst Ludwig Heuss (1910–1967) einen Kreis von Regimegegnern um sich. Bei ihm, der durch seine Tätigkeit im Wirtschaftsministerium Verfolgten materiell helfen konnte, trafen (liberale und sozialistische) Anti-Nazis wie Fritz Elsas, G. von Eynern, Herbert Böhme, Kurt Schmidt und Fritz Benke zusammen.

Erschüttert erlebten die Freunde das Scheitern der Verschwörung am 20. Juli 1944. Schließlich geriet aus ihren Reihen Fritz Elsas in die Hände der Gestapo.

Fritz Elsas

Dahlem, Patschkauer Weg 41

Der 1890 geborene Schwabe war kein kämpferischer Machtpolitiker, sondern eher ein überlegter und bedächtiger Jurist. Er sah für sich in der Ordnung der Verwaltung und der Unantastbarkeit des Rechts eine Lebensaufgabe.

Von 1924 bis 1926 wirkte er als Landtagsabgeordneter der liberalen DDP in Württemberg, danach als hoch angesehener Vizepräsident des Deutschen Städtetages. 1931 wurde er Erster Bürgermeister in Berlin.

Auch wegen seiner jüdischen Herkunft geriet er ins Fadenkreuz der Nazis. 1937 sperrte man ihn mehrere Monate ein, doch kam er vor Gericht wieder frei.
In seiner Gegnerschaft zum Regime ungebrochen, stand er in enger Beziehung zum früheren Leipziger Oberbürgermeister Goerdeler. Darüber hinaus gehörte er einem Gesprächskreis um Frau Solf (siehe Seite 106f.) an.
Am 27. und 31. Juli 1944 fand der flüchtige Goerdeler bei ihm Unterschlupf. Daß beide im Garten spazierengingen, führte wahrscheinlich zur Denunziation aus der Nachbarschaft und zur Verhaftung von Dr. Elsas.
Freunde aus dem Kreis um E. L. Heuss versuchten verzweifelt, den Gestapohäftling zu retten.

Fritz Elsas

Fritz Benke – nach 1945 Steglitzer Bezirksverordneter (SPD) – erinnert sich:

„In der Nacht brachen der Sanitätsoffizier Kurt Schmidt und ich in das versiegelte und von SS-Posten bewachte Elsas-Haus ein. Wir kamen vom Garten her. Die Fensterläden waren (zum Glück) gitterlos. Wir konnten wertvolle Dokumente und wissenschaftliche Werke vor der Beschlagnahmung retten. Hinterher waren wir furchtbar erschöpft. Die Anspannung und die Angst, erwischt zu werden, waren zu groß."

Auch diese Aktion konnte das Schicksal von Elsas nicht mehr abwenden. Nachdem die Gestapo ihn beim „Verhör" grausam mißhandelt hatte, verschleppte sie ihn Ende Dezember 1944 ins KZ Sachsenhausen. Dort erschoß man Fritz Elsas am 4. Januar 1945.
Seine Familie geriet in Sippenhaft.
Die Tochter Hanne mußte bis zur Befreiung im KZ Ravensbrück leiden.

(Sie heiratete später Ernst Ludwig Heuss, verstarb aber früh.)

Beim Solf-Kreis

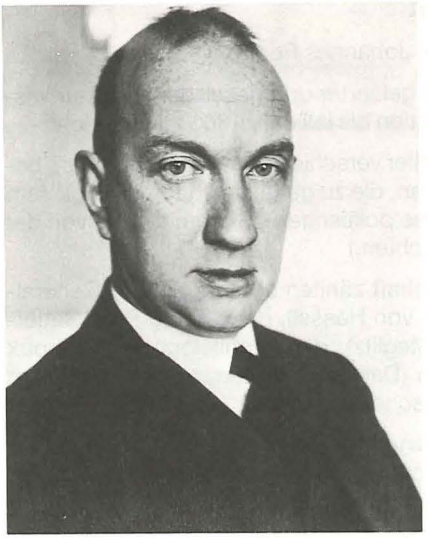
Arthur Zarden
Dahlem, Goßlerstraße 21

Hilger van Scherpenberg
Schlachtensee, Spanische Allee 47

Der „Solf-Kreis" war eine Gruppe Gleichgesinnter, die das verbrecherische NS-System zutiefst ablehnten. Es handelte sich um gehobene Persönlichkeiten des damaligen Berlin (darunter auch Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes), die in lockerer Beziehung zueinander standen. Sie kamen 1941–1943 bei Frau Solf (Witwe des 1936 verstorbenen deutschen Botschafters in Tokio) in Tiergarten (Alsenstraße 9) zusammen und waren teilweise auch Teilnehmer einer Teegesellschaft bei Fräulein von Thadden in Charlottenburg, Carmerstraße 12.

Dieser nicht direkt umstürzlerische Kreis besaß aber in einzelnen Persönlichkeiten, wie dem Gesandten Otto Kiep, wichtige Bindeglieder zur aktiven bürgerlich-militärischen Opposition.

Durch einen Gestapospitzel, der sich als „Schweizer Arzt" das Vertrauen der Rotkreuzhelferin von Thadden erschlich, flog der Kreis der Regimegegner auf: Das Teegespräch am 10. September 1943 hatte den Kriegsverlauf und die Hilfe ausländischer Kreise gegen Hitler zum Thema. Der Spitzel bot seine Vermittlung an, um Briefe unzensiert ins Ausland zu bringen.



Arthur Zarden

Unter den Anwesenden waren auch der ehemalige Staatssekretär Arthur Zarden – er hatte am 1. April 1933 seinen Abschied genommen – und Legationssekretär Dr. Hilger van Scherpenberg (Schwiegersohn des früheren Reichsbankpräsidenten Schacht).

Verfolgung

Der Denunziant Dr. Reckzeh lieferte diese Menschen der Gestapo aus. Insgesamt sollen über 70 Persönlichkeiten festgenommen worden sein. Graf Moltke (Kopf des Kreisauer Kreises) geriet ebenfalls in Haft, da er Otto Kiep vor der bevorstehenden Verhaftung gewarnt hatte.

Am 1. Juli 1944 verurteilte der Volksgerichtshof Fräulein von Thadden und Otto Kiep zum Tode.

Arthur Zarden hatte bereits kurz nach der Verhaftung (Januar 1944) seinem Leben ein Ende gesetzt, da er ahnte, daß Folter und Hinrichtung ihn erwartete. Seine Tochter Irmgard sprach man – nach halbjähriger Haft – frei. Hilger van Scherpenberg erhielt eine zweijährige Gefängnisstrafe.

Das Gerichtsverfahren gegen weitere Mitglieder des „Solf-Kreises" wurde abgetrennt und schließlich für den 25. April 1945 angesetzt. Glücklicherweise kam es nicht mehr zu dieser Verhandlung; dadurch konnten einige Teilnehmer des „Solf-Kreises" überleben. Zu ihnen gehörten Frau Solf und ihre Tochter. Andere Freunde dagegen (Dr. Kuenzer, Graf Bernstorff) ermordete die SS noch in den letzten Kriegstagen.

Ein Kreis in der Mittwochsgesellschaft

Steglitz, Brentanostraße 50 – Treffpunkt bei Johannes Popitz

Die Berliner Mittwochsgesellschaft war ein gelehrter und geselliger Kreis zur wissenschaftlichen Unterhaltung, dessen Tradition bis ins Jahr 1863 zurückreicht.

Ihr gehörten hochangesehene Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen, bedeutende Verwaltungsbeamte und Militärs an, die zu gegenseitigem, zwanglosem Gedankenaustausch zusammenkamen. (Das politische Spektrum reichte von der bürgerlichen Mitte bis zur konservativen Rechten.)

Zu den Teilnehmern der Mittwochsgesellschaft zählten unter anderem: Generaloberst a. D. Beck, Botschafter a. D. Ulrich von Hassell, der Chirurg Prof. Sauerbruch, der Philosoph Eduard Spranger (Steglitz), der Altphilologe Prof. Stroux (Lichterfelde), der Rechtsanwalt Langbehn (Dahlem), der Finanzwissenschaftler Prof. Jessen (Lichterfelde) sowie der preußische Finanzminister Johannes Popitz.

Obwohl die Mittwochsgesellschaft selbst keinen verschwörerischen Charakter besaß, bildete sich dort seit 1939 ‚ein Kreis im Kreis' heraus, der entschlossen war, Hitler zu stürzen. Ihm gehörte Prof. Dr. Johannes Popitz an.

Johannes Popitz

Der preußische Finanzminister Popitz gehörte aufgrund seiner Tätigkeit zu den höheren Repräsentanten des (NS)-Staates. Der Übergang des NSDAP-Mitgliedes zum aktiven Widerstand vollzog sich nicht schlagartig und begann auch nicht 1933. Die Vergehen des Systems hielt er zunächst für eine vorübergehende Erscheinung. Er wollte ausharren, um im zähen Wirken die Alleinherrschaft des Nazismus zu verhindern.

Zum inneren Bruch kam es bei Popitz erst nach und nach. Am Anfang stand die Hilfe für bedrohte Menschen (etwa für den flüchtenden SPD-Spitzenpolitiker Hilferding) oder die sittliche Kritik an einzelnen Maßnahmen des Regimes. Es zeichnet ihn aus, daß er nach der berüchtigten „Kristallnacht" (November 1938) den preußischen Ministerpräsidenten Göring um seinen Abschied bat – allerdings erfolglos.

Über Carl Goerdeler fand Popitz dann engen Anschluß an den bürgerlich-militärischen Widerstandskreis und unterstützte dessen Attentatspläne gegen Hitler. Einer seiner Vertrauten war Jens Jessen.

Johannes Popitz

Jens Jessen

Lichterfelde, Limonenstraße 26

Der seit 1935 in Berlin als Professor tätige Finanzwissenschaftler Jessen war anfänglich überzeugter Nationalsozialist. Seit 1939/40 rechnete er aber zur aktiven Opposition bürgerlicher Persönlichkeiten.

Mit Johannes Popitz verband ihn ein besonderes Vertrauensverhältnis. Beide Männer erarbeiteten zusammen mit Ulrich von Hassell und Ludwig Beck (1940) den Entwurf eines ‚Vorläufigen Staatsgrundgesetzes', der aber ein eher autoritäres Staats- und Verfassungsverständnis offenbarte.

Das hohe Ansehen des feinsinnigen und kulturell gebildeten Popitz zeigte sich auch darin, daß er in mehreren Kabinettsplänen der Verschwörer als Minister (Finanzen oder Kultur) geführt wurde. Seit Herbst 1943 jedoch gehörte er dem Zentrum des Widerstandes nicht mehr an. 1944 nannte keine Kabinettsliste mehr seinen Namen.

Dies mag unter anderem daran gelegen haben, daß zunehmend jüngere Offiziere um Oberst Stauffenberg und sozialistisch-gewerkschaftliche Kreise in den Vordergrund der Verschwörung traten und Carl Goerdeler und seine konservativen Freunde in den Hintergrund drängten.

Mißtrauen, ja bestürzte Ablehnung erfuhr Popitz, als er in einer riskanten Aktion den SS-Führer Himmler zum Instrument des Umsturzes machen wollte. Popitz wagte diesen Schritt nicht aus Sympathie für Himmler, sondern handelte aus Enttäuschung über bisher gescheiterte Pläne.

Carl Langbehn

Dahlem, In der Halde 5

Popitz' Vertrauter, der Dahlemer Rechtsanwalt Dr. Langbehn, besaß gute Verbindungen zu Heinrich Himmler und vermittelte für den 26. August eine längere Unterhaltung.

Darin versuchte Popitz in persönlicher Initiative, die Möglichkeit eines Sturzes (Absetzung) Hitlers durch die SS zu erkunden. Er verwies auf den für Deutschland bereits verlorenen Krieg und schlug deshalb vor, Hitler ‚abzulösen', um in Friedensverhandlungen – aber nur mit dem Westen! – einzutreten.

Himmler verhielt sich reserviert (warum auch immer), aber man verabredete weitere Gespräche.

Im September 1943 wurden Popitz' Pläne bekannt. Himmler konnte sich aus der Affäre ziehen, aber der Vermittler des Treffens, Rechtsanwalt Langbehn, kam ins KZ.

Popitz blieb vorerst auf freiem Fuß, doch er wußte um seine starke Gefährdung. Obwohl an der Verschwörung des 20. Juli 1944 selbst nicht beteiligt, geriet er danach in die Verhaftungswelle, ebenso Prof. Jessen. Vom Volksgerichtshof am 7. November 1944 zum Tode verurteilt, richtete man den Wissenschaftler am Ende des Monats in Plötzensee hin.

Einen Monat zuvor (3./4. Oktober 1944) hatte das Blutgericht unter Freislers Vorsitz gegen Johannes Popitz und Dr. Langbehn verhandelt. Gnadenlos traf auch sie das Todesurteil.

Während Rechtsanwalt Langbehn bereits am 12. Oktober in Plötzensee sein Leben verlor, erhielt Johannes Popitz zunächst noch einen Vollstreckungsaufschub. Wie Carl Goerdeler bekam er den amtlichen Auftrag, Vorschläge für den Wiederaufbau Deutschlands nach dem Krieg zu erarbeiten.

Die Aussicht, den Zusammenbruch doch noch zu überleben, erwies sich als trügerich. Am 2. Februar 1945 wurde das Todesurteil gegen Popitz und Goerdeler in Plötzensee vollstreckt.

Wissenschaftler und Künstler

Wissenschaftler

Fritz Haber

Dahlem, Hittorfstraße 24

Durch Initiative der „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften" bestanden seit 1912 in Dahlem Kaiser-Wilhelm-Institute für Chemie und physikalische Chemie und Elektrochemie. Es waren Forschungsstätten neueren Typs, in denen Wissenschaftler unabhängig von universitären Verpflichtungen arbeiten konnten. Ihre Tätigkeit wurde auch durch Spenden aus der Wirtschaft unterstützt.

Der angesehene Chemiker Fritz Haber war Direktor des Instituts für physikalische Chemie und Elektrochemie. Aus Protest gegen die „rassisch" motivierte Entlassungs- und „Säuberungs"politik der Regierung Hitler trat der Nobelpreisträger demonstrativ von seinem Dahlemer Amt und dem an der Berliner Universität zurück.

Der Antisemitismus machte ihn auch auf sehr persönliche Weise betroffen, denn in den Augen des NS-Regimes war Fritz Haber kein „reiner Arier".

Aus Habers Brief vom 30. April 1933 an den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung:

„...daß ich bei der Auswahl von Mitarbeitern nur die fachlichen und charakterlichen Eigenschaften der Bewerber berücksichtige, ohne nach ihrer rassenmäßigen Beschaffenheit zu fragen."

Fritz Haber emigrierte. Krank und verbittert starb er am 29. Januar 1934 in Basel.

Eine Gedächtnisfeier im Harnack-Haus

Dahlem, Ihnestraße 16–20

Wegen der Freiheit der Forschung im allgemeinen und dem „Fall Haber" im besonderen kam es gerade im Bereich der modernen Physik mehrmals zu Konflikten zwischen dem NS-Staat und einer kleinen Gruppe von Wissenschaftlern, die ihre Unabhängigkeit verteidigte.

Ein Beispiel dafür stellte die Gedächtnisfeier für den verstorbenen Fritz Haber dar. Das NS-Regime hätte den Tod dieses verdienten Mannes am liebsten verschwiegen. Doch der Nobelpreisträger Max von Laue veröffentlichte einen ehrenden Nachruf (siehe unten), und Professor Max Bodenstein gedachte in der „Preußischen Akademie der Wissenschaften" des Gelehrten.

Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) – Präsident war Geheimrat Max Planck – plante eine Gedächtnisfeier für den früheren Kollegen und herausragenden Mitarbeiter. Sie war für den 29. Januar 1935 im Harnack-Haus (Dahlem) angesetzt, nicht weit entfernt vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie in der Thielallee 63.

Staat und Partei versuchten, durch Teilnahmeverbote, Einschüchterungen und Boykott-Aufrufe dieses Vorhaben zu unterbinden. Zwar untersagte ein Ministererlaß, der Veranstaltung beizuwohnen, aber mit Rücksicht auf das Ausland sah man von einem völligen Verbot ab und erlaubte eine private, interne Feier der KW-Gesellschaft.

Wie vorgesehen sprachen Max Planck und Otto Hahn. Der große Saal des Harnack-Hauses war voll besetzt, unter den Anwesenden: Geheimrat Bosch und Führungskräfte von IG Farben. Vom KW-Institut für Chemie – Leitung Otto Hahn – hatten einige gewagt, dem Verbot zu trotzen: Lise Meitner, Fritz Strassmann und Max Delbrück. Zu den Anwesenden zählten vorwiegend die Frauen von Berliner Professoren, von Mitgliedern der KW-Gesellschaft und von persönlichen Freunden Fritz Habers.

Max von Laue

Zehlendorf, Albertinenstraße 17

Bei den Auseinandersetzungen zwischen unabhängigen Berliner Naturwissenschaftlern und nazistischen Ideologen stand der Gelehrte Max von Laue (1879–1960) oft im Vordergrund und bewies viel Zivilcourage.

Der Nobelpreisträger (1914) war ein Schüler von Max Planck und ein guter Freund Albert Einsteins. Im Gegensatz zu ihm hielt sich von Laue politisch bewußt zurück und wurde erst durch die Umstände der Zeit (1933/34) zunehmend in ein streitbares Engagement hineingezogen.

Der zunächst allein der Unabhängigkeit der Wissenschaft verpflichtete Gelehrte wurde Augenzeuge von Säuberungen und Verfolgungen. Er erlebte die Emigration eines Fritz Haber und Albert Einstein. (Ihm gegenüber beklagte er in einem Brief vom Oktober 1933:
„Im ganzen sind etwa 70 Physiker, einschließlich einiger physikalischer Chemiker um ihr Amt gekommen;...")

Auf dem 9. Deutschen Physikertag (September 1933) in Würzburg hielt von Laue die Eröffnungsansprache. (Auf dem Kongreß trug er rechtshändig einen weißen Handschuh, weil er verschiedenen nicht die Hand geben wollte.) Seine Worte gerieten zu einem – historisch-naturwissenschaftlich formulierten – Protest gegen jede ideologisch-politische Bevormundung. Der Redner zog indirekt eine Parallele zwischen Galileis Theorie und der Relativitätstheorie Einsteins.

Aus Max von Laues Würzburger Ansprache:

„Auch später gab es für die Wissenschaft manchmal schlechte Zeiten, so in Preußen unter dem sonst so verdienten König Friedrich Wilhelm I. Aber bei aller Bedrückung konnten sich ihre Vertreter aufrichten an der sieghaften Gewißheit, die sich ausspricht in dem schlichten Satze: Und sie bewegt sich doch!"

Auch andere nicht nazistische Physiker ließen es gelegentlich nicht an Deutlichkeit fehlen, wählten aber eher private und indirekte Wege, so etwa der 75jährige Planck bei der Hilfe für verfolgte jüdische Kollegen. Otto Hahn (1879–1968), Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie, trat aus Protest gegen das NS-Regime aus der Universität aus und weigerte sich, der NSDAP beizutreten.

Aber niemand ging bei der Verteidigung der Freiheit der Forschung so direkt und demonstrativ vor wie von Laue. Im Dezember 1933 erhob er in einer Sitzung der Preußischen Akademie der Wissenschaften Einspruch gegen die Wahl eines führenden NS-Wissenschaftlers und erreichte die Verhinderung. Prompt verlor er im Gegenzug seinen Posten als Berater der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt.

Nach dem Ableben Fritz Habers widmete ihm von Laue einen Nachruf in einer wissenschaftlichen Fachzeitschrift. Auch darin drückte er deutlich seine Distanz zum NS-Regime aus. (Er verglich Haber mit dem griechischen Staatsmann Themistokles, der nicht als Verbannter, sondern als Sieger in die Geschichte einging.)

Wegen dieses Nachrufs und der Rede auf dem Physikertag wurde von Laue vom Unterrichtsministerium disziplinarisch mit einer „Zurechtweisung" bestraft.

Aber der Hochschullehrer ließ sich nicht einschüchtern. Öffentlich setzte er sich wiederholt mit jenen NS-Wissenschaftlern auseinander, die eine „Deutsche Physik" propagierten. Hinter dieser absurden Wortschöpfung sowie der Behauptung, auch die Wissenschaft sei „rassisch blutmäßig bedingt", verbarg sich ein Totalangriff auf die moderne Physik. In deren Mittelpunkt stand die Quanten- und die Relativitätstheorie; ihre maßgeblichen Vertreter waren „die Juden" Albert Einstein und Max Born.

Gegen die Scharlatanerie seiner „NS-Kollegen" bewahrte von Laue den alten Geist der Wissenschaft.

Otto Hahn

Dahlem, Altensteinstraße 48 (Wohnung)

Am Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie achtete der Leiter Otto Hahn (1879–1968) sehr sorgfältig auf die Qualität seiner Mitarbeiter. Er vermied es, überzeugte NS-Parteigänger einzustellen. Sein Labor galt als eine Oase inmitten der totalitären Umwelt.

1938 mußte seine engste Mitarbeiterin Deutschland verlassen: Lise Meitner (1878–1968), die erste Professorin für Physik an der Berliner Universität. Lange Jahre hatte Max Planck die Leiterin der Physikalisch-Radioaktiven Abteilung am KW-Institut für Chemie schützen können. Nun mußte die „nichtarische" Wissenschaftlerin fliehen, und Otto Hahn half ihr dabei. (Schon bald nach ihrer Emigration gelang Hahn und Strassmann die Kernspaltung. 1944 erhielt Otto Hahn den Nobelpreis für Chemie.)

Auch Max von Laue unterstützte mehrere Bedrohte, oft unter persönlichem Einsatz, bei der Flucht. Er bemühte sich ebenfalls um politisch Inhaftierte, darunter den Kernphysiker Houtermans. Ihm vermittelte von Laue eine Anstellung im Lichterfelder Privatinstitut von Manfred von Ardenne (Jungfernstieg 19).

Von Laue schickte seinen Sohn zum Studium in die USA, „damit er nicht in die Zwangslage käme, für einen Herrn Hitler zu kämpfen."

Über all die Jahre hinweg dürfte den Gelehrten hauptsächlich der – 1914 empfangene – Nobelpreis geschützt haben, der die Nazis offenbar davor zurückschrecken ließ, härter gegen den weltberühmten Forscher vorzugehen.

Albert Einstein bemerkte einmal, daß in der großen Masse der Mitläufer „...die Scientists* keine Ausnahme bilden (in der großen Mehrzahl), und *wenn* sie anders sind, so ist es nicht auf die Verstandesfähigkeit, sondern auf das menschliche Format zurückzuführen, wie bei Laue."
*Wissenschaftler, d. Verf.

Manfred von Ardenne

Lichterfelde, Jungfernstieg 19

Ein angesehener, heute weltbekannter Physiker und Forscher lebte von 1928 bis 1945 in Lichterfelde. Der 1907 in Hamburg geborene Manfred von Ardenne galt schon in jungen Jahren als beachtenswertes Talent. Mit 16 meldete er sein erstes Patent an. Noch als Minderjähriger erwarb er mit Hilfe seines Vaters und dank eigenem Kapital ein Grundstück mit Villa in Lichterfelde.

Konflikte mit der Obrigkeit umging von Ardenne. Aber er weigerte sich, der NSDAP beizutreten, und beschäftigte auf Bitten Max von Laues einen verfolgten Wissenschaftler. Während des Krieges war von Ardenne an der Erforschung der Radartechnik und der Atomforschung beteiligt. Zuletzt berief ihn der NS-Staat sogar in den Reichsforschungsrat.

Vor dem Bombardement, das auf Berlin damals niederging, schützte ihn und das Labor ein selbsterbauter Bunker. Nach dem Ende des „Dritten Reiches“ brachte die sowjetische Besatzungsmacht den Forscher samt Labor in den Kaukasus.

(1955 kehrte er nach Deutschland zurück. Er leitet in Dresden ein eigenes Institut und konzentriert sich sehr auf die Bekämpfung der Krebskrankheit. Das langjährige Mitglied der Volkskammer gilt als führender Wissenschaftler der DDR.)

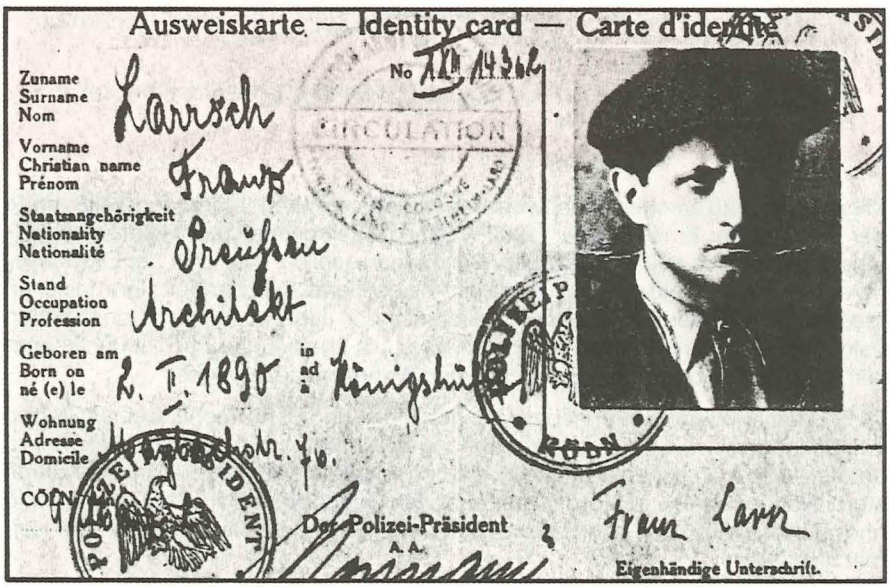
Künstler

Franz Jung

Zehlendorf, Onkel-Tom-Siedlung

Der Schriftsteller Franz Jung (1888–1963) verbarg sich von 1933 an über zwei Jahre in der Waldsiedlung am Rande des Grunewalds.

Unter den sozialistischen Autoren zählte er zu den eigenwilligsten Persönlichkeiten. Er war sowohl Verfasser sozialkritischer Romane, Erzählungen und Dramen als auch aktiv in der Politik tätig. Zeitweilig gehörte er der rätekommunistischen Bewegung an. Seit 1930 wirkte er als Herausgeber der Zeitschrift einer nationalrevolutionären Gruppe („Gegner“).



Illegaler Ausweis von Franz Jung

Nach Errichtung der NS-Diktatur beteiligte er sich neben Dr. Schwab an der illegalen Arbeit der „Roten Kämpfer" (Seite 132f.), die wohl als einzige linkssozialistische Gruppe Beziehungen bis ins Abwehr-Amt hatte.

Als die Berliner „Roten Kämpfer" im November 1936 von einer Verhaftungswelle erfaßt wurden, war auch Franz Jung betroffen. Es war vor allem dem Abwehrchef Canaris zu verdanken, daß der Schriftsteller wieder frei kam.

Nach seiner Emigration folgten viele Jahre ruheloser Wanderschaft. 1944 geriet er unter dem rechtsautoritären Regime Ungarns erneut in eine gefährliche Lage, doch er konnte aus der Haft entfliehen.

(Später schilderte er in seinen Erinnerungen „Der Torpedokäfer" sein sehr bewegtes Leben.)

Ernst Glaeser

Steglitz, Hohenzollernstraße 7

Der Lebensweg des „Verbrannten Dichters" nahm ebenfalls einen ungewöhnlichen Verlauf.

Bei der Bücherverbrennung vom 10. Mai 1933 führte der zweite „Feuerspruch" Ernst Glaeser namentlich zusammen mit Heinrich Mann und Erich Kästner auf:

2. Rufer:
„Gegen Dekadenz und moralischen Verfall! Für Zucht und Sitte in Familie und Staat!

Ich übergebe der Flamme die Schriften von Heinrich Mann, Ernst Glaeser und Erich Kästner."

Mit seinem 1928 erschienenen, wohl bedeutendstem Werk „Jahrgang 1902" hatte der Schriftsteller Ernst Glaeser (1902–1963) die Feindschaft rechtsextremer, militaristischer Kreise auf sich gezogen. Der Roman schildert die Welt der Erwachsenen vor dem 1. Weltkrieg aus der Sicht eines Heranwachsenden. Ihre falschen Ideale lassen sie bei Kriegsausbruch in taumelnden Jubel ausbrechen, doch schon bald folgt die bittere Ernüchterung. Der Autor, ein überzeugter Pazifist und Humanist, geißelt in seinem Buch Schrecken und Wahnsinn des Krieges.

Im Februar 1933 gehörte er neben Heinrich Mann und Bert Brecht zu einer Gruppe von Schriftstellern, die sich in der Wohnung Bernhard von Brentanos trafen, um zu beraten, was man gegen die neue Regierung ausrichten könnte. Die als „Kollektion sturer Nationalisten und Mörder" betrachteten Gegner waren aber bald so mächtig und rücksichtslos, daß sehr viele Schriftsteller fluchtartig Deutschland, ihre Heimat, verließen.

Ernst Glaeser ging zunächst in die Schweiz und hielt sich bis 1938 in Zürich auf. Er vermied weitgehend den Kontakt zu politischen Emigranten und näherte sich im-

mer mehr konservativen Positionen an. Frühere Freunde und Weggefährten betrachteten ihn deshalb als „Deserteur". Schließlich kehrte er nach Deutschland zurück und betätigte sich als journalistischer Mitarbeiter verschiedener Zeitungen, hatte aber Auflagen des Propagandaministeriums zu beachten. 1941 begann er bei der Wehrmachtszeitschrift „Adler im Süden", doch schon im Januar 1943 verbot ihm das NS-Regime jede schriftstellerische und journalistische Aktivität in der Öffentlichkeit.

(Ähnlich wie Heinrich Manns „Der Untertan" wurde Glaesers „Jahrgang 1902" nach dem Krieg sehr erfolgreich zum zweiten Male herausgegeben.)

Paul Hörbiger

Zehlendorf, Glockenstraße 25

Der durch viele Spielfilme, Bühnenrollen und Fernsehstücke bekannt gewordene Schauspieler Paul Hörbiger war ein couragierter Gegner des Nationalsozialismus. Obwohl sich der Propagandachef Goebbels gerade um diese Kunstsparte sehr bemühte und mit lukrativen Angeboten lockte, blieb Hörbiger deutlich auf Distanz. Er bekannte sich öffentlich zu jüdischen Kollegen, und eine Mitwirkung in Propagandafilmen kam für ihn nicht in Frage. Die strikte Ablehnung des Regimes brachte ihm zeitweise Auftrittsverbot ein, obwohl er zu den beliebtesten Filmgrößen zählte.

Paul Hörbiger

Goebbels Gegnerschaft vertrieb Hörbiger nach Wien. Aber auch dort rissen die Konflikte nicht ab. Mehrmals geriet er in Haft, so zum Beispiel, als er sich auf offener Bühne mit einem zuvor Festgenommenen solidarisch erklärte. Als er zuletzt für einige Monate inhaftiert wurde, meldete der Sender BBC sogar Paul Hörbigers Hinrichtung. Proteste von Kollegen und Freunden und das Kriegsende verhinderten den Prozeß. In der Haft rückte er zum Sprecher aller „Politischen" auf. Am 6. April 1945 kam die Befreiung.

In den Erinnerungen „Ich hab für euch gespielt" (1979) lehnte es der 85jährige Künstler bescheiden ab, als Widerstandskämpfer bezeichnet zu werden:

„Ein Widerstandskämpfer ist einer, der gegen dieses Regime angekämpft hat, ich habe nichts weiter getan als meine Meinung gesagt. Was eine Diktatur wirklich ist, habe ich, wie die meisten anderen, viel zu spät erkannt."

Werner Bergengruen

Zehlendorf, Riemeisterstraße 107

Von 1927 bis 1936 lebte der Schriftsteller Werner Bergengruen (1892–1964) in der Zehlendorfer Waldsiedlung. Der aus dem Baltikum stammende konservative evangelische Christ verweigerte sich dem Nationalsozialismus und ging in die „innere Emigration".

Vielen Gläubigen gaben seine Werke – darunter zahlreiche Erzählungen – innere Kraft und Zuversicht. Religiöse Kreise verbreiteten seine Gedichte als Ausdruck antinazistischen, christlichen Gedankenguts.

Das NS-Regime entfernte ihn aus der „Reichsschrifttumskammer", da er „nicht geeignet [sei], durch schriftstellerische Veröffentlichungen am Aufbau der deutschen Kultur mitzuarbeiten".

Daraufhin gab er sein Haus in Berlin auf und zog nach Bayern.

Jochen Klepper

Nikolassee, Teutonenstraße 23

Jochen Klepper, Schriftsteller und Theologe, geriet durch die Liebe zu seiner Familie unter die Opfer der Judenverfolgung.

Zunächst hatte er mit seiner Frau und zwei angeheirateten Töchtern in Südende gewohnt. Zwei erfolgreiche Romane ermöglichten ihm im Mai 1939 den Umzug ins vornehme Nikolassee. Besonders sein Werk „Der Vater" (1937) gilt als Ausdruck „stillen", aber eindeutigen Protestes gegen die NS-Diktatur. Am Beispiel des preußischen Herrschers Friedrich Wilhelm I. – des sogenannten Soldatenkönigs – zeichnet der Autor sein ideales Gegenbild zum Nationalsozialismus. Dies erblickte er im „alten Preußen" und den dort propagierten Tugenden wie Pflichterfüllung, Sparsamkeit und Gehorsam vor Gott. Drei Wochen nach dem Erscheinen des Buches wurde der Schriftsteller aus der „Reichsschrifttumskammer" ausgeschlossen.

Klepper hatte Kontakte zum oppositionellen Kreis von Theologen und christlichen Schriftstellern wie Reinhold Schneider und Rudolf Alexander Schröder. Doch zu den „radikalen" Kräften des Kirchenkampfes, etwa zu dem Bekenntnispfarrer Gollwitzer in Dahlem, hielt er bewußt Distanz. (Innerhalb der Gemeinde stützte sich Klepper besonders auf den Hilfsprediger Oskar Lilge.) Er beklagte allgemein, daß die Kirche nicht entschieden genug gegen die Verfolgung der Juden auftrete.

Sein Tagebuch („Unter dem Schatten deiner Flügel") offenbart auch einen zunehmend national eingestellten konservativen Christen. 1940 erhielt er die Einberufung zur Wehrmacht. Nach einem Jahr erklärte man ihn wegen seiner jüdischen Frau für ‚wehrunwürdig'. Seine älteste Stieftochter hatte sich noch rechtzeitig aus Deutschland gerettet. Um ihre Schwester zog sich die Schlinge der SS immer enger. Nachdem sie die Aufforderung zum Transport ins Lager erhalten hatte, schied Jochen Klepper in der Nacht vom 10. auf den 11. Dezember 1942 mit ihr und seiner Frau aus dem Leben.

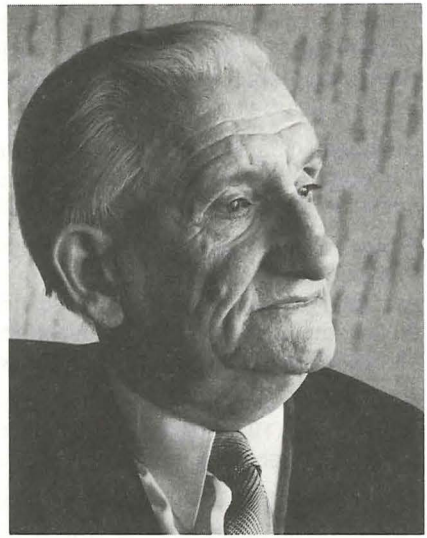
Katholiken und Quäker

Emil Dovifat

Zehlendorf, Charlottenburger Straße 2

Professor Emil Dovifat (1890–1969), ein international anerkannter Publizist, zählte zu den herausragendsten Vertretern der katholischen Laienbewegung.

Durch den Studentenseelsorger Carl Sonnenschein stark vom Gedanken der christlichen Soziallehre geprägt, war Dovifat schon in den 20er Jahren einer der engagiertesten Mitarbeiter der katholischen Kirche in Berlin. Zeitweilig wirkte er als Chefredakteur der in Berlin herausgegebenen Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften „Der Deutsche".



Emil Dovifat

1928 wurde der Zeitungswissenschaftler an den Lehrstuhl der Friedrich-Wilhelm-Universität berufen.

An der Seite Erich Klauseners, des Leiters der „Katholischen Aktion" (Berlin), begann 1933 auch für Dovifat und die katholische Laienbewegung eine Zeit schwerer Belastungen.

Es ist als eine demonstrative Verteidigung der eigenen Welt anzusehen, daß beim „Märkischen Katholikentag" (24. Juni 1934) etwa 50 000 Christen im Berliner Hoppegarten zusammenkamen. Der Hauptredner Dr. Klausener erhielt für seinen Beitrag „den brausenden Jubel der Gläubigen".

Das Schlußwort sprach Dovifat. Mit dem christlichen Kampfruf „Alles für Deutschland, Deutschland für Christus!" beendete er seine Rede.

Nach diesem Katholikentag durfte Dovifat zunächst nicht mehr an der Universität lehren. Dr. Klausener wurde wenige Tage darauf ermordet (siehe Seite 98).

Obwohl der Zeitungswissenschaftler Dovifat nach einiger Zeit wieder an die Universität zurückkehren konnte, bekam er häufiger Schwierigkeiten wegen seines Eintretens für die religiöse Freiheit. In seinen Vorlesungen versuchte er, die Balance zwischen Anpassung und offener Kritik zu halten. Sein Bemühen, ‚zwischen den Zeilen zu sprechen', wurde von Hörern seiner überfüllten Vorlesungen wohl verstanden, nach dem Ende der Diktatur brachte es ihm aber wiederholt Kritik ein.

(Nach 1945: Gründungsmitglied der CDU, Professor für Publizistik an der FU)

Romano Guardini

Zehlendorf, Chamberlainstraße 50 (heute: Niklasstraße)

Der Priester und Hochschullehrer Romano Guardini (1885–1968) war ein bedeutender katholischer Theologe und Religionsphilosoph. In Italien geboren, war der Seelsorger neben seiner wissenschaftlichen Lehrtätigkeit auch ein Praktiker in der Erziehungsarbeit.

So spielte Guardini sowohl in der katholischen Jugendbewegung als auch in der Schlachtenseer Gemeinde „Zwölf Apostel" eine führende Rolle. Man sah ihn regelmäßig sonntags in der Kapelle (Altvaterstraße) die Kindermessen halten.

Professor Guardini hat zahlreiche Werke über Persönlichkeiten der Dichtung und Philosophie verfaßt und Grundfragen christlichen Glaubens erörtert. Mehrere seiner Schriften erschienen in den „Schildgenossen". Ursprünglich ein Organ der katholischen Jugendbewegung, wandelte es sich zu einer Zeitschrift des geistigen katholischen Deutschlands. Guardini wirkte als ihr Mitherausgeber.

1941 verbot das NS-Regime diese unabhängige katholische Stimme. Bereits zwei Jahre zuvor (1939) hatte Guardini seinen Berliner Lehrstuhl verloren. Aus politischen Gründen hatte man ihm den Lehrauftrag entzogen.

Er war offensichtlich für die Diktatur untragbar geworden, weil er das humanistische und christliche Erbe europäischen Denkens hervorhob und in der Universität nur dann einen Sinn sah, wenn nach der Wahrheit um ihrer selbst willen gefragt wurde.

Später hob Romano Guardini hervor:

„Der ganze Instinkt des Nationalsozialismus ging darauf, das Europäische zu vernichten. Was zwischen dem germanischen Altertum und dem Jahr 1933 lag, wollte er auslöschen, damit er eine gestaltlose Masse in die Hände bekäme, mit der er nach Gutdünken schalten könnte, daher der tödiche Haß gegen Christus und alles, was von ihm kommt."

Als sein Schlachtenseer Haus 1943 von Bomben zerstört wurde, verließ Romano Guardini Berlin und zog in den ländlichen Bereich des schwäbischen Allgäus.

(1952 erhielt er den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels.)

Herbert Simoleit

Steglitz, Rosenkranzpfarrei

Das „Bistum Berlin" ging weit über die Stadt hinaus bis nach Breslau. Während der NS-Herrschaft wurden in diesem Bereich 27 Geistliche verhaftet und zu Freiheitsstrafen verurteilt. Es gab auch Tote zu beklagen, unter ihnen ein gebürtiger Steglitzer.

Herbert Simoleit (1908–1944) gehörte einst zur Rosenkranzpfarrei. Als Jugendlicher war er hier aktiv, bevor er ein theologisches Studium begann. Als man ihn festnahm, war er längst als Kaplan in Stettin tätig. 1944 wurde er in Halle hingerichtet. Einer der Richter hatte Simoleit und anderen bestätigt, sie seien keine Verbrecher, es werde gegen sie verhandelt, „weil ihre Tragik darin besteht, daß sie katholische Priester sind."

Karl Heinz Sauer

Lichterfelde, „Zur Heiligen Familie"

In der von Pastor Melchior Grossek geführten Pfarrchronik mußten ab 1938 zunehmend negative Eindrücke festgehalten werden. Es mehrten sich sorgenvolle Berichte über die Behinderung des katholischen Presse- und Schulwesens sowie der karitativen Sammeltätigkeit. (Ähnliches berichtet ein Zeitzeuge von der Steglitzer Rosenkranzgemeinde. Dort waren illegal gedruckte katholische Schriften gelagert. Durch einen Tip aus den Reihen der Verfolgungsbehörden war es möglich, die Unterlagen vor der Durchsuchung beiseite zu schaffen.)

Nach Ausbruch des Krieges wurde allen Pfarreien verboten, Lesestoff für Gemeindemitglieder ins Feld zu schicken. Im Januar 1942 beklagte die Gemeinde die Verhaftung ihres Kaplans Karl Heinz Sauer, der wegen angeblicher „Beihilfe zur Fahnenflucht" drei Jahre Zuchthaus erhielt und erst am 26. April 1945 freikam.

Johannes Pinsk

Lankwitz, Mater-Dolorosa-Kirche (1943 zerstört, 1950 neu errichtet)

Von 1939 bis 1954 wirkte Dr. Pinsk (1891–1957) als Priester an dieser Kirche.

Zuvor hatte er sich als Studentenseelsorger betätigt. Zusammen mit dem Philosophen Guardini baute Dr. Pinsk die St. Benedikt-Kapelle (Schlüterstraße 72) zu einem geistigen Zentrum für katholische Studenten-Kreise aus. Auch als Geistlicher in Lankwitz ging es ihm darum, daß die den Machthabern verhaßte Kirche ihre „Unvergänglichkeit" bewahrte. Gerade gegenüber der NS-„Volksgemeinschaft", die den Menschen total erfassen wollte, hob er die besondere Rolle der Kirche hervor. Seiner Meinung nach zielte sie auf Vollendung auch des einzelnen.

Neben seiner engagierten seelsorgerischen Tätigkeit half der Priester auch auf sehr praktische Weise in Not geratenen Menschen. Verfolgten Juden verschaffte er Verstecke und rettete damit ihr Leben.

(Nach 1945: Vorkämpfer der Ökumene (= Einheit der Christen) in Berlin und Honorarprofessor für katholische Theologie.)

Adolf Mueller

Dahlem

Leider ist wenig bekannt über das Schicksal eines katholischen „Blutzeugen", der in Dahlem gewohnt haben soll. Die im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz entstandene Zusammenstellung „Priester unter Hitlers Terror" erwähnt ihn.
Adolf Mueller (1880–1942), Doktor der Theologie, war im Zuchthaus Gollnow inhaftiert worden. Von dort verschleppte man ihn ins Konzentrationslager Dachau. Seine Einlieferung war am 15. Mai 1942. Schon bald darauf, am 17. Juni 1942, kam er im KZ ums Leben.

Ein Brief aus dem KZ

Lichterfelde, Willdenowstraße 2a – Wilhelm Leisner

Am 30. Dezember 1944 sandte der im KZ Dachau inhaftierte, schwerkranke Katholik Karl Leisner – über die Adresse seines Bruders – einen Brief an seinen Münsteraner Bischof Graf von Galen.

Darin berichtet er, am 17. Dezember 1944 im KZ die heilige Priesterweihe empfangen zu haben:

„Nach über fünf Wartejahren eine selige Gnadenstunde der Erfüllung. Aus ganzem Herzen danke ich nächst Gott Ihnen, daß Sie mir durch Ihr Jawort dies ermöglichten. Bischof Gabriel von Clermont weihte mich ..."

Nur wenige Monate nach der Befreiung, am 12. August 1945, verstarb Karl Leisner.

Margarete Sommer

Steglitz, Kniephofstraße 60

Dr. Margarete Sommer (1893–1965) stand an der Spitze der Berliner Hilfsorganisation für verfolgte Katholiken jüdischer Herkunft.

Nach dem Studium der Philosophie und Volkswirtschaft war sie zunächst als Dozentin an Wohlfahrtsschulen tätig, zuletzt im Pestalozzi-Fröbel-Haus. Weil sie die Anpassung an den Nationalsozialismus ablehnte und an ihrem Glauben festhielt, entfernte der Staat sie 1934 aus dem Kollegium.

Am 1. Juni 1935 begann sie als Mitarbeiterin des Bischöflichen Ordinariats, das damals im Bezirk Mitte, Behrenstraße 66, lag. Zunächst betätigte sie sich in der Siedlungs- und später in der Frauenseelsorge.

1939 übernahm sie dann jene Aufgabe, die ihr hohes Ansehen begründete.

Arbeit im „Hilfswerk"

1935 wurde das „Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat" für rasseverfolgte Katholiken vom Berliner Bischof Graf v. Preysing eingerichtet. Die praktische Arbeit lag in den Händen von Dompropst Lichtenberg und (besonders nach dessen Verhaftung im Sommer 1941) von Frau Dr. Sommer. Als sie ihre Tätigkeit 1939 begann, bestanden noch Möglichkeiten, Juden aus Deutschland hinauszubringen.

Auf regelmäßigen Zusammenkünften trafen sich Vertreter der in Berlin wirkenden Hilfsorganisationen; neben der der katholischen Kirche nahmen daran teil:
– das Büro Grüber – für evangelische Rassenverfolgte
– die „Reichsvereinigung der Juden"
– die Quäker, die jenen Beistand gaben, die nicht konfessionell gebunden waren.

Auf ihren Treffen – einem Beispiel praktizierter Ökumene – informierten sie sich gegenseitig darüber, welche Länder noch jüdische Emigranten aufnehmen würden. Leider war die Zurückhaltung im Ausland zu groß. Die Kriegsausweitung und die Vernichtungspläne der NS-Führung haben spätestens 1941 diese Form der Hilfe beendet. Die Deportationen in das „Altersghetto" Theresienstadt und schließlich in die Lager im Osten begannen.

Als im Sommer 1941 Dompropst Lichtenberg wegen seines öffentlichen Eintretens für politisch und „rassisch" Verfolgte eingesperrt wurde, übernahm der Berliner Bischof Preysing die Verantwortung für die katholische Hilfsstelle, um andere Domkapitulare vor der Verschleppung zu schützen. Frau Dr. Sommer erhielt nunmehr unmittelbaren Zutritt zum Bischof. Außer diesen beiden Persönlichkeiten wußte kaum jemand im Amtssitz über das „Hilfsbüro" Bescheid. Es bestand aus sechs hauptamtlichen und zehn ehrenamtlichen Kräften. Sie waren alle katholischen Glaubens, galten aber wegen ihrer Abstammung als „Juden". Ihnen drohte das gleiche Schicksal wie jenen, denen sie Hilfe leisteten. Es sei an Lieselotte Neumark erinnert: Die Seelsorgerin und Fürsorgerin starb 1943 im KZ Auschwitz.

Aus einem Bericht von Frau Dr. Sommer für den Berliner Bischof (durch Kurier nach Rom weitergeleitet). Juli/August 1942:

„Seit dem 7. Juli gehen in jeder Woche 5 Transporte zu je 100 Menschen ab. Nur Samstag und Sonntag finden keine Abwanderungen* statt. Es handelt sich um sogenannte interne und externe Alterstransporte, d. h. es werden sowohl die Alten aus den Heimen und Pensionen wie auch aus eigenen Wohnungen und möblierten Zimmern abtransportiert. Auch völlig Sieche und Kranke sollen, teilweise sogar auf Bahren, in Möbelwagen verladen und dann in die Sammelstellen getragen worden sein."

* Das Wort ‚Evakuierung' durfte nicht mehr gebraucht werden, d. Verf.

Beistand in der Not

Das „Hilfswerk" unterstützte viele „nichtarische" Katholiken und Juden, die in äußerster materieller Not waren, auch durch monatliche Zuschüsse. Daneben stand die seelsorgerische Betreuung der in großer Angst lebenden Menschen. Sobald das Büro Dr. Sommer erfuhr, daß katholische Juden ins Ghetto verschleppt werden sollten, suchte ein Priester die Betroffenen auf. Nach und nach wußten nicht nur die Mitarbeiter des Hilfswerks, sondern auch die Opfer, daß die Transporte in den Tod führten.

Immer war die tägliche Arbeit ein aufopfernder Kampf um Einzelschicksale. Nur eine kleine Minderheit konnte man der Todesmaschinerie entreißen. Man versuchte, Verstecke für Verfolgte ausfindig zu machen, Kinder in Häusern katholischer Schwestern unterzubringen, Hungernde zu ernähren und Verzweifelten Trost zu geben (Seite 131).

Die Zehlendorferin Elisabeth Eberhardt, damals Frau Küstermeier, war von 1943–1945 engste Mitarbeiterin von Frau Dr. Sommer.

Sie berichtet:

„Frau Dr. Sommer war eine sehr eindrucksvolle Frau. Ihre etwas preußische Art – das ‚Sich-am-Riemen-Reißen' – war wohl für die damaligen Verhältnisse die richtige Einstellung, denn die Hilfsstelle arbeitete unter äußerster Belastung.

Auch der Berliner Bischof v. Preysing war ein wunderbarer Mensch – ‚ohne Furcht und Tadel'. Leider waren nur wenige Bischöfe so."

Die Hilfsstelle kümmerte sich auch um politische Häftlinge. So suchte Frau Eberhardt (im Auftrage Preysings) das KZ Ravensbrück auf. Dort war die Freiburgerin Gertrud Luckner eingesperrt. Die „nichtarische" Katholikin hatte sehr vielen Juden den Weg in die Illegalität ermöglicht.

Elisabeth Eberhardt erinnert sich an einen weiteren Inhaftierten:

„Pfarrer Dr. Wachsmann aus Greifswald wurde der Prozeß vor dem Volksgerichtshof gemacht. Es ging darauf zurück, daß Theologiestudenten, die ins Feld gingen, offen im Pfarramt Kritik geübt hatten. Bei der Gerichtsverhandlung habe ich alles mitangehört, was Spitzel berichteten. Freisler sprach ein Todesurteil.

Pfarrer Wachsmann übermittelte einen Gruß an den Bischof und schrieb auch noch einen Brief an ihn. Zwei Sätze blieben mir in Erinnerung:

‚Ich habe die Kirche geliebt wie meine Schwester' und ‚Ich gehe jetzt zum Vater der großen Lichter'."

Die Folgen des Luftkrieges erschwerten die Arbeit der Hilfsstelle immer mehr. Nach der Ausbombung des Bischöflichen Ordinariats kam sie für kurze Zeit in die Dompropstei. Schließlich erhielten sie Büroräume bei den Herz-Jesu-Schwestern (Schönhauser Allee).

Neben ihren vielen Aufgaben und Tätigkeiten besuchte Frau Dr. Sommer während all dieser Jahre abends häufig die Pfarreien, um Vorträge vor Frauen zu halten. Diese energische und zupackende Frau verlangte sich bis zuletzt ein hohes Maß an Disziplin und Konzentration ab.

(Nach 1945: Bis zur Pensionierung (1960) wirkte sie aktiv in der katholischen Frauenseelsorge.)

Quäker im Widerstand

Olga und Gerhard Halle

Lichterfelde, Marthastraße 5

Gerhard Halle und seine Frau Olga (eine geborene Lilienthal) gehörten der religiösen Gemeinschaft der Quäker an. Diese international verbreitete Glaubensgruppe zeichnet sich durch absolute Gewaltlosigkeit und große humanitäre Hilfsbereitschaft aus. Es gibt für sie keine Menschen zweiter Klasse, da sie in jedem Wesen etwas von Gott anerkennt.

Eine Zeit besonderer Bewährung kam, als 1933 in Deutschland ein System errichtet wurde, das Andersdenkende sowie politische und religiöse Minderheiten mit Gewalt verfolgte. In Berlin betätigte sich eine sehr kleine, aber ungemein aktive Gruppe der „Freunde" – wie sich die Quäker selbst nannten. Es waren rund 50 Personen, die sich auf vielfältige Weise bemühten, Bedrohten und Verfolgten beizustehen, indem sie sich zum Beispiel mit Gefährdeten trafen, etwa Sozialisten oder „Nicht-Ariern".

Olga Halle (1893–1983)

Frau Olga Halle war im „Internationalen Sekretariat" der Quäker (nahe dem Bhf. Friedrichstraße) in der Hilfe für politisch und rassisch Verfolgte tätig. Sie wurde wegen dieser Arbeit seit 1937 mehrmals von der Gestapo verhört. Manchmal gelang es auch, in Verhandlungen mit der Gestapo KZ-Häftlinge freizubekommen (z. B. Ernst Reuter), oder wenn Auswanderungspapiere vorlagen.

Als angesichts zunehmender Judenverfolgung die Kirchen für ihre „nichtarischen" Mitglieder Hilfsbüros einrichteten (Seite 31 u. 123), sahen die „Freunde" ihre Aufgabe in der Hilfe für die nichtkonfessionell gebundenen Juden bzw. Dissidenten. Das Internationale Sekretariat konnte mehr als 1 000 Menschen die Auswanderung ermöglichen, in anderen Fällen arbeitete es eng mit den anderen Hilfsstellen zusammen.

Nach Kriegsausbruch lag die Leitung der Hilfsarbeit bei den deutschen Quäkern, insbesondere bei Frau Halle. In dieser Phase, in der Hilfe kaum noch möglich war,

spielten sich im Quäkerbüro schreckliche Szenen ab, und Frau Halle konnte nur noch zwei jüdische Menschen retten.

Während des Krieges wurden im Quäkerbüro vor allem Paketsendungen für Lager und Ghettos sowie eine Hilfsaktion für Kriegsgefangenenlager organisiert. Einzelne Quäker, z. B. Heinz Hagen (siehe Seite 190), versteckten Juden.

Gerhard Halle (1893–1966)

Gerhard Halle bewies persönlichen Mut und Zivilcourage durch offenen Protest im Alltag. Er nahm dadurch die Bürde fast völliger Isolierung (ja Verzweiflung) auf sich und gefährdete mehrmals das eigene Leben.

Schon 1933 entließ man den überzeugten Pazifisten – und Mitglied des „Internationalen Versöhnungsbundes" – aus seinem Dienstverhältnis als Rechnungsbeamter einer Berufsgenossenschaft. Seine Ablehnung der Gewaltherrschaft und des Antisemitismus stellte er trotzdem wiederholt unter Beweis, auch als das Regime schon längst gefestigt war:

Familie Halle

- Mit seiner Familie verkehrte er demonstrativ mit Juden.
- Zur Zeit der antijüdischen „Kristallnacht", als beim Lichterfelder Textilgeschäft Kirschbaum ein nazistisches Schmutzplakat hing, riß Gerhard Halle es demonstrativ herunter, worauf er sofort verhaftet wurde. Das Gestapoverhör endete mit einer Verwarnung und dem Hinweis, daß er es nur der Fürsprache seines Vaters (eines früheren Reichsministers) verdanke, wenn man ihn nicht ins KZ stecke.
- 1940 war in einer Sondersitzung der Berliner Quäker der Protestbrief des evangelischen Bischofs Wurm an Hitler wegen der Vergasung unheilbar Kranker verlesen worden, woraufhin Gerhard Halle mit Brief vom 9.9.1940 an den für seinen Wohnbezirk zuständigen Leiter der NSDAP die sofortige Einstellung dieser Aktion forderte.
- Unter ausdrücklichem Bekenntnis zum Pazifismus verweigerte er den Wehrdienst.

Allein die Wehrdienstverweigerung hätte ihm KZ-Haft und sogar die Todesstrafe einbringen können. Daß es nicht dazu kam, dafür mag es mehrere Gründe geben:

- Die Familie seiner Frau (Lilienthal) war in Lichterfelde sehr angesehen. Gustav Lilienthal [1849–1933] war Erbauer vieler Lichterfelder Villen, und zu Ehren seines Bruders Otto gründete Göring 1936 die „Lilienthal-Gesellschaft".

- Quäker waren für absolute Gewaltlosigkeit bekannt. Gerhard Halles Prinzip der Aufrichtigkeit und Hilfsbereitschaft (auch gegenüber Nationalsozialisten) waren allgemein geachtet.
- Bei der Begründung der Wehrdienstverweigerung geriet G. Halle nicht an die SA oder die politische Polizei, sondern an Militärs. Der im 1. Weltkrieg besonders ausgezeichnete Offizier Halle stand für sie außerhalb des Verdachts, aus Feigheit zu handeln. Vielleicht ging es gegen ihr Ehrgefühl, an der Vernichtung dieses „Gesinnungstäters" mitzuwirken.

Katharina Provinzki

Die Sozialpädagogin leitete einen Kindergarten des Pestalozzi-Fröbel-Hauses. (Einrichtungen dieses Instituts galten dem Regime als pädagogisch einwandfrei, aber politisch unzuverlässig.) Neben ihrer beruflichen Tätigkeit betreute Frau Provinzki 1938–1942 die Jugendgruppe der Berliner Quäker. Mit Ausnahme eines Kindes stammten darin alle von politisch und rassisch verfolgten Eltern ab.

Eines Tages erhielt sie eine Vorladung zum Gauhauptpersonalamt. Gestützt auf Aussagen des Lichterfelder Blockwartes, hielt man ihr vor: „Sie sind befreundet mit ‚Staatsfeinden'! Wenn Sie dort nicht ausziehen, werden Sie Ihre Stellung verlieren."

Doch sie lehnte es ab, aus dem Haus der befreundeten Quäkerfamilie Halle auszuziehen. Glücklicherweise war dem Denunzianten jene Arbeit entgangen, die Frau Provinzki bei der Quäkerjugend leistete.

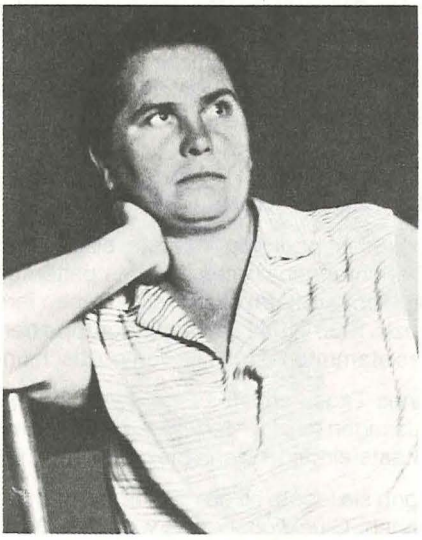
Frauen in der Illegalität

Else Nieviera

Zehlendorf, Waldhüterpfad 23

Neben ihrer politischen Tätigkeit als SPD-Stadtverordnete von Gera (Thüringen) wirkte Else Nieviera als hauptamtliche Frauen- und Jugendsekretärin des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Berlin. Nach dem Verbot der Freien Gewerkschaften verdingte sie sich als Löterin in einem Berliner Rundfunkbetrieb.

Über viele Jahre war sie mit ehemaligen Gewerkschaftskollegen – und mit finanzieller Hilfe der Quäker – daran beteiligt, jenen Familien beizustehen, die aufgrund des politischen Terrors die Existenzgrundlage verloren hatten.



Else Nieviera

Über eine Deckadresse in Prag holten Else Nieviera und ihre Freunde die Hilfsbeträge ab. Nach der Besetzung der CSR durch deutsche Truppen kam die SS auf die Spur (auch) dieser Gruppe. Ihre Mitglieder wurden verhaftet. Else Nieviera mußte in Dresden zweieinhalb Jahre Gefängnis verbüßen.

Nach der Entlassung bekam sie in Berlin wieder Kontakt zu einem illegalen Kreis. Auf ihrer Arbeitsstelle, einem nahe Teltow gelegenen Rüstungsbetrieb, bemühte sich die alte Gewerkschaftlerin, auch die Interessen russischer Zwangsarbeiter gegenüber der Betriebsleitung zu vertreten.

Bei einem Bombenangriff auf den Betrieb verlor sie am 24. Mai 1944 ihr Leben.

Lilo Herrmann

Steglitz, Jeverstraße 20

Lilo Herrmann stammte aus einer sehr sozial eingestellten bürgerlichen Familie. Ihr Vater, ein erfolgreicher Konstrukteur, war, obwohl in keiner Weise politisch engagiert, antinazistisch eingestellt.

1929 bestand Lilo Herrmann in Steglitz das Abitur. Danach begann sie wie ihr Bruder, der Ingenieur wurde, ein Studium (Chemie und Biologie). An den Universitäten in Berlin und Stuttgart bekam sie Kontakt zu kommunistischen Studenten und wurde Mitglied des Jugendverbandes der KPD, für den sie auch in Steglitz arbeitete.

Im Frühjahr 1933 wies man sie – wegen eines öffentlichen Protestes gegen die NS-Umtriebe – von der Berliner Universität. Sie nahm Verbindungen zu oppositionellen Studenten auf und beteiligte sich an deren antifaschistischer Flugblattpropaganda.

Nach der Geburt ihres Sohnes übersiedelte sie 1934 nach Stuttgart. Dort hatte sich auch ihr Vater als selbständiger Konstrukteur niedergelassen.

Im Auftrag der illegalen KPD Württembergs sammelte Lilo Herrmann Material über Betriebe. Einem in der Schweiz weilenden Instrukteur des Zentralkomitees der KPD übermittelte sie Dokumente, die die heimlichen Aufrüstungspläne in süddeutschen Flugzeugwerken offenbarten.

Anfang Dezember 1935 erfolgte ihre Verhaftung. Sie sah ihren damals zweijährigen Sohn nie wieder. Im Juni 1937 wurde sie mit ihren Kampfgefährten zum Tode verurteilt. Trotz internationalen Protestes richtete man sie am 20. Juni 1938 in Plötzensee hin. Den kleinen Sohn nahm die Familie des Bruders zu sich. Er wuchs mit deren fast gleichaltrigen Kindern in Lichterfelde auf.

Lilo Herrmann war die erste in NS-Deutschland aus politischen Gründen hingerichtete Frau.

Senta Maria Klatt

Steglitz

Senta Maria Klatt wurde 1905 in Steglitz geboren. Ihr konservativer Vater war Professor im hiesigen Schuldienst. Ihr Bruder Dr. Werner Klatt wirkte aktiv im sozialistischen Widerstand, bis er wegen drohender Verhaftung emigrieren mußte.

Frau Klatt leitete in Moabit (Stephanstraße) einen kirchlichen Kindergarten. 1934 entließ sie das Provinzialschulkollegium, weil sie keine „Arierin" war. Schon in Moabit bei Pfarrer Hitzigrath (siehe Seite 24) zählte sie zur Bekennenden Kirche.

Dort fand sie nun eine neue Aufgabe, nachdem sie sich im Eigenstudium Schreibmaschinenschreiben und Stenographie beigebracht hatte. Überwiegend für Otto Dibelius und Präses Scharf tätig, wirkte sie als Sekretärin des Brandenburger Bruderrates. In dessen Auftrag schrieb sie zahllose Rundschreiben und Reden und unternahm gefahrvolle Botengänge. Die verschiedenen Büros der Brandenburger hatten in ihr eine der aktivsten und selbstlosesten Mitarbeiterinnen (siehe Seite 29).

Zwischen 1933 und 1945 mußte sie 42mal zum Verhör zur Staatspolizei und wurde dort als „Jüd'sche" verhöhnt. Manchmal war sie „nur" für Stunden festgenommen, aber „man wußte ja nie, was folgte" (Klatt). Die längste Haft war ein 19tägiges Gewahrsam am Alexanderplatz (Polizeigefängnis).

Gegen Kriegsende geriet sie in eine ganz besonders bedrohliche Situation bei der Staatspolizei. Frau Klatt: „Schon der Vernehmungsbeamte der Staatspolizei sah furchteinflößend aus: gebogenes Kinn, Sattelnase, stechende Augen". Zwischen zwei Verhören saß sie im Flur auf einer Bank ohne Rückenlehne. Vor Hunger und Durst schwindelig geworden, ging sie zum Wasserbecken und trank aus den Händen. Sie wurde ohnmächtig und fiel mit dem Kinn auf das Becken. Dieser Unfall wurde ihre Rettung – heute sagt sie: eine Fügung Gottes!

Senta Maria Klatt

„Als ich erwachte, lag ich auf dem Boden. Ich fühlte mit der Hand das Gesicht ab, bemerkte die Platzwunde am Kinn, sah das Blut in der Hand. Geistesgegenwärtig drückte ich die Wunde immer wieder auf und schmierte mir das Gesicht voller Blut Dies alles geschah unter großem Gestöhne. Dann schleppte ich mich zurück zur Bank."

Wieder im Verhörzimmer, zeigte ihr der Vernehmungsbeamte den bereits ausgestellten Haftbefehl für das KZ Ravensbrück. Doch (offenbar) angesichts ihres Zustandes zerriß er ihn. Unter unflätigen Beschimpfungen wurde sie entlassen, mußte sich aber wöchentlich bei der Polizei melden. Als 1945 endlich die Befreiung kam, hatte sie, wie viele Berliner Frauen, unter Gewalt und Willkür sowjetischer Soldaten zu leiden.

(Nach dem Krieg: Sekretärin der Berliner Bischöfe Dibelius und Scharf.)

Die ‚beiden Mariannen'

Lichterfelde, Marienstraße 15

Zwei engagierte Katholikinnen, die Juristin Dr. Marianne Pünder (1898–1980) und ihre Freundin, die Fürsorgerin Marianne Hapig (1894–1973), standen vielen verfolgten Menschen bei und leisteten Inhaftierten tätige Hilfe.

1935 wurde die katholische Kirche Deutschlands von einer Welle von Devisenprozessen erfaßt. Die NS-Justiz verfolgte bekannte und unbekannte Amtsträger und führte peinliche Ermittlungen gegen Mitglieder kirchlicher Anstalten wie Klöster

und anderer Einrichtungen durch. Die staatliche Propaganda begleitete dies mit einer Kampagne, in der versucht wurde, ein Bild der Habgier und Verlogenheit zu zeichnen, um damit Christen katholischen Glaubens zu diffamieren und zu beleidigen.

Die „beiden Mariannen" besuchten zahlreiche Gerichtsverhandlungen gegen Priester und Ordensleute, um sich ein Bild von der Rechtslage machen zu können. Angeklagten übermittelten sie Grüße und bemühten sich um einen geeigneten juristischen Beistand.

Nach Kriegsausbruch lag ihnen die schwere Not der erbarmungslos verfolgten jüdischen Minderheit ganz besonders am Herzen. Neben der Versorgung mit Lebensmitteln und warmer Kleidung für vom Abtransport Bedrohte half man auch Untergetauchten. In ihrem Büro im Hedwigskrankenhaus (Große Hamburger Straße) führte Marianne Hapig eine kleine Kartei illegal lebender Jüdinnen, denen sie wechselnde Quartiere und Nahrungsmittel beschaffen konnte (zehn bis zwanzig Helfer waren dafür jeweils notwendig).

In den letzten Monaten des NS-Regimes widmeten sich beide Frauen intensiv der Hilfe für Inhaftierte, die an der Verschwörung vom 20. Juli 1944 beteiligt waren. Sie brachten ihnen Lebensmittel, frische Wäsche, versteckte Nachrichten und geistliche Literatur. Für die meisten Eingesperrten war dies die einzige humane Verständigung mit der Außenwelt!

Besonders Pater Delp – ein Mitglied des Kreisauer Kreises (Seite 137ff.) – wurde von diesen beiden Katholikinnen in der Haft (Lehrter Straße 3) betreut. Die Blutspuren auf der Rückseite eines Hemdes von ihm offenbarten das Martyrium dieses Geistlichen.

Darüber hinaus hielten sie engen Kontakt zum katholischen Anstaltspfarrer von Tegel, Peter Buchholz, und besorgten mehreren Frauen der in Berlin Inhaftierten Quartiere; meistens in Klöstern und Ordenshäusern. Anna Hermes (siehe Seite 95ff.) nannte M. Hapigs Büro „eine heimliche Beratungsstelle für die Angehörigen der Verschwörer des 20. Juli".

In der Adventszeit 1944 gelang es Pater Delp (trotz gefesselter Hände), Gedanken und Überlegungen aufzuzeichnen. Marianne Hapig schmuggelte diese Dokumente – später unter dem Titel „Im Angesicht des Todes" gedruckt – unter großer persönlicher Gefahr aus der Haftanstalt.

(Nach dem Krieg schuf Marianne Hapig viele Kontakte zwischen den katholischen Fürsorgerinnen in West und Ost. Frau Dr. Pünder wirkte als Direktorin der „Helene-Weber-Akademie".)

Jugend gegen Zwang und Drill

Rote Kämpfer

Steglitz, Humboldtstraße 11 – Treffpunkt (bei Karl Korn)

Die „Roten Kämpfer" bildeten bereits vor 1933 eine kleine linkssozialistische Strömung der deutschen Arbeiterbewegung. Aus der Sicht dieser Gruppe waren SPD und Gewerkschaften längst verbürgerlicht. Die KPD wurde als zu dogmatisch und autoritär abgelehnt. Man mißtraute *jeder* Form von ‚Obrigkeit'.

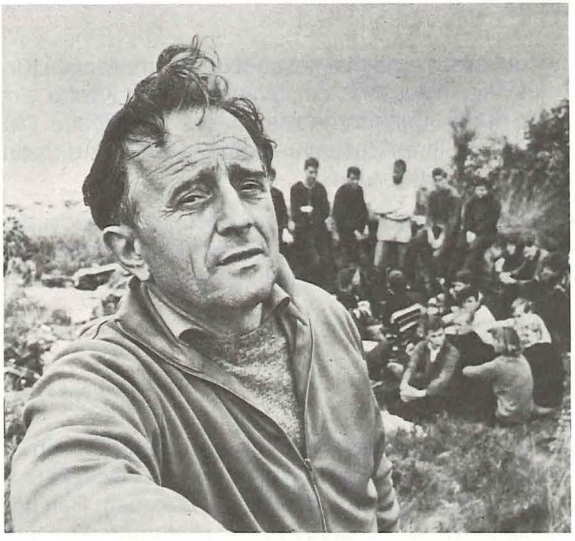
Zwar stritten die „Roten Kämpfer" für ein einheitliches Vorgehen der Arbeiterparteien, beurteilten die Chancen, den Faschismus zu stoppen, aber als gering. Sie begannen deshalb schon 1931, sich auf die Illegalität vorzubereiten, indem sie sich z. B. in abgeschlossenen Fünfergruppen organisierten. Bei der Werbung für ihre Ideen konzentrierten sie sich besonders auf die noch ‚unverbrauchte' sozialistische Jugend.

Einer der herausragendsten Köpfe der „Roten Kämpfer" war der Schriftsteller Dr. Karl Schröder. Viele Jugendliche wurden durch seine Vorträge beeindruckt und geprägt. Bis 1933 wohnte er in Steglitz. Unter seinem Einfluß gründeten in der dortigen SPD-Abteilung Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) einen besonderen Kreis. Zusammen mit der kommunistischen Jugend bildeten sie eine „Antifa". Es war aber keine Angriffsgruppe, sondern ein reines Schutzbündnis, zum Beispiel damit die jungen Leute von ihren Treffen im Jugendheim sicher über die Albrechtstraße kamen.

Die Vorbereitungen auf die Illegalität wurden zunächst noch von den Älteren getroffen. Durch deren Vermittlung kamen die Jugendlichen auch zu ihrem Treffpunkt beim Schriftsteller Karl Korn. Die ersten Aktionen der Gruppe bestanden darin, 1933 Unterlagen und Bücher in Sicherheit zu bringen. Für die Jugendlichen war es wichtig, die von der Diktatur unterdrückten, sozialistischen Ideen zu verbreiten sowie frei und offen zu diskutieren. Zum politischen Gedankenaustausch kam ein enger freundschaftlicher Kontakt. Er drückte sich auch in gemeinsamen Fahrten aus.

Margarete Becker, Leiterin der Steglitzer Gruppe, berichtet:

„So wie wir unternahmen auch andere sozialistische oder bündische Jugendgruppen Fahrten in die freie Natur. Gemeinsam sang man (verbotene) Lieder der Jugendbewegung. Als wichtige Stätte ist mir die Jugendherberge „Dubrow-Berg" bei Königs-Wusterhausen in Erinnerung. Im Sommer 1936 kamen dort über 500 junge Menschen zur Sonnenwendfeier zusammen.
Auf der Hin- und Rückfahrt zur Herberge waren die Gruppen schon am Liedgut zu erkennen. Merkwürdigerweise ließ sich die Hitlerjugend vergraulen und tat uns nichts."



Ernst Froebel

Bevor Margarete Becker die Leitung des Steglitzer Kreises übernahm, lag sie in den Händen von Ernst Froebel (geb. 1913). Der junge Sattler war aus ärmsten Verhältnissen hervorgegangen und durch den täglichen Überlebenskampf geprägt. Wegen seines Geschicks zogen ihn die Älteren für wichtige Aufgaben heran. Ihm oblag der „Sicherheitsdienst" der „Roten Kämpfer", und er wirkte als Kurier der Reichsleitung (Dr. Schröder, Dr. Schwab, Utzelmann, Lindner). In ihrem Auftrag fuhr Froebel zu befreundeten linkssozialistischen Kreisen ins Ausland, so etwa nach Holland.

1936 traf die „Roten Kämpfer" eine große Verhaftungswelle. Es kam zu mehreren Prozessen in Berlin. Gegen Margarete Becker waren vier Jahre Zuchthaus beantragt worden, aber das Schweigen Dr. Schwabs, für den sie als Sekretärin gearbeitet hatte, rettete sie. Ihr Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis. Ernst Froebel konnte seine wahre Rolle verbergen („Ich spielte den kleinen Sattler und Schwiegersohn von Schröder".) Trotzdem wurde er zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Das letzte Viertel der Strafe mußte er in einem der gefürchteten Moorlager (KZ) verbringen.

1942 zwang man ihn ins Strafbataillon 999. Er kam an die Front nach Afrika. Im Gefangenenlager Bizerte leistete er politische Aufklärungsarbeit unter den jungen Soldaten.

(Nach 1945: Führender Funktionär der Sozialistischen Jugendorganisation „Die Falken".)

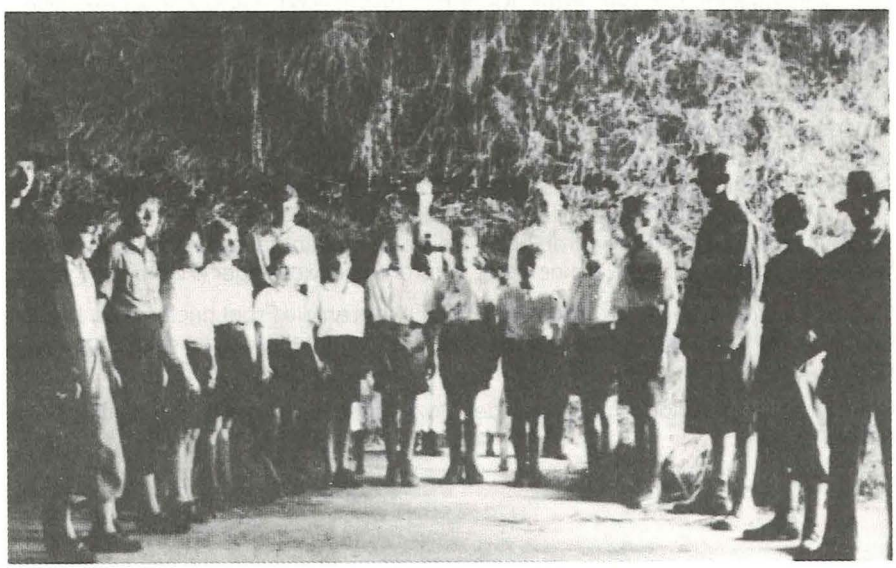
Jugend der Bekennenden Kirche

Viel früher als bei der durch das Konkordat zunächst geschützten Katholischen Kirche setzte die Zerschlagung des Vereinswesens der Evangelischen Kirche ein. Schon im Dezember 1933 mußten deren Jugendorganisationen sich auflösen. Der Staat untersagte den Jugendlichen, bei ihren Zusammenkünften Spiel und Sport zu treiben. Sie sollten „rein religiös" betreut werden.

Trotzdem bildeten sich illegal sehr lebendige Gruppen evangelischer Jugendlicher (in Steglitz unter der Leitung von Hermann Ehlers). Sie trafen sich hauptsächlich zu wöchentlicher Bibelarbeit in Jungen- und Mädchenkreisen, ohne sich ausschließlich darauf zu beschränken.

Dahlemer „Jungenwacht-Kreis"

Betreut von dem Lichterfelder Hauptmann Konrad Schako, gab es in der Dahlemer Gemeinde einen sehr aktiven Jugendkreis, an dem auch die Söhne Niemöllers teilnahmen. 1937 mußte Schako diesen Auftrag zurückgeben, da dies dem Reichskriegsministerium als „politisch nicht erwünscht" galt. Aber im Hintergrund behielt er weiterhin den Kontakt. Mit Kriegsbeginn waren die Jugendlichen zunehmend auf sich allein gestellt, denn immer wieder wurden ihre Leiter und Mitglieder zur Wehrmacht einberufen. Trotzdem versuchten sie, die Gemeinschaft aufrecht zu erhalten. So informierte ein Rundbrief der Gruppe (gez. Ekkehard Loerbroks) ehemalige Mitglieder über die laufende Arbeit.



Laienspiel des „Jungenwacht-Kreises". V.l.: E. Loerbroks (Nr. 3), Jan Niemöller (Nr. 4), G. Backhaus (Nr. 7, hinten), Bernhard Schöne (hinter dem Kruzifix)

Neben der wichtigen Bibelarbeit und den gemeinsamen Fahrten sorgte vor allem das Einstudieren von Laienstücken religiösen Charakters für den Zusammenhalt der Gruppe. Obwohl viele von ihnen inzwischen (zwangsweise) Mitglieder des „Jungvolkes" geworden waren, drückte sich in der verbotenen Tätigkeit ihr wirkliches Engagement aus. Im Dahlemer Gemeindehaus oder im Niemöllerschen Pfarrhaus probten sie und unternahmen dann Ausflüge zu befreundeten BK-Pfarrern außerhalb Berlins. Eine Fahrt ging nach Schinne bei Stendal. Dort führten sie in einer Scheune ein Laienspiel auf, da der BK-Gemeinde die Benutzung der Kirche untersagt war. (Siehe Foto aus dem Jahre 1937.)

Als Auseinandersetzungen innerhalb der BK Dahlems (Seite 47) die Jugendarbeit dort störten, fanden Gruppen – einem Rundschreiben Gunther Backhaus' zufolge – 1941 Aufnahme bei Pfarrer Hildebrand in Lichterfelde.

Steglitzer Bibelkreis für Mädchen

Steglitz, Mittelstraße 28 – Treffpunkt

In Steglitz bot der von Anna Zschiesche und Irmgard Rump (letztere hatte Sprechverbot erhalten) geleitete evangelische Jugendkreis für Mädchen jungen Menschen, die nicht im staatlichen BDM (Bund Deutscher Mädchen) waren, eine wichtige Kontaktstelle und eine echte geistige Heimat. Zwar wurde in erster Linie Bibelarbeit geleistet, aber man fand eben auch Hilfe und Menschlichkeit. „Man wurde aufgefangen, wenn man Sorgen hatte", wird berichtet. Die Gruppe hielt sehr eng zusammen. Überlebende treffen sich noch heute.

Bestrafung von Studenten

Dahlem, Schorlemerallee 23a – Bernhard Schöne
Steglitz, Althoffstraße 14 – Siegfried Anz

Mit dem Verweis von der Universität wurden zwei Berliner Theologie-Studenten (und ein Potsdamer Kommilitone) bestraft, die aus christlicher Überzeugung heraus neben dem offiziellen Studium auch Veranstaltungen der illegalen Kirchlichen Hochschule der BK (Seite 27) besuchten.

Ostern 1937 nahm die Universitätsverwaltung die „Rückmeldung" der drei Studierenden für das kommende Semester nicht an, „weil sie den Nachweis einer erhöhten Bereitschaft im Dienst für Volk und Staat nicht erbrachten".

Bernhard Schöne – Sohn eines bekannten Professors der Medizin – richtete daraufhin auch im Namen der beiden anderen ein Schreiben an den Rektor der Universität. Darin begründete er die ablehnende Haltung, sich außerhalb des Studiums in einer Gliederung oder in einem Verband der NSDAP zu betätigen. Das Hauptargument war, daß die Partei die christliche Kirche unterdrücke und die Verkündigung des Evangeliums behindere.

Dies wurde als schwerer Verstoß gegen die Pflichten „die dem Studierenden einer deutschen Hochschule im nationalsozialistischen Staat obliegen" aufgefaßt. Schon bald darauf mußten die drei Studenten die Universität verlassen.

(Schöne und Anz wurden nach Kriegsausbruch zur Wehrmacht einberufen und kamen früh ums Leben.)

Buchhandlung Möller

Lichterfelde, Kadettenweg 62

Die Buchhandlung Möller zählte zur Bekennenden Kirche in Lichterfelde. Während Frau Möller sich in der Gemeindearbeit betätigte, war ihr Mann die Seele des Geschäftes. Er sah es als seine Mission an, die Literatur nicht zensiert, sondern vollständig zu überliefern. Auf dem Tisch des Buchhändlers lagen Gesangbuch und Bibel, unter dem Tisch verbotene Schriften der BK. Auf der Galerie des Geschäftes fand man noch Werke von Thomas Mann und Heinrich Heine, dem „verbrannten Dichter".

Für zahlreiche junge Menschen – aber auch für Ältere – war der Laden eine wirkliche Zufluchtsstätte. „Ach, ich gehe mal zu Möllers mich aussprechen". Der Buchhändler gab seinen Rat auf eine feine, stille Art. Was man sonst nicht hörte, überlieferte er. Es bereitete vielen Jugendlichen eine große Freude, wenn die Eltern zur Weihnachtszeit sagten: „Geht mal zu Möllers, sucht euch etwas aus". Noch heute berichten sie: „Es war ein Zentrum, das uns viel gegeben hat".
(Erst nach dem Krieg wurde bekannt, daß Frau Möller ‚nicht-arisch' war.)

Jugendpfarrer Eugen Weschke

Lichterfelde, Tietzenweg 132

Eugen Weschke – seit 1937 Jugendpfarrer in Lichterfelde – war seit Juni 1943 Beauftragter der preußischen Bekenntniskirche für die Gemeindejugendarbeit.
Ende April 1944 führte er im bereits stark durch Bomben zerstörten Berlin einen „Jugendrüsttag" durch. Am Sonntag Jubilate fanden sich über 100 Jugendliche in einem Lichterfelder Gemeindehaus ein, teilweise kamen sie von weither. Sie berichteten über ihre Eindrücke und Erlebnisse im Felde oder von der Fabrikarbeit, zu der sie dienstverpflichtet worden waren. Über allem Bedrückendem stand die „Freude an der Gegenwart des auferstandenen Herrn... Niemand und nichts kann sie den Christen rauben" (Weschke).

Kreisauer Kreis

Lichterfelde, Hortensienstraße 50 – Treffpunkt bei Yorck von Wartenburg

Der „Kreisauer Kreis" zählte zu den bedeutendsten Kräften des deutschen Widerstandes. Wichtige Persönlichkeiten wirkten in seinen Reihen.

Gruppencharakter

Die Gruppe befaßte sich nicht mit Überlegungen und Plänen zum Sturz der Diktatur. Aus christlicher Überzeugung lehnten die meisten „Kreisauer" ein Attentat auf Hitler ab. Zudem glaubten einige, daß nur eine totale militärische Niederlage eine Wiederholung der Dolchstoßlüge verhindern könnte.

Auf ihren Zusammenkünften in kleinen Gruppen von Sachverständigen überlegten und erarbeiteten sie innen- und außenpolitische Grundsätze für ein „Deutschland nach Hitler". Welche Probleme auch in den Diskussionen jeweils im Vordergrund standen, seien es Verfassung, Schule, Stellung der Kirche oder Wirtschaftsordnung, sie versuchten, aus den Fehlern der Vergangenheit, vor allem aus den Fehlern der Weimarer Zeit, zu lernen. Nach den Worten von Gräfin Moltke wollten sie „die Deutschen lehren, was Demokratie ist".

Grundsätze

In ihren vom Christentum und vom Sozialismus geprägten Grundsätzen für eine Neuordnung Deutschlands traten einige Merkmale besonders hervor:

- sie sahen im Christentum die Grundlage für eine sittliche und religiöse Erneuerung des Volkes;
- die erstrebte Rechts- und Friedensordnung sollte die Menschen- und Freiheitsrechte gewährleisten und die unverletzliche Würde der menschlichen Person zur Grundlage haben;
- durch eine entsprechende Bildungspolitik (Schule, Universität) sollte der einzelne geistig so geprägt werden, daß er den gefährlichen Verlockungen der Diktatur widerstehen kann;
- die Macht des Staates wollte man zugunsten eines Föderalismus (Länder, Gemeinden) zurückdrängen;
- die eigenverantwortliche Teilnahme der Staatsbürger sollte sich in kleinen und überschaubaren Gemeinschaften abspielen;
- durch staatliche Übernahme der Schlüsselunternehmen (Bergbau, eisen- und metallschaffende Industrie, Grundchemie und Energiewirtschaft) sollte die Wirtschaftsordnung gemeinwirtschaftliche Züge tragen;
- eine zukünftige Vormachtstellung Deutschlands lehnte man (im Gegensatz etwa zu Goerdeler) strikt ab. Über den Nationalstaat hinausgehend, strebten sie eine europäische Gemeinschaft an.

Engerer Kreis

Um die Freunde Graf Moltke und Graf Yorck sammelten sich im engeren Kreis Persönlichkeiten verschiedener weltanschaulicher und politischer Richtungen:

die Jesuitenpater: Alfred Delp, Augustin Rösch und Lothar König

die evangelischen Geistlichen: Harald Poelchau und Eugen Gerstenmaier

die Sozialdemokraten: Theodor Haubach, Carlo Mierendorff, Julius Leber und Adolf Reichwein

die Legationsräte im Auswärtigen Amt: Hans-Bernd von Haeften und Adam von Trott zu Solz

die Juristen: Paulus van Husen und Hans Peters

die Volkswirtschaftler: Horst von Einsiedel und Carl-Dietrich von Trotha

der Staatsrechtler: Ottoheinrich von der Gablentz

entlassene hohe Beamte wie: Hans Lukaschek und Theodor Steltzer.

Der Name

Die Gesprächspartner nannten sich untereinander „Freunde". Der Begriff „Kreisauer Kreis" wurde erst von den NS-Verfolgungsbehörden geprägt, nachdem sie erfahren hatten, daß auf Moltkes Gut in Kreisau (Schlesien) 1942 und 1943 drei große Tagungen stattgefunden hatten.

Die meisten Zusammenkünfte waren in diesen anderthalb Jahren in Berlin-Lichterfelde, Hortensienstraße 50, wo auch, in einer Lampe versteckt, Dokumente lagerten. Dieses Haus bewohnte seit 1937 das Ehepaar Yorck.

Hortensienstraße 50

Peter Graf Yorck von Wartenburg

Am 13. November 1904 in Klein-Oels (bei Breslau in Schlesien) geboren, kam der Gutsbesitzer aus einer der renommiertesten deutschen Adelsfamilien. Er war ein Nachfahre jenes bekannten preußischen Offiziers der Befreiungskriege, der 1812 den deutsch-russischen Waffenstillstand abgeschlossen hatte.

Keine Stunde von Moltkes Gut in Kreisau entfernt gelegen, wurde auch Yorcks Landsitz 1942/43 ein geheimer Treffpunkt von Regimegegnern.

Graf Yorck

Seit 1936 war der Jurist beim Reichspreiskommissar in Berlin tätig. Der NSDAP oder einer ihrer Nebenorganisationen anzugehören hatte er stets abgelehnt. Er und andere Freunde dachten zunächst in kleiner Runde darüber nach, welche Zukunft Deutschland haben müßte. 1940 begannen, zunächst tastend, Gespräche mit Moltke.

Bei Kriegsbeginn diente Yorck als Leutnant der Reserve. Sein jüngerer Bruder Hans fiel schon in den ersten Tagen. (Trotz eines Verbotes beerdigte man ihn in Klein-Oels.)

1942 berief man Yorck in den Wehrwirtschaftsstab Ost (OKW). In Berlin und auf zahlreichen Reisen schuf er wichtige Verbindungen für die Verschwörer. Der Mitbegründer des „Kreisauer Kreises" besaß auch intensive Kontakte zur Gruppe um Stauffenberg.

Über die Rolle ihres Mannes im Kreisauer Kreis führte Gräfin Yorck in einem Fernsehinterview aus:

„Sie trafen sich als Freunde in welchselnder Besetzung. Moltke bestimmte das Programm und das Thema, über das abends gesprochen wurde, und er leitete auch die Diskussion.
Er war ein analytisch begabter Mann, er war dynamisch-fest, während Peter, mein Mann, – Helmuth und Peter waren große Freunde – mehr die integrierende Kraft dieses Kreises war. Der Kreis, der immer mehr wuchs. Er entstand, als Peter oder Helmuth sagte: „Jetzt habe ich einen guten Mann für Pädagogik" (zum Beispiel). Das war Reichwein. Reichwein brachte Mierendorff. Leber* gehörte nicht ganz zu diesem engen Kreis. [Er] war auch zu gefährdet.

Mein Mann, war derjenige, der über Wirtschaft Bescheid wußte und außerdem [über] Landwirtschaft.

Und er hatte Verbindungen zum Militär. Claus von Stauffenberg war sein Vetter, Ulrich-Wilhelm von Schwerin sein Schulfreund. Er kannte viele und er kannte auch den Plan von Stauffenberg".

* Julius Leber (Seite 74ff.).

Am 20. Juli 1944 war Yorck unter den Aktiven in der Bendlerstraße. Er war als Staatssekretär in der Reichskanzlei vorgesehen.

Als der Adlige vor dem Volksgerichtshof unter Leitung Freislers stand, äußerte er über die Motive seiner Gegnerschaft zum NS-Regime:

> „Das Wesentlichste ist ...der Totalitätsanspruch des Staates gegenüber dem Staatsbürger unter Ausschaltung seiner religiösen und sittlichen Verpflichtungen Gott gegenüber."

Am 8. August 1944 richtete man ihn in Plötzensee hin.

Helmuth James Graf von Moltke

Tiergarten, Derfflingerstraße 9 (seit März 1943 wohnhaft bei Graf Yorck)

Der Jurist und geistige Kopf des Kreisauer Kreises zählte zu den angesehensten Persönlichkeiten des deutschen Widerstandes.

Am 11. März 1907 in Kreisau (Niederschlesien) geboren, war er der Urgroßneffe des bekannten Generalfeldmarschalls des preußischen Heeres aus der Zeit der Einigungskriege.

Der junge Gutsbesitzer und Rechtsanwalt symbolisierte (wie Yorck) das absolute Gegenteil des oft als Zerrbild dargestellten „reaktionären preußischen Junkers". Seine ausgeprägte soziale Einstellung heben Zeitzeugen und Biographen ebenso hervor wie die unbestechliche Persönlichkeit dieses wirklichen Demokraten und kultivierten Weltbürgers.

Welche Gefahren Deutschland und den anderen Nationen durch die Hitlerbewegung drohten, war ihm früher klar als vielen anderen. Freya von Moltke zufolge wählten sie und ihr Mann bei der Wahl zum Reichspräsidenten (1932) nicht den konservativen Hindenburg, sondern den Kandidaten der KPD, Ernst Thälmann. Dies taten sie freilich nicht des kommunistischen Programms wegen, sondern aus Protest.

Freya von Moltke berichtet auch, daß die Bevölkerung von Kreisau es nicht verstand, warum sie und ihr Mann nicht für den Nationalsozialismus waren. Als Leute die Köchin fragten, warum Gräfin Moltke nicht der NS-Frauenschaft angehörte, erhielten sie zur Antwort: „Herr von Moltke hat gesagt, Hitler bedeutet Krieg!"

Moltkes Ahnung sollte bald bittere Wirklichkeit werden. – Mit Kriegsbeginn wirkte er als Sachverständiger für Kriegs- und Völkerrecht im Oberkommando der Wehrmacht. Durch enge Verbindungen zu oppositionellen Kräften im Amt Canaris (Abwehr) konnte er nicht nur wichtige Kontake zu antinazistisch eingestellten Militärs und Diplomaten sowie Vertretern von Weltmächten knüpfen, sondern auch deutschen und ausländischen Opfern der NS-Verfolgung helfen.

Der Versuch, einen Freund aus den Reihen des Solf-Kreises (siehe Seite 107) vor der drohenden Verhaftung zu warnen, führte zur eigenen Festnahme im Januar 1944.

Obwohl er an tatsächlichen Handlungen gegen den Staat überhaupt nicht beteiligt war und ein Attentat als Christ strikt abgelehnt hatte, bezichtigte man ihn nach dem 20. Juli 1944 des Verrats.

Allein seiner inneren Einstellung wegen erfolgte die Verurteilung durch den Volksgerichtshof. Dessen Präsident Freisler machte es mit dem bemerkenswerten Satz deutlich: „Herr Graf, eines haben das Christentum und wir Nationalsozialisten gemeinsam, und nur dies eine: wir verlangen den ganzen Menschen."

Am 23. Januar 1945 richtete man Moltke in Plötzensee hin.

Graf Moltke

Kurz vor seinem Tode schrieb er an seine Söhne:

„Ich habe mein ganzes Leben lang, schon in der Schule, gegen einen Geist der Enge und der Gewalt, der Überheblichkeit, der Intoleranz und des Absoluten, erbarmungslos Konsequenten angekämpft, der in den Deutschen steckt und der seinen Ausdruck in dem nationalsozialistischen Staat gefunden hat. Ich habe mich auch dafür eingesetzt, daß dieser Geist mit seinen schlimmen Folgeerscheinungen, wie Nationalismus im Exzeß, Rassenverfolgung, Glaubenslosigkeit, Materialismus, überwunden werde."

Adam von Trott zu Solz

Dahlem, Rheinbabenallee 47

Adam von Trott zu Solz kam aus einer alteingesessenen Adelsfamilie im Oberhessischen. Sein Vater war von 1909–1917 preußischer Kultusminister.

Mütterlicherseits führten Verbindungen sowohl in aristokratische Kreise Schlesiens als auch in die angloamerikanische Welt. Der Urgroßvater war Oberster Bundesrichter in den USA und ein Freund Washingtons gewesen.

Adam von Trott

Durch die Mutter mit freiheitlicher Tradition konfrontiert und in Oxford erzogen, war der junge Jurist ein überzeugter NS-Gegner. Doch auch Patriotismus zeichnete ihn aus. So reagierte er 1933 empfindlich auf ausländische Kritik an deutschen Zuständen. Zeit seines Lebens quälte ihn das Problem, die Liebe zur Heimat mit der Opposition gegen den Nationalsozialismus in Einklang zu bringen.

Trotz früherer Neigung zur demokratischen Linken (wie zu J. P. Mayer und zum Kreis der „Neuen Blätter für den Sozialismus") blieb Trott – auch nach eigener Einschätzung – wohl eher ein „konservativer Revolutionär". Durch die Herausgabe eines Buches über Heinrich von Kleist versuchte er, seine Leser auf einen Dichter preußischer Tradition hinzuweisen, den er als Rebellen gegen die Tyrannei deutete.

In schwieriger Zeit beendete der intelligente und charaktervolle Mann seine juristische Ausbildung. Als Anhänger der nur noch in Resten bestehenden Unabhängigkeit des deutschen Juristenstandes erfuhr Trott Diskriminierungen und tadelnde Beurteilung durch Vorgesetzte, zumal er sich weigerte, der Partei beizutreten.

Bis zu ihrer erzwungenen Emigration hielt er auch guten jüdischen Freunden die Treue, darunter Julie Braun-Vogelstein (Witwe des SPD-Politikers Heinrich Braun) aus Kleinmachnow und der Chef des bekannten Berliner Kaufhauses Wilfried Israel (der viele Verfolgte aus dem KZ rettete).

Im Juni 1940 trat Trott ins Auswärtige Amt ein. Zur Tarnung seiner Widerstandsarbeit wurde er Mitglied der NSDAP.
Schon im Jahr zuvor war Trott in geheimer Mission von oppositionellen, bürgerlichen Kreisen nach London geschickt worden. Er versuchte, führenden Persönlichkeiten die geheime Politik derjenigen zu erklären, die in Opposition zu Hitler standen. Um den Kriegsausbruch zu verhindern, bat man England, die Politik des „appeasement" – also der „Beruhigung" Hitlers durch Entgegenkommen – fortzusetzen. Doch mit dieser Position erregte Trott (und andere Abgesandte in ähnlicher Mission) Mißtrauen und den Verdacht im Ausland, die Hitlergegner wollten noch zusätzliche „Beute".

Wie im Juli 1939 in England und im Oktober 1939 in Washington setzte Trott seine Bemühungen auch nach dem Kriegsausbruch fort und unterbreitete Friedensvorschläge oppositioneller deutscher Kreise. Doch das Mißtrauen gerade auch der Briten blieb, denn Trott und seine Freunde im Auswärtigen Amt zeigten – aus Angst vor der Dolchstoßlüge – wenig Bereitschaft, von Hitler eroberte Gebiete zurückzugeben.

Trotz seines Patriotismus blieb Trott aber immer ein überzeugter Gegner der Diktatur. Der gläubige Christ stand im schärfsten Gegensatz zum Nihilismus und zur Menschenverachtung des „Dritten Reiches".

In engem Kontakt zu Leber und Stauffenberg entwickelte Trott Anfang 1944 eine Botschaft an den amerikanischen Präsidenten: einer neuen deutschen Regierung sollte die Möglichkeit gegeben werden, die Demokratie zu sichern.

Noch im Juni 1944 hielt er sich im Ausland auf, kehrte aber bewußt zu seinen Freunden nach Berlin zurück. Die hatten ihn im Falle des erfolgreichen Umsturzes als Staatssekretär im Auswärtigen Amt vorgesehen.

Doch die Dinge entwickelten sich anders. Am 15. August 1944 stand er mit seinem Freund, dem Diplomaten von Haeften, vor dem Volksgerichtshof. Bald darauf, am 26. August, richtete man ihn in Plötzensee hin.

Hans-Bernd von Haeften

Dahlem, Peter-Lenné-Straße 42

Der am 18. Dezember 1905 in Berlin geborene Jurist kam aus einer alten Offiziersfamilie. 1933 trat er ins Auswärtige Amt in Berlin ein. Nach wechselnden Stationen seiner Tätigkeit in Kopenhagen, Berlin, Wien und Bukarest ging er 1940 wieder nach Berlin zurück. Bis zu seiner Verhaftung war er Legationsrat in der kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes (AA).
Dort zählte er wie die Brüder Theo und Erich Kordt, von Trott zu Solz und Otto Kiep zu den aktiven Regimegegnern. Seinerseits gedeckt durch Staatssekretär von Weizsäcker, hielt von Haeften (als ranghöchster Mann der Opposition im AA) schützend die Hand über Untergebene wie Adam von Trott. Über Trott und Adolf Reichwein kam er in enge Beziehungen zum Kreisauer Kreis. Dort machten ihn vor allem seine menschlichen Qualitäten – Festigkeit und Beständigkeit – zu einem der wertvollsten Mitarbeiter.

Hans-Bernd von Haeften war ein sehr religiöser Mensch und ein aktives Mitglied der Bekennenden Kirche (Dahlem). Zur Familie Niemöller stand er in enger freundschaftlicher Beziehung.

Wie Graf Moltke lehnte von Haeften als Christ den politischen Mord und damit auch ein Attentat auf Hitler ab. Trotz großer Vorbehalte hielt er sich aber am 20. Juli bereit.

Am 23. Juli verhafteten ihn die Gestapo. Sein Bruder Werner (Stauffenbergs Adjutant) war bereits standrechtlich erschossen worden.

Am 15. August 1944 verurteilte der Volksgerichtshof den Diplomaten zum Tode. Nur wenige Stunden danach wurde das Urteil in Plötzensee vollstreckt.

Im Zuge der Sippenhaft hatte die Gestapo Barbara von Haeften ihren fünf Kindern (darunter einem Säugling) entrissen und für mehrere Wochen inhaftiert.

Carl-Dietrich von Trotha

Lichterfelde, Schillerstraße 3

Der Volkswirtschaftler Carl-Dietrich von Trotha wurde am 25. Juni 1907 in Kreisau als Sohn eines Generalmajors geboren. Helmuth James von Moltke war sein Vetter.

Nach dem Studium verschiedener Fachwissenschaften und neben der Tätigkeit im Bereich der Erwachsenen- und Arbeiterbildung prägte ihn besonders das 1931 begonnene Studium am modernen Frankfurter Institut für Sozialforschung, wo er sich zu einem überzeugten Anhänger der staatlichen Wirtschaftslenkung entwickelte.

Als die Promotion zum Dr. rer. pol. erfolgte, war das Institut längst als „marxistisch" und „staatsfeindlich" aufgelöst, seine Lehrer vertrieben. Aus taktischen Gründen und nach Absprache mit sozialistischen Freunden trat er der NSDAP bei, um das NS-Regime von innen heraus bekämpfen zu können. Seit 1936 wirkte er im Reichswirtschaftsministerium – zuletzt als Oberregierungsrat – doch weitere Beförderungen scheiterten am Einspruch der Partei.

Innerhalb des Kreisauer Kreises galt er als Fachmann für Fragen der Wirtschafts- und Sozialordnung. Mit seinem Freund Horst von Einsiedel leitete er die Arbeitsgruppe Wirtschaft, die häufig in der Schillerstraße 3 – unter reger Beteiligung von Margarete von Trotha – tagte. 1942/43 wurden hier unter Mitwirkung von Haubach und Mierendorff die Wirtschaftspläne des Kreisauer Kreises mit führenden illegalen Gewerkschaftlern (wie Leuschner) erörtert, um zu einem gemeinsamen Aktionsprogramm zu kommen.

Obwohl er als Mitarbeiter des Kreises benannt war, entging er 1944/45 weiteren Verfolgungen – vermutlich aufgrund der Namensverwechselung mit von Trott.

(Nach 1945: Dozent und Abteilungsleiter an der Deutschen Hochschule für Politik)

Adolf Reichwein

Südende, Seestraße 7 (heute: Sohnreystraße)

Adolf Reichwein zählte zu den zentralen Persönlichkeiten des Kreisauer Kreises. Der am 3. Oktober 1898 in Bad Ems geborene Hochschullehrer wuchs im Laufe der Verschwörung des 20. Juli 1944 immer mehr in die Rolle eines Mittelmannes innerhalb des Widerstandes hinein. Auch die Anklageschrift hob später hervor, daß seine Kontakte vom konservativen Goerdeler bis zu den Kommunisten reichten.

Zur Zeit der Weimarer Republik war Reichwein aktiv in der Erwachsenenbildung tätig. Von der Wandervogelbewegung und dem religiösen Sozialismus geprägt, trat er 1930 unter dem Eindruck des erstarkenden Nazismus demonstrativ der SPD bei.

Er wollte für die bedrohte Republik Partei ergreifen. Reichwein schätzte die preußische Regierung Braun-Severing und wirkte dort zweimal als Referent des preußischen Kultusministers Becker.

1930 kam er als Hochschullehrer an die Pädagogische Akademie Halle. Nun entwickelten sich intensive Beziehungen zu Arbeiterkreisen. Über die Volkshochschule Jena, die von zahlreichen sozialistischen und kommunistischen Beschäftigten der Zeiss-Werke besucht wurde, erhielt er durch Vorträge, Wanderungen und Wochenendausflügen für seine Arbeit wichtige Kontakte.

Ostern 1933 schlossen die Nazis die „rote Akademie" von Halle. Reichwein wurde entlassen. Für einige Jahre fand er Unterschlupf als Dorfschullehrer in Tiefensee (bei Berlin). Bestaunt von den Honoratioren des Dorfes und überwacht vom Briefträger, saß der ehemalige Hochschullehrer hier wie auf einem Präsentierteller. Trotzdem liefen seine Kontakte nach Halle und Jena, aber auch nach Berlin und ins Ausland weiter.

Noch vor dem Kriegsausbruch (1938/39) nahm Reichwein die Stellung eines Museumspädagogen im Berliner Volkskundemuseum (Unter den Linden) an. Die Nazis betrachteten Reichwein wohl aufgrund seiner Volkskundearbeit als „ihren Mann". Dadurch konnte er manchen Bedrängten beruflich unterbringen, aber auch selbst Dinge erkunden.

Als normale Museumsgäste getarnt, besuchten ihn viele Regimegegner, darunter Gewerkschaftler wie Otto Suhr (SPD) oder Gefängnispfarrer Harald Poelchau, der wie Reichwein ein „religiöser Sozialist" war. Auch Graf Moltke kam. (Beide Männer kannten sich aus jungen Jahren von einem schlesischen Lager für Arbeiter und Studenten.) 1941 war Reichwein dann das erste Mal in Kreisau zu Gast. Aber nicht nur

in Kreisau, auch in Reichweins Südender Wohnung trafen sich Anti-Nazis. Als „Gäste auf Besuch" getarnt, denn Parterre wohnte ein NS-Kriegsgerichtsrat, erschienen: von der Gablentz, von Trotha, von Einsiedel und Fritz Bendt, ein Jenaer Freund. Das Lichtenfelder Heim des Vorgeschichtsforschers Schuchhardt diente ebenfalls als Treffpunkt Oppositioneller um Reichwein.

Es war besonders Reichwein, der innerhalb der Kreisauer auf ein Gespräch mit den Kommunisten drängte. (Er stieß dabei auch auf Ablehnung, denn die KPD galt als durchsetzt von Spitzeln.) Bereits nach seiner Ausbombung in Südende (August 1943) hatte Reichwein erste Fühler in Berlin ausgestreckt. Der Freund Fritz Bendt (KPD) kannte den Kommunisten Thomas, einen geistig unabhängigen Mann.

In Wannsee (Otto-Erich-Straße 8) fand die erste Vorbesprechung statt. Im Südosten Berlins (Köpenicker Straße 76) kam es dann zur Begegnung Lebers und Reichweins mit Saefkow und Jacob vom ZK der illegalen KPD.

Rosemarie Reichwein berichtet:

„Es war Julius Leber gelungen, das ZK zu überreden, mitzumachen. Das nächste Treffen ging dann hoch. Leber und mein Mann wollten, daß, wenn es zum Zusammenbruch des Nationalsozialismus käme, man nur die Nazis und nicht auch noch die Kommunisten gegen sich hat.

Mein Mann war zum Schluß ganz ungeduldig. Es dauerte ihm alles zu lange. (Auch die Invasion ging ihm viel zu langsam.) Er sagte noch zu mir: ‚Wir haben Kontakt zu den Kommunisten. Wenn es schief geht, kostet es das Leben'."

Durch Verrat eines Spitzels in den Reihen der KPD (Rambow) flog die (zweite) Begegnung am 4. Juli 1944 auf.

Leber und Reichwein mußten grausame Folter erleiden, denn die Gestapo vermutete bei ihnen umfassende Kenntnisse über Namen und Zusammenhänge. Adolf Reichwein wurde beim ‚Verhör' gewürgt. Als er zu sterben drohte, bekam er einen Eimer Wasser über den Kopf gegossen, wodurch ihm die Stimme versagte.

Doch was die Nazis von dem Kreisauer Kreis wußten, erfuhren sie nicht von Reichwein und seinen Freunden.

Frau Reichwein erinnert sich an ihre erste und einzige Sprecherlaubnis am 10. August 1944:

„Ich besuchte Reichwein und teilte ihm verschlüsselt mit, daß Gräfin Yorck Witwe sei. (Yorck war am 8. August hingerichtet worden.) Da sackte mein Mann zusammen.
Yorck hatte noch zu Pfarrer Poelchau vorher gesagt: ‚Von den Kreisauern wissen sie nichts!'"

Am 22. Oktober 1944 starb Reichwein in der Hinrichtungsstätte Plötzensee.

Die Opfer der Gruppe

Viele Kreisauer verloren ihr Leben.

Neben Moltke, Yorck, Trott, Haeften und Reichwein waren es noch Pater Delp sowie die Sozialdemokraten Haubach und Leber.

Das Todesurteil gegen Theodor Steltzer konnte mit Hilfe norwegischer Freunde abgewendet werden. Konsistorialrat Eugen Gerstenmaier (der zeitweise bei Yorcks wohnte) hatte ebenfalls schwer unter den Mißhandlungen zu leiden. Aber er schwieg tapfer. Durch geschickte Verteidigung vor dem Gericht kam er mit einer siebenjährigen Zuchthausstrafe davon. Auch er konnte überleben.
(Fast zwei Jahrzehnte war der spätere Christdemokrat dann Präsident des Deutschen Bundestages.)

Der junge Nationalökonom Horst von Einsiedel (SPD) rettete sich ebenfalls über die Nazizeit. Doch dann wurde er unter fadenscheinigen Begründungen in ein sowjetisches Lager verschleppt, wo er im Frühjahr 1948 verhungerte.

In ihren Erinnerungen an die Jahre des Widerstandes („Die Stärke der Stille") schreibt Marion Gräfin Yorck von Wartenburg:

„Die Idee, für die unsere Männer starben, ist unser kostbarstes Vermächtnis. Für sie gilt ein Wort Gorkis aus dem ‚Lied an den Falken':
Bist Du auch tot,
im Lied der Kühnen und geistig Starken
lebst du als Vorbild, als stolzer Rufer
in Licht und Freiheit."

Militärs als Verschwörer

Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord

Dahlem, Breisacher Straße 19 – Gedenktafel

Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord war einer der wenigen führenden Militärs, die von Anfang an zu den erklärten Gegnern Hitlers zählten.

Der am 26. September 1878 als Sohn eines Forstmeisters geborene Mecklenburger war im 1. Weltkrieg Generalstabsoffizier gewesen. Der ersten deutschen Republik diente er als Mitarbeiter im Stab von Reichswehrminister Noske. Als es im März 1920 darum ging, die Demokratie gegen einen reaktionären Putsch (Kapp-Lüttwitz) zu schützen, gehörte er zu den Verteidigern der jungen Republik, obwohl einer der führenden Putschisten, nämlich General von Lüttwitz, sein Schwiegervater war.

Nach der Ablösung von Seeckts als Chef der Heeresleitung wirkten mit Wilhelm Heye und seinem Mitarbeiter von Hammerstein zwei Persönlichkeiten im Reichswehrministerium, die dem parlamentarischen System viel weniger fremd gegenüberstanden als große Teile der Militärs.

1930 wurde von Hammerstein zum Chef der Heeresleitung und General der Infanterie ernannt. Er trug dem Reichspräsidenten die Bedenken der Heeresleitung gegen Hitlers Eignung zum Reichskanzler vor.

Mit dem letzten Reichswehrminister und Reichskanzler Kurt von Schleicher versuchte er vergeblich, Hitlers ‚Machtergreifung' zu verhindern und wenigstens die Reichswehr dem totalen Einfluß der Nazis zu entziehen.

Mit von Blomberg als Reichswehrminister der Regierung Hitlers stimmte von Hammerstein nicht überein. Da er sich dem Regime nicht unterwerfen wollte und auch gegen die rasche Aufrüstung war, trat er am 1. Februar 1934 zurück. (Resigniert hatte er bereits am 1. Okt. 1933 um den Abschied gebeten.)

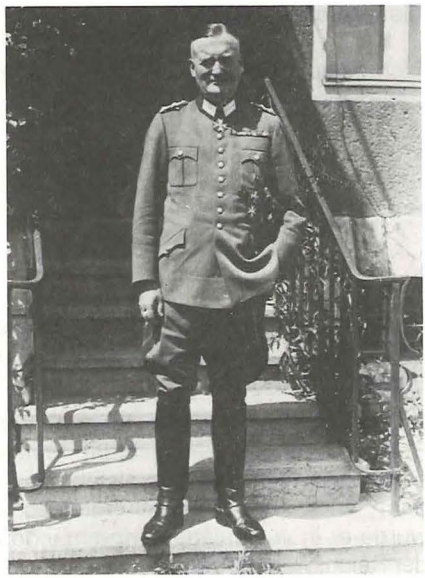
Es war Ausdruck seiner Zivilcourage, daß er 1934, entgegen des Befehls des Reichswehrministeriums, in Uniform an der Beerdigung des ermordeten Generals von Schleicher teilnahm.
Von Hammerstein unterhielt vielfältige Kontakte zu oppositionellen zivilen – Seite 37 und 92 – und militärischen Kreisen.

Wenige Tage nach Beginn des 2. Weltkrieges wurde er zum Oberbefehlshaber der Armeeabteilung A ernannt. Der Sitz des Hauptquartiers war Köln. (Im Haus des Industriellen Otto Wolff, ein Gegner Hitlers von Beginn an.) Wieder zählte er zu jenen oppositionellen Militärs, die handeln wollten. Um die Ausweitung des Krieges aufzuhalten, beabsichtigten sie, Hitler auszuschalten. Von Hammerstein erklärte sich bereit, den Diktator nach Köln zu locken und festzunehmen. Doch Hitler kam nicht.

Das Vorhaben der Verschwörer war gescheitert – nicht zum letzten Mal.

Schließlich wurde von Hammerstein aufgrund seiner oppositonellen Haltung im Oktober 1939 der Stellung enthoben.

Freiherr von Hammerstein



Gegenüber einem Vertrauten äußerte er einmal in Hinblick auf den ausbleibenden Widerstand der hohen Generalität: „...mich alten Soldaten haben diese Leute zum Antimilitaristen gemacht".

Am 24. April 1943 starb General von Hammerstein.

Frau Maria von Hammerstein unterstützte viele verfolgte jüdische Mitbürger. Ihre Söhne nahmen aktiv am Widerstand teil. Ludwig von Hammerstein beteiligte sich als junger Offizier am mißglückten Staatsstreich in der Bendlerstraße (20. Juli 1944). Dort gehörte er zu einer Gruppe von Offizieren, die für Sonderaufträge Stauffenbergs zur Verfügung standen.

Er berichtet von den Verfolgungen, die die Familie erleiden mußte:

„Mein Bruder Kunrat – in Köln ebenfalls untergetaucht – und ich wurden im Dezember 1944 mit Bild im Kriminalpolizeiblatt als ‚Fahnenflüchtige Wehrmachtsoffiziere' zur Festnahme ausgeschrieben, mein Bruder Franz wurde schon im August verhaftet, dann meine Schwester Helga und später meine Mutter und meine jüngste Schwester. Die Gestapo vermutete zu Recht, daß sie uns indirekt halfen."

Ludwig von Hammerstein blieb bis zur Befreiung (26. April 1945) in der Oranienstraße 33 in Kreuzberg verborgen.

(Nach dem Krieg wirkte er viele Jahre als Intendant des RIAS Berlin. Sein Bruder Franz ist Studienleiter an der Evangelischen Akademie Berlin.)

Generaloberst Beck

Lichterfelde, Goethestraße 9 (heute: Nr. 24) – Gedenktafel

Generaloberst Beck war seit 1938 die zentrale Gestalt des militärischen und bürgerlichen Widerstandes.

Der am 29. Juni 1880 in Biebrich am Rhein geborene Berufssoldat wirkte schon seit 1911 im Generalstab. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges wurde er in verschiedene Kommandos der Reichswehr berufen.

Aufgrund seiner außerordentlichen Fähigkeiten machte er rasch Karriere. Am 1. Oktober 1933 ernannte man ihn im Reichswehrministerium zum Chef des Truppenamtes. Vom 1. Juli 1935 an übte er die (neu geschaffene) Funktion des Generalstabschefs des deutschen Heeres aus.

Kritiker heben hervor, daß der konservative Beck die Aufrüstungspolitik Hitlers begrüßte und tätig unterstützte. Geprägt von den Werten der früheren deutschen Monarchie, fand auch Deutschlands Anstrengung, die Position einer Großmacht zurückzugewinnen, seine Sympathie. Als glänzender und überlegter strategischer Planer hielt er „natürlich" begrenzte Kriege für machbar.

Die abenteuerlichen und aggressiven Kriegspläne der NS-Führung jedoch ließen Generaloberst Beck 1937/38 zunehmend auf Distanz gehen.

Den Auftakt dazu bildete die „Fritsch-Affäre": Hitler hatte am 5. November 1937 auf einer Zusammenkunft mit dem Kriegs- und Außenminister sowie den Oberbefehlshabern der Wehrmachtsteile (Heer, Luft, Marine) seine rücksichtslosen Absichten offenbart. Die Tschechoslowakei sollte zerschlagen, „Lebensraum" im Osten erobert werden. (Die von dieser Sitzung – anhand stichwortartiger Notizen – angefertigte Niederschrift wurde nach dem aufzeichnenden Oberst „Hoßbach-Protokoll" genannt.)

Neben Kriegsminister v. Blomberg war es besonders der Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst Werner Freiherr von Fritsch (1880–1939), der es in der Besprechung wagte, diese Kriegspläne scharf zu kritisieren. Dadurch wurde dieser Militär für die NS-Führung nicht mehr tragbar. Unter dem Vorwurf (angeblicher) Homosexualität versuchte man, den Kritiker zu belasten. Anfang Februar 1938 wurden Fritsch und Blomberg – den man ebenfalls durch einen unanständigen Trick ausschaltete – wegen „angegriffener Gesundheit" ihrer Stellung enthoben.

Diese schmutzige Affäre stieß bei weiten Kreisen des Offizierskorps auf wirkliche Empörung und vermehrte nun den kleinen Kreis derjenigen, die zu einer Ausschaltung des „Führers" neigten. (Generaloberst Beck zählte zu ihnen.) Man begann nun, intensive Kontakte zu oppositionellen bürgerlichen Kreisen aufzunehmen.

Der zweite tiefe Konflikt, der den Widerstand von Militärs erstarken ließ, war Hitlers offenkundige Absicht, ein fremdes Land (die Tschechoslowakei) zu zerschlagen. Für den Fall des Angriffs hatten Widerstandskreise Umsturzpläne vorbereitet.

Generaloberst Beck versuchte, durch Denkschriften und in Besprechungen die NS-Führung von ihren unverantwortlichen Plänen abzubringen.

Aufzeichnung Becks vom 16. Juli 1938. Gedacht als Gedächtnisstütze für einen Vortrag vor den Spitzen der deutschen Wehrmacht:

„Es ist ein Mangel an Größe und an Erkenntnis der Aufgabe, wenn ein Soldat in höchster Stellung in solchen Zeiten seine Pflichten und Aufgaben nur in dem begrenzten Rahmen seiner militärischen Aufträge sieht, ohne sich der höchsten Verantwortung vor dem gesamten Volk bewußt zu werden. Außergewöhnliche Zeiten verlangen außergewöhnliche Handlungen!"

Schließlich trat Ludwig Beck aus Protest am 18. August 1938 zurück. Dieser couragierte Schritt des strategischen Planers des deutschen Heeres machte ihn zur zentralen Gestalt oppositioneller militärischer und bürgerlicher Kreise.

Die Sorge vor einer drohenden nationalen bzw. militärisch-politischen Katastrophe trieb Beck – mit anderen Militärs – in die offene Opposition. Es bildeten sich erste Keime einer Staatsstreichplanung.

Becks nobler und stiller Charakter schuf ihm Anerkennung auch anderer Widerstandskreise, darunter sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher.

Über die Wandlung der politischen Vorstellungen Ludwig Becks berichtete 1946 der angesehene Historiker Friedrich Meinecke (Dahlem):

„Wie wenig reaktionär Beck selbst gesonnen war, weiß ich aus meinen mit ihm geführten Gesprächen. In dem letzten ... Gespräche vom Mai 1944 meinte er, daß man nach der zu erwartenden Endkatastrophe eine antinazistische Einheitspartei gründen müsse, die von der äußersten Rechten bis zu den Kommunisten reiche ..."

Seit 1941 liefen in Becks Lichterfelder Villa viele Fäden der Opposition zusammen. Wäre der 20. Juli 1944 erfolgreich verlaufen, wäre Ludwig Beck deutsches Staatsoberhaupt geworden.

Claus Schenk Graf von Stauffenberg

Wannsee, Tristanstraße 8 – Wohnung der Brüder Stauffenberg – Gedenktafel

Oberst von Stauffenberg war 1943 und 1944 der eigentliche Motor der militärischen Verschwörung zum Sturz der Diktatur. In seiner Villa tagte die „Grafen-Runde": Widerstandskämpfer aus adligen Kreisen wie er und sein Bruder Berthold sowie Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim, Caesar von Hofacker und Werner von Haeften. Alle verloren später ihr Leben.

Der am 15. November 1907 geborene Schwabe stammte aus einer traditionsreichen Adelsfamilie. In kultivierter Atmosphäre aufgewachsen und streng katholisch erzogen, stand er in jungen Jahren im Bann des elitär-konservativen Dichters Stefan George.
Trotz großer Liebe zur Welt der Kunst und Literatur schlug er 1926 eine Offizierslaufbahn ein. Wenn auch nicht enthusiastisch, begrüßte Stauffenberg zunächst die Etablierung des Nationalsozialismus. Besonders der Aufrüstung und der Rückkehr zur ‚Großmacht' pflichtete er bei. Doch spätestens die berüchtigten Judenpogrome der „Reichskristallnacht" im November 1938 ließen in ihm ernste Zweifel aufkommen, die durch spätere Eindrücke noch verstärkt wurden.

Nachdem sich Stauffenberg im Polen- und Frankreichfeldzug ausgezeichnet hatte, berief man den Hochbegabten im Juni 1940 in den Generalstab des Heeres. Nach und nach erfuhr der junge Offizier vom Unrecht, das den Juden und den Polen sowie (später) der russischen Bevölkerung und gefangenen sowjetischen Soldaten angetan wurde.

Während seines Einsatzes an der Ostfront gewann er intensive Kontakte zu jüngeren Offizieren wie Henning von Tresckow und Fabian von Schlabrendorff (Heeresgruppe Mitte), die entschlossen waren, den Diktator zu stürzen.

Tief enttäuscht vom Versagen der militärischen Führungsschicht und unzufrieden mit den älteren konservativen Repräsentanten des Widerstandes (Beck, Goerdeler), drängten die „Jungen" zur Tat.

Längst war die oppositionelle Gruppe über militärische und bürgerliche Kreise hinausgewachsen. Demokraten, Christen, Sozialisten und Gewerkschaftler waren hinzugestoßen. Stauffenberg kam in den führenden Kreis der Verschwörer und kümmerte sich intensiv um deren Planungen.

Anfang 1943 an die Afrikafront versetzt, wurde er im April schwer verwundet. Er verlor ein Auge, die rechte Hand und zwei Finger der linken. Noch an das Krankenbett gefesselt, reifte der Entschluß, sein Leben ohne Rücksicht für den Sturz der Diktatur einzusetzen: Hitler durfte Deutschland nicht zugrunde richten!

Nachdem er mit der ärztlichen Hilfe von Prof. Sauerbruch halbwegs genesen war, wurde Stauffenberg nach Berlin zurückberufen. Zunächst wirkte er ab Oktober 1943 im „Allgemeinen Heeresamt" als Stabschef unter General Olbricht – seit langem ein Mann der Opposition. Durch diese Tätigkeit erhielt Stauffenberg wichtige Einblicke in die Abläufe des militärischen Apparates. Er nutzte die Kenntnisse geheimster Vorgänge, um im Kontakt mit anderen Verschwörern einen detaillierten Umsturzplan zu entwickeln.

Graf Stauffenberg (links)
mit Mertz von Quirnheim

Operation „Walküre" – der Plan des Umsturzes

„Walküre" war ein (nur) der militärischen und politischen Führung bekannter Geheimplan der Wehrmacht. Für den Fall innerer Unruhen (durch Zwangsarbeiter oder Kriegsgefangene) sollte der Befehlshaber des Ersatzheeres mit den in Deutschland stationierten Truppen, den Belagerungszustand ausrufen und die Armee das Kommando übernehmen.

Die Verschwörer formten diesen Plan für ihre Ziele um. Zunächst sollte der Diktator beseitigt werden. Damit würde die Bindung durch den militärischen Eid, den alle Militärs auf Hitler geschworen hatten, entfallen. Unter dem Vorwand, nach dem Ableben des „Führers" sei es durch einen Putschversuch von SS- und Parteiführern zu Unruhen gekommen, wollte man „Walküre" auslösen.

Es war beabsichtigt, wichtige Einrichtungen und NS-Machtzentralen handstreichartig zu besetzen und die dort Verantwortlichen festzunehmen. An ihre Stelle sollten Vertrauensleute des Widerstandes treten – berufen durch eine neue Führung in Deutschland, die sich aus Repräsentaten der Opposition zusammensetzen sollte: Beck (Staatsoberhaupt), Goerdeler (Regierungschef) und von Witzleben (militärische Leitung).

Für diesen Plan waren Befehle vorbereitet und Mitwisser informiert worden. Wie im besetzten Paris und in Wien, hielten sich in verschiedenen Teilen des Deutschen Reiches oppositionelle Offiziere bereit. Ihnen zur Seite standen ‚politische Beauftragte', die ebenfalls das Vertrauen der Verschwörer hatten. Carl Goerdeler, zu dessen Regierungsmannschaft Vertreter bürgerlicher, christlicher und sozialisti-

scher Kreise zählten, sollte eine Regierungserklärung an das Deutsche Volk abgeben, das Ende der NS-Diktatur verkünden und die Entschlossenheit kundtun, den schrecklichen Krieg zu beenden.

Suche nach einem Attentäter

Zehlendorf-West, Militärlager Düppel

Noch blieb offen, wer ein Attentat auf Hitler verüben konnte. Es war ein schwieriges Vorhaben, denn die Sicherheitsvorkehrungen waren so einschneidend, daß kaum jemand in die Nähe des „Führers" gelangen konnte.

Durch Vermittlung des jungen v. d. Schulenburg kam es im Oktober 1943 im Militärlager Düppel zu einer Zusammenkunft Stauffenbergs mit Axel von dem Bussche. (Im November erfolgte ein weiteres Gespräch.) Der Offizier erklärte sich bereit, den Anschlag auszuführen.

Anläßlich einer Vorführung von Ausrüstungs- und Uniformstücken wollte von dem Bussche Sprengstoff bei sich tragen. Im entscheidenden Augenblick beabsichtigte er, die Bombe zu zünden, auf Hitler zu springen und ihn bis zur Explosion umklammert zu halten. Doch es gelang nicht, eine solche Vorführung zu arrangieren. Hitler vermied feste Zusagen und Verabredungen und durchkreuzte dadurch zahlreiche Attentatspläne.

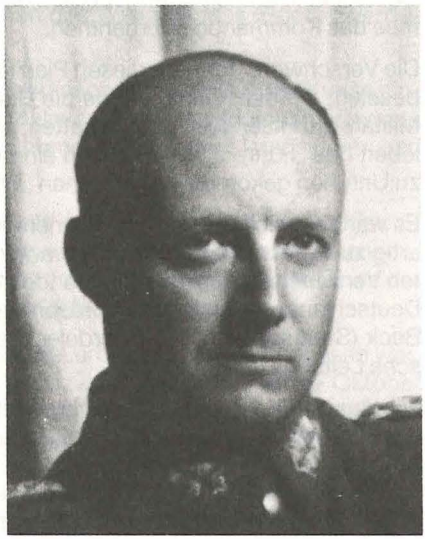
Von dem Bussche wurde bald darauf schwer verwundet. Statt seiner stellte sich nun Ewald Heinrich von Kleist für einen Anschlag zur Verfügung, doch auch dieser Plan scheiterte.

Schließlich eröffnete sich für Stauffenberg selbst die Möglichkeit, das Attentat zu verüben. Am 1.Juli 1944 wurde er Chef des Stabes beim Befehlshaber des Ersatzheeres und Chefs der Heeresleitung und bekam nun direkten Zugang zu Adolf Hitler.

Beim Sekretariat der Verschwörer

Grunewald, Erdener Straße 4

Tresckow und Stauffenberg hatten die Befehle für den Umsturz ausgearbeitet. Heimlich getippt wurden sie durch Margarete von Oven, die spätere Gräfin Hardenberg.



Henning von Tresckow

Über ihre Kontakte mit Henning von Tresckow berichtet sie:

„[Wir] trafen ... uns ...immer unter freiem Himmel, damit man nicht abgehört wurde... Wir haben uns meistens im Grunewald getroffen, und dort hat er mir diese Sachen erläutert, an Hand des Konzepts. Die habe ich dann in meiner Privatwohnung Erdener Straße [4] geschrieben. Henning hatte verlangt, daß ich es mit Handschuhen schrieb – das war natürlich immer etwas mühsam – [und] daß ich das Konzept nie mit den bloßen Händen anfaßte."
Der erste Befehl lautete:
„›Der Führer Adolf Hitler ist tot!‹ So fing es an, und dann ging es los. Ich muß sagen, daß mir das einiges Herzklopfen gemacht hat."

Die Schaltzentrale der Verschwörung

Tiergarten, Bendlerstraße 14 – Befehlshaber des Ersatzheeres
(heute: Gedenkstätte Deutscher Widerstand ‚Stauffenbergstraße')

Gerade erst zum Chef des Stabes beim Befehlshaber des Ersatzheeres ernannt, gerieten Stauffenberg und seine Mitverschwörer mit ihren Umsturzplänen unter zeitlichen Druck. Den immer näherrückenden Truppen der Alliierten mußte gezeigt werden, daß Deutschland sich aus eigener Kraft befreien kann. (Falls die Gegner überhaupt noch bereit waren zu verhandeln!)

Zudem war Anfang Juli 1944 Stauffenbergs Freund Julius Leber zusammen mit Prof. Reichwein in die Hände der Gestapo gefallen. Mit Zustimmung Stauffenbergs und Billigung eines Teils der Verschwörer hatten die beiden Sozialdemokraten Kontakt zur Leitung der illegalen KPD aufgenommen. Doch in deren Reihen saß ein Spitzel (Rambow). Er verriet die zweite Begegnung. Niemand wußte, wie lange die Verhafteten unter der Folter schweigen konnten.

Zweimal hatte Stauffenberg im Juli 1944 die Möglichkeit zum Anschlag vorübergehen lassen (müssen). Er war entschlossen, bei der nächsten Gelegenheit zu handeln.

Schon für Donnerstag, den 20. Juli, wurde eine militärische Besprechung angesetzt. Ort: Hitlers Hauptquartier „Wolfsschanze" bei Rastenburg in Ostpreußen. Am Abend zuvor lagerte im Schrank der Stauffenbergschen Villa Sprengstoff.

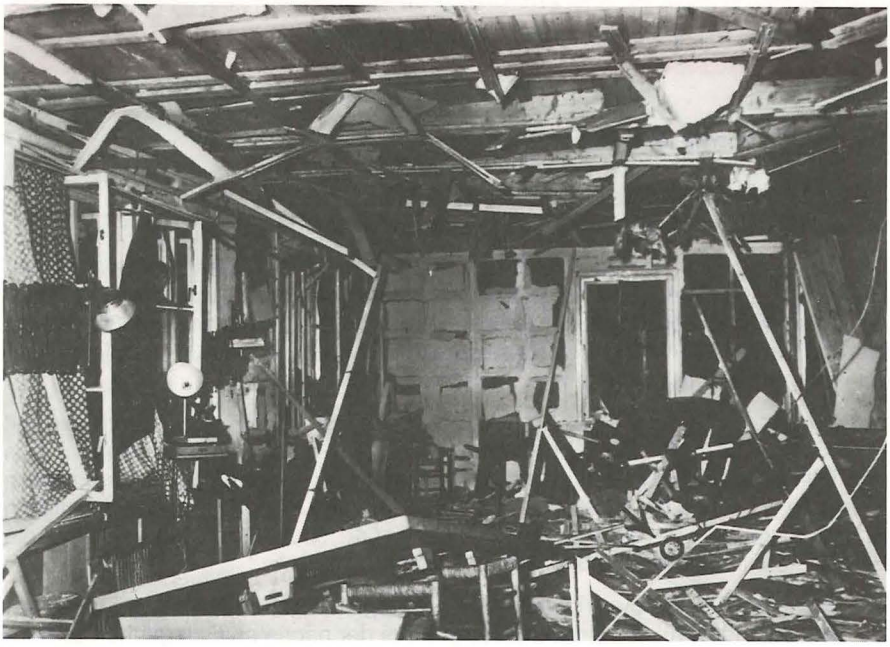
20. Juli 1944

Der 20. Juli 1944 war ein heißer und drückender Tag.

Stauffenberg flog nach Ostpreußen. Dort angekommen, setzte er kurz vor der Besprechung den Zündmechanismus der in seiner Aktentasche verborgenen Bombe in Gang. Sie wurde in der Nähe des Diktators plaziert. (Unglücklicherweise stellte sie ein Dritter kurz danach weg.) Unter einem Vorwand verließ Stauffenberg den Ort der Besprechung. Aus der Entfernung vernahm er die Explosion und wähnte Hitler tot. Dies berichtete er auch Stunden später in Berlin.

Stauffenberg mußte schnell nach Berlin zurück, denn hinsichtlich der Durchführung der „Walküre"-Aktion war er unersetzbar.

Es war eine fast unüberwindbare Belastung des 20. Juli, daß ein Mann (Stauffenberg) zwei Aufgaben zu lösen hatte, für die jeweils eine Persönlichkeit nötig gewesen wäre: Anschlag und Staatsstreichdurchführung. Aber nur er hatte aus dem engeren Verschwörerkreis noch Zutritt zum Lagebunker Hitlers, und nur er besaß die wichtige Schlüsselstellung im Ersatzheer: die faktische Befehlsgewalt über die Walküre-Maßnahmen. Darum durfte er sich beim Anschlag nicht opfern.



Lagebunker nach dem Attentat

Stauffenbergs Attentat mißlang. Hitler überlebte (wenn auch verletzt) den Bombenanschlag. In der entstandenen Verwirrung vergingen kostbare Stunden, ohne daß gehandelt werden konnte. Als die Verschwörer – nach Stauffenbergs Ankunft – schließlich daran gingen, „Walküre" auszulösen, hatte sich die NS-Führung vom ersten Schock längst erholt und bereits Gegenmaßnahmen eingeleitet.

Am Abend des 20. Juli war der Aufstand gescheitert. Generaloberst Beck nahm sich das Leben. Oberst von Stauffenberg, sein Adjutant von Haeften, General Olbricht und sein enger Mitarbeiter Mertz von Quirnheim wurden standrechtlich erschossen.

Bevor die Gewehrsalven im Hof des Bendlerblocks zu hören waren, vernahm man Stauffenbergs letzte Worte: „Es lebe das heilige Deutschland!"

Ein Grab in Schöneberg

Matthäus-Friedhof, Großgörschenstraße

Diese ersten Opfer aus dem Kreis der Verschwörer fanden auf einem Friedhof in Schöneberg eine vorläufige Ruhestätte, doch schon nach wenigen Stunden schaffte man die Leichname ins Krematorium Wedding. Ihre Asche wurde anschließend über die Rieselfelder verstreut.
An die Männer des Widerstandes sollte kein Grab erinnern dürfen.

Beteiligte und Mitwisser der Verschwörung

Nach dem Fehlschlag des Aufstandes begann eine große Verfolgungsjagd nach den Beteiligten, ihren Helfern und Mitwissern. Mehr als 7000 Personen wurden verhaftet.
Über 200 Menschen erhielten vom berüchtigten Volksgerichtshof (VGH) das Todesurteil. Andere bekamen hohe Zuchthaus- und Gefängnisstrafen. Im Zuge der Sippenhaft sperrte man auch Familienmitglieder ein.

Unter den später hingerichteten Beteiligten und Mitwissern der Verschwörung des 20. Juli 1944 waren viele Berliner aus dem bürgerlichen Südwesten. Sie stießen zu verschiedenen Zeiten, aus unterschiedlichen Gründen und mit abweichender politischer Vergangenheit zum Kreis der Opposition:

General Friedrich Olbricht

Dahlem, Wildpfad 24

General Friedrich Olbricht war eine Schlüsselfigur der Verschwörung. Ohne seine Rückendeckung hätte Stauffenberg nicht agieren können.

Der 1888 als Sohn eines Mathematikprofessors geborene Sachse war Berufssoldat. Nach 1933 wurde er Stabschef der Dresdener Division und dann ab 1935 des in Dresden stationierten IV. Armeekorps. Bereits zu dieser Zeit unterhielt er freundschaftliche Beziehungen zu kritischen Militärs (von Witzleben, Oster, Thomas) sowie zum Leipziger Oberbürgermeister Carl Goerdeler. Schon in der Auseinandersetzung um die Fritsch-Affäre (siehe Seite 150) bemühte sich Olbricht um die Rehabilitierung des durch Intrigen gestürzten Generalobersten. Das Zögern und die Uneinigkeit der hohen Generalität befremdete Olbricht sehr.

Seit 1938 verdichtete und intensivierte er seine Kontakte zu oppositionellen militärischen und bürgerlichen Kreisen. Dort schätzte man den eher zurückhaltenden Mann als gebildeten, besonnenen und geradlinigen Charakter. Schon früh war er an Staatsstreichplänen beteiligt.

Entscheidend für spätere Planungen der Verschwörer war die 1940 erfolgte Berufung Olbrichts zum Chef des Allgemeinen Heeresamtes. Nun konnte er endlich an zentraler Stelle auf den Sturz Hitlers hinarbeiten. 1943 verständigte er sich mit den zur Tat drängenden jungen Offizieren Henning von Tresckow (Heeresgruppe Mitte) und Stauffenberg (seit Oktober 1943 Olbrichts Stabschef) dahingehend, daß im Allgemeinen Heeresamt die Vorbereitungen für den Staatsstreich getroffen werden sollten. Soweit es ihm möglich war, versuchte Olbricht, oppositionelle Offiziere in die verschiedenen Stäbe einzuschleusen.

Am 20. Juli 1944 zählte General Olbricht zu den Hauptverantwortlichen der Aktion im Bendlerblock.
Er wurde eines der ersten Opfer. Wie Stauffenberg wurde er standrechtlich erschossen.

Cäsar von Hofacker

Zehlendorf, Chamberlainstraße 12 (heute: Niklasstraße)

Der Jurist war der wichtigste Verbindungsmann der Verschwörer im von deutschen Truppen besetzten Teil Frankreichs und seit 1943 Adjutant des dortigen Militärbefehlshabers General von Stülpnagel, der schon 1938 zur Aktion gegen Hitler bereit war.

Durch seinen Freund, den jungen v. d. Schulenburg, war Hofacker seit 1942 über den Stand der Berliner Widerstandspläne informiert.

Es war vor allem von Hofacker, der in Paris für die schnelle und erfolgreiche Umsetzung der „Walküre"-Befehle sorgte. Von seinem Vetter Stauffenberg darüber informiert, daß Hitler tot und der Putsch angelaufen sei, unterrichtete von Hofacker den Militärbefehlshaber von Frankreich.

Tatsächlich glückte in Paris (und in Wien), was in Deutschland fehlschlug. Nach vorbereiteten Plänen rückten Truppen aus, besetzten SS- und Gestapo-Zentren und nahmen die Verantwortlichen sowie ihre Helfer fest.

Nach dem Scheitern des Aufstandes im Reich wurde von Hofacker verhaftet. Die Gestapo folterte ihn.

Vom VGH zum Tode verurteilt, wurde von Hofacker am 20. Dezember 1944 in Plötzensee hingerichtet.

Erich Fellgiebel

Steglitz, Wrangelstraße 10

Der 1886 geborene Berufssoldat war ein hochgebildeter und sehr geschätzter Offizier. Seine aufrechte Gesinnung ließ ihn schon vor dem Ausbruch des Krieges deutlich auf Distanz zum Nazi-Regime gehen.

Von 1939–1944 war er als General der Nachrichtentruppen tätig. Am 20. Juli 1944 fiel ihm eine sehr wichtige Aufgabe im Führerhauptquartier zu. Fellgiebel bekam mit, daß Hitler den Anschlag überlebt hatte.

Doch die einmal begonnene Aktion sollte (mußte) trotzdem fortgesetzt werden. Es gelang dem General per Telefon, die Verschwörer in der Berliner Bendlerstraße mit verschlüsselten Worten darüber zu informieren, daß „etwas Furchtbares" sich ereignet hatte: „Der Führer lebt".

Um die Planungen der Verschwörer dennoch zu retten, gelang es Fellgiebel tatsächlich, die Nachrichtenverbindungen mit dem „Führerhauptquartier" unverzüglich zu blockieren. Doch die Zeit reichte nicht aus. Das NS-Regime ergriff Gegenmaßnahmen. Auch Fellgiebel nahm man fest. Die Möglichkeit, zuvor Selbstmord zu verüben, lehnte er ab: „Man steht, man tut das nicht".

Unerwartet kam dann aber für ihn und andere Offiziere der Ausstoß aus der Wehrmacht. Dadurch entzog man sie der Militärgerichtsbarkeit.

Der VGH verurteilte den General zum Tode. Am 4. September 1944 richtete man ihn mit seinen nächsten Untergebenen (darunter Oberst Hahn) in Plötzensee hin.

Kurt Hahn

Lichterfelde, Lorenzstraße 8

Oberst Hahn war bei General Fellgiebel Chef des Stabes in Ostpreußen. Auf Fellgiebels Befehl hin half er, am 20. Juli 1944 die Nachrichtenkanäle zu sperren.

Fellgiebels Standhaftigkeit war es zu verdanken, daß Hahn erst am 12. August 1944 verhaftet wurde. Drei Wochen lang hatte der General der Folter standgehalten und konnte so seine nächsten Vertrauten schützen, neben Kurt Hahn auch Oberst Kurt Haßel vom Militärlager Düppel. Die Gestapo kam jedoch durch andere Vernehmungen auf die Spur der Männer im Nachrichtenapparat.

Zusammen mit General Fellgiebel und Generalleutnant Fritz Thiele fand Oberst Hahn am 4. September 1944 in Plötzensee den Tod. (Kurt Haßel überlebte.)

Werner von Haeften

Lichterfelde, Margaretenstraße 19 a

Als Stauffenberg am 20. Juli 1944 nach Rastenburg flog, wurde er von seinem Adjutanten Werner von Haeften begleitet. Er stammte aus einer alten Offiziersfamilie und fühlte sich dieser Tradition sehr verpflichtet. Der frühere Konfirmand Niemöllers war zudem von tiefer christlicher Überzeugung.

Während sein Bruder, Legationsrat Hans-Bernd von Haeften, Mitglied des „Kreisauer Kreises", als überzeugter Gegner eines Anschlages auf Hitler galt, drängte der jüngere Oberleutnant zur Tat. Durchdrungen von der eigenen Verantwortung, konnte er sich zuletzt kaum noch gedulden. Andere (darunter Bonhoeffer) mahnten ihn zur Besonnenheit und zum klugen Planen.

Nach dem Scheitern gehörte er zu den ersten Opfern. Im Hof des Bendlerblocks wurde er standrechtlich erschossen.

Gustav von Ziehlberg

Lichterfelde, Goethestraße 7 (heute: 26)

Der Berufssoldat Gustav von Ziehlberg war seit 1936 im Reichswehrministerium in Berlin tätig. Während dieser Zeit kam er mit Generaloberst Beck zusammen, der privat nur zwei Häuser weiter (Nr. 9) wohnte. Der intensive Kontakt blieb auch nach dem Rücktritt Becks als Generaloberst bestehen.

Im 2. Weltkrieg diente von Ziehlberg als Regiments- und Divisionskommandeur in Italien und an der Ostfront. Dabei verlor er einen Arm, ging aber nach der Genesung wieder an die Front. Im November 1944 wurde er in Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 verhaftet und am 2. Februar 1945 als Generalleutnant in der Spandauer Murellenschlucht (Wehrmachtserschießungsgelände) hingerichtet.

Ernst Munzinger

Wannsee, Tristanstraße 14–16

Der wegen seiner Beteiligung am 20. Juli 1944 verhaftete Oberstleutnant starb noch in den letzten Stunden des „Dritten Reiches". Am 23. April 1945 holte die SS ihn und andere prominente Häftlinge um 1 Uhr früh aus dem Gefängnis Lehrter Straße. Sie wurden auf einem nahegelegenen Gelände erschossen.

Admiral Wilhelm Canaris

Schlachtensee, Betazeile 17 (heute: Waldsängerpfad)

Admiral Wilhelm Canaris war seit Januar 1935 Chef der Abwehrabteilung des Kriegsministeriums (später Amt Ausland/Abwehr des OKW) und damit Leiter des militärischen Geheimdienstes. Die bis dahin eher kleine Behörde baute er systematisch aus. Dies führte bald zu anhaltenden Kompetenz- und Machtkämpfen mit dem Sicherheitsdienst (SD) der SS, obwohl Canaris sich mit dessen Leiter Heydrich lange Zeit persönlich gut verstand.

Dem NS-Regime stand der Admiral zunächst keineswegs ablehnend gegenüber. Schon in der Weimarer Republik hatte der Sympathisant des Kapp-Putsches Verbindungen zu rechtsextremen Kreisen. So hielt er zum Beispiel auch später freundschaftliche Beziehungen zum spanischen Diktator Franco aufrecht.

Canaris bekam zunehmend intensivere Kontakte zur NS-Führung und somit Einblick in deren üble Verbrechen. Obwohl bei diesem kultivierten Mann die ernsten Zweifel wuchsen, verhinderten vermutlich seine ausgeprägte Angst vor dem Kommunismus und die Furcht vor einem totalen Untergang des Deutschen Reiches den völligen Bruch mit dem NS-Regime. Den Werten der konservativ-aristokratischen Zeit vor dem 1. Weltkrieg verpflichtet, hoffte Canaris, der Nationalsozialismus ließe sich „zähmen" und in die „gemäßigtere" Form eines autoritären Machtstaates überführen.

Die Idee, deutsche Juden mit einem Stern zu kennzeichnen, stammte (1935/36) von Wilhelm Canaris. Als Teil eines totalitären Systems waren auch Kräfte seines Abwehrdienstes in Unrechtstaten verwickelt. Andererseits ist es unbestreitbar, daß der Admiral wichtige Männer der Opposition, darunter seinen Stabschef General Hans Oster und dessen rechte Hand, Hans von Dohnanyi, deckte und schützte. Zahlreiche Hilfsmaßnahmen und Verbindungen (Seite 40, 116 und 164) belegen Canaris Gegnerschaft und seine Sympathien für einen Umsturz, doch er selbst war kein aktiver Verschwörer.

Durch Mißerfolge und Skandale im Amt belastet, verlor er im Februar 1944 seine Funktion. Nach dem 20. Juli 1944 verhaftete man ihn, denn es hatte sich bei den Verfolgungsbehörden der Eindruck verdichtet, daß Canaris jahrelang zumindest ein Mitwisser von Umsturzvorbereitungen gewesen war.

Unter der Folter zusammengebrochen, gestand ein Widerstandskämpfer:

„Canaris war bestrebt, solche Leute ins Ausland zu bringen, die nicht mit dem nationalsozialistischen Regime einverstanden waren, darunter auch zahlreiche Juden, kirchliche Gebundene usw."

Noch kurz vor Kriegsende wurde der Admiral im KZ Flossenbürg ermordet. Mit ihm starben Hans Oster und Dietrich Bonhoeffer, der enge Kontakte zur Abwehr besaß.

Canaris ist bis heute seiner Widersprüchlichkeit wegen umstritten.

Graf Helldorf

Zehlendorf, Argentinische Allee 28

Viel problematischer als die Rolle Canaris' ist für manche Kritiker die Teilnahme des Berliner Polizeipräsidenten Graf Helldorf an der Verschwörung des 20. Juli 1944.

Helldorf, in dem einige eher einen Abenteurer als einen überzeugten Nationalsozialisten sehen, war in der Zeit der Weimarer Republik Teilnehmer am rechtsextremen Kapp-Putsch gewesen und hatte deshalb Deutschland für vier Jahre verlassen müssen.

Ab 1925 betätigte er sich als Landtagsabgeordneter der NSDAP und ab 1931 als Führer der SA Berlin-Brandenburg, Hitlers brauner Bürgerkriegsarmee.

Im März 1933 wurde Helldorf Polizeipräsident von Potsdam und dann im Juli 1935 Berliner Polizeipräsident. Unter Ausnutzung seines Amtes soll er zwielichtige Geschäfte gemacht haben: Pässe wohlhabender Juden zog er zunächst ein und gab sie dann zu Höchstpreisen zurück.

Seit 1938 hatte er Kontakte zu bürgerlichen und militärischen Oppositionellen. Nach deren Plan sollte Helldorf zusammen mit seinem damaligen Stellvertreter (v. d. Schulenburg) nach dem Ausbruch eines Putsches für die Neutralität der Polizei sorgen.

Arthur Nebe

Zehlendorf, Hoensbroechstraße 59 (h: Ilsensteinweg)

Ausgeprägter als Graf Helldorf besaß der Chef des Reichskriminalamtes A. Nebe seit 1938 Verbindungen zu Widerstandskreisen. Aber auch Nebe hatte keinen geringen Anteil am Aufbau des totalitären NS-Staates.

Hinzu kommt, daß er als SS-Gruppenführer von Juni bis November 1941 auf Anordnung Himmlers eine der berüchtigten Einsatzgruppen kommandierte. Er übernahm diese Aufgabe wohl hauptsächlich auf Bitten seiner Freunde Gisevius und Oster. Die oppositionellen Abwehrmänner wollten, daß Nebe seine wichtige Funktion bei der Kriminalpolizei behielt. Doch Nebe ahnte vermutlich, welches blutige Handwerk die Einsatzgruppen im Rücken der Front betrieben: Massenerschießungen von Juden. Nebe meldete offiziell ‚reichlichen Vollzug', soll aber tatsächlich versucht haben, Morde zu verhindern.

Trotz dieser Belastung wollten Widerstandskreise nicht auf ihn verzichten: Wie Helldorf im Berliner Polizeiapparat war Nebes Kripo ein wichtiger Faktor im Falle eines Umsturzes.

Im Rahmen der „Walküre"-Aktion war geplant, daß eine Gruppe (durch Nebe bereitgestellter) zuverlässiger Kriminalbeamter die wichtigsten Funktionäre und Würdenträger des Regimes in Berlin verhaftet.

Nach dem 20. Juli 1944 mußte er – bislang keiner Gefahr ausgesetzt – infolge der Verhaftung Helldorfs die eigene Festnahme fürchten. Helldorf wurde bereits im August 1944 hingerichtet. Nebe tauchte zusammen mit Dr. Gisevius unter. Freunde, wie der Zehlendorfer Pfarrer Böhm (siehe Seite 52), halfen dabei. Mit falschen Papieren konnte Gisevius im Januar 1945 in die Schweiz entkommen. Nebe geriet durch (erpreßte) Aussagen einer Bekannten in die Hände der Gestapo. Vom VGH zum Tode verurteilt, wurde er im März 1945 hingerichtet.

Hans Bernd Gisevius

Nikolassee, Westhofener Weg 40

Der Jurist Hans Bernd Gisevius war einer der wenigen Überlebenden aus dem aktiven Kreis der Berliner Verschwörer. Gisevius (1904–1974) kam aus der deutschnationalen Partei und hatte dort als Jugendführer gewirkt. 1933 trat er der NSDAP bei. Entsetzt erlebte er im Jahr der „Machtergreifung" das brutale Morden der SA. Zunächst Gestapobeamter bei seinem Freund Nebe, dann im Reichsinnenministerium und bei der Kriminalpolizei (bis 1936) tätig, fand er 1937/38 engen Kontakt zum bürgerlich-militärischen Widerstand. Der dynamische Gisevius registrierte verzweifelt das ständige Zaudern und Zögern der hohen Generalität. Trotzdem sah er im Militär die einzige, potentiell wirksame Widerstandskraft.

Nicht zuletzt Gisevius war es zu verdanken, daß die Hintergründe der „Fritsch-Krise“ (Seite 150) aufgedeckt wurden. Doch der Hauptbetroffene war wie gelähmt und brachte die Kraft zum Widerstand nicht auf.

Im Krieg erhielt Gisevius eine wichtige Aufgabe durch die militärische Abwehr. Getarnt als Vizekonsul im deutschen Generalkonsulat in Zürich, war er in der Gegenspionage aktiv. Dabei gelang es ihm, in der Schweiz Kontakt zum Leiter des amerikanischen Nachrichtendienstes (Allen Dulles) zu bekommen, den er über Aktivitäten und Pläne des bürgerlich-militärischen Widerstandes informierte und dem er auch Denkschriften Becks und Goerdelers übergab.

Kurz vor dem 20. Juli 1944 kam Gisevius nach Berlin zurück und nahm an Besprechungen der Verschwörer teil. Am Tag des Attentats befand er sich in der Bendlerstraße.
Nachdem er mehrere Monate im Verborgenen gelebt hatte, konnte er weiteren Verfolgungen durch Flucht in die Schweiz entgehen.

(Nach dem Krieg legte er mit dem Buch „Bis zum bitteren Ende“ einen packenden, aber auch sehr subjektiven Erlebnisbericht vor. Darin kritisiert er Stauffenbergs angebliche ‚Orientierung nach dem Osten‘.)

Friedrich Karl Klausing

Zehlendorf, Am Fischtal 72 a
(bei Gaupp)

Auch beim 1920 geborenen jungen Klausing fand der Nationalsozialismus zunächst ehrliche Sympathie.

Aufgrund seiner Erfahrungen als junger Offizier an der Front und seiner frühzeitigen, schweren Verletzung kamen ihm zunehmend Zweifel am Sinn des Krieges. Die wachsende Distanz zum Regime wurde durch Gespräche mit dem älteren Freund Fritz v. d. Schulenburg, der Klausing schließlich für den Widerstand gewann, verstärkt.

Klausing wirkte (für einige Zeit) als Adjutant Stauffenbergs.

Trotz einer Erkrankung ging er am 20. Juli 1944 in die Bendlerstraße, um von dort aus Kontakt zu Mitverschwörern im Infanterie-Regiment 9 (Potsdam) zu halten.

Tief erschüttert mußte er die Verhaftung und Erschießung Stauffenbergs miterleben, konnte aber selbst noch in der Nacht entkommen. Zunächst fand er Zuflucht im Haus der Ärztin Vera Gaupp. (Am Fischtal 72 a). Nach langem inneren Ringen und entgegen dem Rat seiner Freunde stellte er sich freiwillig. Er empfand es als Pflicht der Kameradschaft, so zu handeln.

Am 8. August 1944 richtete man ihn in Plötzensee hin.

Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg

Zehlendorf, Ithweg 15

1902 als Nachkomme eines alten mecklenburgischen Geschlechts geboren, fühlte sich der Jurist konservativer Tradition verbunden und war zunächst kein Gegner der NSDAP. Seine Sympathien gehörten dem Ziel, „Sozialismus" und „Nation" miteinander zu verbinden, wie es der Führer des „linken" NSDAP-Flügels Gregor Strasser verkündete.

Der wegen seiner Einstellung „Roter Graf" genannte v. d. Schulenburg wurde schnell enttäuscht. zudem hatte er starke Bedenken gegen die Person Hitlers. Die permanenten Rechtsbrüche des NS-Systems und besonders die Ermordung Gregor Strassers anläßlich der „Röhm-Revolte" (Juni 1934) empörten ihn.

Unter dem Eindruck der Fritsch-Krise (Seite 150) brach er endgültig mit dem Nationalsozialismus und begann den Kampf gegen das Regime.

Um das System von innen her zu verändern, nahm er 1937 das Angebot an, stellvertretender Polizeipräsident von Berlin zu werden. Doch längst hatte er das Mißtrauen führender Nazis erregt. 1939 wurde er stellvertretender Oberpräsident von Ober- und Niederschlesien. Er wollte sein Amt nutzen, um in einer Zeit staatlicher Willkür ein positives Gegenbeispiel zu setzen. Doch er geriet mit der Partei in Konflikt und galt von nun an als politisch nicht mehr tragbar.

Zu Beginn des Krieges ging er als Offizier zur Wehrmacht. Unerschrocken und mit äußerer Gelassenheit und Ruhe begann er, intensive Kontakte zu oppositionellen Persönlichkeiten und Gruppen zu knüpfen: zum Kreisauer Kreis, zu Stauffenberg, Beck, Popitz und Goerdeler, an deren Verfassungsentwürfen er mitarbeitete. Besonders widmete er sich dabei dem Problem der Vereinbarkeit der industriellen Massengesellschaft mit den Anforderungen einer funktionierenden Demokratie.

Konsequent drängte er auf einen Anschlag und war wiederholt an verschiedenen Attentatsplänen beteiligt. Er spürte auch viele Gleichgesonnene auf und knüpfte wichtige Verbindungen.

Eine Regierung Goerdeler sah ihn, den Fachmann für die innere Verwaltung, als Staatssekretär im Innenministerium vor.
Am 20. Juli 1944 beteiligte sich v. d. Schulenburg aktiv an den Staatsstreichaktionen in der Bendlerstraße. Auch was die Verbindung zum Potsdamer Infanterie-Regiment 9 anbetraf, nahm er eine Schlüsselposition ein; dort standen am Abend des ereignisreichen Tages den Verschwörern zwei Kompanien und eine Infanteriegeschütz-Kompanie in voller Ausrüstung zur Verfügung.

Graf von der Schulenburg

Vor dem VGH trat v. d. Schulenburg selbstbewußt und mit Bekennermut auf: „Wir haben diese Tat auf uns genommen, um Deutschland vor einem namenlosen Elend zu bewahren. Ich bin mir klar, daß ich daraufhin gehängt werde, aber ich bereue meine Tat nicht."

Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg wurde am 10. August 1944 in Plötzensee hingerichtet.

Aus dem Abschiedsbrief:

„Was wir getan haben, war unzulänglich, aber am Ende wird die Geschiche richten und uns freisprechen... Du weißt, daß mich *auch* die Liebe zum Vaterland trieb."

Kommunistischer Widerstand

Als Arbeiterpartei hatte die KPD „naturgemäß" in den besseren, ja exklusiven Wohngegenden des Berliner Südwestens viel weniger Anhang als in den proletarischen Quartieren des Nordens und Ostens der Stadt. Zudem waren die Kommunisten gegen Ende der Weimarer Republik größtenteils eine Partei der Arbeitslosen geworden. Aber auch unter den Intellektuellen und Besserverdienenden hatte sie ihre Anhänger. Viele von ihnen mußten nach 1933 emigrieren oder fielen den „Säuberungen" – etwa in der Zehlendorfer Fischtalsiedlung – zum Opfer.

Bestehen blieben aber auch nach der „Machtergreifung" der Nazis jene eingesprengten „Arme-Leute-Ecken" (Laubenkolonien, billigste Mietwohnungen), in denen die KPD einen gewissen Einfluß hatte. Doch Zeitzeugen berichten auch hier von zahlreichen „Überläufern", so aus der Lichterfelder Park-Kolonie, in der es häufig zu Schlägereien und Razzien gekommen war.

Nur eine Minderheit wirklich standhafter Kommunisten blieb den alten Idealen treu. Zu ihnen zählte die Familie Pampuch.

Der Weg einer Steglitzer Arbeiterfamilie

Steglitz, Herderstraße 7, Körnerstraße 5 – Wohnungen der Familie Pampuch

Vater Thomas Pampuch war von Beruf Schuhmacher. Als sich die SPD im Ersten Weltkrieg (1914–1918) spaltete, hielt er zu den pazifistischen Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD), deren starker linker Flügel sich 1920 mit der bis dahin eher einflußlosen KPD zusammenschloß.

So gehörten die Söhne Pampuchs zunächst der (von Hans Jendretzky geleiteten) Kindergruppe der USPD an, dann der von Hans Rotziegel und Gertrud Müller (Blenkle) betreuten kommunistischen Jugendgruppe. Später waren sie in den Reihen des Jugendverbandes der KPD, der in Steglitz über 100 Personen umfaßte. Bernhard Pampuch wirkte zeitweise als Politischer Leiter dieser Organisation und gehörte dadurch, wie der Bezirksverordnete Robert Marquardt, zur Führungsgruppe der Steglitzer KPD.

Sein Bruder Bruno Pampuch war mehr bei den Arbeitersportlern aktiv (Fichte „Südwest"). Da der kommunistische Fichtesportverein Turnhallen nicht benutzen durfte, übten sie in einem Atelier in der Schützenstraße unter ihren Trainern Bruno Dochow (Jiu-Jitsu) und Fritz Markuse (vom jüdischen Boxclub Makkabi).

Terror

Während Bernhard Pampuch zur Zeit der „Machtergreifung" Hitlers (1933) noch im Ausland weilte, wurden sein Vater und seine zwei Brüder als Angehörige einer bekannten kommunistischen Familie verschleppt und für vier Wochen eingesperrt.

Auch im Süden Berlins wütete der SA-Terror gegen Funktionäre und Anhänger der Arbeiterbewegung; einer der Orte des Schreckens wurde das Jugendheim in der Albrechtstraße (am Stadtpark).

Eine Zeitzeugin: „Zahlreiche Genossen der kommunistischen Jugend wurden hier eingesperrt und mißhandelt. Ins Wasser gestellt, setzte man sie der Kälte aus."

Bruno Pampuch erinnert sich an die Niederlage der Arbeiterbewegung:

„1931/32, als die Nazis hier schon stark waren, mußten wir selbst unser Arbeiterlokal Gramatke [Canovastraße 5] verteidigen. Aber die Nazis waren besser organisiert, und wir waren keine Schlägertrupps. Die Ideologie sollte doch siegen und nicht der Terror!

1933 war dann nicht mehr viel übrig von unserer linken Bewegung: ‚Bewaffnet euch nicht. Die sind ja höchstens ein Vierteljahr dran.' Aber dann ging es nach dem Reichstagsbrand los mit den Verhaftungen. Im Juli kamen sie zu uns. Nach vier Wochen sind wir wieder aus der SA-Haft 'rausgekommen. Danach trafen wir (Sportler) nur noch in Freundeskreisen zusammen, acht bis zehn Leute. Flugblätter wurden nicht mehr verbreitet. Wir waren selbst isoliert von den anderen, erfuhren aber, daß unser junger Fichtekamerad Willi Steinke (23) im KZ ‚verstarb' und daß Lilo Herrmann* hingerichtet wurde. Mein Bruder Bernhard hat weitergemacht, erzählte aber nichts davon."
(Bruno Pampuch wurde 1939 Soldat. Bis Mai 1949 blieb er in Gefangenschaft.)

* (Siehe Seite 128/129.)

Mord am Kilometerberg

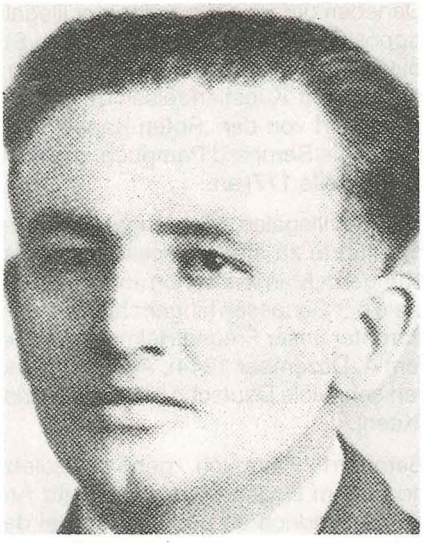
Zehlendorf, Ortsteil Wannsee

Im Februar 1934 verbreitete sich die bedrückende Nachricht von der Ermordung kommunistischer Funktionäre in Berlin-Wannsee. Die Untat war etwas abgelegen erfolgt: am Kilometerberg. An ihm vorbei führte eine große Straße von Berlin nach Potsdam. Unter den dort im Februar angeblich „auf der Flucht erschossenen" Personen befand sich John Schehr (1896–1934).

Nach der Verhaftung des KPD-Führers Ernst Thälmann im März 1933 hatte Schehr den Vorsitz der (nun illegalen) Partei übertragen bekommen. (Zwischen ihm und den Kommunisten Ulbricht und Schubert ging es innerhalb der Führung nicht ohne Rivalitäten ab.)

Im November 1933 fiel Schehr der Gestapo in die Hände, die zu Recht detaillierte Kenntnisse bei diesem hohen Funktionär vermutete. Auch durch furchtbare Quälereien – es soll ihm das linke Auge ausgeschlagen worden sein – brachte man ihn nicht zum Reden.

Als Anfang Februar 1934 der kommunistische Spitzel Kattner (er soll Thälmanns Aufenthaltsort verraten haben) aus Rache von einem Weddinger Kommunisten ermordet wurde, scheint die Gestapo einen Revancheakt durchgeführt zu haben.
Am 22. Februar verschleppte man Schehr sowie die Funktionäre Erich Steinfurth, Eugen Schönhaar und Rudolf Schwarz nach Wannsee, wo sie erschossen wurden.
Dem Wissenschaftler Hermann Weber zufolge informierte man damals die Öffentlichkeit so widersprüchlich, daß das Motiv der ‚Vergeltung' durchschimmerte.



John Schehr ▶

Bernhard Pampuchs illegale Arbeit

Im selben Jahr (1934) kehrte ein prominenter Steglitzer Kommunist nach Deutschland zurück: Bernhard Pampuch.
Er hatte zuvor (Sommer 1932) Wanda Bronska geheiratet, die Tochter eines bekannten polnischen Kommunisten (und späteren Opfer Stalins). Nun reiste er in seine vom Nazismus unterdrückte Heimat. Schon bald darauf griff die Gestapo zu. Fast ein Jahr lang sperrte man Pampuch – ohne jede gerichtliche Anklage! – ins KZ am Columbiadamm, eine ehemalige Militärarrestanstalt. Ende 1935 freigelassen, mußte er sich nun regelmäßig bei der Polizei melden. An illegale Arbeit war unter diesen Bedingungen zunächst nicht zu denken.

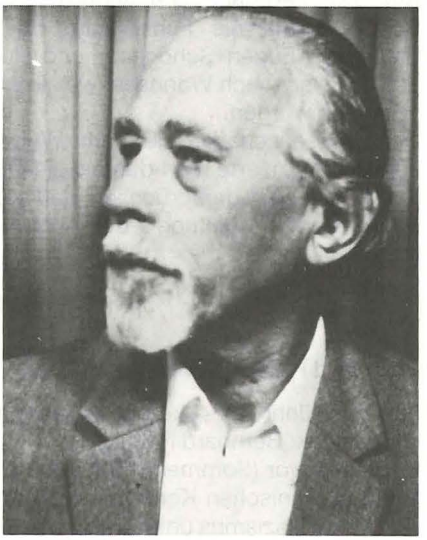
Einen ähnlichen Weg ging eine gute Freundin von ihm. Gertrud Keen erinnert sich:
„Als damals begeisterte junge Kommunistin hatte ich mich im Herbst 1934 in die leichtfertige KPD-Aktion einbinden lassen, am Grab Rosa Luxemburgs Blumen niederzulegen. Eine Woche vorher waren schon 50 junge Leute verhaftet worden. Ich kam für ein halbes Jahr ins KZ Moringen. (Erst dort schulten mich Mithäftlinge richtig.)
Nach Bernhards und meiner Entlassung aus der Haft machten wir zunächst Pause. Dann bildeten wir mit anderen eine illegale Gruppe. Ich kannte nur Bernhard und Heimbert Schwandt. Daß Paul Scholz* der eigentliche Kopf der Gruppe war, erfuhr ich erst nach der Befreiung vom Faschismus.
Unsere Widerstandsarbeit war vielfältig: Schulung, Verbreitung von Untergrundmaterial und Beistand für Familien Verfolgter."

* (Siehe Seite 171ff.)

Daneben unterhielten einige der illegal Arbeitenden wichtige Kontakte zu anderen oppositionellen Gruppen. Über den Steglitzer Alfred Goergens bekamen sie Verbindung zum jüdischen Kommunisten Herbert Baum. „Meika" (Gerda) Goergens, die viel mit Künstlerkreisen zu tun hatte, vermittelte Beziehungen zu Erika von Brockdorf von der „Roten Kapelle" (siehe Seite 176ff.). Meika Goergens gehörte auch, wie Bernhard Pampuch, der kommunistischen Betriebszelle bei Löwe-Opta (siehe Seite 177) an.

Das den Illegalen abverlangte Doppelleben führte zu starken seelischen Belastungen. „Man war schon ängstlich, weil viele der Genossen hingerichtet wurden, darunter unser Freund Helmuth Wagner (am 4. Dezember 1944). Außerdem waren sehr viele Deutsche gläubige Nazis" (Keen).

Bernhard Pampuch gehörte zuletzt noch dem illegalen Kreis um Ruth Andreas-Friedrich an und schrieb bei der NEIN-Aktion mit (siehe Seite 197).



Bernhard Pampuch ▶

(Nach 1945 wurde er politischer Leiter der Steglitzer KPD. Seiner unabhängigen Haltung wegen kam es bald zum Bruch mit der Partei. Das Sagen hatten wieder die „Linientreuen" wie Hilde Benjamin. Sie wurde später Justizministerin der DDR und gelangte zu trauriger Berühmtheit durch viele berüchtigte Schauprozesse.)

Robert Dewey – Leiter der KPD Steglitz/Zehlendorf

Steglitz, Albrechtstraße 132

Einen interessanten Einblick in die illegale Arbeit der KPD im Südwesten Berlins gewährt der Prozeß gegen Robert Dewey im März 1938. Er war Leiter des Unterbezirks (UB) Steglitz.

Der UB umschloß die Stadtteile: Steglitz, Lankwitz, Lichterfelde-West und Zehlendorf mit Dahlem und Schlachtensee. Zu diesen Wohnbereichen kamen Stützpunkte – kleine kommunistische Gruppen („Zellen") – in den Betrieben: Radio-Löwe (Steglitz), Zehlendorfer Spinnstoffabrik und (ebenfalls in Zehlendorf) die Firma Zeiss-Ikon. An der Spitze des UB stand der Politische Leiter (Pol.-Ltr.), ihm zur Seite der Organisatorische Leiter (Org.-Ltr.). Bis zu seiner Verhaftung am 10. Juni 1937 lag der Unterbezirk in den Händen von Robert Dewey.

Die Urteilsschrift des Volksgerichtshofes hebt hervor:

„Bei dem polizeilichen Zugriff im Sommer 1937 konnten außer dem Angeklagten Dewey allein im Unterbezirk Steglitz über 50 Funktionäre und Mitglieder, die nunmehr in anderen Verfahren verfolgt werden, erfaßt und eine weitere Anzahl von Beteiligten festgenommen werden."

Robert Dewey (geboren 1908) war ein früherer Steglitzer Sozialdemokrat. Bis zur Säuberung der Verwaltung durch die Nazis (April 1933) arbeitete er im Bezirksamt Prenzlauer Berg.

Im Frühjahr 1934 hatte Dewey beim Besuch der Steglitzer Handelsschule den kommunistischen Spitzenfunktionär Paul Scholz kennengelernt. Der warb ihn für die illegale Arbeit der KPD.

Deweys Widerstandstätigkeit erstreckte sich über drei Phasen:

- Zunächst „Schulung" von Mitgliedern einer Betriebszelle bei Radio-Löwe (ungefähr vier Personen, meistens Frauen)
- Von Ende 1934 bis November 1935 „Stadtteilleiter von Steglitz"
- Von November 1935 bis Juni 1937 „polit. Leiter" des gesamten UB Steglitz.

Kontakte zu Sozialdemokraten

Von der Berliner Leitung der KPD erhielt Dewey – über Paul Scholz – ebenfalls den Auftrag, den Zusammenhalt mit ehemaligen Mitgliedern seiner früheren Partei (SPD) zu wahren.

Jahrelang – auch nach Hitlers „Machtergreifung" – waren die Sozialdemokraten von der KPD als „Sozialfaschisten" diffamiert worden (obwohl es an der Basis zwischen Arbeitersportlern und Reichsbannerkameraden im bürgerlichen Südwesten auch positive Kontakte gab). Nach dem 7. Weltkongreß der Kommunistischen Internationalen (Sommer 1935) unternahm die KPD eine Kehrtwendung und bemühte sich nunmehr um ein einheitliches Vorgehen mit den Sozialdemokraten.

Für diese Aufgabe war Robert Dewey wie geschaffen. Zeitzeugen beschreiben ihn als eine undogmatische, gewinnende Persönlichkeit. Zudem kannte er sich im SPD-„Milieu" aus. Und so blieb er auch neben seiner (verborgenen) Arbeit für die KPD Mitglied einer illegalen sozialdemokratischen Gruppe von früheren Mitarbeitern der Bezirksverwaltung vom Prenzlauer Berg: darunter Erna Maraun (Lankwitz) und Ella Kay (nach 1945 Berliner Senatorin).

Ein anderer sozialdemokratischer Kontaktmann Deweys (und später von Paul Scholz) war der frühere Landgerichtsrat Michael Hirschberg. (Im März 1937 kam dieser Reichsbannerführer und Jude nach furchtbaren Mißhandlungen durch die Gestapo in der Haft ums Leben.)

Robert Dewey

Umstellung der illegalen Arbeit

In der Zeit von Deweys UB-Leitertätigkeit (1935–1937) strengte die KPD eine Verlagerung des Schwergewichts der illegalen Arbeit vom Wohn- auf den Betriebsbereich an. Man erhoffte sich mehr Sicherheit. Die sollte auch dadurch verstärkt werden, daß „Betriebszellen" einen direkten Kontakt zur Auslandsleitung der KPD (im Prager Exil) bekommen sollten. So nahm sich Dewey zunächst der Betriebe an. Bei Zeiss-Ikon besprach er sich mit dem Dreher H., dem Schlosser D., dem kaufmännischen Angestellten Pf. und der Kontoristin St. Man erörterte die Betriebssituation, nahm illegales Material entgegen und schulte sich politisch.

Zur „Betriebszelle" der Zehlendorfer „Spinne" hielt er Kontakt über einen Kollegen mit dem Decknamen „Flimmerfritze". Ein wichtiger Verbindungsmann in Zehlendorf war der KPD-Stadtteilleiter Fritz Ruthenberg. Er hatte seinen Bereich gut organisiert und führte monatlich zwischen 25 und 30 Reichsmark (Spenden und Beträge für Untergrundmaterial) ab.

Der Urteilsschrift des Gerichts zufolge bekam Dewey Bedenken über die richtige Organisation der illegalen Arbeit. Sorgen bereitete ihm danach auch die zunehmende diktatorische Entwicklung der Sowjetunion unter Stalin. Dreimal reiste Dewey in die CSR zur Auslandsleitung der KPD. Dort zeigte man sich zuerst an direkten Kontakten zu Betriebszellen interessiert, äußerte aber Besorgnis über unzureichende Sicherheitsmaßnahmen: In Berlin war zuvor (Ende 1936) der illegale Apparat der Schöneberger KPD hochgegangen, ein schwerer Aderlaß für die Berliner Partei.

Haft für Dewey und Scholz

Vor einem weiteren Treffen in Prag wurde Dewey verhaftet. Der Volksgerichtshof verurteilte ihn schließlich am 18. März 1938 zu 15 Jahren Haft. Wie viele Berliner Kommunisten kam Dewey ins Zuchthaus Brandenburg.

Paul Scholz war bereits im Oktober 1936 zu einer mehrjährigen Strafe verurteilt worden. Er hatte für die Berliner KPD-Leitung die illegale Arbeit in Schöneberg, Steglitz, Zehlendorf und (vermutlich) Tempelhof als „Berater" betreut. Nach seiner Entlassung soll er 1941 im Rahmen der von Robert Uhrig geleisteten Widerstands-

tätigkeit an Schulungs- und Zirkeltätigkeit beteiligt gewesen sein. Wie andere politische Vorbestrafte mußte er ins Strafbataillon 999.

(Nach dem Krieg war Scholz bis 1967 langjähriger Stellvertreter des Ministerpräsidenten der DDR.)

Kammergericht Berlin gegen Dahlemer Kommunisten

Dahlem, Musäusstraße 3/5 – ‚Leitung' der Dahlemer KPD

Einige Monate nach Deweys Volksgerichtshofprozeß verhandelte im Oktober 1938 das Berliner Kammergericht gegen den ‚Stadtteil Dahlem des Unterbezirks Steglitz'. Es waren Leute aus einfachen Kreisen: Fensterputzer, Kraftfahrer, Maurer, Milchfahrer.

Acht Personen erhielten wegen Vorbereitung zum Hochverrat Haftstrafen zwischen 3½ Jahren Zuchthaus und einem Jahr Gefängnis. Es handelte sich dabei um einen von mehreren Prozessen gegen den UB Steglitz der KPD. (1937 waren bereits Funktionäre der Zehlendorfer KPD verurteilt worden, darunter Stadtteilleiter Ruthenberg, der Kurier Otto Nittke und der Kassierer Theo Bendorff, ein früherer SAJ'ler.)

Im Urteil gegen den „Stadtteil Dahlem" wird hervorgehoben, daß trotz intensiver Mitarbeit mehrerer sehr rühriger Spitzenfunktionäre der gewonnene oder wieder erfaßte Anhängerkreis nur relativ gering blieb. Es hätten lediglich drei Zellen bestanden:

- „Straßenzelle" (Zusammenfassung der in Dahlem wohnenden Kommunisten)
- „Betriebsgruppe" Kreiskrankenhaus Lichterfelde
- „Betriebsgruppe" Domäne Dahlem

Den Prozeßunterlagen zufolge soll der Hauptangeklagte Duckwitz in der Domäne Dahlem an dreißig Personen illegale Schriften der „Roten Hilfe" verkauft haben. Das Geld dafür erhielt der Stadtteilleiter Steinitz (der später ‚untertauchte').

Fensterputzer, Krankenpfleger und ein ehemaliger Hausdiener hatten im Kreiskrankenhaus Lichterfelde eine kleine Gruppe („Zelle") gebildet. Auch sie führten geringe Geldbeträge für Untergrundmaterial ab.

Zumindest über einige 1937 verurteilte Zehlendorfer wird berichtet, daß sie später, nach der Entlassung aus Zuchthaus und Gefängnis, noch ins Strafbataillon 999 mußten: so Bendorff und Nittke.

Selbst im Jahre 1940 kam es noch zu Aburteilungen von Kommunisten wegen illegaler Arbeit während der ersten Hälfte der 30er Jahre.

No 3. 10 Pfg

Die Fahne der Revolution

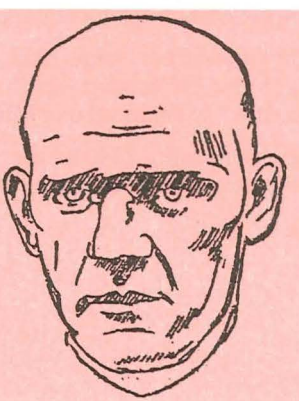
15. MÄRZ. ORGAN DER KPD SÜDWEST 3. Jahrg

19. MÄRZ

Demonstration des Todes

Illegales Material der KPD-Südwest

DAS DRITTE JAHR THÄLMANN in KETTEN



Nun hat das dritte Jahr begonnen, dass Ernst Thälmann, der grosse aufrechte Führer der deutschen Arbeiterklasse in den Gefängnissen und Zuchthäusern der Fasdhisten schmachten muss. In Liebe und unverbrüchlicher Treue gedenken die Werktätigen Deutschlands und der ganzen Welt dieses mutigen Sohnes der Arbeiterklasse.

Kammergericht Berlin gegen Lankwitzer Kommunisten

Lankwitz, Leonorenstraße 42 – ‚Leitung' der Lankwitzer KPD

Am 18. März 1940 erhielten fünf Personen wegen Vorbereitung zum Hochverrat Haftstrafen zwischen 2 1/4 Jahren Zuchthaus und 1 1/4 Jahren Gefängnis. Eine Lankwitzer Kommunistin, die Hausangestellte Johanna R., hatte versucht, ehemalige Mitglieder wieder zu werben, Geworbene „abzukassieren" und mit antifaschistischen Druckschriften zu beliefern.

Einschränkend bemerkte das Gericht:

„Entsprechend dem Villencharakter des Stadtteils, hielt sich die Mitgliederzahl in sehr geringen Grenzen, so daß die Bezeichnung „Stadtteilleiterin" nicht als Maßstab für die Tätigkeit der Angeklagten dienen kann."

Auch der Versuch, die „Rote Hilfe" wieder aufzubauen, hielt sich demnach in sehr engen Grenzen. Als der Unterbezirk Steglitz 1937 von der Gestapo aufgerollt wurde, soll angeblich die illegale Arbeit in Lankwitz schon längst eingeschlafen gewesen sein. Zumindest die Hauptangeklagte will sich (auf Bitten ihres zweiten Mannes) im Herbst 1936 zurückgezogen haben.

Im zweiten Prozeß gegen Mitglieder des Stadtteils Lankwitz – darunter gegen mehrere Tischler eines selbständigen Kleinbetriebes – verhängte das Kammergericht am 19. März 1940 gegen sieben Personen Haftstrafen zwischen 1 1/2 Jahren und 1 Jahr Gefängnis.

Vom Herbst 1933 bis zum Herbst 1936 war der Stadtteil über die Leiterin in „ständiger" Verbindung zur Spitze des Unterbezirkes, der in Abständen illegales Material lieferte, wie die kleinformatige Ausgabe der „Roten Fahne" oder die Schrift „Solidarität".

Beides kursierte unter Anhängern und Sympathisanten der unterdrückten Partei.

In den Reihen Robert Uhrigs

Große Verhaftungsaktionen in Berlin und die Systematisierung des NS-Terrors fügten der KPD empfindliche Schläge zu. Von 1936 an wurde der Widerstand nur noch in kleinen Zirkeln weitergeführt. Oft hatten Spitzel und „Überläufer" die Tätigkeit der Gestapo erleichtert. Was diese „Überzeugungstäter" nicht herausbekamen, erreichte die Gestapo bei manchem Verhör durch Einschüchterung, Erpressung und grausame Folter.

Nach dem Kriegsausbruch führten Hitlers militärische Anfangserfolge und sein Pakt mit Stalin auch unter Kommunisten zu Desillusionierung und Resignation. Der Widerstand kam vielerorts zum Erliegen. Erst nach dem Überfall auf die Sowjetunion regten sich die Kommunisten wieder derart, daß man von dem erfolgreichen Versuch der Berliner KPD, insbesondere Robert Uhrigs, sprechen kann, den illega-

len Parteiapparat mit (unterschiedlich starken) „Stützpunkten" in Betrieben erneut aufzubauen. Im Südwesten Berlins handelte es sich um:

- Löwe-Opta (Steglitz) Kommunistische Zelle um Bernhard Pampuch u. a.
- Firma R. Fueß (Steglitz) Kommunistische Zelle um Fritz Starke
- Telefunken (Zehlendorf) Kommunistische Zelle um Dr. Alfons Kauffeld
- Zeiss-Ikon (Zehlendorf) Kommunistische Zelle um Erich Sauer
- Spinnstoffwerke (Zehlendorf) Kommunistische Zelle um N. N.

Dabei sollte nicht an große betriebliche Oppositionsgruppen gedacht werden. Zeitzeugen aus der Arbeiterbewegung heben hervor, daß die breite Masse eher vorsichtig-distanziert war. Es gab wenige fanatische Nazis. Und es gab eine Minderheit von Anti-Nazis. „Man wußte genau, mit wem man reden konnte."
In dieser Beziehung des „Miteinanderredens" verwischten sich häufig auch die politischen Unterschiede der Vergangenheit.

Die größte, zum Schluß 200 Anhänger umfassende, illegale KPD-Gruppe in Berlin wurde von Robert Uhrig geführt: Über Informanten hielt man Kontakt zu Sympathisanten in den Betrieben. Sie wurden zur Sabotage der Rüstungs- und Kriegswirtschaft aufgerufen. Es kursierte illegales Material, und man versuchte, Zwangsarbeitern durch Lebensmittel zu helfen.

Anfang Februar 1942 gelang es der Gestapo, mit Hilfe eines Verräters den illegalen Apparat der KPD um Robert Uhrig zu sprengen. Einige hundert Mitglieder wurden im Reich verhaftet, fast achtzig Opfer sind zu beklagen.

Die oben genannten Betriebe im Südwesten der Stadt schienen (für dieses Mal) verschont geblieben zu sein.

„Rote Kapelle"

Eine kommunistisch orientierte, aber vielschichtig zusammengesetzte oppositionelle Gruppe ganz anderer Art war die in Berlin stark vertretene „Rote Kapelle". Neben der Widerstandsarbeit – wie der Verbreitung illegalen Materials (Zeitung „Innere Front") und Kontaktaufnahme zu ausländischen Zwangsarbeitern – betrieb sie auch Spionage. So wurden Informationen aus Wirtschaft und Wehrmacht nach Moskau weitergegeben, doch als man 1941 auf den bevorstehenden Überfall auf die Sowjetunion hinwies, glaubte Stalin dieser Warnung nicht.

Auch im Südwesten Berlins und dabei besonders im betrieblichen Bereich von Löwe-Opta (Steglitz) und Zeiss-Ikon (Zehlendorf) betätigten sich Anhänger der „Roten Kapelle":

Löwe-Opta (Steglitz, Teltowkanalstr. 1–4)

Der Sozialist Erich Gau – später beim „Bund der Verfolgten des Naziregimes" aktiv – war damals in der Abteilung ‚Betriebsabrechnung, Statistik' von Löwe-Opta tätig. Seiner Erinnerung zufolge gab es im Betrieb mehrere ‚linke' Zirkel, darunter einen um den Kommunisten Pampuch. Fast alle Meister des Betriebes seien alte Sozialdemokraten gewesen. Auch die Ingenieure hätten offen gesprochen, und selbst Direktor Redel sei kein Nazi gewesen.

Erich Gau (1903–1985) berichtet von weiteren Oppositionellen:

„Unser Betrieb stellte neben den bekannten Radiogeräten auch andere (politisch interessante) Dinge her:

– Radiosonden für die Wetterbeobachtung
– Teilgeräte für die V 2-Rakete (Deckname „Emil") und
– Peilgeräte

Zu dieser Zeit wirkten bei Löwe-Opta drei wichtige Leute: der Leiter des chemischen Labors Dr. Tohmfor, Dr. Ing. Hans Kummerow vom Entwicklungsbüro und der Dreher Hans Coppi. Die Antifaschisten hatten unter anderem Peilgeräte verstellt. Lange Zeit wurde nach den Verursachern gesucht. Erst dann kam man auf Coppi. Als Mitglieder der „Roten Kapelle" wurden sie hingerichtet."

Hans Coppi

Hans Kummerow

Dahlem, Leichhardtstraße 25 – Wohnung Dr. Tohmfors
Nikolassee, Spanische Allee 166 – Wohnung Dr. Kummerows

Neben Kummerow hatte sich besonders Hans Coppi, über diese betriebliche Sabotage von Rüstungsgütern hinaus, sehr aktiv im Spionagebereich betätigt. Er war *der* Berliner Funker der „Roten Kapelle".

Den führenden Mitgliedern der Gruppe (Oberleutnant Schulze-Boysen und Dr. Harnack) eng verbunden, übermittelte er seine Nachrichten von einem Boot aus, das auf dem Wannsee kreuzte.

Seine hochschwangere Frau Hilde und er wurden im September 1942 verhaftet. Beide erhielten die Todesstrafe. Nur einige Monate konnte Hilde Coppi ihren Säugling versorgen. Hans Coppi wurde am 22. Dezember 1942 und seine Frau am 5. August 1943 in Plötzensee hingerichtet.

„Zeiss-Ikon" (Zehlendorf, Goerzallee 299–301)

Einen weiteren betrieblichen Stützpunkt besaß diese illegale Gruppe bei Zeiss-Ikon. Der Rüstungsbetrieb beschäftigte viele hundert Arbeiter. Schon in den dreißiger Jahren hatte es hier eine sehr aktive und erfolgreiche Widerstandsarbeit um Walter Uhlmann (siehe Seite 90/91) gegeben. Seit 1941 sammelte der Kommunist Erich Sauer Regimegegner um sich. Daneben sollen noch andere Zirkel bestanden haben, darunter solche von Sozialdemokraten.

Max Heininger (SPD) war damals Vizemeister im Bereich Maschinenbau. Er erinnert sich, daß es im Betrieb eine Gruppe ehemaliger SPD- und KPD-Mitglieder gab, die offen miteinander sprachen.
Von diesen eher getrennt, bestand ein kleiner, verschworener Widerstandskreis.

Max Heininger (geb. 1901) berichtet:

„Der fünfte Stock unseres Betriebsgebäudes war an eine andere Firma vermietet worden. Sie nannte sich ‚Fernsehen' (oder so ähnlich) und stellte Radargeräte zum Flugzeugorten her. Dort gab es eine fest geschlossene kommunistische Gruppe.
Sie bauten sich ein Sendegerät. (Das Chassis dazu hatte ich ihnen gemacht.) Damit funkten sie aus der Lichterfelder Laubenkolonie „Sonnnenschein" und der Zehlendorfer „Feierabendsiedlung". Wir hörten damals diese Nachrichten, wußten aber nicht, wer dahinter steckte. Das erzählten uns Überlebende später. Ein früherer Reichsbannermann aus dem Betrieb verpfiff die Gruppe. Ungefähr fünf Personen wurden verhaftet, einer oder zwei verloren ihr Leben."

Zu den bei Zeiss-Ikon (im September 1942) Verhafteten gehörte der Justierer Fritz Thiel, der aus einer Gruppe Neuköllner Jungkommunisten hervorgegangen war. Das Reichskriegsgericht verurteilte ihn zum Tode.

Fritz Thiel wurde am 13. Mai 1943 zusammen mit Dr. Tohmfor und Gräfin Brockdorff als Mitglied der „Roten Kapelle" in Plötzensee hingerichtet.

Fritz Thiel

Ein Opfer bei Telefunken

Einer kommunistischen Quelle zufolge wurde auch im Zehlendorfer Telefunkenwerk ein Regimegegner das Opfer einer Denunziation:

Der technische Sachbearbeiter Ralph von Ziegler hatte anläßlich einer Gemeinschaftssendung mit offenen Worten deutliche Kritik am verlesenen Wehrmachtsbericht geübt („Alles Schwindel, Lüge und Betrug").

Am 18. November 1943 nahm man ihn fest. Vom VGH zum Tode verurteilt, wurde Ralph von Ziegler am 12. Juni 1944 im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet.

Verhaftungen bei den Spinnstoffwerken

Von derselben Quelle stammt die Aussage, daß es auch bei der „Zehlendorfer Spinne" zu Verhaftungen und Verurteilungen kam: Eine zwanzig Personen umfassende Gruppe hatte dort illegales Propagandamaterial erstellt und verbreitet sowie für ausländische Zwangsarbeiter – überwiegend sowjetische Frauen – Geld, Kleidung und Lebensmittel gesammelt.

In Prozessen gegen festgenommene Oppositionelle der „Spinne" war ein Angeklagter zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Wegen Bildung einer kommunistischen Zelle (Ende 1943) traf einen anderen Arbeiter später das Todesurteil.

Widerstandsgruppe Anton Saefkow

Im Jahre 1943 unternahm Anton Saefkow zusammen mit Franz Jacob den letzten großen Versuch zur Bildung einer neuen Inlandsleitung der KPD.

Es gelang ihm und seiner Gruppe (der sich 1944 der geflohene Hamburger Kommunist Bernhard Bästlein angeschlossen hatte), auch Kontakt zu wichtigen Berliner Betrieben zu bekommen. Durch den Aufruf zur Sabotage von Rüstungsproduktionsabläufen hofften sie, den Zusammenbruch des NS-Systems zu beschleunigen.

Hilfe für Untergetauchte der Saefkow-Gruppe leisteten die Zehlendorfer Studentin Vera W. und der Zehlendorfer Arzt Dr. Kreiselmaier:

Hilfe für Bästlein und Jacob

Die Zehlendorfer Medizinstudentin Vera W. hatte bei ihrem Bekannten Willi Jungmittag den Ende Januar 1944 aus der Strafanstalt Plötzensee entflohenen Kommunisten Bernhard Bästlein kennengelernt.

Sie und ihre Schwester Lucie N. unterstützten ihn in den folgenden Monaten mit Lebensmitteln, falschen Papieren und nahmen ihn mindestens zweimal (Frühjahr und Sommer 1944) in ihrer Zehlendorfer Wohnung auf.

Auch dem in der Illegalität lebenden Franz Jacob halfen sie mit Lebensmittelkarten. Darüber hinaus beschafften sie ihm acht Ampullen Zyankali.

Die jungen Frauen vermittelten das erste Treffen der beiden kommunistischen Spitzenfunktionäre in der Kreuzberger Tischlerwerkstatt ihres Vaters: Wilhelmstraße 5. Alsbald schlossen sich Bästlein, Jacob und Saefkow als Führer der kommunistischen Untergrundbewegung zusammen. Durch einen Spitzel in den eigenen Reihen – den Lichtenberger Schuster Rambow – wurden sie verraten.

Am 1. November 1944 verurteilte der Volksgerichtshof sowohl den Vater als auch seine beiden Töchter jeweils zu vier Jahren Zuchthaus.

Ein anderer Zehlendorfer Bürger mußte seine Hilfsbereitschaft sogar mit dem Leben bezahlen:

Dr. Johannes Kreiselmaier

Zehlendorf, Goethestraße 3

Der als Sohn eines Pfarrers geborene praktische Arzt hatte zunächst in verschiedenen Städten beruflich gewirkt. 1938 ließ er sich in Zehlendorf nieder.
Erfindungen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens bescherten ihm im Mai 1940 die „Medaille für deutsche Volkspflege". Kurz vor Kriegsbeginn zog man ihn zur Wehrmacht ein. Zunächst kam er an die Westfront, bald aber unterstellte man ihm als Oberstabsarzt mehrere Lazarette in Berlin.
Den Zugang zur Politik hatte er lange nicht gefunden. Wohl weniger aus Überzeugung als dem Druck nachgebend, trat er 1937/38 der NSDAP bei.

Vielleicht war es der zunehmende Kontakt mit den Opfern des Krieges, der ihn nach und nach kritisch stimmte. Durch persönliche Bekanntschaft mit einem kommunistischen Funktionär (Wilhelm Moll) kam er in Verbindung mit der illegalen KPD. Nach mehreren Unterhaltungen mit Franz Jacob erklärte er sich bereit, Widerstandskämpfer zu unterstützen.

Neben der Leistung ärztlicher Hilfe für Illegale und größerer Geldspenden wollte er auch eine Denkschrift über die Seuchenbekämpfung für ein Deutschland nach Hitler ausarbeiten.

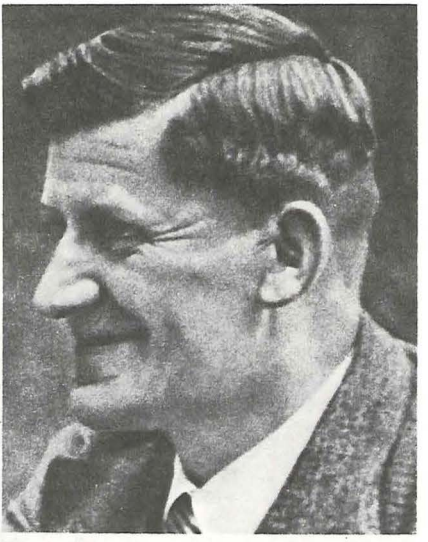
Er wurde im Juli 1944 verhaftet und im September zum Tode verurteilt. Seine Hinrichtung fand im Zuchthaus Brandenburg statt. Er zählt zu den über 60 Opfern, die die Saefkow-Gruppe zu beklagen hatte.

Eine Todesnachricht aus dem KZ

Zehlendorf, Eisvogelweg 60

Nicht weit entfernt vom Haus des verfolgten Sozialdemokraten Julius Leber und seiner Frau Annedore wohnte Hilde Schneller. Auch sie hatte das grausame Martyrium ihres Lebensgefährten Ernst Schneller zu beklagen.

Schon in der Nacht des Reichstagsbrandes (27./28. Februar 1933) war der prominente (aber umstrittene) Kommunist, Reichstagsabgeordnete und Mitorganisator des „Roten Frontkämpferbundes" verhaftet worden. (Entgegen einem Parteibeschluß der KPD hielt sich Ernst Schneller damals noch bei seiner Familie auf.)



Ernst Schneller

Elf Jahre Gefängnis, Zuchthaus und KZ mußte er durchleiden. Seit Juni 1939 gehörte er auch zum Führungskopf der illegalen KPD des Lagers Sachsenhausen (Seite 184).
Nach dem Tode der geliebten Tochter (März 1944) bekam Hilde Schneller die Möglichkeit, ihren Mann für wenige Minuten zu sprechen.

Einer DDR-Biographie zufolge übermittelte Ernst Schneller seiner Frau dabei die Nachricht:

„›Tausende von sowjetischen Kriegsgefangenen wurden hier umgebracht! Sag es Erika.‹
Erika, das war unser Deckname für die Partei."

Als Hilde Schneller bis zum 20. November 1944 keine Nachricht mehr von ihrem Mann erhalten hatte, schrieb sie an die SS-Lagerleitung.

Am 27. November 1944 teilte die Kommandantur der Waffen-SS des KZ Sachsenhausen Hilde Schneller lapidar mit:

„...daß Ihr Mann am 11.10.1944 im hiesigen Lager wegen versuchter Meuterei und Aufwiegelung erschossen wurde."

KZ Sachsenhausen

Häftlinge wehren sich

Auch in Berlin gab es damals Außenstellen von Konzentrationslagern. Häftlinge dieser – meist kleinen – Lager mußten für Industriebetriebe arbeiten (wie zuvor jüdische Zwangsarbeiter und nach ihnen ausländische), im Südwesten Berlins beispielsweise für die Spinnstoffwerke Zehlendorf.

Seit Mitte 1942 existierte das große Zentrallager für Berlin in Lichterfelde. Die dort eingesperrten Häftlinge kamen aus dem KZ Sachsenhausen. Sie waren in einem Barackenlager in der Wismarer Straße unmittelbar am Teltowkanal untergebracht. Am Drahtzaun rings um das Lager befanden sich geflochtene Matten, um die Einsichtnahme zu erschweren.

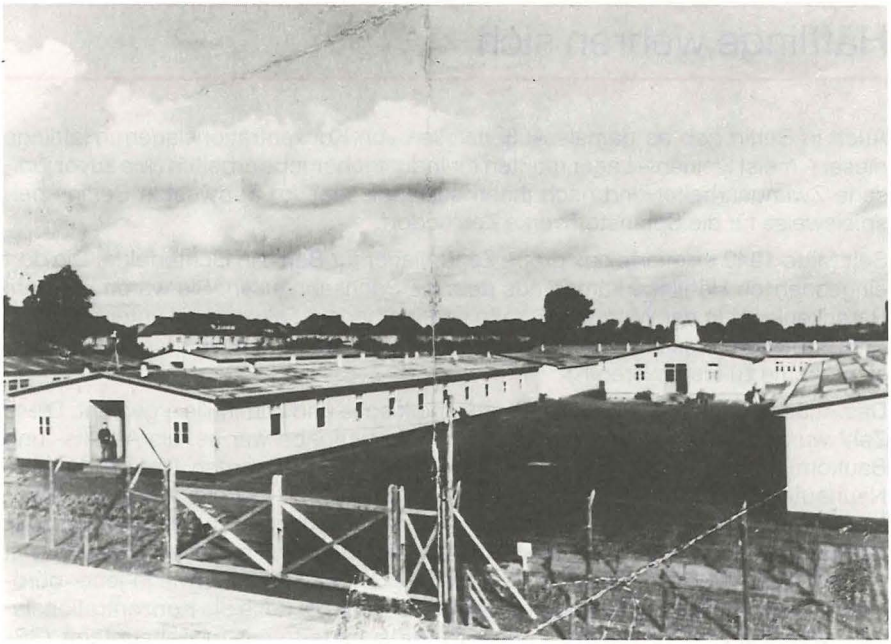
Das Außenlager war für 1500 Häftlinge – politische und kriminelle – geplant. Diese Zahl wurde aber erst 1944 erreicht. Ihre Hauptaufgabe war es, als Arbeits- und Baukommandos für die Berliner SS-Dienststellen tätig zu werden. Das beinhaltete: Neubauten zu vollenden, Umbauten vorzunehmen und – vor allen Dingen – Bombenschäden zu beheben. Die Häftlinge arbeiteten in über 40 Kommandos in ganz Berlin, unter anderem bei der ‚Gestapozentrale', dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA) Prinz-Albrecht-Straße (heute Niederkirchner Straße) sowie in jener bürokratisch-terroristischen Einrichtung der Waffen-SS, die auch die Konzentrationslager „wirtschaftlich verwaltete", dem SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt (SS-WVHAmt), Unter den Eichen 126–135 (im Innenhof lag ein kleines Baukommando-Lager bis Mitte 1942).

Die sich hieraus für die Häftlinge ergebenden „Arbeitsbedingungen" waren ungewöhnlich günstig, verglichen mit jenen in abgelegenen Lagern außerhalb Berlins, in denen sie brutalen Mißhandlungen und Morden ausgesetzt waren. Doch auch in Lichterfelde gab es Übergriffe und Quälereien. Die SS-Lagerleitung – darunter der berüchtigte „Eiserne Gustav" – schikanierte ihre Opfer morgens und abends, mußte sich aber am Tage, während der Einsätze innerhalb der Stadt, zurückhalten.

Eine außergewöhnliche Entwicklung setzte ein, als Häftlinge des Baukommandos ‚Unter den Eichen' für Aufgaben herangezogen wurden, die allein der SS zustanden. Deren Bequemlichkeit, ja ihre Bestechlichkeit (über Privataufträge), führte KZ'ler in so interessante Bereiche wie Heizungskeller, Küchen, Provianträume, Bekleidungskammern und Laboratorien (unbeobachtet von den bewaffneten Posten, die auf der Straße Wache standen). Diese Chance ergriffen einige politische Häftlinge in ihrem Sinne:

Rudolf Wunderlich war seit März 1939 im KZ Sachsenhausen. Er berichtet über jene Aufgaben im Lichterfelder Lager:

„In diese Arbeitsstellen wurden stets solche Häftlinge geschickt, welche entweder gesundheitlich nicht in der Lage waren, schwere Bauarbeiten zu leisten, oder so geschickt waren, um an solchen Stellen im Interesse der Häftlinge zu arbeiten, entweder um zusätzliche Nahrungsmittel zu beschaffen oder um illegale Arbeit zu leisten (fremde Sender hören usw.)."



Lichterfelde, Wismarer Straße 26/36 – unmittelbar am Teltowkanal

So entwendeten sie Kleidung, Nahrung und Sanitätssachen. Über heimliche Kanäle gelangten diese wertvollen Dinge nach Sachsenhausen und leisteten große Hilfe. Ein gestohlener Universalschlüssel für alle Hauseingänge des SS-WVHAmtes öffnete sonst verschlossene Türen. Auf Außenkommandos oder im Laboratorium – in dem ein Häftling über Monate hinweg besonders jeden Sonntagvormittag alleine war – konnten zeitweise illegale Sender (London, Moskau) abgehört werden und damit begehrte Informationen für die „Politischen" bezogen werden.

Behutsam wurden Außenkontakte geknüpft. Am schwierigsten gestalteten sich die (angestrebten) Verbindungen zu illegalen kommunistischen Betriebszellen von Großbetrieben. Lediglich zu den Zehlendorfer Spinnstoffwerken besaß man Kontakte. Interessant waren jene seltenen Gespräche im Gebäude des SS-WVHAmtes, die ein sächsischer Häftling mit einer Frau führen konnte. Sie berichtete über die Arbeit illegaler Kommunisten um Georg Schumann-Engert-Kresse im Leipziger Raum.

Durch gelegentlich anfallende Transporte ins Stammlager war es möglich, an Ernst Schneller (siehe Seite 181) von der illegalen ‚Leitung' der kommunistischen Häftlinge in Sachsenhausen heranzukommen. Ihm übermittelte man die Nachricht von jener Widerstandsgruppe um Georg Schumann.

Schneller zeigte sich besonders an Waffen für eine eventuelle Selbstbefreiung (oder eine Abwehr bei einer Massenvernichtung der Häftlinge) interessiert. Selbst dazu konnten die Lichterfelder etwas beisteuern. Drei Häftlingen war es möglich, mittels Diebstahls und illegaler Querverbindungen jeweils eine Pistole und Munition zu besorgen. Schließlich bot sich eine einmalige Gelegenheit:

Ende August 1943 mußten alle SS-Unterführer des SS-WVHAmtes für einen ganzen Tag zum Schießstand. Dadurch waren Bekleidungs- und Waffenkammer frei von SS-Leuten. Ein Häftling entwendete so 300 Schuß Munition und Handgranaten. In einer Sendung mit schmutziger Wäsche der SS des Lagers Lichterfelde kam diese „heiße Ware" nach Sachsenhausen und dort über verborgene Kanäle an die richtige Stelle.

Rudolf Wunderlich schreibt:

„So vergehen die Tage, Wochen, Monate mit dem täglichen ‚Auf-und-Ab' im tödlichen Terror des KZ-Lagers. Aber kein Tag ist ruhig oder eintönig, jeder Tag ist ein stiller, aber beharrlicher Kampf gegen die SS, Gestapo, gegen den Feind! Aber auch ein Kampf um den Erhalt des eigenen Lebens und dem Leben vieler, vieler Kameraden.
Denn viele der unzähligen Aktionen zur Beschaffung von zusätzlichem Essen, Bekleidung und Medikamenten ist doch der stille, von vielen der Häftlinge gar nicht erkannte Kampf, um das Leben aller Häftlinge, gleich welcher Nation, zu erhalten.

Die im Lager Lichterfelde herrschenden Bedingungen dürfen nicht als typisch angesehen werden. Ein solches Lager innerhalb der Stadt Berlin, in dem Häftlinge sogar zu ganz privaten Diensten der SS herangezogen wurden, ermöglichte einer kleinen Gruppe „Politischer" einige erfolgreiche Widerstandshandlungen, die anderenorts nicht möglich waren.

Trotzdem blieb das ‚Leben' im Lager erniedrigend und auch gefährlich: Zwei Häftlinge (Baukommando ‚Unter den Eichen') wurden wegen – angeblicher – Plünderung und ein dritter (Arbeitskommando ‚Spinnstoffwerke') wegen – kurzzeitig geglückter – Flucht vor den Augen ihrer Kameraden am Galgen gehängt.

Wieviele Häftlinge des Außenlagers Lichterfelde illegal arbeiteten, läßt sich heute nicht mehr rekonstruieren. Neben dem (zeitweiligen) Lagerältesten Wunderlich sollen auch der Leipziger Jungkommunist Böhm und der einstige KPD-Reichstagsabgeordnete Sellheim sehr aktiv gewesen sein. (Sellheim kam noch am 3. Mai 1945 auf dem sogenannten Todesmarsch der KZ-Häftlinge von Sachsenhausen – durch eine tödliche Kugel der SS – ums Leben.)

Rudolf Wunderlich gelang im Juni 1944 die rettende Flucht. Bis zur Befreiung konnte er sich verbergen.
(Er lebt heute in der DDR und hat an der Ausgestaltung der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen mitgewirkt.)

SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt

Berlin, 8. Oktober 1942
Lichterfelde-West

Fernsprecher: Ortsverkehr 76 52 61
Fernverkehr 76 51 01

Diktatzeichen:
Chef A/Fr/B.
Im Antwortschreiben unbedingt anzugeben!
Tgb.Nr. 892/42 geh.

Geheim

GEHEIM!

Betr.: Zahngold.

An den
Reichsführer-SS,
Berlin

Reichsführer !

Das von verstorbenen Schutzhäftlingen stammende Zahn-Bruchgold wird auf Ihren Befehl an das Sanitätsamt abgeliefert. Dort wird es für Zahnbehandlungszwecke unserer Männer verwendet.

SS-Oberführer Blaschke verfügt bereits über einen Bestand von über 50 kg Gold; das ist der voraussichtliche Edelmetallbedarf für die nächsten 5 Jahre.

Mehr Gold für diesen Zweck zu sammeln, halte ich sowohl aus Sicherheitsgründen als auch im Interesse der Verwertung nicht für angängig.

Ich bitte um Bestätigung, dass das künftig aus den normalen Abgängen der K.L. anfallende Zahn-Bruchgold an die Reichsbank gegen Anerkennung abgeliefert werden darf.

Heil Hitler!

I.V.

Frank

SS-Brigadeführer
und Generalmajor der Waffen-SS.

HR/31/21/42.X

SS-FHS 212. 50000 8. 42.

Reaktionen aus der Bevölkerung Lichterfeldes

Eine Zeitzeugin sah, wie Häftlinge geschlagen wurden, und sie kannte auch das Lager.

Anna Sabine Halle (geb. 1921) erinnert sich:

„Meiner Erinnerung nach waren es Baracken, gänzlich unauffällig, ich wußte von der Existenz des KZ nichts bis zu folgendem Erlebnis:
Etwa 1943 sah ich Potsdamer Ecke Baseler Straße eines Tages einen mir sonderbar erscheinenden Zug von ca. 15 Personen zu Fuß, die einen zweirädrigen Wagen (wohl von Bauarbeiten) schoben, in dem sich ein Soldat (?), jedenfalls der Bewacher, mit Gewehr fahren ließ. Diese Tatsache allein ärgerte mich, denn die blauweiße Kleidung der Leute hielt ich für normale Gefängnistracht. Auch sahen die Leute nicht elender aus als wir selber. Am nächsten Tag erfuhr ich, daß dieser Trupp zu einem „Lager" gehörte, worauf ich dort hinging."

Man war ‚äußerst verlegen' über diesen Besuch. Frau Halle konnte ihre Beschwerde über den Bewacher nicht loswerden, doch es wurde ihr anheimgestellt, am nächsten Tag mit dem Kommandanten zu sprechen.

„Als ich dann wieder erschien, wurde ich von diesem sehr barsch angefahren, zum Schluß mit der Drohung, wenn ich bei meiner Behauptung bliebe, könne ich ja gleich dableiben (es war offenbar ein reines Männerlager).
Voller Angst verzichtete ich auf eine weitere Diskussion. Mir war klar geworden, daß mein versuchter Schritt schreckliche Folgen haben könnte. Darum habe ich meinen Eltern nichts davon erzählt."

Etwa 1944 soll sich auch folgendes zugetragen haben:

Gefangene des Lichterfelder Lagers waren nach einem Bombenangriff mit Aufräumungsarbeiten auf dem Viktoriaplatz beschäftigt. Anwohner müssen irgendwie von der Not der Gefangenen erfahren haben. Jedenfalls lagen täglich Brote an einem Baum. Die Gefangenen konnten sie unter den Augen des Aufsehers nehmen, jedenfalls verbot er es nicht.

◀ Nebenan: Schreiben der Lichterfelder SS-Dienststelle

Hilfe für Verfolgte

Geplanter Massenmord an Juden

Der nationalsozialistischen Judenverfolgung sind allein in Berlin fast 50 000 Bürger zum Opfer gefallen. Viele Zehntausende hatten sich noch als Emigranten aus Berlin retten können. Die Ausweitung des Krieges (USA, UdSSR) und der politische Wille der Naziführung setzten dieser Form der Hilfe aber 1941 ein Ende.

Am 20. Januar 1942 fanden sich in einer Villa – Am Großen Wannsee 56/58 – SS-Vertreter und Staatssekretäre mehrerer Reichsministerien zu einer Besprechung über die „Endlösung der Judenfrage" ein. Der (im Auftrag gefaßte) Beschluß, Millionen europäischer Juden zu vernichten, wurde dann im sogenannten „Wannsee-protokoll" festgehalten.

Professor Otto Morgenstern – ein Opfer unter Millionen

Professor Otto Morgenstern hatte bis zu seiner Pensionierung siebenunddreißig Jahre am Lichterfelder Schillergymnasium gewirkt, zuletzt als stellvertretender Schulleiter. Er unterrichtete alte Sprachen.

Der Steglitzer Kommunalpolitik widmete sich der Bezirksverordnete der liberalen DVP durch Mitarbeit in den Ausschüssen für Schulwesen, Kunst und Wissenschaft. Darüber hinaus ergriff er zahlreiche Initiativen zum Wohl des Bezirks.

1933 wurde seiner aktiven Kommunalpolitik ein jähes Ende gesetzt. Diffamierung, Verfolgung und zunehmende Isolierung prägten seinen Alltag: Wie allen jüdischen Mitbürgern war ihm die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel untersagt; bei Fliegerangriffen durfte er den Luftschutzkeller nicht betreten. Den 78jährigen zwang man, in Steglitz Straßen zu kehren. Mit dem Judenstern, den er sich selber annähen mußte, wagte er sich zuletzt kaum noch unter die Menschen.

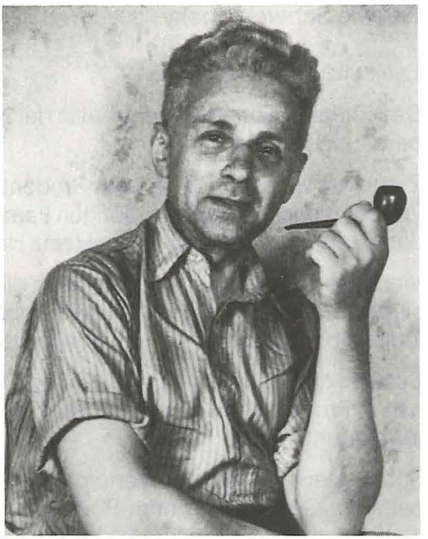
Schließlich verschleppte man Prof. Morgenstern ins KZ Theresienstadt. Dort ist er umgekommen.

Vom Abtransport in die Todeslager blieben (zunächst) diejenigen verschont, die mit einem Nicht-Juden verheiratet waren. Andere fanden die Möglichkeit, unterzutauchen und sich so dem Zugriff des Verfolgungssystems zu entziehen, aber auch das gelang nur, wenn „Arier" ihnen dabei halfen. Von den 5000 Berliner Juden, die diesen gefährlichen Weg wählten, überlebten nur 1200 bis 1400.

„Unbesungene Helden" wurden jene Berliner genannt, die untergetauchten Verfolgten beistanden. Hilfe für bedrohte Menschen wurde damals auf unterschiedlichste Art geleistet; einige Beispiele seien im folgenden vorgestellt:

Ein Alltag zwischen Haß und Beistand

Zehlendorf, Onkel-Tom-Siedlung, Reiherbeize



Heinz Saar

Für die Familie des Bankangestellten Heinz Saar (1891–1968), eines getauften evangelischen Christen, begann 1933 ein wechselvolles Leben zwischen Verfolgung und Hilfe.

Der von einer Gruppe von Nazifamilien aus der Siedlung ausgeübte Individualterror führte für Heinz Saar, seine Gefährtin (und späteren Frau), seine Kinder aus erster Ehe sowie ein im Januar 1943 geborenes gemeinsames Kind zu einem Leben wie auf einem Pulverfaß.

Wiederholt denunzierte die Nachbarschaft Herrn Saar bei Nazistellen als „Jude". Das Neugeborene versuchte man ihm wegzunehmen. Infolge dauernder Bespitzelung und mehrerer Anzeigen geriet er häufig in Haft. Im Herbst 1943 schlossen sich für lange Zeit die Gefängnisgitter hinter ihm. Schließlich mußte er ins KZ Auschwitz.

Frau Saar erinnert sich an eine schlimme Lebensphase: „Es war kaum noch jemand in der Straße, der grüßte." Aber sie berichtet auch von anständigen Menschen, die zu ihr hielten. Wenige Getreue fanden sich aus dem früheren sozialdemokratischen Kreis, etwa Familie Melcher; hilfreich war auch Nachbar Jowasch. Beistand kam von Christen, nachdem sie sich von der Zehlendorfer E. M. Arndt-Kirche zur Dahlemer Bekenntnisgemeinde umgemeldet hatten. (Besonders an Pfarrer Traub denkt sie in Dankbarkeit.)

Einige mitfühlende Herzen traf sie auch bei Behörden. Etwa in der Vormundschaftsstelle des Amtsgerichts Lichterfelde. Dort half man ihr, sich gegen den Versuch, ihrem Kind einen jüdischen Namen zu geben, zu wehren. Postler sahen darüber hinweg, wenn bei Sendungen ins KZ Auschwitz die zulässige Gewichtsgrenze überschritten wurde. „Auch der Kaufmann, der Fleischer und der Gemüsehändler gaben dafür – manchmal 50 Gramm – mehr, denn sie wußten, wo es hinging" (Frau Saar).

Als die sowjetischen Truppen (1945) an der Oder standen und der Krieg sich seinem Ende näherte, begannen in der Siedlung auch wieder jene mit „Guten Tag" zu grüßen, die sie jahrelang als „Judensau" beschimpft hatten.

Heinz Saar überlebte das KZ Auschwitz in einer Abteilung für „unklare Fälle". (Schon in den 50er Jahren lähmte ihn der erste Schlaganfall.)

Familie Schwersensky

Lankwitz, Pappritzstraße 19

Das Ehepaar Schwersensky hat in der NS-Zeit zweimal verfolgte Menschen beherbergt und betreut.

Zunächst waren es 1942 eine Studentin und eine Kindergärtnerin, die in der 1½ Zimmerwohnung der fünfköpfigen Familie Aufnahme fanden. Den untergetauchten Jüdinnen war die Adresse von Heinz Hagen, einem Quäker, empfohlen worden.

Vier oder fünf Monate lang gab ihnen die Lankwitzer Wohnung Schutz. Doch lebten sie in ständiger Angst. Nicht zuletzt, weil Herr Schwersensky als sogenannter Halbjude selbst gefährdet war und mit Hausdurchsuchungen rechnen mußte.

Schließlich bekamen die Mädchen ein neues Versteck: gegen Bezahlung und Arbeit nahm sie ein Wirt am Bahnhof Schlachtensee auf. Schwersenskys hielten die Verbindung aufrecht.

Später stand wieder eine Verfolgte vor ihrer Tür. Sie hatte einen zwölfjährigen Sohn bei sich. Gedeckt mit dem Postausweis von Frau Schwersensky, war die Jüdin häufig unterwegs, um ihrem ebenfalls untergetauchten Mann Lebensmittel zu besorgen. Währenddessen war der Zwölfjährige in der Lankwitzer Wohnung. Er hatte sich immer äußerst still zu verhalten. Der älteste Sohn der Familie Schwersensky mußte von der Mutter eingeweiht werden, weil er nicht verstand, warum sie anderen Essen gab, wo die Familie doch selber nicht genug hatte.

1944 wurde die Situation für die Helfer selbst zu brenzlig. Herr Schwersensky, den die Gestapo suchte, mußte sich verstecken. Der Quäker Willi Wohlrabe, Besitzer eines Jugendfilmverleihs, half ihm mit viel Geschick. Die jüdischen Schützlinge fanden anderenorts Quartier. Auch sie konnten überleben.

(Das Ehepaar Schwersensky richtete 1945 ein Heim für elternlose Kinder ein, die sie auf der Straße aufsammelten.
1984 erhielten sie das Bundesverdienstkreuz.)

Katharina Kluge

Zehlendorf, Eschershauser Weg 29m

Als im Februar 1943 die beiden Jüdinnen Lida Sauer und Cilli Wittenberg untertauchten, um der Gestapo zu entkommen, fanden sie in der Wohnung von Frau Kluge Menschlichkeit und Hilfe. Katharina Kluge und ihre „Gäste" lebten damals oft in großer Angst. Noch Jahrzehnte später (!) hörte sie das eingebildete Klingeln an der Tür, das die strapazierten Nerven damals plagte: „Es klingelt! Sie kommen!" – Doch ‚sie' kamen nicht.

Lida Sauer konnte bis Kriegsende in der Wohnung bleiben. Auch Cilli Wittenberg gelang es, sich zu retten.

(Frau Kluge wurde 1980 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.)

Gemüsefrau Zech

Lichterfelde, Drakestraße 47

In einer der ältesten Straßen Lichterfeldes lag früher der Gemüseladen von Frau Zech. Bei ihr kauften Beschäftigte der – damals hinter dem Parkfriedhof gelegenen – Firma Telefunken ein. Die Berufstätigen hätten bei Arbeitsbeginn und Arbeitsschluß sonst nur geschlossene Läden vorgefunden.

Im Telefunkenbetrieb leisteten auch „Sternträger" Zwangsarbeit. Sie durften lediglich eine halbe Stunde vor Geschäftsschluß bei Frau Zech einkaufen, zu einem Zeitpunkt also, zu dem die Ware fast ausverkauft war. Darum sprach die Gemüsehändlerin mit ihren jüdischen Kunden ab, daß sie am Morgen ihre Netze an die Hintertür hängen sollten. Das galt als Bestellung und konnte abends abgeholt werden.

Die Geschäftsinhaberin wollte auch ihren jüdischen Kunden „anständige" Ware zukommen lassen. Mit ihrem humanen Verhalten riskierte sie einiges. Der Kreis derjenigen, die in Lichterfelde davon wußten, war nicht klein. Aber niemand sagte etwas.

Bäckermeister Hillmann

Lichterfelde, Hindenburgdamm 93
(Ecke Moltkestraße)

Bäckermeister Georg Hillmann (1903–1983) unterstützte selbstlos viele bedrohte und hungernde Menschen. Besonders dramatisch erscheint dabei das Schicksal der jüdischen Familie Wolf.

Herr Wolf war 1942 von Siemenskollegen auf seine drohende Verhaftung hingewiesen worden. Mit seiner hochschwangeren Frau suchte und fand er in der Lichterfelder Bäckerei Rettung. Bald darauf kam im Kohlenkeller (einem Nebenraum der Backstube) das Kind zur Welt.

Bäcker Hillmann wusch es sauber und sorgte in der nun folgenden Zeit für Verpflegung und Kleidung. Bis zur Einberufung durch die Wehrmacht (Ende 1943) war ihm der Lehrling Martin Peter ein Helfer und Vertrauter. Dagegen mußte vor einem nazistischen Angestellten die Hilfsaktion äußerst geheimgehalten werden.

Für das jüdische Ehepaar begannen Jahre wechselnder Beherbergung und der Wanderschaft. Tagsüber fuhren sie getrennt mit der S-Bahn durch Berlin und trafen sich dann an verabredeten Orten. Häufig war die Familie auseinandergerissen und flüchtete in ständiger Angst durch die Stadt. Konnten sie manchmal des Winters im Keller bei Hillmann nächtigen, so war es bei freundlicheren Temperaturen auf einer Parkbank. Ohne Lebensmittelkarten brachte sie der Bäcker durch die Not. Sie überlebten.

(In der schweren Hungerszeit nach dem Ende des Krieges war diese einzige Bäckerei im Umkreis für viele Menschen ein Überlebenszentrum. Auch für diese Hilfstätigkeit bekam Georg Hillmann 1983 das Bundesverdienstkreuz.)

Lehrer Dr. Kühn

Zehlendorf, Am Fischtal 55

Wenig bekannt ist über einen Kreis um Lucie Strewe, die sich bei der Rettung rassisch Verfolgter auf mehrere Helfer in Zehlendorf stützen konnte.

Man brachte die Schützlinge in der Spanischen Allee [84], der Bahnhofstraße, am Albiger Weg [16] und in der Onkel-Tom-Siedlung bei Dr. Kühn (geb. 1892) unter. Sechs Monate lang lebte ein „U-Boot" – wie sich die untergetauchten Juden selber nannten – auf einem Paddelboot im Wannsee. Bei Frosteintritt mußte dieses Quartier Ende 1943 wieder verlassen werden.

Ein Helferkreis aus Dahlem

Wilmersdorf, Bonner Straße 2 – Wohnung von Helene Jacobs
Nikolassee, Palmzeile 6 – Wohnung von Hildegard Jacoby

Der zahlenmäßig wahrscheinlich größte Kreis unerschrockener Helfer in Berlin ging aus der Dahlemer Bekenntnisgemeinde hervor. Die Persönlichkeiten, die sich in dieser Gruppe zusammenfanden, wollten es nicht hinnehmen, daß die in Gottesdiensten und Bibelkreisen existierende Gemeinschaft von ‚Ariern' und ‚Nichtariern' dann ihr Ende fand, wenn die Juden „abgeholt" wurden. Sie nahmen Christus' Wort sehr ernst „Was Ihr dem Geringsten meiner Brüder (nicht) getan, das habt Ihr auch mir (nicht) getan".

Der Jurist Dr. Franz Kaufmann, 1933 als ‚Nichtarier' aus dem Staatsdienst entlassen, unterbreitete angesichts der ersten Deportationen (1941) den riskanten Vorschlag, Juden zu verstecken. Seine Idee stieß innerhalb einer Arbeitsgemeinschaft der Dahlemer Bekenntnisgemeinde auf die Zustimmung einer Gruppe couragierter und intelligenter Frauen: Hildegard Schaeder, Hildegard Jacoby, Helene Jacobs und Gertrud Staewen (eine Freundin Karl Barths).

Sie begannen ein gefahrvolles und schwieriges Unternehmen: Ausweise und andere Dokumente mußten besorgt und gefälscht werden. Da sich „naturgemäß" nur wenige Spender von Lebensmittelkarten fanden, mußten auch diese heimlich gekauft werden. So sah sich Dr. Kaufmann gezwungen, Verbindungen zu Kreisen der Unterwelt aufzunehmen, die gegen Bezahlung Lebensmittelkarten verschafften, und sei es durch Diebstähle in Kartenstellen.

Die Fälscherarbeit leistete ein jüdischer Graphiker, der illegal in Helene Jacobs Wilmersdorfer Wohnung lebte und dort auf Ausweisdokumenten den Stempel täuschend ähnlich auf den ausgewechselten Bildern nachzog.

Zur Finanzierung ihrer Arbeit erbrachten die Beteiligten große persönliche Opfer. Aber auch andere halfen durch Spenden, darunter bekannte Kirchenmänner wie Otto Dibelius.

Hildegard Jacoby

Helene Jacobs

Hildegard Schaeder

Gertrud Staewen

Der Kreis, der zur Hilfe bereit war, vergrößerte sich: Dorothea Herrmann, Edith Wolff, Melanie Steinmetz und Ernst Hallermann trugen die Arbeit der Gruppe mit, die nun nicht mehr auf Dahlem beschränkt war.

Eine anonyme Denunziation führte im August 1943 zur Zerschlagung der Gruppe. Frau Staewen konnte sich der Verhaftung entziehen. Dagegen wurde die Dahlemerin Hildegard Schaeder verhaftet und dann ins KZ Ravensbrück verschleppt. Während man mehreren Helfern den Prozeß machte, kam Dr. Kaufmann als ‚Nichtarier' ins KZ Sachsenhausen, wo man ihn nach Mißhandlungen ermordete.

Das Berliner Sondergericht III verhängte im Januar 1944 gegen elf Angeklagte Zuchthaus- und Gefängnisstrafen. Helene Jacobs erhielt 2½ Jahre Zuchthaus, Melanie Steinmetz (Dahlem) und Hildegard Jacoby erhielten je 1½ Jahre Gefängnis.

Wegen schwerer Erkrankung wurde Frau Jacoby am 2. Juni 1944 vorzeitig aus der Haft entlassen und verstarb noch am selben Tag.

Hildegard Schaeder (1902–1984) mußte im KZ Ravensbrück bis zur Befreiung im Mai 1945 leiden. Mithäftlinge dort nannten sie liebevoll Gandhi, weil sie so viele Sprachen beherrschte. Auch Edith Wolff erlebte eine schlimme KZ-Haft.

(Frau Schaeder wirkte später in Frankfurt als Professorin für Ostkirchenkunde. Helene Jacobs [geb. 1906] erhielt 1983 die Buber-Rosenzweig-Medaille der „Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit".

Anläßlich ihres 90. Geburtstages wurde die engagierte ‚Linksprotestantin' Gertrud Staewen [SPD] 1984 ebenfalls hochgeehrt.)

Versteck von Ilse Rewald

Zehlendorf, Quermatenweg 148

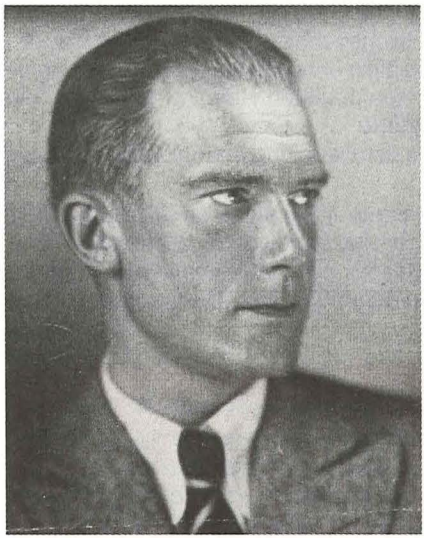
Die Jüdin Ilse Rewald und ihr Ehemann legten am 11. Januar 1943 ihren Judenstern ab, den sie seit dem 19. September 1941 tragen mußten.
Jahrelange Zwangsarbeit hatte sie gezeichnet. Engste Familienangehörige waren bereits ins Rigaer Ghetto und nach Auschwitz verschleppt worden. Allmählich sikkerte durch, daß die Abtransporte in die Lager den sicheren Tod bringen würden. Als sich zudem die Schreckensnachricht verbreitete, daß Juden ohne vorherige Mitteilung von der Straße oder vom Arbeitsplatz weggeholt wurden, beschlossen sie, ein illegales Leben in Berlin zu versuchen.

Eine lange, gefahrvolle Wanderschaft lag vor ihnen. Ausgerüstet mit falschen Ausweisen der Deutschen Reichsbahn, die ein Reichsbahninspektor erstellt hatte, retteten sie sich von Quartier zu Quartier. Schließlich erhielten sie die Empfehlung einer Zehlendorfer Anschrift: das Haus des Komponisten Hanning Schröder, der dem UFA-Filmorchester als Bratschist angehörte.
Hier konnten sie sich über zwölf Monate bis zur Befreiung im Mai 1945 versteckt halten, zuletzt nur noch im Keller.
Als im März 1945 Schröder eine Aufforderung zum Volkssturm erhielt, drohte dem Ehepaar Rewald die Gefahr, ihren Beschützer und ihr Versteck zu verlieren. Eine kleine Chance blieb, wenn es gelang, den Musiker als unabkömmlich zu erklären. Der Orchestervorstand erstellte daraufhin ein Schreiben, das aber von der Nazipartei abgestempelt werden mußte.

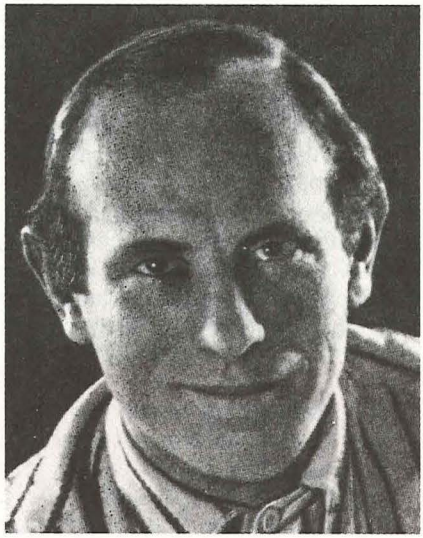
Frau Rewald ging in die Höhle des Löwen: den Kreisvorstand der NSDAP:
„Ein dicker SA-Mann, mit Orden und Abzeichen geschmückt, empfing mich. Ich erklärte ihm, daß ich als Sekretärin der UFA extra vom Orchestervorstand geschickt sei, um die Zurückstellung des Solobratschers vom Volkssturm sofort mitzunehmen. Er sieht sich das Schreiben von allen Seiten an, bange Minuten des Wartens vergehen. Ich unterstreiche nochmals die wichtige kulturpolitische Arbeit der UFA und des Orchesters und erhalte den Stempel!"

„Onkel Emil"

Steglitz, Hünensteig 6 – Ruth Andreas-Friedrich/Leo Borchard
Zehlendorf, Schillerstraße 10 – Dr. Walter Seitz (‚Onkel Emil')
Der weit verzweigte antinazistische Bekanntenkreis der Journalistin Ruth Andreas-Friedrich entwickelte sich ab 1938 zu einer festen Widerstandsgruppe. Sie halfen zahlreichen untergetauchten politisch und rassisch Verfolgten.
Besonders nach den Ereignissen des 8./9. Novembers 1938 („Kristallnacht") sorgten sich diese Menschen nicht nur um das Schicksal ihrer jüdischen Freunde, sondern um das der Juden überhaupt. Seit dieser Zeit führte R. Andreas-Friedrich auch Tagebuch über ihre Beobachtungen, Erlebnisse und Aktivitäten. (Nach dem Krieg unter dem Titel „Der Schattenmann" veröffentlicht.)
Mit Ausnahme des Zehlendorfer Arztes Dr. Walter Seitz wohnte der „Stamm" der Gruppe in Steglitz, Hünensteig 6: neben Frau Friedrich und ihrem Lebensgefährten, dem Dirigenten Leo Borchard, auch der Journalist Fred Denger, die Schauspielerin Karin Friedrich und der Arzt Josef Schunk. Das enge Beieinander hatte viele Vorteile. Wenn man später wegen des Luftkrieges – im Südwesten besonders schlimm am 23. August 1943 – vor dem Bombenteppich in den Keller floh, war man fast unter sich!
Einen großen Teil ihrer illegalen Arbeit konzentrierten sie darauf, Wohnungen und Papiere für Untergetauchte zu beschaffen. Knapp ein Dutzend aktiver Mitarbeiter unterstützten dabei umsichtig den „Stamm" in seiner gefährlichen Tätigkeit. Die Wannseer Fritz und Christiane v. Bergmann besorgten zum Beispiel – über Vortäuschung einer tuberkulösen Erkrankung – Milch für eine illegal lebende Jüdin, die ein Kind geboren hatte.



Leo Borchard



Walter Seitz

Als im Laufe der letzten Monate die Zahl der Untergetauchten stark zunahm, gleichzeitig aber die Lebensmittelzuteilungen gesenkt wurden, griff man zur Selbsthilfe:

Aus dem Tätigkeitsbericht der Gruppe „Onkel Emil" (1946):

„Es gelang, zu diesem Zweck durch eine geschickt durchgeführte Maßnahme aus einer Kartenstelle so viele Papiere herbeizuschaffen, daß eine großzügige Unterstützung zahlreicher politischer Flüchtlinge möglich wurde."

Bei der Versorgung und Betreuung der Versteckten erwiesen sich die zunehmenden Kontrollen als sehr hinderlich. (Zuletzt benötigte man selbst für das S-Bahn-Fahren Ausweise.) Wieder wußten sie sich zu helfen. Der Drucker Ludwig Lichtwitz fertigte „Dokumente" an, die Fred Denger mit einem Kartoffelstempel zu „Ausweispapieren" umfälschte.

Schließlich tauchten auch die Mitglieder der Widerstandsgruppe wie Lichtwitz und Seitz unter, so daß Berufstätige und Illegale zusammenwirkten.

Zuletzt beteiligten sie sich an der NEIN-Aktion der Gruppe „Ernst" (siehe Seite 197/198).

(Kurz nach Kriegsende, am 23. August 1945, starb ein aktives Mitglied der Gemeinschaft durch – irrtümlich auf ihn abgegebene – Schüsse von alliierter Seite: Es war Leo Borchard, Dirigent des Philharmonischen Orchesters.)

Widerstand und Verfolgung am Kriegsende

„Die roten Wehrwölfe“

Zu Beginn des Naziregimes war der (damalige) Steglitzer Sozialdemokrat Kurt Funk als aktives Mitglied der oppositionellen Gruppe „Humane Technokratie“ verfolgt und mißhandelt worden (siehe Seite 65). Auch zum Schluß der Gewaltherrschaft gab er seinem Protest Ausdruck. Er desertierte aus der Wehrmacht und tauchte unter. Aus seinem illegalen Versteck heraus verbreitete er einige dort erstellte Flugzettel mit dem Titel „Die roten Wehrwölfe“.

W E R

heute noch die Befehle der Nazibanditen befolgt, stellt sich mit ihnen als Kriegsverbrecher in eine Reihe und kann keine Gnade erwarten. Das Leben von hunderttausenden Volksgenossen soll für die Hitlerbanditen geopfert werden.

G o e b b e l s bereits gestürmt ! ! !

Wehrt Euch ! Denkt an Eure Familie !

Sabotiert die Anordnungen der Hitlerverbrecher .

Wir werden die Schuldigen finden und strafen ! ! !

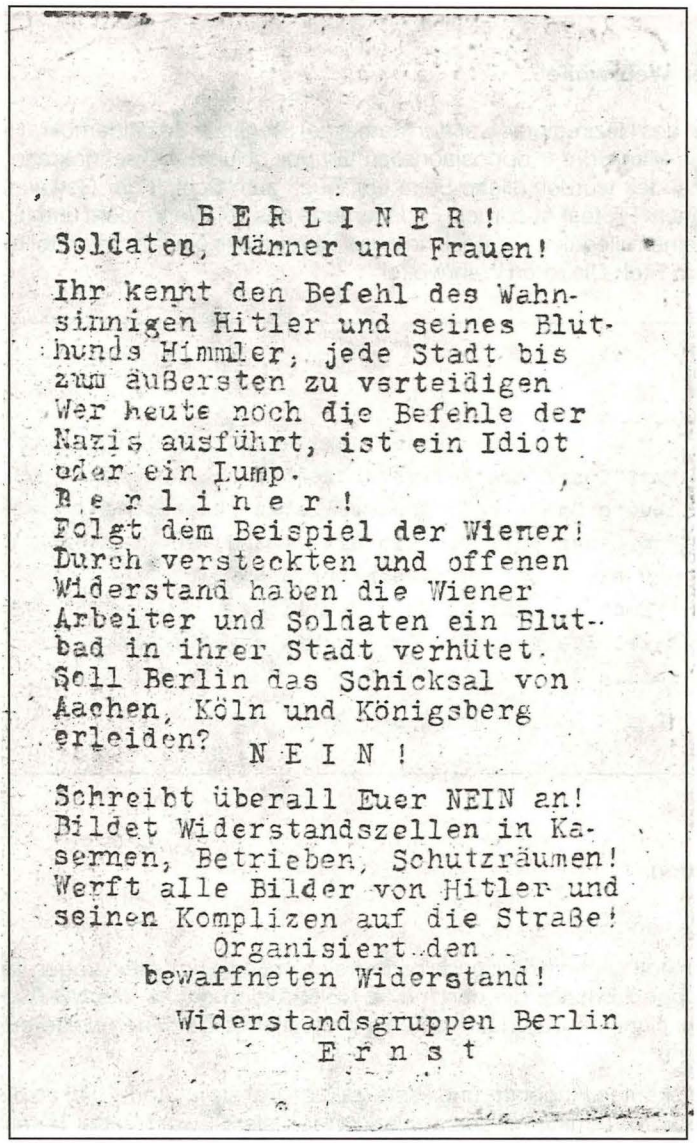
D i e ROTEN W E H R W Ö L F E

NEIN-Aktion

Steglitz/Zehlendorf

Vermutlich erst gegen Kriegsende bildete sich in Berlin um ‚Alex‘ Vogel eine Widerstandsgruppe („Ernst“), die durch eine NEIN-Aktion gegen das NS-Regime und seine wahnsinnigen Durchhaltebefehle protestierte: Der Krieg sollte endlich ein Ende finden!

Mit einer riskanten Flugblatt- und Protestaktion trat sie im April 1945 an die Öffentlichkeit. Durch Vermittlung des Zehlendorfer Malers Ewald Vetter beteiligte sich auch die Gruppe „Onkel Emil“ daran.



B E R L I N E R !
Soldaten, Männer und Frauen!

Ihr kennt den Befehl des Wahnsinnigen Hitler und seines Bluthunds Himmler, jede Stadt bis zum äußersten zu verteidigen. Wer heute noch die Befehle der Nazis ausführt, ist ein Idiot oder ein Lump.

B e r l i n e r !
Folgt dem Beispiel der Wiener! Durch versteckten und offenen Widerstand haben die Wiener Arbeiter und Soldaten ein Blutbad in ihrer Stadt verhütet. Soll Berlin das Schicksal von Aachen, Köln und Königsberg erleiden? N E I N !

Schreibt überall Euer NEIN an! Bildet Widerstandszellen in Kasernen, Betrieben, Schutzräumen! Werft alle Bilder von Hitler und seinen Komplizen auf die Straße!
Organisiert den bewaffneten Widerstand!

Widerstandsgruppen Berlin
E r n s t

Flugblatt der Gruppe Ernst

Eine Aktion startete in der Nacht vom 18. auf den 19. April 1945 in Steglitz, Südende und Zehlendorf. In ihrem Tagebuch hielt R. Andreas-Friedrich den Einsatz im Bereich der Albrechtstraße fest. Am Rathausvorplatz stand auf hohem Podest eine große Anschlagtafel der Nazi-Partei mit einem antisemitischen Hetzplakat daran.

Ruth Andreas-Friedrich:

„Ich starre auf das scheußliche Plakat. ‚Die Juden sind unser Unglück!' Jetzt setzt [Frank] den Pinsel an. Dunkelrot tropft die Farbe auf das Pflaster. Als ob es Blut wäre, kommt mir in den Sinn. ‚Die Juden sind unser Unglück!' N-E-I-N! In handbreiten Balken leuchtet Franks Protest von der hölzernen Anschlagtafel...
Als wir in die Mariendorfer Straße einbiegen, bleiben wir wie auf Kommando stehen. Nein – Nein – Nein! leuchtet es uns mit grellweißen Buchstaben von einem Sandkasten entgegen. ‚Teamwork!' sagt Frank befriedigt. ‚Hier war Andrik am Werk'... Rechts und links und oben und unten – von allen Seiten glänzen die Neins."

Andrik = Leo Borchard · Frank = Dr. Walter Seitz

Massenmord in der Markusschule

Steglitz, Markusschule, Karl-Stieler-Straße (zuletzt: Sitz der NSDAP-Ortsgruppe)

In den letzten Tagen des Naziregimes kam es in der Steglitzer Markusschule zu einer Vernichtungsaktion der mindestens elf Menschen zum Opfer fielen. (Spätere Presseberichte erhöhten die Zahlen irrtümlich auf das Zehnfache.) Die Opfer waren aller Wahrscheinlichkeit nach Berliner, die sich den Durchhaltebefehlen von Fanatikern widersetzt hatten. Die durch Genickschuß Getöteten wurden nur oberflächlich auf dem Schulhof verscharrt.

Dieser unerträgliche Zustand wurde nach dem Ende des „Dritten Reiches" beseitigt: Der Arzt Walter Seitz (SPD), ein aktiver Regimegegner (siehe Seite 196) und nach dem Krieg erster Gesundheitsstadtrat, war Augenzeuge, daß ehemalige Nazis (im Juni 1945) die Leichen wieder ausgraben mußten. Ebenfalls anwesend waren: ein russischer Militärarzt und Dr. Hilde Benjamin, Steglitzer Rechtsdezernentin. Auf einem Steglitzer Friedhof fanden die Toten in einem Reihengrab ihre letzte Ruhe.

Der Erinnerung von Dr. Seitz zufolge waren es überwiegend deutsche Zivilisten (sowie einige Frauen mit slawischen Namen).

Ein erhängter Soldat

Steglitz, Rathausvorplatz

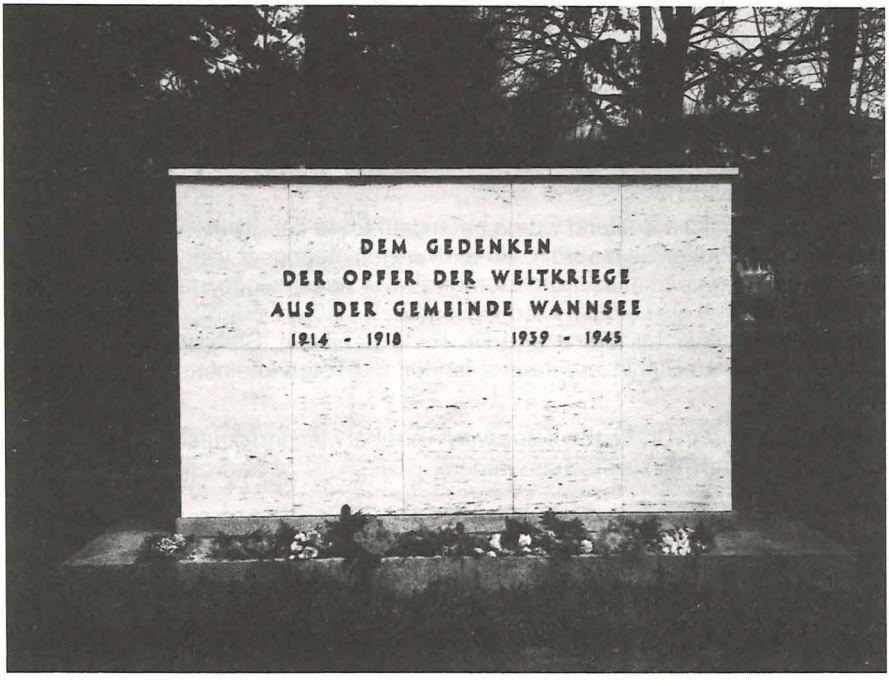
Nicht weit von der Markusschule entfernt starb ein anderes Opfer fanatischer Nazis. Nach Aussagen von Zeitzeugen war im April 1945 ein Soldat, der sich dem sinnlosen Weiterkämpfen entziehen wollte, an einem Laternenmast – gegenüber dem Rathausvorplatz – erhängt worden. Um seinen Hals hing eine Tafel mit den Worten: „Ich bin ein Verräter".

Endkampf in Wannsee

Wannsee, Friedenstraße (Gedenkstein)

Als die Reichshauptstadt bereits (Ende April 1945) eingeschlossen war, wurden vielerorts Zivilisten und Soldaten immer noch zum „Durchhalten" angetrieben, so auch in Wannsee durch den dortigen Kommandanten. Er und andere klammerten sich an die Illusion, eine immer wieder propagandistisch angekündigte „Armee unter General Wenck" („Geisterarmee") würde sie befreien.

Dieser Wahnsinn kostete in Berlin noch unzählige Opfer. Als Wannsee am 2. Mai 1945 kapitulierte, sollen allein an diesem Ort über 800 tote deutsche Soldaten gefunden worden sein. Die Identifizierung war nur bei 73 Leichen möglich. Alle anderen galten als ‚unbekannt'. In einem Massengrab auf dem Friedhof Friedenstraße fanden sie ihre letzte Ruhe.



Gedenktafeln/Gedenksteine

Steglitz, Albrechtstraße 81/82	– Gedenktafel zur Erinnerung an die Bekenntnissynode
Steglitz, Goethestraße 24	– Gedenktafel für Generaloberst Beck
Steglitz, Karl-Stieler-Straße 10	– Gedenktafel für in den letzten Kriegstagen Erschossene (Markusschule)
Steglitz, Poschingerstraße 6	– Gedenktafel für Hermann Ehlers
Steglitz, Schloßstraße	– Mahnmal für die Verfolgten
Steglitz, Schloßstraße, Rathaus (1. Stock)	– Gedenktafel für einen in den letzten Kriegstagen erhängten Soldaten
Steglitz, Söhtstraße 2	– Gedenktafel für Professor Morgenstern
Steglitz, Wrangelstraße	– Gedenkstein für die zerstörte jüdische Blindenanstalt und die ehemalige Synagoge Düppelstr. 41
Zehlendorf, Am Großen Wannsee 56/58	– Zur Mahnung an das berüchtigte Wannseeprotokoll (Massenmord an Juden)
Zehlendorf, Breisacher Straße 19	– Gedenktafel für Generaloberst von Hammerstein
Zehlendorf, Eisvogelweg 71	– Gedenktafel für Julius Leber
Zehlendorf, Nikolassee, Jochen-Klepper Weg	– Gedenkstein für die verfolgte Familie Klepper
Zehlendorf, Kirche Nikolassee, Kirchweg	– Gedenktafel zur Erinnerung an die Bekenntnissynoden
Zehlendorf, Wannsee, Friedenstraße	– Gedenkstein für Gefallene am Kriegsende
Zehlendorf, Wannsee, Tristanstraße 8	– Gedenktafel für Oberst Stauffenberg

Ehrungen

Steglitz, Bassermannzeile	– Erinnerung an den 1933 emigrierten Schauspieler Albert Bassermann
Steglitz, Dietrich Bonhoeffer-Gemeindezentrum (Gedenktafel)	– Erinnerung an den im KZ ermordeten Theologen Dietrich Bonhoeffer
Steglitz, H.-Ehlers-Platz und H.-Ehlers-Gymnasium	– Erinnerung an den protestantischen Widerstandskämpfer und späteren Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers
Steglitz, Käthe-Kollwitz-Seniorenheim (Lankwitz)	– Erinnerung an die verfolgte Künstlerin Käthe Kollwitz
Steglitz, Morgensternstraße	– Erinnerung an den rasseverfolgten Bezirksverordneten Professor Morgenstern
Steglitz, Paul-Schneider-Straße	– Erinnerung an den im KZ ermordeten Pfarrer Paul Schneider
Steglitz, Preysing-Straße	– Erinnerung an den NS-Gegner und katholischen Bischof von Berlin Graf von Preysing
Zehlendorf, Leo-Baeck-Straße	– Erinnerung an den verfolgten Rabbiner Leo Baeck
Zehlendorf, „Heinrich-Grüber-Haus", Teltower Damm	– Erinnerung an den Leiter des Hilfsbüros für evangelische Rassenverfolgte
Zehlendorf, Von-Laue-Straße	– Erinnerung an den Nobelpreisträger und NS-Gegner Max von Laue
Zehlendorf, Friedenszentrum – Martin-Niemöller-Haus, Pacelliallee	– Erinnerung an Pfarrer Martin Niemöller, der hier sein Pfarrhaus hatte
Zehlendorf,Bismarckstr. 42, Dr. Margarete-Sommer-Haus (der Caritas)	– Erinnerung an die Leiterin des Hilfsbüros für katholische Rassenverfolgte
Zehlendorf, Wannsee, Adam-von-Trott-Haus (der Evangel. Akademie)	– Erinnerung an das Mitglied des Kreisauer Kreises
Zehlendorf, Werner-Sylten-Weg	– Erinnerung an den ermordeten Bekenntnispfarrer Werner Sylten (Büro Grüber)

Gräber

Steglitz, Friedhof Bergstraße	– Grab Leo Borchards (Widerstandsgruppe Onkel Emil)
Steglitz, Friedhof Langestraße	– Gedenkstein für in den letzten Kriegstagen umgekommene ausländische Zwangsarbeiter
Steglitz, Parkfriedhof Lichterfelde, Luzerner Straße	– Grab von Otto Dibelius (Bekennende Kirche)
Steglitz, Parkfriedhof Lichterfelde, Luzerner Straße	– Grab des 1934 ermordeten Generals und früheren Reichskanzlers Kurt von Schleicher
Zehlendorf, Friedhof Nikolassee, Kirchweg	– Grab von Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg. (Verfolgter und inhaftierter Politiker)
Zehlendorf, Friedhof Nikolassee, Kirchweg	– Grab von Jochen Klepper. (Der Künstler nahm sich mit seiner Familie aufgrund der Judenverfolgung das Leben.)
Zehlendorf, Friedhof Nikolassee, Kirchweg	– Grab von Hans Koch. (Mitglied der Bekennenden Kirche, beteiligt an der Verschwörung des 20. Juli 1944, am 23. April 1945 erschossen.)
Zehlendorf, Neuer Friedhof Wannsee, Lindenstraße	– Grab von Ferdinand Sauerbruch. (Der Chirurg hatte Kontakte zu oppositionellen bürgerlichen Kreisen und stand Verfolgten bei.)
Zehlendorf, Städt. Friedhof, Onkel-Tom-Straße	– Symbolisches Grab für Ernst von Harnack. (Im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 hingerichtet.)
Zehlendorf, Städt. Friedhof, Onkel-Tom-Straße	– Grab von Harald Poelchau. (Der Gefängnispfarrer gehörte dem Kreisauer Kreis an.)
Zehlendorf, Waldfriedhof, Potsdamer Chaussee	– Grab von Fritz Eberhardt. (Sozialistischer Widerstandskämpfer, 1937 emigriert.)
Zehlendorf, Waldfriedhof, Potsdamer Chaussee	– Grab von Annedore Leber. (Nach der Verhaftung ihres Mannes geriet sie 1944 mit den Kindern in Sippenhaft.)
Zehlendorf, Waldfriedhof, Potsdamer Chaussee	– Grab von Paul Löbe. (Langjähriger Reichstagspräsident, im KZ inhaftiert.)
Zehlendorf, Waldfriedhof, Potsdamer Chaussee	– Grab von Erwin Piscator. (Der Regisseur und Theatertheoretiker mußte 1933 emigrieren.)

Zehlendorf, Waldfriedhof, Potsdamer Chaussee	– Grab von Ernst Reuter. (Berlins Regierender Bürgermeister emigrierte 1935 nach KZ-Haft.)
Zehlendorf, Waldfriedhof, Potsdamer Chaussee	– Grab von Herbert Simoleit. (Im Zusammenhang mit dem ‚Fall Stettin' hingerichteter Kaplan.)
Zehlendorf, Waldfriedhof, Dahlem, Hüttenweg	– Symbolisches Grab (Denkmal) für Ludwig Fulda. (Verfolgter Autor, der 1939 freiwillig aus dem Leben schied.)
Zehlendorf, Waldfriedhof Dahlem, Hüttenweg	– Grab von Erich Mühsam. (Der Künstler und Anarchist wurde 1934 im KZ ermordet.)
Zehlendorf, Waldfriedhof Dahlem, Hüttenweg	– Symbolisches Grab für Graf Schwerin von Schwanenfeld. (Der Offizier wurde wegen seiner Beteiligung am 20. Juli 1944 hingerichtet.)

Literatur

Amt für Jugendarbeit des Ev. Kirchenkreises Berlin Zehlendorf (Hrsg.)	Zehlendorf – ein Bezirk macht Geschichte. Naziterror und Widerstand vor Ort, Berlin-Zehlendorf 1981
Andreas-Friedrich, Ruth	Der Schattenmann, Frankfurt 1962
Beck, Dorothea	Julius Leber. Sozialdemokrat zwischen Reform und Widerstand, Berlin 1983
Benz, Wolfgang	Eine liberale Widerstandsgruppe und ihre Ziele. Hans Robinsohns Denkschrift aus dem Jahre 1939, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 29. Jg. (1981), S. 437–471
Bethge, Eberhard	Dietrich Bonhoeffer. Eine Biographie, München 1970[3]
Börner, Weert	Hermann Ehlers 1904–1954, Bonn 1967
Cartarius, Ulrich	Opposition gegen Hitler. Ein erzählender Bildband, Berlin 1984
Duhnke, Horst	Die KPD von 1933–1945, Köln 1972
Freundeskreis der Ev. Akademie Berlin (West)	Kommunität 1982. Gesellschaftliches Engagement der Kirche oder politische Enthaltsamkeit? Aus Kirchen- und Gemeindeblättern der Jahre 1932/33, Berlin 1982
Graff, v. Klewitz, Richers, Schäberle (Hrsg.)	Unterwegs zur mündigen Gemeinde. Die evangelische Kirche im Nationalsozialismus am Beispiel der Gemeinde Dahlem, Stuttgart 1982
Grasmann, Peter	Sozialdemokraten gegen Hitler 1933–1945, München 1976
Hamilton, Richard F.	Who voted for Hitler?, Princeton University Press, New Jersey 1982
Höhne, Heinz	Canaris. Patriot im Zwielicht, München 1976
Höhne, Heinz	Mordsache Röhm, Hamburg 1984
Hoffmann, Peter	Widerstand – Staatsstreich – Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, München 1969
Hurwitz, Harold/Sühl, Klaus	Autoritäre Tradierung und Demokratiepotential in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung (Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945. Band II), Köln 1984
Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (Hrsg.)	Deutsche Widerstandskämpfer 1933–1945. Biographien und Briefe, 2 Bände, Berlin (Ost) 1970

Klausener, Erich	Frauen in Fesseln – Hoffnung in der Finsternis. Von Mut und Opfer katholischer Frauen im Dritten Reich, Berlin 1982
Knauft, Wolfgang (Hrsg.)	Miterbauer des Bistums Berlin, Berlin 1979
Koch, Heinz	Chronik von Kleinmachnow, Berlin 1984
Köhler, Jochen	Klettern in der Großstadt. Geschichten vom Überleben zwischen 1933–1945, Berlin 1981
Kraushaar, Luise	Berliner Kommunisten im Kampf gegen den Faschismus 1936 bis 1942. Robert Uhrig und Genossen, Berlin (Ost) 1981
Kurtz, A.	Bekennende Kirche, Berlin 1946
Lange, Friedrich C. A.	Groß-Berliner Tagebuch 1920–1933, Berlin-Bonn 1982[2]
Leber, Annedore	Das Gewissen entscheidet, 5. Auflage, Berlin-Frankfurt/Main 1962
Leber, Annedore	Das Gewissen steht auf, 10. Auflage, Berlin-Frankfurt/Main 1963
Lowenthal-Hensel, Cécile	50 Jahre Bistum Berlin. Menschen und Ereignisse 1930–1945, Berlin 1980
von Mangoldt, Renate	Berlin. Übern Damm und durch die Dörfer, Berlin 1977
Matthäuskirche Berlin-Steglitz	1880/1980. Eine Festausgabe des Matthäus-Streusels, Berlin 1980
Mitteilungen der evangelischen Kirchengemeinde Nikolassee (September 1980):	70 Jahre Kirche Nikolassee
Müller, Christian	Oberst i. G. Stauffenberg. Eine Biographie, Düsseldorf 1970
Muhs, Ulrich	Die evangelische Kirchengemeinde Berlin-Lichterfelde in den letzten 40 Jahren, Berlin-Lichterfelde o. J. (1937)
Nebgen, Elfriede	Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, Stuttgart 1967
Niemöller, Wilhelm	Macht geht vor Recht. Der Prozeß Martin Niemöllers, München 1952
Niesel, Wilhelm	Kirche unter dem Wort. Der Kampf der Bekennenden Kirche der altpreußischen Union 1933–1945, Göttingen 1978
van Norden, Günther (Hrsg.)	Wir verwerfen die falsche Lehre. Arbeits- und Lesebuch zur Barmer Theologischen Erklärung und zum Kirchenkampf, Wuppertal-Barmen 1984

Pädagogisches Zentrum Berlin (Hrsg.)	Steinerne Zeugen. Stätten der Judenverfolgung in Berlin (Text Wolfgang Wippermann u. a.), Berlin 1982
Pomplun, Kurt	Pomplun's Großes Berlin-Buch, Berlin 1985
Rafalski, Traute	Als Christ und Jurist im Widerstand: Friedrich-Justus Perels (unveröffentlichtes Manuskript), Berlin 1983
Reynolds, Nicholas	Beck. Gehorsam und Widerstand, Wiesbaden und München 1977
van Roon, Ger	Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967
Röhm, Eberhard	Sterben für den Frieden. Spurensicherung: Hermann Stöhr (1898–1940) und die ökumenische Friedensbewegung, Stuttgart 1985
Schimmler, Bernd	Recht ohne Gerechtigkeit. Zur Tätigkeit der Berliner Sondergerichte im Nationalsozialismus, Berlin 1984
Schmidt, Dietmar	Martin Niemöller. Eine Biographie, Stuttgart 1983
See, Wolfgang/ Weckerling, Rudolf	Frauen im Kirchenkampf. Beispiele aus der Bekennenden Kirche Berlin-Brandenburg 1933 bis 1945, Berlin 1984
SEW Kreisvorstand Zehlendorf (Hrsg.)	Zehlendorf zwischen Faschismus und Widerstand. Eine kleine Dokumentation, Berlin o. J. (1983)
Steglitzer Heimat	Nr. 2 (1983)
Simon, Christian	Ein Gefangenenlager in Lichterfelde-Süd, in: Steglitzer Lokal-Anzeiger v. 24./25.2.1984
Sykes, Christopher	Adam von Trott. Eine deutsche Tragödie, Köln 1969
Szepansky, Gerda	Frauen leisten Widerstand: 1933–1945, Frankfurt a. M. 1983
Voß, Karl	Reiseführer für Literaturfreunde. Berlin. Vom Alex zum Kudamm, Frankfurt/M. – Berlin – Wien 1980
VVN-VdA	Steglitz. Naziterror und Widerstand, Berlin 1985
Weber, Hermann	Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bände, Frankfurt a. M. 1969

Wendland, Walter	Kirchenkampf in Berlin (unveröffentlichtes Manuskript im Evangelischen Zentralarchiv Berlin), Berlin o. J.
Wistrich, Robert	Wer war wer im Dritten Reich: Anhänger, Mitläufer, Gegner aus Politik, Wirtschaft, Militär, Kunst und Wissenschaft, München 1983
Yorck von Wartenburg, Marion	Die Stärke der Stille. Erzählung eines Lebens aus dem deutschen Widerstand, Köln 1984
Zeller, Eberhard	Geist der Freiheit. Der Zwanzigste Juli 1944, 5. Auflage, München 1964
Zimmermann, Wolf-Dieter (Hrsg.)	Begegnungen mit Dietrich Bonhoeffer, 3. erweiterte Auflage, München 1965
Zimmermann, Wolf-Dieter (Hrsg.)	Kurt Scharf. Brücken und Breschen. Biographische Skizzen, Berlin 1977
Zipfel, Friedrich	Kirchenkampf in Deutschland 1933–1945, Berlin 1965

Abkürzungen

ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
BK	Bekennende Kirche
DC	Deutsche Christen
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DMV	Deutscher Metallarbeiter-Verband
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DStP	Deutsche Staatspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
HJ	Hitlerjugend
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPO	Kommunistische Partei (Opposition)
KZ	Konzentrationslager
NB	Neu Beginnen
NKFD	Nationalkomitee „Freies Deutschland“
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OKH	Oberkommando des Heeres
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
RB	Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
RGO	Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition
SA	Sturmabteilung
SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
Sup.	Superintendent (Kirchenkreisvorsteher)
Z	Zentrum (Partei)

Bildnachweise

Archiv Annedore Leber	(10)
Archiv der evangel. Kirche (Rheinland)	(1)
Archiv der Gemeinde Dahlem	(5)
BEWAG Lichtbildstelle	(1)
Bundesarchiv Koblenz NS 19 alt 445	(1)
CVJM (Berlin)	(1)
Evangelisches Zentralarchiv 500/P94	(1)
Hubmann (Kröning)	(1)
Initiative Demokratische Presse (Charlottenburg)	(1)
Institut für Marxismus-Leninismus	(3)
Klewitz, Hertha von	(1)
Konsistorium d. Evang. Kirche	(1)
Landesbildstelle Berlin	(15)
Landeskirchenamt Düsseldorf	(1)
Ullstein Bilderdienst	(2)
Verlag Lutz Schulenburg	(1)
Wagner, Harry (Berlin)	(1)
Weber, Hermann (Mannheim)	(2)
Wunderlich, Rudolf	(1)

Personenverzeichnis

A
Adenauer, Konrad 96
Albertz, Marianne 27, 49
Albertz, Martin 24, 26f., 30f., 39, 48, 53
Amann, Mina 92
Andreas-Friedrich, Ruth 170, 195ff., 199
Antoine, Herbert 77
Anz, Siegfried 135f.
v. Ardenne, Manfred 114
Arnheim, Sarah 48
v. Arnim-Kröchlendorff, Detlef 24, 28
v. Arnim-Lützlow, Wilhelm 24, 28, 33f.
Arnold (Kirchendiener) 35
Asmussen, Hans 27, 38, 48, 53
Auchter, Erwin 59, 61
Aussner, Gerhard 62, 66, 80

B
Backhaus, Gunther 134f.
Baeck, Leo 31
Baensch, Theo 95
Bästlein, Bernhard 180
Baltzer, Käthe 22
Baltzer, M. (Pfarrer) 49
Barth, Karl 18, 41, 192
Bartning, Ludwig 35
Baum, Herbert 170
Beck, Ludwig 12, 92, 108f., 150ff., 156, 160, 164f.
Becker (Minister) 145
Becker, Margarete 132f.
Bendorff, Theo 173
Bendt, Fritz (KPD) 146
Benjamin, Hilde (KPD) 69, 170, 199
Benke, Fritz 105f.
Bergemann (BK) 18, 49
Bergengruen, Werner 118
v. Bergmann, Christiane u. Fritz 195
Bergmann, Peter 85
Bernstorff (Graf) 107
Bethge, Eberhard 13
Blanck, Ottonie 27, 49
Bley, Curt 80
v. Blomberg (Kriegsminister) 148, 150
v. Bodelschwingh, Friedrich 19f.
Bodenstein, Max 111
Böhm (Leipzig) 185
Böhm, Hans (Zehlendorf) 24f., 29f., 39, 47f., 52f., 163
Böhme, Herbert 105
Bötzer, Erika u. Wolfgang 79
Bogischatt, Wilhelm (RB) 56
Bohner, Theodor 75, 77
Bonhoeffer, Dietrich 13, 17, 19, 26, 32, 35, 39, 50, 52, 160, 162
Bonhoeffer, Klaus 48, 72
Borchard, Leo 195ff., 199
Born, Max 113
Bosch (Geheimrat) 112
v. Bose, Herbert 97f.
Brandenburg (Ministerialdirektor) 37
Branig (DC) 46
Braun, Herbert (RB) 63f.
Braun, Otto (SPD) 55, 58, 70, 145
Braun-Vogelstein, Julie 142
Brecht, Bert 116
v. Bredow (General) 97ff.
v. Brentano, Bernhard 116
v. Brockdorf, Erika 170, 179
Bronska-Pampuch, Wanda 169
Brüning, Heinrich 10, 54, 97
Buchholz, Peter 131
v. d. Bussche, Axel 154
‚Butzlaf' 61

C
Canaris, Wilhelm 32, 40, 116, 140, 161ff.
Clauder (Assessor) 24
Coppi, Hans 177f.
Coppi, Hilde 178

D
Dahrendorf, Gustav 73ff.
David (BK) 44
David, Hermine 66
Dehler, Thomas 103
Dehn, Günther 27
Deiters (Pädagoge) 70

Delbrück, Max 112
Delp, Alfred 94, 131, 138, 147
Denger, Fred 195f.
Dewey, Robert 170ff.
Dibelius, Otto 14, 28f., 31ff., 35, 45, 53, 105, 129f., 192
Diederich, Ludwig 86
Diederich, Minna 86
Diestel, Gudrun 42
Diestel, Max 14ff., 24, 31, 37, 42, 49, 53
Dietrich (DDP) 101
Dilschneider (Pfarrer) 52
Dochow, Bruno 167
v. Dohnanyi, Hans 161
Dovifat, Emil 119
Draemert, Richard 62
Dress, Susanne, geb. Bonhoeffer 15, 21, 47f.
Dress, Walter 47f., 52f.
Duckwitz (KPD) 173
Dulles, Allen 164

E

Eberhardt, Elisabeth (damals Küstermeier) 124
Ehlers, Hermann 33f., 44ff., 50, 53, 134
Ehrich, Johannes 44, 46f.
Ehrmann (NB) 83
Einbrodt, Georg (KPD) 89
v. Einsiedel, Horst 138, 144, 146f.
Einstein, Albert 112ff.
„Eiserner Gustav" (= Gustav Sorge) 64, 183
Elsas, Fritz 103, 105ff.
Elsas, Hanna 106
Engert 184
Erkelenz, Anton 87f.
Erler, Fritz 85f.
Ernst, Karl (SA) 98f.
v. Eynern, G. 105

F

Fehlberg (Brüder) 66
Fellgiebel, Erich (General) 159
Ficius, Fritz 66f.
Fienz, Hilde (verh. Schwaiger) 61ff.
Figur, Fritz 17, 22f.
Flemming, Friedrich 44, 46
Franco (Diktator) 161
Frank, Karl (NB) 85
Franz, Paul 64f.
Freier, Willi 68
Freisler, Roland 69, 76, 110
Friedensburg, Ferdinand 101f.
Friedrich, Karin 195
v. Fritsch (General) 97, 150f., 164
Froebel, Ernst 57, 133
Frölich, Paul (SAP) 78
Fuchs (Pastor) 71
Fuchs, J. (SAP) 79
Funk, Kurt 65, 197

G

v. d. Gablentz, Ottoheinrich 138, 146
v. Galen (Graf) 122
Gallert 56
Ganswindt, Curt 68
Gau, Erich 177
Gaupp, Vera 164f.
Gehse, Helene 88
Gern, Martin 25
Gerstenmaier, Eugen 138, 147
Geß, Ernst 39
Gisevius, Hans Bernd 52, 94, 163f.
Glaeser, Ernst 116f.
Gniffke, Erich 70
Goerdeler, Carl 51, 93ff., 97, 103, 108ff., 137, 144, 152f., 157, 164f.
Goergens, Alfred 170
Goergens, Gerda 170
Göring, Bernhard (Gewerkschaftler) 71
Gollwitzer, Helmut 38f., 45, 47, 53, 118
Gramatke (KPD-Lokal) 168
Grassmann, Peter 87
Grimm, Betty 60f.
Grimm, Hans 56, 59ff.
Grimme, Adolf 70f.
Grimme, Josefine 71
Groscurth (Oberstleutnant) 44
Groß, Nikolaus 94
Großmann, Otto 14
Grotewohl, Otto 70
Grüber, Heinrich 31, 48, 53, 123
Grüneisen (Pfarrer) 15, 18, 49
Grzesinski, Albert 58
Guardini, Romano 120f.

H
Haber, Fritz 111ff.
Habermann, Max 92ff., 96
v. Haeften, Barbara 144
v. Haeften, Hans-Bernd 48, 138, 143f., 147, 160
v. Haeften, Werner 143, 152, 156, 160
Hagen, Heinz 126, 190
Hahn, Kurt (Offizier) 159
Hahn, Otto (Wissenschaftler) 112ff.
Hahn, Willy (Justizrat) 24, 37, 48
Halle, Anna Sabine 187
Halle, Gerhard 125ff.
Halle, Olga 125ff.
Hallermann, Ernst 194
Hamilton, Richard F. 8f.
Hammelsbeck, Oskar 33
v. Hammerstein, Franz 149
v. Hammerstein, Helga 149
v. Hammerstein, Kunrat 149
v. Hammerstein, Kurt 37, 92, 99, 148f.
v. Hammerstein, Ludwig 149
v. Hammerstein, Maria 149
Hapig, Marianne 130f.
Hardegen 68
Harder, Günther 28, 48
Harnack, Arvid 71, 73, 178
v. Harnack, Ernst 72f., 76, 81, 101
Haßel, Kurt 159
v. Hassell, Ulrich 96, 108f.
Havemann, Robert 84
Haubach, Theodor 51, 74, 75, 103, 138, 144, 147
Heimannsberg, Magnus 55, 58
Heininger, Max 61, 66f., 178
Heinrich, Karl (Polizeimajor) 55, 61
Helldorf (NSDAP) 162f.
Hellmann, Henry 82ff.
Hengelvoß (Gemeindehelferin) 50
Hennig, Paula 61
Hering, Franz 80
Hermes, Andreas 94ff.
Hermes, Anna 131
Hermes, Hermine 17
Herrmann, Dorothea (BK) 194
Herrmann, Lilo (KPD) 128f., 168
Hertz, Paul 86
Heuss, Elly 23, 66, 104
Heuss, Ernst Ludwig 105f.
Heuss, Theodor 75, 104f.
Heyden, Walter 39f.
Heye (Generaloberst) 15, 92, 148
Hildebrand (Lichterfelde) 17, 31, 135
Hildebrandt, Franz (Dahlem) 17, 19, 26
Hilferding, Rudolf 108
Hillmann, Georg 191f.
v. Hindenburg, Paul 94, 97f., 140
Hirsch, Otto 31
Hirschberg, Michael (SPD) 171
Hitzigrath, Hellmut 17, 24, 129
Hochschild, Helmut 56, 60f.
Hörbiger, Paul 117
v. Hofacker, Cäsar 152, 158
Holstein, Horst 37, 50
Hoßbach, Friedrich 150
Houtermans (Wissenschaftler) 114
Hunsche (Vikarin) 48
v. Husen, Paulus 138

I
Israel, Wilfried 142

J
Jacob, Franz (KPD) 180f.
Jacob, Günter (BK) 28
Jacobi, Gerhard 13f., 16f., 19f., 22ff., 27f., 45, 53
Jacobs, Helene 192ff.
Jacoby, Hildegard 192ff.
Jahn (Pfarrer) 17, 44
Jahn, Friedel 71
Jendretzky, Hans 167
Jeremias, Ernst 56, 61, 83
Jeremias, Gerald 83
Jessen, Jens 108f.
Jowasch 189
Jung, Edgar 97f.
Jung, Franz 115

K
Kästner, Erich 116
Kahn (Vikar) 46
Kaiser, Jakob 87, 92ff.
Kapp (Putschist) 74, 148, 161f.
Karthäuser, Bruno 84
Kattner (Spitzel) 169
Kauffeld, Alfons 176
Kaufmann, Franz 192ff.

Kay, Ella 171
Keen, Gertrud 169f.
Kern, Käthe 66
Kerrl (Kirchenminister) 29, 31f.
Keusch, Günther 26
Kiep, Otto 101, 106f., 143
Kirschbaum (Textilgeschäft) 126
Klamm, Max 91
Klamroth (Pfarrer) 25, 44
Klase, Martha 66
Klatt, Senta Maria 29, 45, 129f.
Klatt, Werner 129
Klausener, Erich 98, 119
Klausing, Friedrich Karl 164
Klees, Alfred 89
v. Kleist, Ewald Heinrich 154
Klepper, Jochen 118
Klose, Otto 68
Kluge, Katharina 190
Knaack, Max und Ernst (KPD) 89
Knak (Missionsdirektor) 24
Knoblauch (Direktor) 95
Koch („Jauche-Koch") 49
Koch, Annemarie (BK) 51
Koch, Hans (BK) 37, 51
König, Karl (SPD) 75, 81
König, Lothar (Pater) 138
Körner, Heinrich 94
Kordt, Erich 143
Kordt, Theo 143
Korn, Karl 132
Kreiselmaier, Johannes 180f.
Kresse (KPD) 184
v. Krosigk (DNVP) 19
Kuckhoff, Adam 71
Kühn (BK) 23, 46
Kühn (Lehrer) 192
Künneth, Walter 13
Künstler, Franz 70
Kuenzer, Richard 107
Kürschner, Erich 85
Küstermeier, Rudolf 80
Kummerow, Hans 177f.
Kurtz, A. (Pfarrer) 20, 35f.
Kurze, Bruno 90f.
Kusserow (Gemeindehelferin) 44

L
Langbehn, Carl 108ff.
v. Laue, Max 111ff.
Leber, Annedore 66, 76f., 181
Leber, Julius 12, 72f., 74ff., 81, 88, 105, 138f., 143, 146f., 155, 181
Leipart, Theodor 87, 93
Leisner, Karl und Wilhelm 122
Lejeune-Jung, Paul 95f.
Lemmer, Ernst 88, 93, 100
Lenz, Otto 93, 96
Letterhaus, Bernhard 94
Leuschner, Wilhelm 12, 66, 72, 74, 87ff., 92ff., 144
Levi (Arzt) 61
Levinsohn, Margarete 66
Lichtenberg, Bernhard 123
Lichtwitz, Ludwig 196
Lilge, Oskar 118
Lilje, Hanns 13, 51
Lindner, Bruno 133
Loerbroks, Ekkehard 134
Löwenheim, Walter (Miles) 82ff.
Löwenthal, Richard 85
Lokies, Hans 33, 48
Luckner, Gertrud 124
Lüttwitz (Putschist) 148
Lukaschek, Hans 138
Luppe, Hermann 102
v. Lutzki, Gustav 49f.
Luxemburg, Rosa 78, 169

M
Maaß, Hermann 74, 88
Mann, Heinrich 116f.
Maraun, Erna 171
Markuse, Fritz 167
Marquardt (KPD) 167
Mattis, Helmut 65
Mayer, J. P. (SPD) 142
Meinecke, Friedrich 151
Meiser (Bischof) 43
Meitner, Lise 112, 114
Melcher, Erich 57ff., 66f., 80, 189
Melcher, Otto 55, 57ff., 66f., 80, 189
Melsheimer (Jurist) 68f.
Mertz von Quirnheim, Albrecht Ritter 152f., 156
Messow (Pfarrer) 17, 25, 44, 46

Meusel, Marga 26
Michael (Historiker) 24
Michels, Grete (BK) 48
Mierendorff, Carlo 75, 138, 144
Mildebrath 99
Möller (Buchhandlung) 136
Moldaenke, Theodor 17, 44, 48
Moll, Wilhelm 181
v. Moltke, Freya 137, 140
v. Moltke, Helmuth James Graf 94, 107, 138ff., 144ff.
Morgenstern (Prof.) 188
Müller (Reichsbischof) 17, 19f.
Mueller, Adolf (Dahlem) 122
Müller, Fritz (BK-Dahlem) 14, 17, 19, 30, 38f., 43, 45
Müller, Gertrud (KPD) 167
Müller, Paulus (Zehlendorf) 39
Munzinger, Ernst 161

N

Nau, Alfred 63f.
Naumann, Friedrich 104
Nebe, Arthur (NSDAP) 52, 162f.
Nebgen, Elfriede 92, 95
Neidhardt, Arthur 55, 58, 60
Nemack, Wilhelm 67
Neubert, Fritz (Sachsen) 68
Neumark, Lieselotte 123
Niemöller, Martin 11, 13f., 16f., 19ff., 23, 27f., 31, 34ff., 41, 43, 45, 48f., 51, 53, 134f., 143, 160
Niesel, Wilhelm 33f., 45, 48, 53
Nieviera, Else 128
Nittke, Otto 173

O

Olbricht, Friedrich (General) 152, 156ff.
Oske, Erna 66
Oster, Hans (General) 157, 161ff.
v. Oven, Margarete 154f.

P

Palmer, Karl 62, 69
Pampuch, Bernhard 167f., 176f.
Pampuch, Bruno 167f.
Pampuch, Thomas 167
v. Papen, Franz 58, 70, 72, 97f.
Perels, Ernst 50
Perels, F. Justus 31, 33f., 48, 50
Peter, Martin 191
Peters, Hans 138
Petersen, Peter (BK) 17, 18, 20, 47, 49
Peuke, Werner 85
Pinsk, Johannes 121
Planck, Max 112ff.
Plettl, Erika 86
Plettl, Martin 89
Poelchau, Harald 138, 145f.
Pohl, Karl 59, 61
Pohle (BK) 47
Polzin (BK) 47
Popitz, Johannes 94, 108ff., 165
Praetorius, Willi 15, 17, 18, 23ff., 29, 45, 48f., 51, 53
v. Preußen, August-Wilhelm 10
v. Preysing, Graf 122ff.
Provinzki, Katharina 127
Pünder, Marianne 130f.

R

v. Rabenau, Eitel-Friedrich 16, 24, 47
Rackwitz, Arthur (BK) 73
Rahmer, Bernd Anselm (NB) 84
Rambow (Spitzel) 146, 155, 180
Reckzeh (Spitzel) 107
Redel (Direktor) 177
Reichenbach, Lore 66
Reichwein, Adolf 74ff., 138f., 143, 144ff., 155
Reichwein, Rosemarie 146
Rennau, Willy 68
Reuter, Ernst 125
Rewald, Ilse 194f.
Riethmüller, Otto 23
Rischowski, Ira 61, 83f.
Robinsohn (Arzt) 103
Röhm, Eberhard (Autor) 42
Röhm, Ernst (SA) 98, 165
Röhricht, Eberhard 14, 47
Rösch, Augustin 138
Rode, Erich (SAJ) 63
Rohrbeck, Hans 68
Rosenstein (Arzt) 48
Rotziegel, Hans (KPD) 167
Rüdiger, Werner (RB) 80
Rump, Irmgard 135
v. Rundstedt (General) 97

Ruthenberg, Fritz 170f.

S

Saar, Heinz 189
Sack (Heeresrichter) 50
Saefkow, Anton 12, 76, 146, 180f.
Sänger, Fritz (SPD) 89
Sauer, Erich (KPD) 176, 178
Sauer, Karl Heinz (Kathol. Geistlicher) 121
Sauer, Lida (Jüdin) 190
Sauerbruch, Ferdinand (Chirurg) 37, 108, 152
Schacht, Hjalmar 94
Schaeder, Hildegard 192ff.
Schako, Konrad 134
Scharf, Kurt 17, 27ff., 43, 44, 53, 129f.
Schehr, John 168f.
van Scherpenberg, Hilger 106f.
Schippert, Eugen 99
v. Schlabrendorff, Fabian 152
v. Schleicher, Kurt 97ff., 148
Schleiter, Franz 83ff.
Schliestedt, Heinrich 87
Schmidt, Kurt (NB) 85f.
Schmidt, Kurt (Tegel) 105f.
Schneider, Reinhold 118
Schneller, Ernst 181f., 184f.
Schneller, Hildegard 181f.
Schöne, Bernhard 134ff.
Schönhaar, Eugen 169
Scholz, Arno (SPD) 65
Scholz, Paul (KPD) 169, 171ff.
Schröder, Ehepaar (BK) 49
Schröder, Hanning (Musiker) 195
Schröder, Heinz (SPD) 67f.
Schröder, Hildegard (SPD) 67f.
Schröder, Karl („Rote Kämpfer") 132f.
Schröder, Rudolf Alexander (Dichter) 118
Schubert (KPD) 168
Schuchardt (Professor) 146
v. d. Schulenburg, Fritz-Dietlof 76, 154, 158, 162, 164ff.
Schulter, Otto 68
Schulze, Friedel 46
Schulze-Boysen, Harro 178
Schumacher, Kurt (SPD) 61, 75
Schumann, Georg (KPD) 184
Schunk, Josef (Arzt) 195
Schwab, Alexander 116, 133
Schwamb, Ludwig 66
Schwandt, Heimbert 169
Schwarz, G. (Ingenieur) 64f.
Schwarz, Rudolf 169
v. Schwerin, Ulrich-Wilhelm 139
Schwersensky (Ehepaar) 190
v. Seeckt 148
Seigewasser, Hans 79
Seitz, Ernst 68
Seitz, Walter 195ff., 199
Seldte (Stahlhelmführer) 100
Sellheim, Max 185
Severing, Carl 55, 58, 145
Siehe, Kurt (BK) 24
Simoleit, Herbert 120f.
Skubich, Gertrud 69
Skubich, Wilhelm 68f.
Solf, Hanna 105ff., 140
Sommer, Margarete 122ff.
Sonnenschein, Carl 119
Spranger, Eduard 108
Staemmler, Wolfgang 42
Staewen, Gertrud 192ff.
Stalin (Diktator) 169, 172, 175, 176
Starke, Fritz (KPD) 176
v. Stauffenberg, Berthold 152
v. Stauffenberg, Claus 76, 95, 100, 109, 139, 143, 152ff., 158, 164
Steinfurth, Erich (KPD) 169
Steinitz (KPD) 173
Steinke, Willi (KPD) 168
Steinmetz, Melanie 194
Stelling, Johannes 72
Steltzer, Theodor 95, 138
Stöhr, Hermann 41f.
Stosch, Johannes (BK) 33
Strasser, Gregor (SA) 165
Strassmann, Ernst (Jurist) 103
Strassmann, Fritz (Wissenschaftler) 112, 114
Streisand (Buchhändler) 22
Strewe, Lucie 192
Strich, Wolfgang 75
Stroux (Professor)108
v. Stülpnagel (General) 158
Südekum, Albert 93, 102
Suhr, Otto 71, 145

Suhr, Susanne 71
Swakowski, Franz 99
Sylten, Werner 31, 48

T
Tarnow, Fritz 80, 87
v. Thadden, Elisabeth 106f.
Thälmann, Ernst 140, 168f., 174
Thiel, Fritz (KJVD) 179
Thiel, Wulf (BK) 33
Thiele, Barbara (BK) 48
Thiele, Fritz (Generalleutnant) 159
Thierfelder, Cäsar 88f.
Thomas (General) 101, 157
Thomas, Ferdinand (KPD) 146
Tohmfor, Erhard 177ff.
Traub (BK) 189
v. Tresckow, Henning 152, 154ff., 158
Trost, Hans 91
v. Trotha, Carl-Dietrich 138, 144, 146
v. Trotha, Margarete 144
v. Trott zu Solz, Adam 76, 138, 141ff.

U
Uhlmann, Walter 90f., 178
Uhrig, Robert (KPD) 172, 175f.
Ulbricht, Walter (KPD) 168
Umrath, Oskar 85f.
Urich, Max (SPD) 69
Utzelmann, Peter 133

V
Vetter, Ewald 197
Vogel, ‚Alex' 197
Vogel, Heinrich (BK) 28, 48
Voigt, Paul (SPD) 69
Voß, Albert (Z) 92

W
Wachsmann (Kath. Pfarrer) 124
Wagner, Helmuth (KPD) 170
Wagner, Siegfried (Stahlhelm) 99f.
Warneck (Buchhändler) 24
Weber (Industrieller) 101
Weber, Hermann (Wissenschaftler) 169
Weisenborn, Günther 71
Weissler, Friedrich 30, 32
v. Weizsäcker, Ernst Freiherr 143
Wenck (General) 200
Wendland, Traugott (BK-Steglitz) 15
Wendland, Walter (Gethsemanekirche) 24
Werner, Georg (Steglitz) 102
Weschke, Eugen 136
Wiese, Karl (BK) 22, 24, 40
Wildung, Fritz 63
Wilhelm, Dora und Georg (SPD) 62
Windhoff (Firma) 69
Wirmer, Josef 93ff., 96
Wiskow, Eberhard 84f.
Wittenberg, Cilli 190
v. Witzleben (General) 97, 153, 157
Wohlgemuth, Harry 85
Wohlrabe, Willi 190
Wolf (jüd. Familie) 191
Wolf (Oberst) 46
Wolff (Industrieller) 148
Wolff, Edith (BK) 194
Wolfstein, Rosi (SAP) 78
Wolter, Ewald (SPD) 67
Wunderlich, Rudolf 183ff.
Wurm, Theophil 43, 126

Y
Yorck von Wartenburg, Marion Gräfin 76, 139, 146f.
Yorck von Wartenburg, Peter Graf 137ff., 147

Z
Zander, Bernhard 66f.
Zarbock, Paul 104
Zarden, Arthur 106f.
Zarden, Irmgard 107
Zarnack, Hulda 23
Zech (Gemüseladen) 191
Zettl, Alfred 61
v. Ziegler, Ralph 179
v. Ziehlberg, Gustav 160
Zimmermann (Vikar) 23
Zinn, Karl 81
Zippel, Johannes (BK) 44
Zöllner (BK) 29
Zschiesche, Anna 135

Straßenverzeichnis

(h = heute, s = siehe)

A
Achenbachstraße (h: Lietzenburger Str.) 20, 22
Ahornstraße 56, 59
Akazienstraße 88
Albertinenstraße 112
Albiger Weg 192
Albrechtstraße 6f., 9f., 25, 57 (61), 132, 168, 170, 199f.
Alexanderplatz 22, 36, 55, 129
Alexandrinenstraße 29
Alsenstraße 106
Alte Jakobstraße 15
Altensteinstraße 114
Althoffstraße 135
Altvaterstraße 120
Am Fischtal 72, 83f., 164, 192
Am Großen Wannsee 188
Anhalter Straße 64
Argentinische Allee 162

B
Bahnhofstraße 192
Baseler Straße 98f., 187
Behrenstraße 95
Bendlerstraße (h: Stauffenbergstr.) 100, 148ff., 155f., 160ff.
Bernadottestraße (s. Helfferichstr.)
Betazeile (h: Waldsängerpfad) 161
Bismarckstraße 7
Boeckelweg (h: Gilgestraße) 87
Bonner Straße 192
Breisacher Straße 148
Brentanostraße 108
Brückenstraße (h: Stresowstraße) 27
Brüderstraße 31
Bülowstraße 70
Buggestraße 79
Burgunder Straße 51

C
Canovastraße 168
Carmerstraße 106
Cecilienstraße (h: Pacelliallee) 12, 16f., 27f., 34ff., 48, 52, 135
Chamberlainstraße (h: Niklasstr.) 120, 158
Charlottenburger Straße 119
Charlottenstraße 89
Chausseestraße 67

D
Dahlemer Straße (h: Tietzenweg) 61
Derfflingerstraße 140
Dircksenstraße 33
Doellestraße (h: Sembritzkistr.) 9
Drakestraße 33, 191
Drygalskistraße 38
Düppel-Platz 69
Dürerstraße 93

E
Eislebener Straße 22
Eisvogelweg 74, 181
Elsestraße (h: Schmarjestr.) 102
Emmichstraße 88
Endestraße 24
Erdener Straße 154
Eschershauser Weg 190
Eschwegering 95

F
Fabeckstraße 15
Finckensteinallee 7, 98f.
Fregestraße 8
Friedbergstraße (h: Rudeloffweg) 23, 30
Friedenstraße 200
Frobenstraße 51

G
Gallwitzallee 61
Gardeschützenweg 45
Gilgestraße (s. Boeckelweg)
Glockenstraße 118
Gluckweg 81
Goerzallee 90f., 178

Goethestraße (Licht.) 150f., 160
Goethestraße (Zehl.) 180
Goßlerstraße 106
Große Hamburger Straße 131
Großgörschenstraße 157

H
Hauptstraße 79
Heesestraße 9, 57
Helfferichstraße (h: Bernadottestr.) 47
Herderstraße 167
Herwarthstraße 94
Hindenburgdamm 191
Hittorfstraße 111
Hoensbroechstraße (h: Ilsensteinweg) 162
Hohe Kiefer 101
Hohenzollernstraße 116
Hoiruper Straße 101
Holbeinstraße 93
Hortensienstraße 31, 34, 137ff.
Hünensteig 195
Humboldtstraße 132

I
Ihnestraße 111
Ilsensteinweg (s. Hoensbroechstraße)
Im Kieferngrund 80
Immenweg 79, 83
In der Halde 109
Ithweg 70, 165

J
Jeverstraße 128
Jungfernstieg 114

K
Kadettenweg 136
Kaiser-Wilhelm-Straße 7, 59, 104
Kamillenstraße 104f.
Karl-Stieler-Straße 199
Kaulbachstraße 67
Klingsorstraße 24
Kniephofstraße 122
Köpenicker Straße 146
Körnerstraße 7, 167

L
Langendreeschstraße 70
Lehrter Straße 52, 131, 161
Leichhardtstraße 178
Leo-Baeck-Straße (s. Teichstr.)
Leonorenstraße 175
Lietzenburger Straße (s. Achenbachstr.)
Limonenstraße 109
Lindenstraße 29, 59
Lorenzstraße 159

M
Margaretenstraße 87, 160
Mariendorfer Straße (h: Steglitzer Damm) 199
Marienstraße 130
Marthastraße 125ff.
Mittelstraße 135
Moltkestraße 191
Mozartstraße 66
Musäusstraße 173

N
Neuchateller Straße 97
Niederkirchner Straße (s. Prinz-Albrecht-Str.)
Niklasstraße (s. Chamberlainstraße)

O
Oberhofer Weg 57
Ostpreußendamm 92
Otto-Erich-Straße 146

P
Pacelliallee (s. Cecilienstr.)
Palmzeile 192
Pappritzstraße 190
Patschkauer Weg 105f.
Paulsenstraße 27
Peter-Lenné-Straße 143
Poschingerstraße 33, 78
Potsdamer Chaussee 66
Potsdamer Straße 187
Prager Straße 83
Prinz-Albrecht-Straße (h: Niederkirchner Str.) 23, 46, 52, 65, 67, 183

Qu
Quermatenweg 194

R
Reiherbeize 189
Rheinbabenallee 141
Riemeisterstraße 87, 118
Ringstraße 25, 45, 68
Rosenthaler Straße 92
Rudeloffweg (s. Friedbergstr.)

S
Saarlandstraße (h: Stresemannstr.) 29
Schädestraße 29, 83
Schildhornstraße 7, 68
Schillerstraße (Licht.) 144
Schillerstraße (Zehl.) 195
Schloßstraße 7, 9, 57
Schlüterstraße 121
Schmarjestraße (s. Elsestr.)
Schönhauser Allee 125
Schönhauser Straße 63
Schorlemerallee 135
Schützenstraße 167
Schweinfurthstraße 96
Seestraße (h: Sohnreystraße) 144
Sembritzkistraße (s. Doellestr.)
Seydlitzstraße 59f.
Sohnreystraße (s. Seestraße)
Spanische Allee 106, 178, 192
Steglitzer Damm (s. Steglitzer Str.)
Steglitzer Straße (h: Steglitzer Damm) 103
Stephanstraße 129
Stresemannstraße (s. Saarlandstraße)
Stresowstraße (s. Brückenstraße)
Süntelsteig 73

T
Teichstraße (h: Leo-Baeck-Str.) 87f.
Teltower Damm 66
Teltowkanalstraße 177
Teutonenstraße 118
Thaliaweg 62
Thielallee 112
Tietzenweg 14, 132
Tristanstraße 152, 161

U
Unter den Eichen 15, 92, 95, 183ff.

V
Viktoriaplatz 187
Viktoriastraße 50
Vogelsang 85f.

W
Waldhüterpfad 6, 128
Waldsängerpfad (s. Betazeile)
Weddigenweg 50, 99
Westhofener Weg 163
Wildpfad 157
Wilhelmstraße 22f., 98, 180
Willdenowstraße 122
Wismarer Straße 183ff.
Wittelsbacherstraße 92
Wrangelstraße 159

XYZ
Zinsweiler Weg 75, 77

Heft 2 der Schriftenreihe über den Widerstand in Berlin von 1933 bis 1945

Herausgeber: Informationszentrum Berlin/Gedenkstätte Deutscher Widerstand
Stauffenbergstraße 13–14, 1000 Berlin 30

Verantwortlich: Wolfgang Göbel

Text: Hans-Rainer Sandvoß

Gesamtherstellung: Felgentreff & Goebel GmbH & Co. KG, 1000 Berlin 61

Copyright 1986 by Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Printed in Germany

ISSN 0175-3592

Diese Broschüre wird unentgeltlich abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt